

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



IG Frankenstraße-Neumünster-SH

Andreas Gärtner
Frankenstraße 12
24539 Neumünster

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/7373

[Andreas Gärtner, Frankenstraße 12, 24539 Neumünster](mailto:Andreas.Gaertner@landtag.ltsh.de)

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Frau Vorsitzende Barbara Ostmeier
Postfach 71 21

24171 Kiel

per Mail: Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Neumünster, den 24.01.2017

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

wir bedanken uns für die Gelegenheit, eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 18/4815 und zu dem Änderungsantrag der Fraktion der Piraten - Drucksache 18/4884 abgeben zu dürfen. Wir bitten um Nachsicht, sollten unsere Ausführungen nicht der Ihnen gewohnten Form entsprechen.

Wir möchten vorausschicken, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns gegenüber den Verwaltungen von der Landespolitik im Stich gelassen fühlen und deshalb mit unserer Petition grundsätzlich die Abschaffung der Straßenbaubeiträge fordern. Wir sind der Meinung, dass durch die Zahlung der Erschließungsgebühr und der laufenden Grundsteuer genügend für die Allgemeinheit getan wird. Gerade diejenigen, die auf Rat der Politik ihre Altersvorsorge in Haus- und Grundbesitz investiert haben, sind nun in ihrer Existenz gefährdet.

Es ist unbestritten, in Schleswig-Holstein ist der größte Teil der Orts- und Gemeindestraßen in einem maroden Zustand. Dafür sind aber nicht die Anlieger verantwortlich. Vielmehr haben die Verwaltungen, ob absichtlich oder nicht, in den vergangenen Jahrzehnten es versäumt, ihrer Instandhaltungspflicht nachzukommen. Hinzu kommt, dass das wachsende Verkehrsaufkommen sein Übriges dazu beiträgt. Die Zahl der sanierungsbedürftigen Straßen nimmt, auch auf Grund des Alters, immer mehr zu. Das ist mittlerweile landesweit wie ein wachsendes Krebsgeschwür. Es werden natürlich die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, für jetzt anstehende Totalsanierungen Ausbaubeiträge zu erheben.

Es ist für uns aber nicht nachvollziehbar, warum die Politik zum wiederholten Mal nur an den Symptomen laboriert, statt klar und deutlich einen Schlusstrich zu ziehen.

Lösungen zu finden, öffentliche Mittel so zu verteilen, so dass keine sozialen Ungerechtigkeiten entstehen, ist eine politische Kernaufgabe. Genügend Steuergeld ist vorhanden, hat die Finanzministerin in vielen Medien öffentlich verkündet. Für die Zweckentfremdung und Ver(sch)wendung von Steuergeldern trägt die Politik die Verantwortung, nicht der Bürger.

Nachfolgend möchten wir die beiden Entwürfe kommentieren:

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 18/4815

Artikel 1, § 8 Absatz 1 Satz 1:

Der Gesetzentwurf soll aus der jetzigen „Mussvorschrift“ den alten Zustand einer „Kannvorschrift“ wiederherstellen.

Unserer Ansicht nach ist dieser Entwurf, wie auch die aktuelle Fassung keine sozialverträgliche Lösung. Die hohe Kostenbeteiligung der Anlieger und die Ungerechtigkeit der Verteilung sind weiterhin gegeben. Dem können wir nicht zustimmen.

Änderungsantrag der Fraktion der Piraten - Drucksache 18/4884

Artikel 1.1 § 8 Absatz 1 Satz 1:

Hier gilt das Gleiche, wie bei dem CDU-Entwurf.

Artikel 1.2 § 8 Absatz 9:

Diese Änderung findet unsere Zustimmung, da hier zumindest eine Linderung in Aussicht gestellt wird.

Artikel 2 Änderung der Gemeindeordnung:

§ 16 Abs. 2 Nr. 3:

Diese Änderung findet unsere vollste Zustimmung

Der Ausschuss möge folgende Punkte und Fragestellungen mit in seine Betrachtung einbeziehen:

1. Sind diese Entwürfe dem Rechtsfrieden dienlich und vermeiden jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen?
2. Bei einer Abschaffung der Straßenbaubeiträge könnten die Verwaltungen alle mit dem Ausbaubeitragsrecht gebundenen Organisationseinheiten freisetzen. Das spart Kosten ein.
3. Ist die Verwaltung ihrer Instandhaltungspflicht nicht nachgekommen, kann der Betroffene erst nach Erhalt des Kostenbescheides dieses nur auf dem Klageweg anhand von eigener Beweissicherung feststellen lassen.
4. Die Verwaltungen sind, warum auch immer, nicht in der Lage, sämtliche Gewerke in einem Zug zu planen und durchzuführen, so dass die neu erstellte Straßendecke durch wiederholtes Aufnehmen durch andere Dienstleister wieder zum Flickwerk gemacht wird. Hier wäre der Einsatz eines Planungs- und Infrastrukturprogramms Pflicht. Wo ist sonst der vermeintlich wirtschaftliche Vorteil für den Anlieger?
5. Wird in einem Gutachten beim Grundstücksverkauf der Zustand der Straße erwähnt?
6. Wenn Vorteil, dann ist auch die Bedeutung von Nachteil mit einzubeziehen und zu definieren. Wie ist das zu bewerten? Bisher fällt das sozusagen unter den Tisch.
7. Wäre die Einführung eines einheitlichen und öffentlich zugänglichen zentralen Straßenkatasters in einem Rechenzentrum (z. B. Dataport) auf Landesebene denkbar? Der Vorteil bestünde darin, dass jeder Bürger online den aktuellen Prüfzustand seiner Straße einsehen kann und die jeweilige Verwaltung angehalten ist, dezentral die Daten für seinen Bereich z. B. jährlich aktuell zu halten. Zudem haben die obersten Behörden einen landesweiten Überblick aller Straßenzustände. Ein zentrales System wäre weniger kostenintensiv.
8. Wenn die Kommune eine angespannte Haushaltslage hat; gemeint ist, dass eine Kommune stark verschuldet ist, muss man erst einmal die Frage stellen: "Warum stark verschuldet?" Sind dafür die Grund- und Hausbesitzer zur Rechenschaft zu ziehen? Sicherlich nicht, denn die Grund- und Hausbesitzer haben schon gar keinen Einfluss auf den Haushalt der Kommune. Im Gegenteil, sie tragen zum Haushalt der Kommune durch z.B. der Grundsteuer bei. Alle anderen Dinge entziehen sich der Kenntnis des Bürgers und er ist nicht dafür verantwortlich.

9. Der Unterschied, ob „reiche“ oder „arme“ Gemeinde wird auch durch das KAG nicht gerecht. Es liegt allein in der örtlichen Umgebung einer jeden Kommune und deren Umfeld.
10. Es gibt trotz Satzungspflicht Städte/Gemeinden, die davon keinen Gebrauch machen (s. Anlage).
11. Bedenken oder Äußerungen über einen Systemwechsel des KAG oder der GO würde zu erheblichen Ungerechtigkeiten führen, können nie ausgeschlossen werden, egal wo, wie oder weshalb. Einmal ist immer der Neuanfang, bzw. der Tag „X“. Dies als Argument ist lächerlich und wäre auf jede Situation anwendbar. Jede große Reform hat nicht darin bestanden, etwas Neues zu tun, sondern etwas Altes abzuschaffen. Die wertvollsten Gesetze sind die Abschaffung früherer Gesetze gewesen und die besten Gesetze, die geschaffen worden sind, waren jene, die alte Gesetze aufhoben (Zitat von Henry Thomas Buckle, englischer Historiker und Schachspieler).
12. Finanzministerin Frau Heinold spricht von gelebter Generationengerechtigkeit. Sie spricht uns aus dem Herzen, denn – DAS WOLLEN WIR AUCH! Wir wollen das die jetzigen und die in absehbarer Zeit in Rente gehende Generation den Lebensabend sorglos verbringen können, ohne Gedanken an Kosten für Straßenbaubeiträge zu verschwenden.
13. Der Bund verbessert außerdem die Finanzausstattung der Kommunen – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – ab dem Jahr 2018 um zusätzlich 5 Milliarden Euro pro Jahr. Wofür wird dieses Geld dann zukünftig verwendet?
14. Berlin und Hamburg haben die Straßenbaubeiträge abgeschafft. Erklären sie bitte den Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, warum einige Parlamentarier jetzt argumentieren: „das sind ja Stadtstaaten“. Sind sie etwas Besonderes?
15. Von einigen Parlamentariern wurden in der Debatte am 17.11.2016 Erschließungs- und Straßenbaubeiträge in einen Topf geworfen. Das ist nicht korrekt, denn Erschließungsbeiträge sind der Aufwand für die erstmalige und endgültige Herstellung von Erschließungsanlagen. Wir wollen nicht hoffen, dass es hier am nötigen Sachverstand fehlt, um die beiden Arten auseinander halten zu können.
16. Da im KAG nur von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern gesprochen wird, verstößt das unserer Meinung nach gegen das Grundgesetz.

Wir würden es deshalb begrüßen, wenn auch beim Ausschuss die Erkenntnis reifen würde, dass eine Abschaffung der Straßenbaubeiträge für alle Seiten die sinnvollste und sozialverträglichste Lösung ist. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg sind dafür lobenswerte Beispiele.

Abschließend verweisen wir auf die beigefügten Anlagen.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Gärtner

Anlage

Präsentation Straßenbaubeiträge
inkl. Fragen an die Verwaltung - Antworten
Kommentare Unterstützer (n. Ort sortiert)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Vorwort

Es ist unbestritten, in Schleswig-Holstein ist der größte Teil der Orts- und Gemeindestraßen in einem maroden Zustand

Dafür ist aber nicht der Anlieger verantwortlich!

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Schadensbilder 1*

Typische Schadensbilder: Asphaltbefestigungen			
Schaden	A1	Schlaglöcher / Ausbrüche	<p style="text-align: center;">Schadensbild</p> <p style="text-align: center;">Ausgebessertes Schlagloch</p>
Beschreibung	Schlaglöcher sind eng umgrenzte bis in die Tragschicht hineinreichende Vertiefungen. Wasser und Verkehr führen zu Erweiterung und Vertiefung der Schlaglöcher.		
Ursachen	<ul style="list-style-type: none"> - Einbaufehler - mechanische Überbeanspruchung - mangelhafter Schichtenverbund - unterlassene Ausbesserung von Netzrisstellen 		
Auswirkungen	Schlaglöcher gefährden die Verkehrssicherheit und mindern die Befahrbarkeit. Durch die Schlaglöcher kann Wasser ungehindert in den ungebundenen Oberbau eindringen und ihn zerstören bzw. durchfeuchten.		
Handlungserfordernis	<input checked="" type="checkbox"/> sofort beseitigen <input type="checkbox"/> innerhalb von 12 Monaten beseitigen <input type="checkbox"/> technischen Sachverstand hinzuziehen		

* Quelle: ALR - Wege mit Aussichten 2016 (Akademie für ländliche Räume SH e.V.)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Schadensbilder 2*

Typische Schadensbilder: Asphaltbefestigungen		
Schaden	A2	Einzelrisse (Längs-, Querrisse) und Netzerisse
Beschreibung	Die Fahrbahndecke weist Einzelrisse in Längs- und / oder Querrichtung in der Oberfläche auf. Netzerisse sind netzartig ausgebildete, meist feinere Risshäufungen.	
Ursachen	<ul style="list-style-type: none"> - unzureichende Tragfähigkeit der Unterlage z.B. in der Frost-/Tauperiode - Risse und Fugen in der Unterlage, die sich in die Asphalttschicht fortsetzen - Baustoffeigenschaften, Mischgutzusammensetzung z.B. zu wenig und zu hartes Bindemittel - fehlerhafte Einbautechnik z.B. zu lange Einbauunterbrechung oder Einbau von erkaltetem Material - unzureichende Walztechnik - Unterdimensionierung z.B. zu geringe Dicke der Asphalttschichten - unzureichende Entwässerung - Überbeanspruchung z.B. durch Schwerlastfahrzeuge - Überalterung der Asphalttschicht 	
Auswirkungen	Risse sind Schäden, die andere Schäden nach sich ziehen und die Nutzungsdauer verkürzen. Durchgehende Risse lassen das Niederschlagswasser in den ungebundenen Oberbau, so dass die Tragfähigkeit herabgesetzt wird.	
Handlungserfordernis	<input type="checkbox"/> sofort beseitigen <input checked="" type="checkbox"/> innerhalb von 12 Monaten beseitigen <input checked="" type="checkbox"/> technischen Sachverstand hinzuziehen	



Schadensbild



Oberflächenbehandlung zur Abdeckung von Rissen

* Quelle: ALR - Wege mit Aussichten 2016 (Akademie für ländliche Räume SH e.V.)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Schadensbilder 3*

Typische Schadensbilder: Asphaltbefestigungen		
Schaden	A4	Oberflächenschäden, Ausmagerung
Beschreibung	Oberflächenschäden können in Form rauher, ausgemagerter Oberflächen auftreten, die nach Regenfällen länger feucht bleiben. Bei Ausmagerungen sind die Splittkörner nicht mehr ausreichend vom Bindemittel gebunden. Weitere Oberflächenschäden können durch Abrieb oder mechanische Einwirkungen auftreten.	
Ursachen	<ul style="list-style-type: none"> - ungeeignete Baustoffe z.B. Mineralstoffe ungenügender Frostbeständigkeit und Festigkeit - fehlerhafte Mischgutzusammensetzung z.B. zu wenig Bindemittel - fehlerhafte Mischgutherstellung z.B. Überhitzung - fehlerhafte Einbautechnik z.B. zu kaltes Mischgut infolge Arbeitsunterbrechung, Entmischung beim Handeinbau - unzureichende Verdichtung z.B. durch zu geringe Schichtdicke, Walzen bei zu niedriger Temperatur - Ausmagerung durch Verwitterung 	
Auswirkungen	In der Regel ist keine Verminderung der Befahrbarkeit festzustellen. Die Nutzungsdauer kann sich verkürzen und der Instandsetzungsaufwand erhöhen.	
Handlungserfordernis	<input type="checkbox"/> sofort beseitigen <input checked="" type="checkbox"/> innerhalb von 12 Monaten beseitigen <input checked="" type="checkbox"/> technischen Sachverstand hinzuziehen	



Schadensbild



Neu eingebaute Deckschicht

* Quelle: ALR - Wege mit Aussichten 2016 (Akademie für ländliche Räume SH e.V.)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Was ist was?

Aus Anliegersicht gibt es bei Straßenbaumaßnahmen (Straße, Gehweg, Beleuchtung usw.) folgende Begriffe:

Begriff	Maßnahme	Beitragsart
Erschließung:	Neubau	Erschließungsbeitrag einmalig
Instandhaltung:	Kommunale Pflicht der Straßenerhaltung Sicherstellen des funktionsmäßigen Zustandes	Beitragsfrei
Sanierung:	Erneuerung, Aus- u. Umbau	Ausbaubeitrag

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Hauptursachen für marode Straßen

- Verwaltungen kommen seit Jahrzehnten ihrer Instandhaltungspflicht nicht nach
- Aus Kostengründen wird der Sanierungsfall abgewartet, bis die Beitragspflicht greift
- Straßeninstandhaltung hat im kommunalen Haushalt nicht unbedingt oberste Priorität
- Straßen sind trotz schwacher Konstruktion für Schwerlastverkehr zugelassen
- Straßen sind für bestimmte Verkehrsaufkommen gar nicht ausgebaut
- Schadenshinweise von Anwohnern werden größtenteils ignoriert

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Versäumnisse allein in der Stadt Neumünster*

Verantwortliche Oberbürgermeister für die Instandhaltungspflicht der Straßen
(Oberbürgermeister ist der Geschäftsführer der Stadtverwaltung)

- Hugo Voß (SPD) 1948 bis 1950
- Walther Lehmkuhl (SPD) 1950 bis 1970
- Dr. Uwe Harder (SPD) 1970 bis 1988
- Franz-Josef Pröpper (SPD) 1988 bis 1991
- Hartmut Unterlehberg (SPD) 1991 bis 2009

OB Dr. Olaf Tauras (parteilos) 2009 - heute, nutzt natürlich alle rechtlichen Möglichkeiten inkl. Konsolidierungsvertrag, um die Schulden der Stadt zu minimieren (eben auch auf Kosten der Anlieger).

* Z.B.: Die Frankenstraße sollte 1989 eine neue Fahrbahndecke erhalten

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Ist-Zustand

- Sanierung geht vor Instandhaltungsverpflichtung, da Anlieger dann kostenmäßig beteiligt werden können
- Jetzige Gesetzeslage ist ein Freifahrtschein für unsoziales Handeln
- Vorgehensweise ist mittlerweile eine gut eingespielte Methode und wächst wie ein Krebsgeschwür landesweit
- Verwaltungen nutzen ihren Ermessensspielraum zum Wohl der Bürger nicht aus
- Anlieger werden von der Verwaltung trotz Verpflichtung (Gemeindeordnung § 16 ff) nicht immer frühzeitig in die Planung mit einbezogen
- Vorlagen der Verwaltung werden von den politisch Verantwortlichen teilw. kommentarlos akzeptiert
- Politisches Desinteresse führt zum Informationsdefizit einzelner Bürger (Frühzeitiger Besuch von Ratsversammlungen, Gemeindevertretersitzungen, Ausschüsse usw. ist daher dringend zu empfehlen)
- Betroffene Bürger lernen erst bei Erhalt eines Kostenbescheides das Thema Straßenbaubeitrag kennen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Reaktionen der Verwaltung auf Fragen betroffener Bürger

Beispiele:

- Die Straße / Straßenbeleuchtung hat ihre Lebensdauer erreicht
- Regenwasserkanal ist vorgeschrieben
- Untergrund ist nicht mehr tragfähig
- Sie haben ja vier Jahre Zeit zum sparen
- Dann müssen Sie ihr Haus eben verkaufen
- Sie können in Raten zahlen (Zinssatz 6 % p.a.)
- Das ist gesetzliche Vorgabe

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wichtige Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen u. a.

- **Kommunalabgabengesetz (KAG - Landesgesetz)**
 - § 8 - Einmalige Beiträge
 - § 8a - Wiederkehrende Beiträge - für ein bestimmtes Abrechnungsgebiet (Beide Varianten betreffen nur Haus- u. Grundstückseigentümer)
- **Finanzabgabengesetz § 16 ff (FAG - Landesgesetz)**
- **Gemeindeordnung § 76 (GO - Landesverordnung)**
- **Richtlinie über Gewährung von Konsolidierungshilfen (§ 16a FAG)**
 - Ausschluss § 8a - Wiederkehrende Beiträge (KAG)
 - Höchstbeitragssätze sind verpflichtend
- **Jeweilige Ortssatzung**, z. B. Neumünster (07.06.2012):
 - 85 % Anliegerstraße (z. Zt. 90 % der Straßen in NMS)
 - 55 % Innerortsstraßen
 - 35 % Durchgangsstraßen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Fördermaßnahmen*

kommen nur der Stadt/ Gemeinde zugute, **nicht** dem Anlieger

Rechenbeispiel: Ausbau der Fahrbahn und des Gehweges einer förderfähigen Straße

Kosten Fahrbahn	250.000 €
Anliegeranteil 55 v. H.	137.500 €
Kosten Gehweg	120.000 €
Anliegeranteil 75 v. H.	90.000 €
Summe Kosten	370.000 €
Anliegeranteil gesamt	227.500 €
Verbleib Stadt / Gemeindeanteil	142.500 €
Die Stadt / Gemeinde erhält eine Zuweisung aus Mitteln des GVFG/FAG in Höhe von 30 v. H. der Gesamtkosten	- 111.000 €
Verbleibt Stadt/ Gemeindeanteil	32.500 €

* Quelle: ALR - Wege mit Aussichten 2016 (Akademie für ländliche Räume SH e.V.)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Beispiele hoher Anliegerkostenbeteiligung (> 5 000 €) 1:

Ort	Straße	Gesamtkosten Ausbau (Plan)	Kosten/ Anlieger (Plan)
Altenholz	Kolberger Weg	500.000 €	25 - 41.000 €
Bad Oldesloe	Robert-Koch-Str.	850.000 €	13.000 €
Bad Segeberg	Lornsenstraße	820.000 €	12 - 25.000 €
Bornhöved	Silgen Bargaen	500.000 €	> 35.000 €
Bredstedt	Treibweg	236.000 €	10.000 €
Elmshorn	Grönlandstr.	184.000 €	> 13.000 €
Elmshorn	Bornhöftstraße	203.000 €	> 10.000 €
Elmshorn	Jündewatter Straße	170.000 €	> 10.000 €
Elmshorn	Käppen Meyn Platz	135.000 €	> 14.000 €
Hohwacht	Waldstraße	252.000 €	10 - 45.000 €
Holzdorf	Neuseeholz	340.000 €	5 - 60.000 €
Lütjenburg	Niental	615.000 €	200.000 €

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Beispiele hoher Anliegerkostenbeteiligung (> 5 000 €) 2:

Ort	Straße	Gesamtkosten Ausbau (Plan)	Kosten/ Anlieger (Plan)
Mölln	Massower Straße	1.000.000 €	15.000 €
Neumünster	Frankenstraße	700.000 €	8 - 12.000 €
Neumünster	Diekkamp	389.000 €	10 - 20.000 €
Neumünster	Hufeisenweg	300.000 €	3 - 5.000 €
Rendsburg	Werner-Preuß-Hof, Dr.-Eckener- und Graf-Zeppelin-Straße	914.000 €	5 - 12.000 €
Schönwalde	Rethwisch	470.000 €	65.000 €
Stockelsdorf	Kolberger Str.	340.000 €	6 - 8.000 €
St. Peter Ording	Böhler Landstr.	2.382.000 €	> 6.000 €
Sylt	Dr.-Ross-Str.	1.000.000 €	25.000 €
Trappenkamp	Nachtigallweg	1.530.000 €	> 35.000 €
Wahlstedt	Kronsheider Str.	1.900.000 €	> 6.000 €
Wahlstedt	Am Jördenberg/ Im Holt	750.000 €	10 - 35.000 €

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Was können Betroffene tun?

In der Planungsphase:

- **Handelt es sich um eine Erschließungs- oder Ausbaumaßnahme?**
Erschließungsbeiträge gelten nur für die erstmalige Herstellung
- **Straßenbaubeitragsatzung prüfen - es gibt landesweit keine einheitliche Satzung!**
Kategorien, Verteilungsmaßstab, Behandlung von Eckgrundstücken
Politisch Verantwortliche auf evtl. Mängel in der Satzung hinweisen
- **Ablöseverträge**
Wird dieser angenommen, wird von vornherein auf eine rechtliche Überprüfung der Forderung verzichtet. Das heißt, die unterzeichnete Vereinbarung ist endgültig, unabhängig davon, was nach der Sanierung letztendlich für ein Wert herauskommt.
- **Beteiligung an der Planung einfordern**
Vorsicht bei Betonsteinpflasterung - manche Arten verursachen Lärm
- **Bürgerfragestunden nutzen**
Von der Verwaltung in öffentlichen Sitzungen konkrete Antworten fordern
- **Initiativen bilden**
Medien einschalten - Adressen sind bei der IHK online abrufbar
- **Nachweis der versäumten Instandhaltungspflicht**
Beweise sichern, Fotos, Beschwerdebriefe usw.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Was können Betroffene tun?

Bei Ende der Maßnahme:

- **Nach Erhalt des Kostenbescheides grundsätzlich fristgerecht Widerspruch einlegen**
Jeder 3. Kostenbescheid ist fehlerhaft
- **Unter Vorbehalt der Rückforderung innerhalb der gesetzten Frist zahlen**
- **Widerspruchsbescheid - Akteneinsicht fordern**
Rechtliche und fachliche Hilfe in Anspruch nehmen
- **Prozessgemeinschaften bilden**
Beteiligen kann sich aber nur der, der rechtzeitig Widerspruch eingelegt hat
- **Der Kostenbescheid ist steuerlich absetzbar**
Das FG Nürnberg hat in seiner Entscheidung vom 24.6.2015 – 7 K 1356/14 nunmehr auch die Ausbaubeiträge bei Gemeindestrassen zum Abzug zugelassen
(Aufteilung nach Lohn- u. Materialkosten fordern)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wer trägt dafür die Hauptverantwortung?

Die Landtagsparteien als Gesetzgeber

- Regierende Küstenkoalition (**SPD**, **Bündnis 90/Grüne**, **SSW**)
 - verwaltet nur, statt zu regieren
 - Auf den inneren Zusammenhalt wird mehr Wert gelegt, als auf die konstruktive Kontroverse für Veränderungen
 - Landtagsabgeordnete hören nicht mehr auf die eigene Basis
 - Sorgen der Bürger werden nicht wahr genommen
- Nur Meinungen kommunaler Spitzenverbände sind maßgebend
 - deren Besitzstandswahrung hat Vorrang
- Parlamentsabgeordnete scheinen in ihrer eigenen Welt zu leben
 - Die Welt da draußen wird nur zur Wahl gebraucht
- Opposition:
 - FDP - bekennt sich z. Zt. als einzige Partei zur Abschaffung
 - CDU, Piraten - laborieren an den Symptomen, wollen aber keine Abschaffung

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Politische Argumente für Stillstand

- Eigentum verpflichtet
- Besonderer Vorteil für Anlieger
- Wesentlicher Vermögenszuwachs
- Haus- und Grundbesitzer sind reich
- Mieter sind zu schützen
- Sich nicht von populären Argumenten leiten lassen*
- Erschließungs- und Ausbaubeiträge werden in einen Topf geworfen*
- Hamburg und Berlin sind Stadtstaaten

Unsere Argumente dagegen

- Niemand ist in der Lage, den „besonderen Vorteil“ zu erklären
- Es sollen nur die Ausbaubeiträge abgeschafft werden
- Dem Beispiel anderer Bundesländer (Stadtstaaten) folgen
- Anlieger haben die Straße schon erstmalig durch Erschließungsbeiträge bezahlt
- Existenzgefährdung durch hohe Beiträge
- Drohende Altersarmut per Gesetz
- Verteilungsschlüssel unsozial
- Für junge Familien und Rentner zusätzliche Belastungen
- Schäden werden nicht nur durch betroffene Anlieger verursacht
- Schwerlastverkehr fährt auch durch Anliegerstraßen
- Buslinien führen durch Anliegerstraßen
- Bürger fühlen sich durch die Politik im Stich gelassen

*Aus der Landtagsrede von Beate Raudis (SPD) am 18. 11. 2016

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wo bleibt unser Steuergeld?

Monika Heinold (Bündnis 90/Grüne): „Es ist genügend Geld da“*

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren mehr als 300 Millionen Euro für Investitionen bei Seite gelegt - und nicht einmal die Hälfte davon ausgeben können. Das räumte Finanzministerin Monika Heinold im Interview mit KN-online ein.*

- Steuerschätzung Finanzministerium 2016
http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VI/Presse/PI/2016/161108_steuerschaetzung.html

Mehr als eine halbe Milliarde Euro Haushaltsüberschuss**

Frohe Botschaft in Kiel: Einen enormen Haushaltsüberschuss hat das Land 2016 erzielt. Mit dieser Nachricht sorgt die Finanzministerin für gute Laune in der ersten Kabinettsitzung des Jahres. Der Überschuss fließt in Schuldenabbau und Infrastruktur.

Beispiele Steuerver(sch)wendung

- HSH Nordbank - 5 Mrd € Landesbürgschaft
- Schuldenerlass 500.000 € für einen Reeder

*KN-Online 13.12.2016, **KN-Online 10.01.2017

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel: OB Kämpfer will Bürger entlasten*

In die Debatte um Straßenausbaubeiträge kommt Bewegung. Mit dem Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer hat sich jetzt erstmals ein SPD-Spitzenpolitiker Zweifel am Sinn der Abgabe angemeldet.

Er hat sich damit gegen die Linie der rot-grün-blauen Regierungskoalition gestellt, wonach Städte und Gemeinden zwingend die Anlieger zur Kasse bitten müssen. Alle Initiativen, die gegen diese Regelung protestierten, bisßen bei SPD, Grünen und SSW bisher auf Granit.

Kämpfer argumentiert pragmatisch. Die Landeshauptstadt beschäftige allein zur Erhebung der Beiträge sechs Vollzeitkräfte und gebe dafür jährlich 300.000 Euro aus. Das stehe in keinem Verhältnis zum Ertrag. „Ich wünsche mir eine Diskussion, die nicht einfach im Status Quo verharrt“, sagte Kämpfer im Interview mit unserer Zeitung. Er fordert eine parteiübergreifende Einigung, „die die kommunale Selbstbestimmung respektiert, die Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen nicht schwächt und zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung führt“. Wiederkehrende Beiträge, die die Ausbaukosten gleichmäßig auf Anlieger eines Wohnviertels verteilen und über zehn Jahre strecken, hält Kämpfer angesichts des Verwaltungsaufwandes allerdings für keine echte Lösung.

<http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-aus-Kiel/Streit-um-den-Strassenausbau-Kaempfer-will-Buerger-entlasten>

So ähnlich argumentierte der ehemalige OB Torsten Albig in einer Stellungnahme 2011.

* KN-Online, 12.12.2016

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



14 Fragen an die Verwaltungen landesweit:

1. Wie hoch sind die Personalkosten seit 2012 für die Abrechnung der Straßenbaubeiträge?
2. Wie hoch sind die Sachkosten seit 2012 für die Abrechnung der Straßenbaubeiträge?
3. Wie hoch sind die Kosten seit 2012 für die Beauftragung von Ingenieurbüros?
4. Wie hoch sind die Kosten seit 2012 bei der Abgabe von Stellungnahmen zu Baumaßnahmen?
5. Wie viele Einlegungen seit 2012 gibt es an Widersprüchen gegen Festsetzungsbescheide?
6. Wie viele Klagen gegen Festsetzungsbescheide der Stadt Neumünster gibt es seit 2012 vor dem Verwaltungsgericht?
7. Wie hoch sind seit 2012 die Personal- und Sachkosten für Zwangsmaßnahmen?
8. Wie hoch sind seit 2012 die Kosten und deren Erstattung im haftungsrechtlichen Sinne lt. § 116 Landesverwaltungsgesetz (LVwG)?
9. Wie vielen Stundungen wurde seit 2012 zugestimmt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?
10. Wie oft wurde seit 2012 einer Ratenzahlung zugestimmt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?
11. Wie oft wurde seit 2012 einem Erlass der Beiträge zugestimmt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?
12. Wie viele Verrentungen wurden seit 2012 bewilligt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?
13. Wie viele Grundbucheintragungen sind seit 2012 für den Beitragsberechtigten erfolgt?
14. Wie hoch sind seit 2012 die Personal- und Sachkosten allein für den Verwaltungsaufwand der Fragen 8 – 14?

Bisherige Antworten - s. Anlagen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Mythen*

Hauseigentümer sind in Schleswig-Holstein in der Minderheit

Falsch!

Für diese Behauptung wird gern die Quote der Hauseigentümer herangezogen.

Das ist so nicht korrekt. Denn nur 47,2 Prozent aller Wohnungen in Schleswig-Holstein sind überhaupt vermietet. Davon sind 6,1 Prozent Genossenschaftswohnungen. Diese sind von den 47,2 Prozent abzuziehen.

Genossenschaftswohnungen gehören über die Genossenschaftsanteile letztendlich den Mietern. So kommt man schon mal auf 41,1 Prozent. Zudem sind die Zahlen noch um den Leerstand und die Haushaltsgröße in Höhe von 6 bis 8 Prozent zu korrigieren (Stichwort Single-Haushalte eher Mietwohnung, Familie mit Kindern eher Haus). Und siehe da, auf einmal wohnen 2/3 aller Einwohner Schleswig-Holsteins in Eigentum.

Hauseigentümer sind vermögend

Falsch!

Wer ein Haus hat, der hat auch Geld. Könnte man meinen.

Doch erstens gehören viele Häuser letztendlich der Bank und zweitens haben viele Hauseigentümer ein geringes Einkommen. Man muss da nur an Rentner und junge Familien denken, die durch die Straßenbaubeiträge über Gebühr belastet werden. Das ist auch statistisch belegt. Denn der Eigentumsanteil bei Haushaltseinkommen unter 900 Euro beträgt bundesweit 14 Prozent, bei Haushaltseinkommen unter 2.000 Euro sind es gar 39 Prozent. Von diesen Haushaltseinkommen gehen dann noch Zins und Tilgung ab. Da bleibt dann auch nicht mehr viel übrig - und für einige nur die Privatinsolvenz.

*Recherche Zensus 2011, Empirica Studie, Stefan A. Duphorn

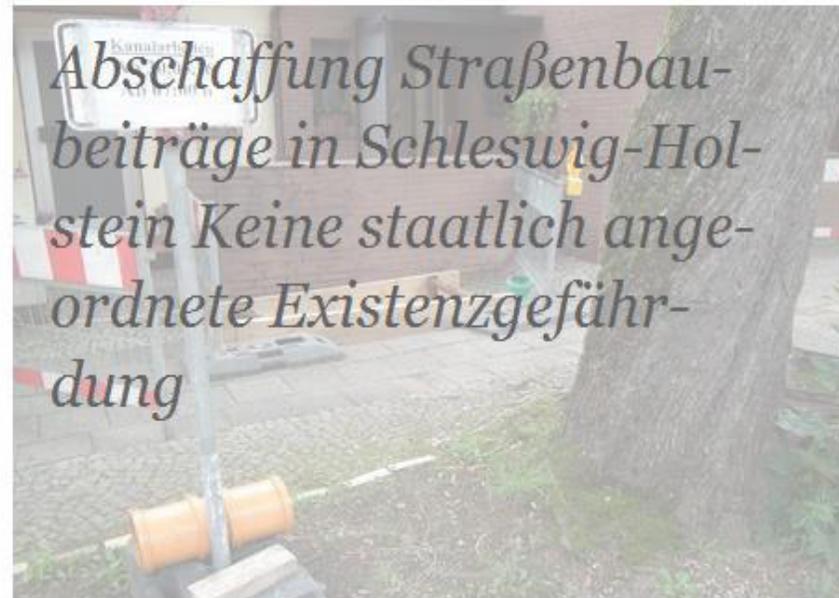
Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Deshalb unsere Petition



PETITION STARTEN | SUCHE | RATGEBER ▾ | SPENDEN | DEUTSCH ▾ | ANM



Von:
Andreas Gärtner



An:
Petitionsausschuss Landtag Schleswig-Holstein



Region:
Schleswig-Holstein

Kategorie:
Bürgerrechte



Status:
Die Petition befindet sich in der Prüfung beim Empfänger

IN BEARBEITUNG



21.418
UNTERSTÜTZER

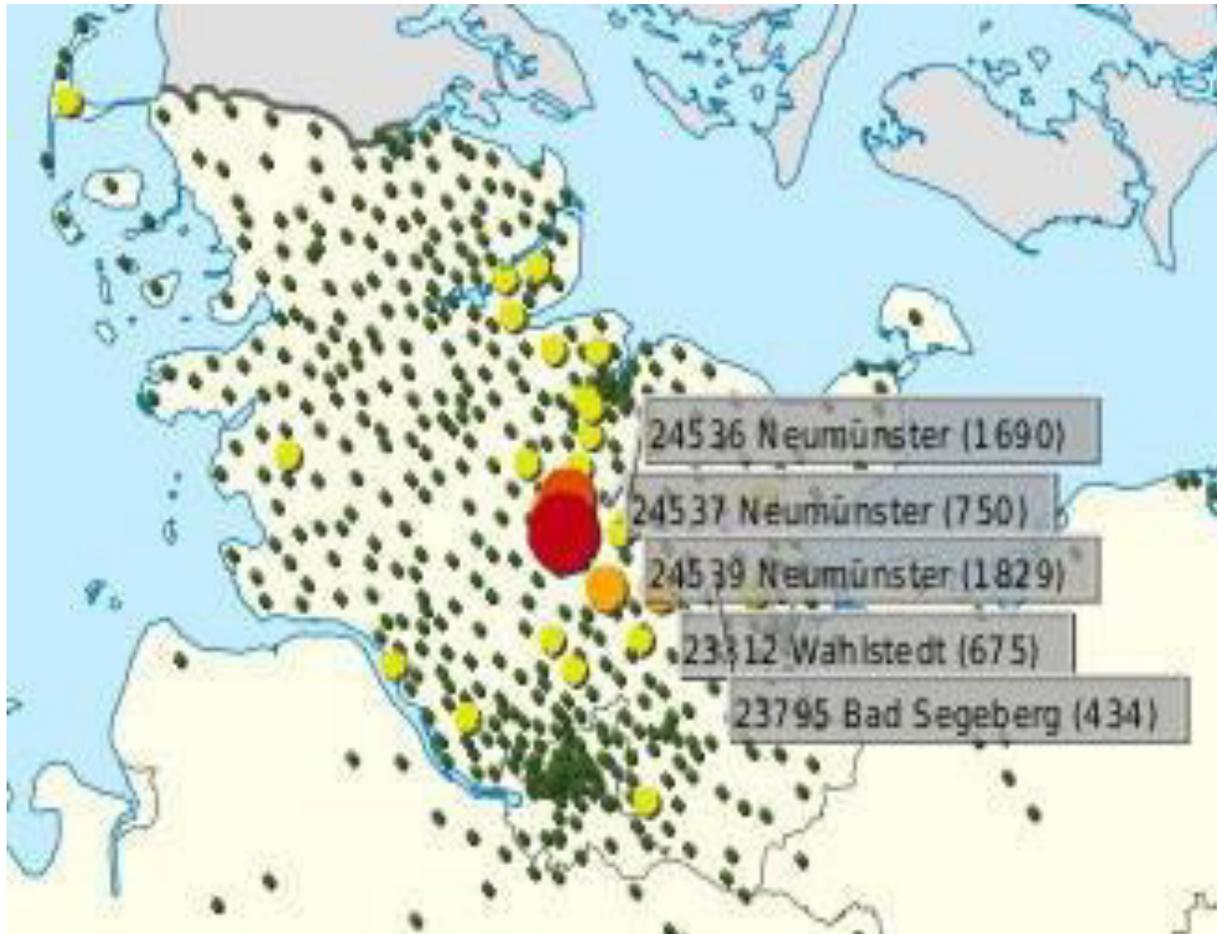
20.868
IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Quorum für Schleswig-Holstein (13.000) erreicht

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Petition: Verteilung der Unterstützer und Betroffene



Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Petition: Schwerpunkte Unterstützer und Betroffene

Landkreis/Kreisfreie Stadt/ Region/Stadtbezirk	Anzahl der Unterzeichner	Landkreis/Kreisfreie Stadt/ Region/Stadtbezirk	Anzahl der Unterzeichner
Neumünster	4.594	Kreis Nordfriesland	706
Kreis Rendsburg-Eckernförde	2.968	Kreis Stormarn	659
Kreis Segeberg	2.777	Kreis Herzogtum Lauenburg	514
Kreis Plön	1.226	Kreis Steinburg	512
Kiel	1.061	Molfsee	227
Kreis Dithmarschen	1.047	Lübeck	178
Kreis Schleswig-Flensburg	980	Achterwehr	159
Kreis Ostholstein	858	Flensburg	101
Kreis Pinneberg	774		

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Petition: Unterstützer

Verbände

- Bauernverband
- Haus & Grund
- Otto Stöben Immobilien
- Verband Wohneigentum

Vereine

- BfB - Bündnis für Bürger NMS/Land

Medien

- Holsteiner Courier
- Kieler Nachrichten
- Landespressestelle SH
- NDR
- Wochenanzeiger Neumünster
- ZDF

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Fazit für die Landtagswahl 2017 in Schleswig-Holstein

Empfehlung an alle Unterstützer und Befürworter:

Nur Parteien, die glaubwürdig in ihrem Wahlprogramm

- **Abschaffung Straßenbaubeiträge** -
festgeschrieben haben, sind wählbar

Das muss jedem klar sein, denn es ist unsere Existenz!

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Landtagswahl 2017 in Schleswig-Holstein

Fragen an die/den Wahlkreisabgeordnete/n am Infostand:

1. Was versteht er/sie unter „besonderer Vorteil“ für den Betroffenen?
2. Was versteht er/sie unter „wesentlicher Vermögenszuwachs“?
3. Warum ist er/sie gegen die Abschaffung der Straßenbaubeiträge?
4. Warum soll sich der normal denkende Bürger in Schleswig-Holstein mit dem politischen Totschlagargument „Stadtstaat“ auseinandersetzen?
5. Warum und wofür will er/sie denn gewählt werden?

Je nach Stellungnahme sollte ihnen die (Nicht)Wählbarkeit deutlich signalisiert werden

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit**

Anlage

Anlage

STADT FLENSBURG

DER OBERBÜRGERMEISTER

TBZ AöR - Schleswiger Straße 76 - 24941 Flensburg

Herrn

**Sondervermögen Infrastruktur
verwaltet durch das
Technische Betriebszentrum AöR**

<i>Abteilung</i>	1.3 Verwaltung
<i>Auskunft erteilt</i>	Ralf Leese
<i>Dienstgebäude</i>	Schleswiger Straße 76
<i>Zimmer</i>	Gebäude 1, Raum 104
<i>Telefon</i>	0461 / 85-2459
<i>Telefax</i>	0461 / 85-752459
<i>E-Mail</i>	Ralf.Leese@tbz-flensburg.de
<i>Aktenzeichen</i>	
<i>Datum</i>	28.12.2016

Ihre Anfrage zu Straßenbaubeiträgen vom 03.12.2016

Sehr geehrter Herr

die Stadt Flensburg hat Ihr an die Stadtpräsidentin gerichtetes Schreiben zuständigkeitshalber an das Technische Betriebszentrum AöR weitergeleitet. Dem TBZ ist die Bewirtschaftung und operative Steuerung des Sondervermögens Infrastruktur, das das gesamte städtische Straßenvermögen umfasst, übertragen worden.

Ihre Fragen beziehen sich alle auf den Zeitraum ab 2012. Weil in den letzten Jahren im Stadtgebiet Flensburg keine Straßenbaumaßnahmen nach der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen abgerechnet worden sind, sind keine Personal- und Sachkosten für eine Beitragserhebung entstanden. Für frühere Abrechnungsmaßnahmen sind konkrete Angaben schwierig zu ermitteln, weil hierzu keine Aufstellungen oder Stundenaufzeichnungen vorliegen.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass die Flensburger Straßenbaubeitragsatzung vom 21.12.2007 datiert.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ralf Leese



Gemeinde Flintbek

Der Bürgermeister

Amt für Finanzen

Anlage

Gemeinde Flintbek - Heitmannskamp 2 - 24220 Flintbek

Heitmannskamp 2, 24220 Flintbek
eMail: Rathaus@Flintbek.de
Homepage: www.Flintbek.de
Telefon (04347) 905 - 0 Telefax: 905 - 50
Auskunft erteilt: Herr Graht
Tel.-Durchwahl: 905 - 20
Zimmer Nr.: 26
Öffnungszeiten:
Mo., Di., Do. 8.00 - 12.00 Uhr
Mi., Fr. 7.00 - 12.00 Uhr
Di., zusätzlich 15.00 - 18.00 Uhr

Herrn

E.: 06.01.2017
Graht

Ihre Nachricht vom
01.12.2016

Ihr Zeichen

Mein Zeichen
20

Flintbek, 05.01.2017

Einwohnerfragestunde der Gemeindevertretung am 21.12.2016

hier: Fragen zur Straßenausbaubeitragssatzung

Sehr geehrter Herr

in Beantwortung Ihrer Fragen teile ich Ihnen mit, dass seit 2012 keine beitragsrelevanten Maßnahmen durchgeführt wurden.

Insgesamt wurden in den letzten Jahren nur 2 Maßnahmen nach der Straßenausbaubeitragssatzung abgerechnet. Die Kosten hierzu wurden nicht ermittelt.

Um Ihnen dennoch, soweit möglich, ausreichende Informationen zukommen zu lassen, schlage ich eine Erörterung anlässlich eines persönlichen Gesprächs vor.

Ich bitte diesbezüglich um Terminvereinbarung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

(Graht)

Bankverbindungen: Bordesholmer Sparkasse Flintbek
Kieler Volksbank eG
Postbank Hamburg

IBAN: DE06 2105 1275 0021 0016 00
IBAN: DE47 2109 0007 0070 0017 07
IBAN: DE75 2001 0020 0024 1312 07

BIC: NOLADE21BOR
BIC: GENODEF1KIL
BIC: PBNKDEFF

Anlage

Stadtpräsidentin

24516 Stadt Neumünster

Stadtpräsidentin

Anna-Katharina Schättiger

Herr

Neues Rathaus Großflecken 59 24534 Neumünster
Zimmer 1.17 Neues Rathaus 1. Etage
Telefon 04321 942 23 77 Fax 04321 942 23 84
E-Mail stadtpraesidentin@neumuenster.de

Neumünster, den 15. Dezember 2016

Sehr geehrter

Ihre Einwohnerfrage zum Thema Straßenbaubeiträge beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Fragen:

1. Wie hoch sind die Personalkosten seit 1012 für die Abrechnung der Straßenbaubeiträge?
2. Wie hoch sind die Sachkosten seit 2012 für die Abrechnung der Straßenbaubeiträge?
4. Wie hoch sind die Kosten seit 2012 bei der Abgabe von Stellungnahmen zu Baumaßnahmen?

Antwort:

Die Kosten sind mit einem vertretbaren Aufwand nicht einzeln zu ermitteln. Die Gesamtkosten, die in der Verwaltung für einen Straßenbaubeitragsbescheid entstehen und in denen die oben erfragten Kosten enthalten sind, liegen nach einer Aussage des renommierten Kommunalberatungsunternehmens GeKom GmbH bei ca. 100,-- € pro Beitragsbescheid. Seit 2012 wurden von der Stadt rund 2.000 Straßenbaubeitragsbescheide erlassen, so dass dafür Gesamtkosten in Höhe von ca. 200.000,-- € zu veranschlagen sind.

Frage:

3. Wie hoch sind die Kosten seit 2012 für die Beauftragung von Ingenieurbüros?

Antwort:

Die Kosten für die Beauftragung von Ingenieurbüros werden nach der verbindlichen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) unter Berücksichtigung der anrechenbaren Baukosten ermittelt. Je nach Schwierigkeitsgrad der Planungsanforderungen wird die Honorarzone II (geringe Planungsanforderungen) bzw. Honorarzone III (durchschnittliche Planungsanforderungen) ausgewählt. Zugrunde gelegt wird der Mindestsatz der Honorare der jeweiligen Honorartafel. Für Umbauten und Modernisierungen von Verkehrsanlagen kann zusätzlich bei einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad ein Zuschlag bis zu 33 % vereinbart werden.

Beauftragt werden in der Regel Leistungen der Leistungsphasen 1-3 sowie 5-7 (Entscheidungs- und Entwurfsunterlage Bau, Ausführungsplanung sowie Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe). Die Summe der Teilleistungssätze der o.a. Leistungsphasen beträgt 76 v.H. Eine Kürzung der Prozentsätze ist in Abhängigkeit des Planungsstandes möglich, bei der Leistungsphase „Mitwirkung bei der Vergabe“ ist sie obligatorisch. Zusätzlich werden Nebenkosten mit 3 % pauschal vereinbart.

Die Kosten für die Beauftragung von Ingenieurbüros werden bei den jeweiligen Baumaßnahmen erfasst. Die Zusammenstellung für alle Maßnahme seit 2012 wäre daher mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verbunden. Fragen mit einem konkreten Maßnahmenbezug könnten hingegen beantwortet werden.

Da die Frageintention in der Anfrage nicht näher erläutert wird, werden anfallende Kosten der Beauftragung von Ingenieurbüros beispielhaft aufgeführt:

Beispiel 1:

Anrechenbare Baukosten von 100.000 Euro, Honorarzone II Mindestsatz, kein Umbauszuschlag. Honorarbasis Netto bei 100 % beträgt 12.911 Euro.

Die Summe der beauftragten Leistungen liegt bei 9.973,75 Euro zzgl. der gültigen Mehrwertsteuer.

Beispiel 2:

Anrechenbare Baukosten von 500.000 Euro, Honorarzone II Mindestsatz, Umbauszuschlag von 20 %.

Honorarbasis Netto bei 100 % beträgt 59.091,60 Euro.

Die Summe der beauftragten Leistungen liegt bei 45.648,26 Euro zzgl. der gültigen Mehrwertsteuer.

Frage:

5. Wie viele Einlegungen seit 2012 gibt es an Widersprüchen gegen Festsetzungsbescheide?

Antwort:

404.

Frage:

6. Wie viele Klagen gegen Festsetzungsbescheide der Stadt Neumünster gibt es seit 2012 vor dem Verwaltungsgericht?

Antwort:

23

Frage:

7. Wie hoch sind seit 2012 die Personal- und Sachkosten für Zwangsmaßnahmen?

Antwort:

Die Kosten sind mit einem vertretbaren Aufwand nicht einzeln zu ermitteln. Zwangsmaßnahmen werden von der Vollstreckungsstelle der Stadtkasse im Rahmen der Aufgabenerledigung für die gesamte Verwaltung bearbeitet.

Frage:

8. Wie hoch sind seit 2012 die Kosten und deren Erstattung im haftungsrechtlichen Sinne lt. § 116 Landesverwaltungsgesetz (LVwG)?

Antwort:

0,-- Euro.

Fragen:

9. Wie vielen Stundungen wurde seit 2012 zugestimmt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?

10. Wie oft wurde seit 2012 einer Ratenzahlung zugestimmt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?

Antwort:

Alle Stundungen wurden in Form von Ratenzahlungen gewährt. Seit 2012 wurden 104 Ratenzahlungen über insgesamt 172.111,65 € bewilligt.

Frage:

11. Wie oft wurde seit 2012 einem Erlass der Beiträge zugestimmt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?

Antwort:

Gar nicht.

Frage:

12. Wie viele Verrentungen wurden seit 2012 bewilligt? Wie hoch ist die Gesamtsumme?

Antwort:

Keine

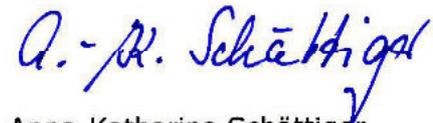
Frage:

14. Wie hoch sind seit 2012 die Personal- und Sachkosten allein für den Verwaltungsaufwand der Fragen 8-14?

Antwort:

Die Kosten sind mit einem vertretbaren Aufwand nicht einzeln zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, reading "A.-K. Schättiger". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial 'A'.

Anna-Katharina Schättiger
Stadtpräsidentin

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kommentare (Warum Unterstützer unterzeichnet haben)

Ort	Kommentar
Achtrup	Weil wir genug Steuern bezahlen.
Ahrensböök	Die Kosten sind i.d.R. Für den Bürger nicht zu bezahlen ohne einen Kredit in Anspruch zu nehmen. Zudem sind die Gemeinden/Länder/der Bund für den Straßenunterhalt zuständig.
Ahrensböök	Straßenbau obliegt den Gemeinden, den Ländern. Hierfür werden von den Bürgern auch genug Steuern kassiert.
Ahrensböök	Diese Sache muss auch Politisch auf Kommunen Ebene verhindert werden. Wir brauchen neue Bürger die in den Ring steigen.
Ahrensböök	Es geht gar nicht, dass die Anwohner einen Teil der Kosten tragen müssen
Ahrensböök	weil ich selbst irgendwann betroffen sein könnte und ich es für falsch halte solche Kosten auf die Anwohner abzuwälzen. Wie würden die Gemeinden denn dastehen, zögen wir alle in Bundesländer, in denen solche Abgaben nicht existieren? Einer für alle, alle für einen? Wir leben alle im selben Land, da sollten auch für alle dieselben Regeln gelten!
Ahrensböök	Weil wir ein Eckgrundstück haben
Ahrensburg	Wir sind ebenfalls Hausbesitzer und haben vor, noch lange hier zu wohnen. Die Straße wurde zwar erst vor einigen Jahren saniert (ohne Kostenbeteiligung), aber da inzwischen eine Buslinie hier verkehrt könnte die nächste Sanierung schneller kommen. Außerdem wird die Straße von vielen als Durchgangsstraße genutzt, ist also Allgemeingut nach meiner Meinung.
Ahrensburg	Es kann nicht so weiter gehn, dass die kosten auf den bürger umlegt
Ahrensburg	Kollektive Angelegenheit, die in der Tat die Stadt/Gemeinde o.ä. leisten soll
Ahrensburg	..weil ich gegen die jetzige Abgabenregelung bin, denn diese belastet nur einen Teil und nicht alle Nutzer der Strassen. So werden z.B. Grundeigentümer an stärker befahrenen Strassen oder in der Zuwegung z.B. von Firmen oder Behörden durch die bestehende Form der "Kostenverteilung" benachteiligt; Kosten entstehen doch wohl für eine Stadt oder Gemeinde, aber nicht Anlieger einzelner Strassen.
Ahrensburg	Die Gemeinden und Kommunen müssen mehr auf die rechtzeitige Instandsetzung der Straßen achten. Und die Anwhner sind die geringsten Belaster der Straßen mit ihrem PKW der LKW und Bus - Verkehr schadet viel mehr. Und Alle sollten durch eine Steuer dran beteiligt sein und nicht nur die Besitzer der Grundstücke!
Ahrensburg	Bin als Anlieger zur Zeit direkt betroffen. Ich rechne mit Kosten in Höhe von ca. 6000 Euro
Ahrensburg	Der Spechtweg wird laut Stadt Ahrensburg, als Hauptverbindungsstraße, erschlossen . Also seit 50 Jahren war die Straße nur ein Provisorium, mit einem provisorischen Unterbau und Asphaltdecke. Der Zustand der Straße ist seit vielen Jahren mangelhaft. Eine fachgerechte Reparatur wurde nicht durchgeführt. Die Kosten für die Anlieger sollen sich, nach Schätzungen? der Stadt, auf ca 6400-9000 Euro belaufen. Die Anwohner BEFÜRCHTEN HÖHERE KOSTEN. Ich finde diese Finanzierung ungerecht, Alle können die Straße benutzen und deshalb muß die Straße durch Steuergelder bezahlt werden.
Ahrensburg	Unsere Straße wurde jahrelang nur notdürftig geflickt. Jetzt soll sie erneuert werden, doch wird hier sogar von Erschließungskosten geredet, da die Anwohner in all den Jahren anscheinend keine Abgaben für den Straßenbau geleistet haben. Die Kosten, die jetzt auf uns zukommen könnten, sind für mich als alleinerziehende Mutter mit 2 kleinen Kindern existenzbedrohend. Ich bin auch nicht bereit Kosten zu tragen, die entstehen, weil die Stadt es versäumt hat zum einen jemals Erschließungsgebühren zu beantragen und vor allem nicht weil die Straße komplett

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	<p>saniert werden muß, da die Stadt mehr als 10 Jahre nichts daran getan hat. Weiterhin ist nur eine Straßenseite bebaut und im Flächenplan der Stadt Ahrensburg bereits das Feld gegenüber als Bauland ausgewiesen. Für den Bauer lässt sich sein Land doch sicherlich besser verkaufen, wenn hier eine neu erschlossene Straße entstanden ist.</p> <p>Weiterhin fahren hier LKW's durch die Straße und auch der HVV nutzt den Spechtweg. Warum sollen Bürger mit so einer hohen Abgabe belastet werden, wenn die Hauptnutzer doch auch andere sind. Es gibt noch viele weitere Argumente, die ich anführen könnte.</p>
Ahrensburg	Strassen werden bewusst nicht mehr in Ordnung gehalten, um dadurch eine Vollsanierung mit Grundeigentümer Beteiligung zu erreichen.
Ahrensburg	Die Verwaltungen werden verpflichtet zur Deckung des Aufwandes für den Aus-, und Umbau, sowie die Erneuerung der notwendigen öffentlichen Einrichtungen Steuermittel zu verwenden.
Albersdorf	Die Gemeinden vernachlässigen die Instandhaltung der Straßen und irgendwann müssen sie saniert werden und die Bürger sollen mit immens hohen Kosten beteiligt werden.
Albersdorf	Sind selbst Grundstückseigner!
Albersdorf	Ich bin klar für eine gerechtere Aufteilung der Kosten. So könnte jeder Einwohner einer Stadt/Gemeinde in eine Art Fonds einzahlen, aus der nach einem Ranking nach Priorität die Straßen Erneuert werden. Dadurch werden die hohen Beträge auf jeden Fall vermieden.
Alkersum	Unfähigkeit vieler Gemeindepolitiker wirtschaftlich und politisch im Interesse aller zu handeln!
Almdorf	Es kann nicht sein, dass nur die Grundstückseigentümer zur Zahlung der Straßenausbaubeiträge heran gezogen werden, warum nicht alle Verkehrsteilnehmer ?
Alt Duvenstedt	Weil der Staat für die Infrastruktur zuständig ist. Und ich genug Kfz-, und Kraftstoffsteuer zahle. Würde man diese Steuern sowie die Maut nur für Straßen, Brücken und Tunnel ausgeben hätten wir keine schlechten Straßen. Außerdem wären dann Firmen viel eher bereit sich anzusiedeln.
Altenholz	Ich will nicht den Investitions- Reparaturstau tragen, den die Gemeinden häufig durch Fehlinvestitionen verursachen.
Altenholz	Starßenausbau im Kolberger Weg, 24161 Altenholz voraussichtlicher Kostenbeitrag 41.000 €! Wo bleibt Augenmaß und Sozialverträglichkeit?
Altenholz	Wir sind auch betroffen und sollen von geplanten 12.000,00 €, jetzt um die 30.000,00 € zahlen. Dieser Beitrag ist für viele eine enorme wirtschaftliche Belastung und zudem existenzbedrohend. Hier sollte dringend Abhilfe geschaffen werden.
Altenholz	Wir sind Betroffene und müssen 14.000 € dazu bezahlen.
Altenholz	Ist eine Frechheit wir müssen auch 10000 Euro bezahlen
Altenholz	Es ist für mich nicht einsehbar, dass ich mich an der Sanierung einer öffentlichen Strasse mit Durchgangsverkehr (LKW, Busse usw.) mehr als alle Bürger beteiligen soll, nur weil ich ein Anwesen an der Strasse habe.
Altenholz	Der Staat darf sich nicht seiner Verantwortung entziehen.
Altenholz	Aufgrund der Festlegung des Umfangs und der Art der Bautätigkeit ist man der Planung der Gemeinde quasi ausgeliefert. Günstigere Lösungen werden durch die Ausschreibende Stelle aus Prestige Gründen häufig nicht berücksichtigt.
Altenholz	Mein Grundstück liegt an einer öffentlichen Straße, so daß ich davon ausgehen kann, daß die Gemeinde Altenholz zu irgendeiner Zeit auch diese Straße sanieren wird.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Altenholz	Weil ich es für eine ungerechte Behandlung des einzelnen Bürgers halte, da die Straßen der Allgemeinheit dienen.
Altenholz	Straßenausbaubeiträge sind nicht mehr zeitgemäß, da die Benutzung der Straße nicht nur von den Anwohnern wahrgenommen wird.
Altenholz	Deutschland ist ein wohlhabendes Land! Dann kann die öffentliche Hand das auch bezahlen.
Altenholz	Ich mußte 2015 für mein Eckgrundstück 630 m ² (2/3 Lösung) 10.216,87 EUR zahlen (Anliegerstraße Stettiner Weg 85 %) für den Straßenausbau im Jahre 2013. Zuvor hat die Gemeinde Altenholz die Straße Stettiner Weg ca. 20 Jahre lang verkommen lassen. Neue Straßenbeleuchtung mußten wir ebenfalls bezahlen. So lief das hier!
Altenholz	Stehe hinter der Petition
Altenholz	Eine staatliche Zwangsenteignung, ganz oder teilweise, ist nach dem Grundgesetz nicht erlaubt. Wir lebten vordem in einfachen Häusern, an unbefestigten Strassen und waren glücklicher als heute, da uns der Staat das "Glück" zwangsweise verordnen will. Recht muß Recht bleiben. Artur Ruß
Altwittenbek	WEil es offensichtlich ist, dass es sozial nicht ausgewogen ist. Ältere Menschen mit einem Sidlungshaus können häufig keine Summen größer 1000,00 Euro als Strassenbau-Umlage mehr zahlen. Sie werden häufig gezwungen auszuziehen, oder bei schmaler Rente auch noch teure Kredite aufzunehmen
Alvelohe	Es sollte den Gemeinden freigestellt werden, ob sie Ausbeibeiträge erheben
Ammersbek	Die Gemeinden geben kein Geld für Strapenerneuerungen aus.Sie warten so lange bis die Straßen so kaputt sind, das Sie sich das Geld für die teuren Grundsanierungen von den Anwohnern holen können. Es kann nicht sein das unsere Steuergelder für andere Sachen verwendet werden und dann unsere Existenzen durch die Sanierungskosten gefährdet werden
Ammersbek	Es ist ungerecht nur den direkten Anlieger zu veranlagern, da auch andere Verkehrsteilnehmer "meine" Straße benutzen. Ich wohne z.B. in einer Straße, die zu mehreren Vereinen führt: Reit- und Tennisverein, Golfclub, Campingplatz mit Strandbad. Diese Orte werden nicht nur von Besuchern oder Mitgliedern aufgesucht, nein auch entsprechender Lieferverkehr, Pferdeanhänger, Trecker...befahren tagtäglich die Straße. Und ich (und meine Nachbarn) sollen dafür bezahlen, dass die Straße keine Risse oder Schlaglöcher mehr hat?!?! Haben davon nicht auch alle anderen einen Vorteil?!?
Ammersbek	Wir wohnen in einer Anliegerstraße, die jedoch ständig als Durchgangsstraße benutzt wird. Der Straßenbelag ist entsprechend abgenutzt. - Wir befürchten, daß wir eines Tages mit hohen Kosten für die Sanierung belastet werden. Aus diesem Grund unterstützen wir mit unserer Unterschrift diese Petition.
Ammersbek	Als Student verdiene ich kaum Geld. Erstrecht nicht so viel, als dass ich genug hätte, den Straßenbau- oder erhalt in Ammersbek zu bezahlen.
Ammersbek	Die Gemeinde Ammersbek ist ihren Pflichten der Aufrechterhaltung eines akzeptablen Straßenzustandes in keiner Weise nachgekommen (Taktik?!). Die Hauptlast der Kosten wird trotz hoher Steuern einfach auf die Anlieger abgewälzt.
Ammersbek	Ich habe nie verstanden warum Anwohner die ureigenste Gemeinschaftspflicht der Erstellung und Erhaltung der Verkehrswege übernehmen sollen und zudem noch nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht bei der Planung erhalten. Endlich gibt es eine Petition!
Arlewatt	Uns kann es auch treffen, zusammen sind wir stark.
Arlewatt	Weil es absolut nicht angehen kann, daß Privatpersonen für öffentliche Aufgaben bluten müssen. Zahlen wir nicht schon mehr als ausreichend Grundsteuern, Einkommensteuer etc. etc. etc.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Ascheberg	Zahlen darf man, aber keine Rechte bei der Ausschreibung und der Ausführung. Erst jahrelang durch die Kommune nicht instandgehalten und dann den Anwohnern an der Geldbeutel gehen. Nicht jeder hat ein dickes Bankkonto.
Ascheberg	Weil vor allem älter Eigenheimbesitzer in den Ruin getrieben werden. Straßenbau und Straßenunterhaltung sowie Reparatur ist Sache der Kommunen aus allgemeinen Steuermitteln, die bei vernünftigen Umgang der Politiker mit den Mitteln ausreichen.
Ascheberg	Die von der Politik und einseitig zu Gunsten der Gemeinden geschaffenen Bestimmungen sind inakzeptabel! Diese Umstände und der geballte Protest dagegen beweisen das.
Aukrug	Ich bin auch Hauseigentümer an einer Ortsstraße. Diese Straße wird auch von Nichtanliegern mit schweren Fahrzeugen genutzt (LKW und Trecker mit schweren Großgeräten wie Güllewagen). Ich kann bei besten Willen nicht nachvollziehen warum nur Hauseigentümer die Straßenbaubeiträge bezahlen müssen und nicht auch die Mieter in den Häusern und andere Nutzer. Die Navigationsgeräte führen alle Verkehrsteilnehmer (Fernverkehr) auf dem kürzesten Weg durch diese Straßen. Straßenbau mit Steuergelder finanzieren, Verkehrsteilnehmer zahlen erhebliche Steuern, Diese Steuergelder werden zweckentfremdet ausgegeben. Protest, Protest, Protest !!!
Aukrug	Uns ist diese Art der Demokratie wichtig, weil auch wir betroffen sein könnten.
Aumühle	Wenn wir an so etwas zwangsweise, gegen unseren Willen, über unseren Kopf hinweg beteiligt werden, müssten wir einen Kredit aufnehmen. Geht gar nicht!
Averlak	Persönliche Gründe
Bad Bramstedt	Weil ich diese Situation vollkommen nachvollziehen kann. Wäre unsere Stadt in dieser Situation, wäre ich auch froh, wenn Unterschriften gesammelt werden würden...
Bad Bramstedt	Höchste Zeit, dass SH sich den fortschrittlichen Bundesländern diesbezüglich anschließt!
Bad Bramstedt	Als Wohneigentumbesitzer könnte mich dies auch früher oder später betreffen!
Bad Bramstedt	Weil es eine Sauerei ist, dass man neben Phantasiesteuern, wie der Grundsteuer, auch noch die maroden Straßen durch den Zwang zur Mitsanierung mitfinanzieren muss!
Bad Bramstedt	Da es sehr ungerecht ist, wie die derzeitige Gesetzeslage ist.
Bad Bramstedt	Die verbreitete kommunale Praxis, an der Straßenunterhaltung zu sparen und die dann fällige Totalsanierung den Anliegern aufzubürden, muss aufhören.
Bad Bramstedt	Damit dieses die Gesetzeslage ändert.
Bad Bramstedt	Als Hausbesitzer haben meine Eltern schon einmal die Modernisierung unserer Straße finanziert und heute ist diese auf Grund des "großzügigen Ausbaues " zur Durchgangsstraße für Lkw geworden, auch parken hier regelmäßig schwere Kranwagen. Ich habe bedenken das dies eine Instandhaltung beschleunigt und wir hier nicht nur sinkende Wohnqualität haben sondern auch noch wieder zur Kasse gebeten werden, sowohl meine Eltern (Rentner) als auch ich (Hausmodernisierung) sind nicht mehr in der Lage diese Belastungen zu tragen.
Bad Malente	Straßen sind Allgemeingut und können auch von allen Bürgern genutzt werden. Eine Ungleichbehandlung der Bürger ist verfassungsmäßig nicht akzeptabel.
Bad Malente	Weil wir Bürger unsere Straßen bereits mehrfach durch direkte und indirekte Steuern, Abgaben und Gebühren bezahlt haben. Zusätzlich ist unsere Durchgangsstraße als Anliegerstraße deklariert worden, was sachlich eben nicht richtig ist.
Bad Malente/ Krummsee	Es handelt sich grundsätzlich um Strassen die für den öffentlichen verk

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Bad Oldesloe	Rücksichtsloses und gnadenloses Schröpfen, auch von älteren Bürgern. Wie im Mittelalter.
Bad Oldesloe	Weil alle Bürger die Straßen benutzen, nicht nur die Anlieger.
Bad Oldesloe	Wenn Kommunen Straßeninstandsetzungsmaßnahmen (bewusst) nicht durchführen um dann Grundsanierungsmaßnahmen auf Kosten der Anlieger durchführen zu können, stimmt aus meiner Sicht bei der Gesetzeslage etwas nicht.
Bad Oldesloe	Weil die Summen, die für weiterreichende Straßenbaumaßnahmen den Anwohnern in Rechnung gestellt werden, für die meisten Bürger so hoch sind, dass hierfür Kredite aufgenommen werden müssten. das halte ich für unangemessen. Darüber hinaus ist die Bemessungsgrundlage inakzeptabel, weil z.B. auch Anwohner bezahlen sollen, die seit vielen Jahren kein Auto besitzen geschweige denn fahren. Außerdem wird nach meinen Informationen die Grundstücksgröße als Bemessungsgrundlage heran gezogen. Auch das ist in vielen Fällen sehr ungerecht.
Bad Oldesloe	Gemeinden müssen in der Lage sein Unterhalt und Instandsetzung von Strßen aus dem Haushalt zu bestreiten. Dafür sind Steuern, vor allem die Grundsteuer da.
Bad Oldesloe	"Meine" Anliegerstraße habe ich bereits im Rahmen des Grundstückskaufs mit finanziert und ich zahle jede Menge Steuern u.a. auch zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur.
Bad Schwartau	Ausbeutung der Bürger verhindern und ordentlicher Umgang mit der KFZ-Steuer, Mineralölsteuer usw fordern!
Bad Schwartau	Die Straßen dienen der Allgemeinheit und müssen auch von der Allgemeinheit finanziert werden.
Bad Schwartau	Vieler Orts wird ungerecht abgerechnet. Teilweise bei Eckgrundstücken 2x. Durchgangsstraßen werden durch LKWs stark beansprucht. Rheienendhäuser werden genauso berechnet, wie die an der Straße liegenden. Unsinnige Umgestaltungen (Verkehrsberuhigungen) und neu Asphaltierungen ohne auf die Bewohner einzugehen. Bei uns wurde die Straße erneuert(2015), obwohl noch gut und etliche Bauvorhaben in der Straße. Nun gibt es schon Schadstellen. Wer plant sowas?
Bad Schwartau	weil, die Ur Eigentümer der Häuser bereits enorme Gebühren gezahlt haben...außerdem werden die Straßen von fremden Menschen genutzt...meistens mehr als die Hauseigentümer
Bad Segeberg	Das ist nicht fair, dass Anlieger die Straßen zahlen müssen und alle die Straße benutzen dürfen.
Bad Segeberg	Weil für die Instandhaltung der Straßen Steuergelder zur Verfügung stehen und für viele Bauherren durch Hausbau und Gartenanlage die finanziellen Mittel erschöpft sind.
Bad Segeberg	Das Standbein "Altersabsicherung durch eine Immobilie" wird durch die Straßenbaubeiträge ad absurdum geführt.
Bad Segeberg	Straßenausbau ist eine Grundaufgabe des Staates und muss von allen über Steuern bezahlt werden und nicht nur von einigen Grundstückbesitzern.
Bad Segeberg	Da ich selber Grundstücksbesitzer bin und sehe das seit Jahrzehnten ! bei uns in der Straße nichts an dieser gemacht wurde, der verkehr sich aber zum Ihlsee verdoppelt hat !! ich möchte nicht für diese Kosten aufkommen.
Bad Segeberg	Ich bin Besitzerin einer Eigentumswohnung und beziehe nur eine kleine Rente. Ausserdem fahre ich überwiegend Fahrrad oder gehe zu Fuss.
Bad Segeberg	Ich bin alleinstehend und habe kein Auto. Ich beziehe nur eine kleine Rente.
Bad Segeberg	Weil auch ich in naher Zukunft betroffen sein könnte und nicht einsehe, an den Sanierungskosten beteiligt zu werden. Man zahlt u.a. bereits KFZ Steuern, angeblich für die Sanierung des Straßennetzes. Zudem zahlt jeder Grundstückseigentümer

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	eine jährliche Steuerabgabe an die Stadt/Gemeinde. Wofür wird denn dieses Geld verwendet?
Bad Segeberg	Straßenangelegenheiten sollten durch KFZ Steuern, Kraftstoffsteuern und Grundsteuern finanziert werden, wozu werden diese Steuern sonst erhoben? Straßen dürfen nicht zur Privatsache erklärt werden!
Bad Segeberg	Unsere Straße wird saniert. Die Kosten werden auf die Anwohner verteilt. Ca. 15.000 Euro pro Haus
Bad Segeberg	Strassen können und werden von allen Verkehrsteilnehmern und nicht nur von den Anliegern genutzt
Bad Segeberg	Der Erhalt der Infrastruktur ist eine originäre staatliche Kernaufgabe! Sanierungskosten auf Anlieger umzulegen wäre in begrenztem, gesetzlich zu definierendem Rahmen nur akzeptabel, wenn nachweislich die Anlieger auch alleinige Nutzer wären. Dies ist nur in wenigen Fällen zutreffend.
Bad Segeberg	Anliegerstraßen werden nicht rechtzeitig repariert. Totalsanierungen werden auf die Anlieger umgelegt (trotz Grundsteuern, Kfz-Steuer usw.).
Bad Segeberg	Die Höhe der anfallenden Kosten der Straßenbaubeiträge für Anlieger könnten mich in erhebliche finanzielle Nöte bringen. Wir zahlen viele Steuern, die so gut wie gar nicht für notwendige Straßenreparaturen verwendet werden. Dadurch werden die Schäden immer größer und haben eine Totalsanierung zur Folge, die entsprechend teuer wird...
Bad Segeberg	Existenzgefährdung der Anlieger. Ferner ist die bisherige Lösung ungerecht da die Straße i.d. Regel nicht nur von den Anliegern, sondern oft sehr viel häufiger vom Durchgangsverkehr genutzt werden. Öffentliche Infrastruktur sollte aus Steuermitteln finanziert werden.
Bad Segeberg	Vom Radfahrer bis zum LKW nutzen alle die kommunalen Straßen. Da ist der Gedanke naheliegend, alle an den Sanierungs- und Ausbaurkosten zu beteiligen. Schließlich zahlen ja auch alle Steuerzahler für die Feuerwehr und nicht nur derjenige, bei dem es gerade brennt. Straßen sind eine Pflichtaufgabe, die der Sicherheit aller Bürger dienen
Bad Segeberg	In anderen Bundesländern werden auch keine Gebühren erhoben. Es gibt auch kein Mitspracherecht über die Sanierung, man soll einfach nur bezahlen. Ich sehe eine Sanierung durch die Grundstückssteuer abgedeckt.
Bad Segeberg	Weil wir hausbesitzende Steuerzahler sind!!
Bad Segeberg	Es ist eine Frechheit am Bürger.
Bad Segeberg	Strassen sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Es ist öffentlicher Raum, der jedem zur Benutzung dient. Zu zahlen aus dem Steuer aufkommen. Damit wären auch gleiche Lebensverhältnisse bezüglich dieser Sachlage in allen deutschen Kommunen zu erreichen.
Bad Segeberg	Ich bin davon betroffen und Alleinerziehend mit 3 Kindern. Meine Existenz ist dadurch bedroht.
Bad Segeberg	Weil es eine Sauerei ist die Existenz von Bürgern durch sowas zu gefährden. Es kann nicht angehen das Bürger 15.000€ zahlen müssen und dort baufehler nicht mit einbezogen sind. Was in der Lornsenstr in Bad Segeberg gerade passiert ist das beste Beispiel. Aber die Planung und Politik in Segeberg lässt ja eh zu wünschen über, aber so will man den Wachstum einer Stadt fördern?
Bad Segeberg	Ich meine dass dies eine Pflicht des Staates ist, die nicht auf einzelne Bürger übertragen werden darf. Die diversen Steuern die der Bürger zahlt, sollten dafür in Anspruch genommen werden.
Bad Segeberg	damit die bürger nicht willkürlich zu Zahlungen herrangezogen werden können.
Bad Segeberg	Weil das bisherige Veranlagungssystem ungerecht ist
Bad Segeberg	führt zT zu unerträglichen Belastungen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Bahrenfleth	Der Bürger zahlt schon genug!!! Es muss schluss sein mit dieser Abzocke. Der Staat hat genug Geld, leider wird es oft Zweckentfremdet eingesetzt oder sinnlos ausgegeben. Ich möchte nicht in Altersarmut enden, nur weil unsere Politiker nicht wirtschaften können.
Bargfeld-Stegen	kein Kommentar
Bargtheide	Weil hier, wie so oft, der deutsche Steuerzahler benachteiligt wird. Wir Hausbesitzer zahlen bereits Grundsteuern und KFZ Steuern. Mit diesen Geldern haben die Straßen saniert zu werden, fertig. Und weil ich es auch nicht in Ordnung finde das in diesem Land die Steuereinnahmen nicht zweckgebunden sind. Die größte Frechheit aber ist, das demjenigen, der nicht im Stande ist, mal eben 12.000 EUR zu berappen, einen schöner Eintrag ins Grundbuch blüht. Das nenne ich mal Zwangsenteignung wie im Mittelalter.
Bargtheide	Weil diese Art der Strassenbeteiligung auch irgendwann vielleicht hier in Frage kommt?
Bargtheide	Irgendwann ist jeder Häuslebesitzer betroffen
Bargtheide	Ich bin neu in Schleswig-Holstein. Es gibt mehrere Bereiche, die z.B. in Hamburg viel besser funktionieren. Da muss SH echt nachziehen. Und immer wieder die Bürger zur Kasse bitten, geht nicht. Die sonstigen Gebühren, die man zahlt, sind genug
Bargtheide	unsere Straße wird als Durchgangsstraße für LKW-Verkehr und z.B. für Transportautos für Bäckereien, Gartenpflegebetriebe & Privatfahrzeuge genutzt, um Umwege (z.B) aus Tremsbüttel über die Bahnhofstr und Ampelstau zur Lohe zu vermeiden.
Bargtheide	Es hat sich ein Selbstbedienungsmechnismus des Staates/ der LÄNDER am Mittelstand in alles Bereichen des öffentlichen Lebens etabliert, der für uns Otto-Normalverbraucher Existenzgefährdend ist. Wo bleibt da die "Daseinsvorsagepflicht" des Staates/ der LÄNDER?
Bargtheide	Ich sehe als Bürger leider nur auf diesem Weg eine Möglichkeit sich Gehör zu verschaffen und der politischen Willkühr eine demokratische Stimme offiziell entgegen zu setzen.
Bargtheide	Die Straßen werden von allen genutzt. Wenn die Einnahmen aus den KFZ -Steuern nicht zweckentfremdet verwendete würden, wäre auch genügend Geld für die Instandhaltung der Straßen da
Barkelsby	Die Straßen werden bei uns durch die immer größer werdenden landwirtschaftlichen Fahrzeuge zerstört. Es ist nicht einzusehen das Anlieger die dadurch entstehenden Kosten übernehmen sollen. Wir sind durch ständige Zunahme des Verkehrslärms zur genüge belastet.
Barlt	Ich halte das System für ungerecht > s.a den Artikel in der DLZ vom 10.10.2016!
Barlt	Wir besitzen ein Eckgrundstück. Geld ist im Überfluss vorhanden, es muss nur besser verteilt werden.
Barmstedt	Eine Kostenübernahme der Bürger in diesem Maße ist ungeheuerlich. Die Kosten hat die Stadt bzw. die Kommune zu tragen.
Barmstedt	Weil wir auch betroffen sind, und die Anwohner sind doch nicht die einzigen die die Straßen nutzen.
Barmstedt	Weil es gerecht ist, wenn alle, die die Straßen nutzen, sich auch an den Kosten beteiligen.
Barsbüttel	Die öffentlichen Straßen werden (können) von allen genutzt!
Barsbüttel	Weil ich aus ökologischen Gründen den Erhalt von Straßen wichtiger finde als den Bau ständig neuer Straßen
Belau	Infrastruktur ist eine typische öffentliche Aufgabe. Hierfür erhält der Staat bereits bis zu 50 % unseres Einkommens als Steuern. Die Straßenausbaubeiträge sind in ihrem Gehalt eine weitere Finanzierung von Staatsausgaben, also eine Steuer. Diese

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	wäre, wenn sie richtig benannt würde, schon nach dem Halbteilungsgrundsatz verfassungswidrig. Die Staatshaushalte sollten auf die Erfüllung der Kernaufgaben ausgerichtet werden und sich darüber hinaus am finanziell machbaren statt am politisch wünschenswerten orientieren.
Bergenhusen	Als Hausbesitzer könnte ich mir eine solche Maßnahme nach jahrelangen Renovierungen nicht leisten. Straßenbau ist Sache der Länder und Kommunen und sollte nicht auf die Bürger abgewälzt werden, die schon Grundsteuer und KFZ-Steuer zahlen.
Bistensee	Die Hausbesitzer neben den Grundsteuern auch noch für Versäumnisse aus Jahrzehnten zahlen zu lassen ist schlicht unverschämt.
Bokel	Ismet Stahmer
Bokel	es ist ja wohl unmöglich das die Hausbesitzer für alle die Straßen in Ordnung halten in dem sie dafür bezahlen
Bokholt-Hanredder	Ungleichbehandlung !!!
Bokholt-Hanredder	Straßen gehören dem Staat. Demnach hat auch der Staat die Kosten zu bezahlen. Straßen werden mit unseren Steuern bezahlt. Wieso sollen dann die Anwohner die Kosten tragen? Viele von ihnen werden in den Ruin gestoßen. Hat der Staat gar kein Ehrgefühl?
Bokholt-Hanredder	Ich wohne in einem Wohngebiet mit Tempo 30km/h. Da ein ehemaliger Bauernhof in einen Gewerbebetrieb umgewandelt wurde, wird unsere Straße durch große Zuliefer-LKWs über Gebühr belastet, die zum Teil über den Bürgersteig mit Kleinpflasterung parkenden Autos ausweichen.
Boksee	Weil die Ausbaubeiträge eine unglaubliche Ungerechtigkeit sind!
Bollingstedt	Hohe Straßenausbaubeiträge führen in vielen Fällen besonders im Alter zu latenter Enteignung und Wohnungslosigkeit.
Bollingstedt	Hohe Straßenausbaubeiträge führen in vielen Fällen besonders im Alter zu latenter Enteignung und Wohnungslosigkeit.
Bönebüttel	Der Staat kassiert genug Steuern von uns-diese werden aber nicht für die Bürger verwendet
Bönebüttel	Weil die Strassenbaugebühren völlig ungerecht sind,da wir schon KFZ und Grundsteuern zahlen.
Bönebüttel	Weil ich es unmöglich finde wie die Stadt die Bürger abzockt !!
Bönningstedt	Ich wohne an einer innerörtlichen Straße, die zur Berufsverkehrszeit sehr stark von auswärtigen Autofahrern als Ausweich- und Abkürzungsstrecke benutzt wird. Dafür möchte ich nicht zahlen.
Boostedt	Wie kann es sein, dass die Sanierung einer offensichtlichen Durchfahrtsstrasse wie die Frankenstrasse in Neumünster von den Anliegern getragen werden soll, nur weil die Damen und Herren Stadtvertreter nicht wirtschaftlich mit unseren Steuergeldern umgehen können. Außerdem ist das eine Art von 'Doppellbesteuerung' der Bürger und Bürgerinnen, denn wo fließen denn all die Steuern und Abgaben der autofahrenden Nation hin, offensichtlich nicht zurück in die Straßen !!
Boostedt	Bereits mit Zahlung der Grunderwerbssteuer sollten Kommunen verpflichtet werden, Rücklagen für zukünftige Neu- und Ausbauarbeiten an Straßen zu bilden. Diese sollten regelmäßig durch einen Anteil der Grundsteuer aufgestockt werden. Eine Straße ist öffentliches Gut und für jeden frei zugänglich. Eine Umlage von Straßenbaukosten nur auf Anlieger betreffender Straßen ist genau betrachtet rechtswidrig

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Boostedt	Strassenbau ist Aufgabe von Kreis Land und Staat. Wir Bürger haben keinen Einfluss auf geplante Strassenarbeiten. Warum sollen wir für etwas zahlen, was wir nicht brauchen nutzen oder wollen?
Boostedt	Ich halte die jetzige Lösung für unmöglich und unsozial. Die Straaßen - auch in Wohngebieten- werden von allen Bürgern benutzt. Der Staat hat genug Steuereinnahmen, um den Straaßenbau zu finanzieren.
Boostedt	Für viele nicht tragbar. Schon andere Kosten rund ums Haus sind hoch
Boostedt	Der Staat kassiert genügend Kfz-Steuern, um die Strassen instandhalten zu können, leider versickert das Geld woanders.
Boostedt	Da schon eine KFZ- Steuer für den Unterhalt der Straßen abgeführt wird, darf es für Besitzer von Grundstücken (Häuser) keine extra Gebühren für die Strassensanierungen geben. Sind Städte oder Gemeinden nicht in der Lage, die Kosten einer Straßensanierung zu zahlen, müssen zwingend zusätzlich Gebühren von sämtlichen Steuerzahlern erhoben werden, da diese auch jederzeit Straßen und Wege nutzen.
Bordelum	Wir zahlen schon viele Beiträge um die Straßen zu sanieren, da muss man dann nicht noch tausende von Euros zahlen um ein Stück Straße zu sanieren nur weil sie ans Haus grenzt.
Bordesholm	Da ich ebenfalls Anlieger an einer mit Bussen befahrenen Straße als Eckgrundstück beteiligt bin, bin ich für die Kostenübernahme durch die normalen Steuern. Bei den schweren Bussen handelt es sich um die Schulbusse und die Bussen von Vereinen, die hie nebenan in der Turnhalle ihre Gäste bringen. Von dem wilden durcheinander bei dem Parken hier in der Straße wollen wir gar nicht reden.
Bordesholm	Bin selber Hauseigentümer im Wohnbereich und Rentner. Irgendwann wird mich das mit einigen tausend Euro Anliegerbeitrag auch treffen. Gespartes ist Fehlanzeige. Kredite soll es für Ältere auch nicht mehr geben. Um mein Leben nicht nur trist gestalten zu müssen verdiene ich geringfügig zur Rente dazu. Wovob soll ich also Anliegerbeiträge zahlen?
Bordesholm	Die Steuerbelastung der Bürger ist im allgemeinen hoch genug. Der Erhalt der Infrastruktur sollte vollständig aus Steuergeldern finanziert werden. Die Einnahmen dafür sind da und sollten auch für die Belange der eigenen Bürger verwendet werden, anstatt diese mit staatlicher Willkür in Existenznot zu bringen.
Bordesholm	Straßenbau ist staatliche Aufgabe. Jährlich werden Millionenbeträge hierfür eingenommen, jedoch zweckentfremdet verwendet. Die Anteilige Beteiligung von Anwohnern bringt viele in existenzielle Not.
Bordesholm	Eine öffentliche Straße kann jeder benutzen, also sollte auch jeder Steuerzahler für den Erhalt herangezogen werden. D.h. aus den Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sollte der Straßenausbau bzw. Sanierung bezahlt werden, so wie es bereits in einigen Bundesländern praktiziert wird. Außerdem, wenn alle Steuern die im Straßenverkehr wie z.B. KFZ-Steuern, Kraftstoffsteuern etc. nicht ständig zweckentfremdet würden, bräuchten wir über Straßenausbaubeitragsatzungen, die von den Anliegern ungerechterweise gefordert werden, nicht mehr zu diskutieren.
Bordesholm	die öffentliche Abzocke stinkt zum Himmel....
Bordesholm	Für den Strassenausbau sollten die Grundsteuern verwandt werden. Die bauliche Unterhaltung wurde von fast allen Gemeinden vernachlässigt, weil das Geld für andere Zwecke, zumeist für die Erfüllung von Leistungen aus Bundes- und Landesgesetzen, benötigt und ausgegeben worden ist.
Bordesholm	Da ich ein Eckgrznstück besitze und nicht zwei Straßen bezahlen möchte. Wovon eine für über 50 Jahre von einem Bauunternehmer als Zufahrt für seinen Bauholz genutzt wurde.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Bordesholm	Die Abschaffung der Einzelabgaben ist auch nach meiner Meinung korrekt und dringend geboten. Sie passen auch nicht in das übrige System öffentlicher Belastungen, wobei Steuern Abgaben ohne Gegenleistungsanspruch sind und es eben Gebühren gibt, für welche der Bürger eine bestimmte Gegenleistung in Anspruch nimmt (Führerschein, Ausweis..). Da bei der öffentlichen Straßennutzung keine persönliche, direkte Gegenleistung vorliegt, haben diese Zwangsbeiträge eher den Charakter von Steuern. Im Falle der Einführung einer generellen Grundstücksabgabe für alle, die auch auf Mieter umgelegt wird, ist m.E. zu bedenken, dass diejenigen Grundstücksanlieger, welche bereits mit Ausbaubeiträgen belastet wurden, von der neuerlichen Belastung auszunehmen sind. Hierfür eine geeignete Lösung zu finden muss dann ebenfalls Aufgabe des Gesetzgebers sein.
Bordesholm	Ich finde die Ausbaubeiträge ungerecht. Die Gemeinde lässt die Straßen verkommen und die Kosten für die dann nötigen Erneuerungen sollen nur die Anwohner, tragen obwohl die Straßen von allen benutzt werden
Bordesholm	Weil es ungerecht ist Straßenbaukosten auf den Steuer zahlenden Bürger umzulegen. Insbesondere da dieser Bürger keine Chance zur Mitbestimmung hat. Er ist nicht am Verfahren beteiligt. Er hat keine Möglichkeit auf die Notwendigkeit der Maßnahme, Höhe der Kosten und, Qualität der Ausführung , Einfluss zu nehmen. .
Bordesholm	Ich bin Betroffener
Bordesholm	Mittelstand schützen. Gezielter und sinnvoller Einsatz von Steuergeldern
Bordesholm	Ausbaubeiträge sind nicht mehr zeitgemäß. Straßen werden von allen genutzt - auch vom Schwerlastverkehr, darum ist nicht einzusehen, warum nur die Anlieger einer Straße zur Kasse gebeten werden.
Bordesholm	Abschaffung de Strassenausbaugebühren wobei wir doch Mineralölsteuer, Ökosteuer, Kfz Steuer bezahlen die eigentlich auch für den Strassenbau vorgesehen sind.
Bordesholm	Es ist nicht nachvollziehbar, dass der kleine Häuslebesitzer , für die Erneuerung der Straße, die für alle Menschen zur Verfügung steht seinen Geldbeutel öffnen muss. Noch Schlimmer, Ersparnisse hergeben muss. Die Straße ist Gemeinwohl, alle müssen bezahlen, wir zahlen Steuern die sind dafür zu nehmen.
Borgdorf-Seedorf	Die Strassenausbausatzung birgt die Gefahr der ungerechten Behandlung, da nicht zwingend die Verursacher der Schäden auch die Instandsetzung tragen sondern lediglich die Anlieger.
Börm	Straßenbaugebühren sind in der Form, wie sie derzeit in Schleswig-Holstein erhoben werden, für die betroffenen Grundstückseigentümer ungerecht. Es geht womöglich um die Zahlung von tausenden Euro durch Privatpersonen und das darf nicht abhängig sein, von der zufälligen Lage eines Grundstücks und dem Gutdünken eines einzelnen Gemeinderates.
Bornholt	Ich möchte als Steuerzahler durch diese rechtswidrige Abzocke nicht der weiteren nutzlosen Verschwendung von Steuergeld Tür und Tor öffnen.
Bornhöved	Es darf nicht sein, dass Land oder Stadt und Gemeinde eine Familie oder ein Gewerbe an den Rand des Ruins bringen. Es spricht gegen jegliches Geschäftsgebahren, dass jemand Produkte und Leistung sich aussucht und jemand anders, der kein Mitspracherecht hat, bis zu 90 % der Kosten zahlen muss!! Verhältnismäßigkeit ist dringend gefragt!!
bornhöved	Um die kommunale Politik zu erinnern, wenn sie als Bürger vertreten. Und der einzelne Eigentümer in seiner wirtschaftlichen Existenz nicht gefährdet wird.
Bornhöved	es geht um Gerechtigkeit

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Bornhöved	Wir sind auch davon betroffen!
Bornhöved	Weil unsere Kinder auch davon betroffen sind. Die Familie hat 3 kleine Kinder!!!
Bornhöved	Das altersbedingte Einkommen ist festgelegt , weitere Quellen sind nicht vorhanden also ist ein Verkauf der Immobilie angesagt.
Bornhöved	Wir sind selbst betroffen und mussten im letzten Jahr die Straße zahlen. Des Weiteren soll im Nachbarort eine Straße saniert und die Anwohner herangezogen werden. Diese sind bereits Rentner und sollen zum Teil an die 40000€ zahlen. Das ist utopisch und die ersten müssen ihre Häuser verkaufen. Das geht gar nicht!
Bornhöved	ich war selbst betroffen und musste letztes Jahr über 2000€ zahlen
Bornhöved	Da wir schon Steuern zahlen für unser Grundstück...und davon müssten auch die Kosten der Straßenbaubeiträge gezahlt werden...und nicht noch Hausbesitzer damit in die Existenzgefährdung treiben..
Bornhöved	Unsere Straße soll saniert werden und gilt teilweise als Neuerschließung mit 90% Anwohneranteil. Das ist für die Anwohner nicht zumutbar. Die Gesetzgebung muss schnell geändert werden.
Bornhöved	Gleiche Lastenverteilung für alle Bürger eines Gemeinwesens, weil wir sonst dazukommen könnten, dass noch feingliedriger Kosten umgelegt werden, die von allen genutzt werden können. Eine Frage der Gerechtigkeit!
Bornhöved	Weil viele Bürger damit in den finanziellen Ruin getrieben werden!
Bornhöved	Nur weil man ein Haus besitzt, ist man nicht unbedingt wohlhabend. Man kann auch nicht bei Bedarf die Grundstücksgröße oder die Wohnfläche verringern. Man kann nicht selbst entscheiden, ob es finanziell gerade passt. Straßen werden von JEDEM genutzt, die eine mehr, die andere weniger.
Borstel	Ich habe vor ca. 12Jahren aus genau diesen genannten Gründen in meiner Gemeinde unternommen. Leider konnte ich mich nicht durchsetzen.
Borstel-Hohenraden	Die jetzige Praxis ist total ungerecht. Sie erhebt Straßen-Kosten auch von Nicht-Autobesitzern. Andererseits bleiben die Autohalter 'ungeschoren', die zwar nicht direkt an der jeweiligen Straße wohnen, sie aber täglich nutzen.
Bösdorf	Die Finanzierung von Straßenbau durch Anlieger ist ungerecht.
Bovenau	Ich bezahle Gemeinde - Kfz.- Benzinsteuern welches zum Strassenbau vorbehalten ist. Bei einer Baubeteiligung (Eckhaus) muss ich mein Haus unter Wert verkaufen und kann als Rentner zum Sozialamt gehen
Böxlund	Weil die Straßenausbausatzung sehr ungerecht ist!!!
Braak	Als Anlieger einer Sackgassenstraße, an deren Ende ein größerer Gewerbebetrieb liegt (Kfz-Werkstatt) gehe ich davon aus, dass weit mehr als 90 % des Verkehrsaufkommens auf diesen Gewerbebetrieb entfällt. Insofern wären Straßenbaubeiträge der "normalen" Anlieger nicht sachgerecht.
Braak	Bürger sollten nicht immer alles zahlen
Braak	Wozu werden unsere Steuern und Abgaben verwendet, wenn nicht für das öffentliche Wohl ?
Braak	Wir zahlen bereits Grundsteuer und unsere Gemeinde ist nicht arm durch Einnahmen aus einem Gewerbegebiet, welches durch LKW Verkehr Hauptverursacher für schlechte Straßen ist. Mir ist nicht klar warum das unsere Gemeinde das nicht aus bestehenden Einnahmen finanzieren können.
Braak	Es ist mir wichtig dass diese Petition Erfolg hat und dass das Gesetz entsprechend geändert wird. Immer weniger Bürger haben diese Summen besonders im Alter zur Verfügung. Da hat man jahrelang hart gearbeitet um sich ein eigenes Haus zu schaffen und alle Erschließungskosten bezahlt und dann soll man wieder dafür bezahlen ?? Vielleicht nur um wie im aktuellen Fall die Versäumnisse der Gemeinden wettzumachen. Ausserdem werden in der Regel sehr aufwändige Strassenausbauten vorgenommen die meistens nicht notwendig sind, aber aufgrund

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	der Pflicht der Anlieger zu bezahlen, ja dann für die Kommunen erschwinglich werden.
Braak	Weil m.E. der Erhalt der Straßen durch die vielfältigen Steuern, die gezahlt werden, abgedeckt sein müssten.
Bredenbek	Es kann nicht sein, dass wir für Strassen, deren Errichtung bzw. Ausbau bereits bezahlt haben, nochmal zahlen sollen, nur weil die Gemeinden jahrzehntelang nichts für deren ordnungsgemäße Instandhaltung getan haben. Viele Jahre wurde uns Bürgern vermittelt, es sei kein Geld da. Nur jetzt ist wundersamerweise für alles Geld da. Ich finde, es reicht!!! Die Hausbesitzer müssen nicht verarmen, nur weil sie für das Alter vorgesorgt haben.
Bredstedt	Es kann nicht sein, dass die Städte am Eigentum Ihrer Mitbürger vergreifen. Wenn es schon nicht gesetzlich anders geht, sollte eine jährliche Pauschale die sogenannte einmalige Straßenbaubeitragsgebühr ersetzen. (Siehe Husum). Das bringt ehrliche Eigentümer und Steuerzahler nicht in finanzielle Not !!
Bredstedt	Alle benutzen die Straße, nicht nur die Anwohner, also sollten alle bezahlen oder der Staat, der für unsere Steuerabgabe das Geld dafür schon bekommen hat.
Bredstedt	Bin selbst Hauseigentümerin mit großem Grundstück straßenanliegend...
Bredstedt	Die Straße wird als Umgehungsstraße zur B5 genutzt und die Anlieger sollen für diesen Aufwand die Kosten tragen. Einzelne sollen für die Allgemeinheit aufkommen und für die Industrie die Infrastruktur instandhalten. Was keineswegs richtig sein kann. Wenn dies nicht geändert wird, so haben wir eine falsche Gesetzgebung.
Breitenburg	Eine Unterschrift für mehr Gerechtigkeit. Ein Schritt in die richtige Richtung. Lasst uns gemeinsam etwas bewegen.
Breitenfelde	Bei Straßenbaubeiträgen handelt es sich um große finanzielle Zahlungen, die oft von den Anwohnern gar nicht geleistet werden können. Darüberhinaus wird der Straßenbau z.B. in unserem Ort in reinen Wohngebieten ohne jede echte Mitsprache der Anrainer gestaltet. Unsere Straße soll z.B. umgebaut werden als Zufahrt für ein neues Erschließungsgebiet. Wir, die Alt-Anrainer sollen nun die Erschließungskosten für das neue Siedlungsgebiet für die Gemeinde übernehmen, die dann die teuren, neuen Grundstücke gewinnbringend verkauft. Das geht m-E. gar nicht.
Breitenfelde	Bei Straßenbaubeiträgen handelt es sich um große finanzielle Zahlungen, die oft von den Anwohnern gar nicht geleistet werden können. Darüberhinaus wird der Straßenbau z.B. in unserem Ort in reinen Wohngebieten ohne jede echte Mitsprache der Anrainer gestaltet. Unsere Straße soll z.B. umgebaut werden als Zufahrt für ein neues Erschließungsgebiet. Wir, die Alt-Anrainer sollen nun die Erschließungskosten für das neue Siedlungsgebiet für die Gemeinde übernehmen, die dann die teuren, neuen Grundstücke gewinnbringend verkauft. Das geht m-E. gar nicht.
Brekendorf	1. Hauptverursacher von Straßenschäden sind Laster und weitere schwere Maschinen. 2. Mit verschiedenen Abgaben bezahlen wir schon für den Bau und Erhalt von Straßen. 3. Für viele Hausbesitzer sind die immensen Kosten gar nicht tragbar.
Brekendorf	Die Kraftfahrzeugsteuer und die Mineralölsteuern sollten vollständig zum Bau und zur Erhaltung der Strassen genutzt werden. Dann wäre eine zusätzliche Belastung der Bürger völlig unnötig. (Zahlen von 2013: Einnahmen durch Kraftfahrzeugsteuer und durch die Mineralölsteuern: 53 Milliarden, Ausgaben für Strassenbau und Erhaltung: 19 Milliarden).
Brekendorf	Wir zahlen Steuern, außerdem hat der Anwohner keine Mitsprache bei Art und Umfang, damit Kosten eines Straßenausbaus.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Brinjahe	Steuergerechtigkeit
Brodersby	Es geht um meine Rechte und um Steuerverschwendung. Kosten können nicht immer auf die Bürger umverteilt werden.
Brodersby	Mir ist die Petition extrem wichtig, da wir mit nur 4 Anwohnern an einer über einen Km langen Straße wohnen, die von viel zu großen, und in der Erntezeit auch viel zu schweren Traktoren inkl. Anhängern kaputt gefahren wird, die allerdings nichts dafür zahlen müssten, wenn unsere Straße neu gemacht werden muss. Die meisten dieser Fahrzeuge haben auch noch grüne Kennzeichen, d.h. sie sind komplett Steuerbefreit. Ich empfinde die Regelung, dass nicht alle Verursacher sondern nur die Eigentümer der anliegenden Grundstücke bezahlen müssen, als absolut ungerecht. Wir bezahlen KFZ Steuer, Mineralölsteuer etc, Kosten für Straßen der allgemeinen Nutzung sollten auch von allen bezahlt werden. Ansonsten möchten wir als Anwohner auch bestimmen dürfen, wie die neue Straße gebaut wird. Und uns würde so ein schöner alter Plattenweg vollkommen reichen (geschätzte Kosten falls unsere Straße neu errichtet werden muss liegen bei 1 Million Euro)
Brodersby	Staatliche Massnahmen müssen sich auch an Effizienzkriterien messen lassen. Wenn der Staat mit der ständig steigenden Steuerquote nicht zurecht kommt, haben Aufgaben zur inneren Konsolidierung Vorrang vor internationalen Verpflichtungen.
Brodersby	Es ist eine Aufgabe der gesamten Steuergemeinschaft und nicht nur der einzelnen Eigentümer. Unsere Gemeinde in Brodersby will diese Beiträge nun auch einführen.
Brokdorf	Wenn Gelder verschleudert werden (s. Schwarzbuch) müssen das nicht die Bürger Tragen.
Brokstedt	Weil es die Aufgabe ist, dass diese Dinge durch die Steuern zu Finanzieren ist.
Brokstedt	Um eine eventuelle finanzielle Ruinierung meiner Familie und Verkauf der Immobilie zu vermeiden
Brokstedt	Um eine finanzielle Runinierung meiner Familie zu vermeiden und einen Verkauf des Eigenheims. Da junge Familien keine Unterstützung vom Staat ausreichend erhalten.Kürzen statt fördern.
Brügge	Steuern zahlen wir alle bereits genug! Die Straßennutzung sehe ich hierbei in keinster Weise berücksichtig.
Brunsbek	Straßenbaukosten haben beim Bürger nichts zu suchen. Wir haben unsere Straßen bereits bei der Erschliessung bezahlt. Land und Gemeinden haben sie dann verkommen lassen.
Brunsbek	Ich finde das ganze ungerecht uns Bürgern gegenüber!
Brunsbek	Wegen der Ungerechtigkeit !
Brunsbüttel	unsere Straße ist eine Durchgangsstraße und wird von allen Autofahrern aus Bunsbüttel genutzt um die Ampelanlage zu umgehen.Also wäre es gerecht das alle Verkehrsteilnehmer einen kleinen Beitrag monatlich bezahlen würden.
Brunsbüttel	Ich empfinde es als ungerecht wenn nur ein Teil der Bürger zur Finanzierung eines öffentlichen Vorhabens, das von der Allgemeinheit genutzt wird, herangezogen wird. Weiterhin bin ich der Meinung, dass die öffentliche Hand kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem hat und endlich einmal eine Besinnung darauf stattfinden muss, dass nicht jedesmal die Steuer- und Gebührenschaube benutzt wird, wenn eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen ist.
Brunsbüttel	Weil wir in Deutschland ausreichende Steuern der verschiedensten Art bezahlen damit der Staat, das Land und die Gemeinden ihre Aufgaben wahrnehmen können. Besonders eben auch die Investitionen in Infrastruktur jeder Art. Statt dessen werden Unsummen in sinnlosen Projekten versenkt um anschließend den Bürger über andere Wege erneut zur Kasse zu bitten. Alles was Privateigentum ist soll auch

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	privat unterhalten werden. Kein Problem. Alles was der Allgemeinheit zu Verfügung steht muss auch durch die Allgemeinheit getragen werden.
Brunsbüttel	Weil ich schlicht nicht weiss, wo ich das Geld hernehmen soll.
Brunsbüttel	In Brunsbüttel wurde ein ganzes Wohngebiet unter Denkmalschutz gestellt, um über die Städtebauförderung Gelder beantragen zu können. Die Eigentümer sind darüber nicht informiert worden. Das Geld soll dafür verwendet werden, eine Schule in diesem Gebiet zu Sanieren, obwohl bereits ein Neubau einer Schule begonnen hat und die weiter Verwendung des Gebäudes noch nicht feststeht. Um diese Fördergelder zu bekommen, sollen laut unserer Meinung unnötige Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Die daraufhin durchgeführten Eigentümerversammlungen endeten in Missmut und Streit.
Brunsbüttel	Ich bin selbst Hausbesitzer an einer Durchgangsstraße.
Brunsbüttel	Der Staat sollte die Steuern dafür einsetzen und nicht nur politisch interessantere und stimmenträchtige Schwerpunkte über Gebühr stützen.
Brunsbüttel	Es kann nicht sein, dass Grundstückseigentümer per Gesetz gezwungen werden anteilig Sanierungskosten einer öffentlichen Straße zu übernehmen. Das widerspricht nicht nur moralisch einer gesunden Rechtsauffassung. Eine öffentliche Straße wird auch öffentlich genutzt und somit öffentlich verschlissen - am wenigsten aber vom angrenzenden Grundstückseigentümer selbst. Nicht mehr und nicht weniger muss dazu gesagt werden! Hinterfragt werden muss aber in welchem Interesse unsere gewählten Volksvertreter handeln!
Brunsbüttel	Sanierungskosten bei einer Strasse, die auch als Durchgangsstrasse durch den städtischen Bereich benutzt wird, müssen durch die Gemeinde getragen werden.
Brunsbüttel	Ich schließe mich Ihrer Meinung an, da wir bereits schon genug Steuer bezahlen.
Büchen	Ich habe vor 30 Jahren ein Siedlungshaus als zusätzliche Alterssicherung gekauft, und somit finanzielle Einschränkungen in Kauf genommen. Jetzt als Rentner würde eine Umlage für die Erneuerung der Straße mich und einige Nachbarn zwingen, Haus und Grundstück zu verkaufen.
Buchholz	Straßen werden von der Allgemeinheit genutzt, daher ist diese Abgabe ungerecht.
Büdelsdorf	Weil es den Bürgern sonst alles abverlangt wird.
Büdelsdorf	Es ist ungerecht, wenn nur Hauseigentümer zu Zahlungen herangezogen werden.
Büdelsdorf	Alle Bürger, nicht nur in der Gemeinde, auch Mieter und LKWs nutzen die Straßen im Ort und verschleifen sie.
Büdelsdorf	Ich finde das sehr gut, das sich so viele Bürger an dieser Petition beteiligen. Es müßten eigentlich noch viel mehr sein.
büdelsdorf	Ich bin auch nicht damit einverstanden neben den vielen hohen Steuern auch noch für ZB eine Straßenerneuerung oder Abwässer usw extra zu zahlen
Büdelsdorf	Endlich wird mal was unternommen. Ich frage mich wofür man als Hausbesitzer Grundsteuern zahlt.
Büdelsdorf	Der Landesgesetzgeber sollte das bestehende Gesetz dahingehend ändern, dass aus der Verpflichtung eine Kann-Anordnung für die Gemeinden besteht. Im Übrigen wäre eine generelle Abschaffung der Strassenausbaugebühren, wie in anderen Gemeinden praktiziert, sinnvoll. Wenn das nicht möglich, sollten alle Gemeindebürger mit einer jährlichen Gebühr belastet werden, auch wenn das für die Verwaltungen Arbeit macht.
Bunsoh	Die Gemeindevertreter entscheiden wann und wie eine Strasse saniert wird. Der Anwohner hat kein Mitspracherecht, er wird "nur" zur Kasse "gebeten". Unsere Gesellschaft gibt vor dass jeder selbst entscheidet was er kauft, denn es ist abhängig vom Geldbeutel des Einzelnen. Kein Gemeindevertreter erkundigt sich vorher beim Anwohner wie er die Strasse haben möchte und ob er sie bezahlen kann. Diese Ungerechtigkeit führt viele Grundbesitzer in den Ruin. Es muss einen gerechteren

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Verteilerschlüssel geben, denn die Strassen benutzen ja alle und nicht nur die Anwohner.
Burg	Wozu bezahlen wir Steuern dafür soll doch das Geld genommen werden
Büsum	Die Pommernstraße ist genau so marode wie ihre Straße in Neumünster, es wurde immer wieder rumgeflickt, statt rechtzeitig zu sanieren. Die Kosten sollen auch auf die Anwohner umgelegt werden, was wir ungerecht empfinden
Buxtehude	ja weil die Bürger Steuern zahlen, und Infrastruktur hat der Staat zu zahlen und sollte dabei genauso sparsam haushalten wie es von Bürgern auch erwartet wird, um nicht durch Überschuldung zum Sozialfall zu werden.
Buxtehude	ich habe schon oft gehört, dass Städte und Gemeinden Geld regelrecht zu Fenster raus werfen, Bürgermeister sich Denkmäler setzen wollen. Bundesstrassen sind in schrecklichen Zuständen weil zum Erhalt kein Geld da ist aber Banken gerettet werden müssen auch damit den Spekulanten kein Schaden entsteht. Infrastruktur ist Staatsangelegenheit. Auch Bürgern brauchen Planungssicherheit.
Damendorf	Es gibt die KFZ Steuer! Es ist nicht gerecht wenn Landwirte, Gewerbetreibenden, Lohnunternehmer, Mautumfahrer unsere ländlichen Strassen kaputt fahren und ich das auch noch zahlen soll!
Damp	Weil diese Forderung der Kommunen eine Unverschämtheit ist. Wir (Kleinst-, Klein- und Mittel-Verdiener, nicht die "GlobalPlayer, nicht die Beckenbauers & Co. und auch nicht die Abgeordneten von ihren fetten Diäten und sonstigen "Verdiensten") zahlen schon mehr als reichlich Steuern. Steuern sind dafür da, das Leben der Allgemeinheit zu vereinfachen, zu regeln und das, was ALLEN zugute kommt, zu finanzieren. Eine einzelne Gruppe dann noch einmal zur Kasse zu bitten, egal mit welchen Folgen für sie, ist Politik nach Landesfürstenart. Wie komme ich dazu, Straßenerneuerungen zu bezahlen dafür, dass z.B. der Tourismus floriert, Unternehmer ihre Lagerbestände immer mehr auf die Straße auslagern, Maut umgehen wollen und Pfuschleistende Straßenbaubetriebe sich wunderbar sanieren können. Karin Zickler B. der
Damp	Wo sollen ältere Herrschaften so viel Geld aufbringen??? Kredit bekommen die älteren Leute nicht mehr. Haus verkaufen? Wer soll es kaufen, wenn so eine große Investition der Straße ansteht?
Damp	Kein Mensch sollte durch den Straßenbau in eine Existenznot geraten.
Damp	Die Politik hat seit Jahren Ursache und Wirkung aus dem Auge verloren. Zur Abdeckung der Kosten welche aus der Strassenbaulast von Gemeinde, Kreis, Land, Bund zahlen alle Bürger bereits heute zweckgebundene Steuern. Diese Zuflüsse aus dem Steueraufkommen sollten für den Zweck auch verwendet werden. Täte man das wäre eine zusätzliche Steuerlast für Bürger nicht nötig. Außerdem werden in unseren ländlichen Gemeinden die Strassen in großen Teilen von schweren Landwirtschaftsfahrzeugen beschädigt die alle keine Steuern zahlen. Das geht garnicht. Denn Strassen gehen eher nicht von PkW kaputt mit ca. 1,5-2,0 Tonnen sondern von Treckern, Rüben- und Maislastern mit 40 Tonnen. Eine Ungerechtigkeit sondergleichen.
Dänischenhagen	Die derzeitige Rechtsgrundlage ist für ältere, insbesondere Rentner und alleinstehende, in ihren Häusern lebenden Personen eine zu große Belastung. Sie führt zu übermäßig hohen Härtefällen.
Dänischenhagen	Straßenausbaubeiträge stellen für Hauseigentümer ein schwer kalkulierbares finanzielles Risiko dar
Dänischenhagen	Wenn man verfolgt, dass die Straßen nicht gepflegt werden, z.B. Löcher dichten usw., (weil die Gemeinde zahlen muß!), und dann die Straßen für viel Geld neu gebaut werden, und wir Anwohner für die Schlamperei der Straßenverwaltung bluten, bezahlen sollen, ist das nicht einzusehen. Wenn die Gemeinden nicht auf die

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Anwohner umlegen könnten, würden sie die Straßen auch pflegen!! Daher muß die Umlage weg! Rolf Paustian
Dänischenhagen	Als Rentner werde ich nicht in der Lage sein Beträge im hohen 4-stelligen geschweige denn im 5-stelligen Bereich zu leisten.
Dassendorf	Es kann nicht sein, das sowas auch noch wieder auf die Bürger umgelegt wird. Wir zahlen doch schon genug Steuern.
Dassendorf	Ich bin grundsätzlich gegen Straßenausbaubeiträge allein von Grundeigentümern. Zum einen zahlen Grundeigentümer bereits 1. die Grunderwerbssteuer (z.Zt. 6,5%?!?=Höchstsatz in Deutschland) und 2. die jährlich Grundsteuer (Messbetrag x Hebesatz 370 v.H.?!?!). Zum 3. bin ich der Meinung, dass der Bund für die Infrastruktur innerhalb der BRD zuständig ist, hat er doch horrende Steuereinnahmen. Aber das ist ja unseren Staat (ich meine die Bundesregierung) wohl auch nur eine Nullnummer wert! Herzlichen
Dätgen	Ich denke der Staat ist für die Instandhaltung der Infrastruktur unseres Landes verantwortlich. Dafür werden Steuern erhoben. Reichen diese Mittel nicht aus, muss über Anpassungen gesprochen werden, die dann aber auch von der gesamten Bevölkerung getragen werden, und nicht nur von denen, die schon Steuern in Form von Abgaben für Ihre Grundstücke Entrichten. Denn das ist nicht gerecht!
Daun	Auch uns hat es hier in RP getroffen. Glücklicherweise aber ein recht geringer und überschaubarer Betrag. Allerdings wurde uns der Bescheid 2014 zugestellt bzw. wurde er erstellt für das Jahr 2012. Das Haus haben wir jedoch erst 2013 gekauft. Doch leider ist es hier so, das der herangezogen wird, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Bescheides Grundstückseigentümer ist. Alleine das ist schon ****
Diekhusen-Fahrstedt	Weil wir genug Steuern zahlen und die Bonzen sich die Taschen damit vollstopfen. Die können sich freuen das wir Deutschen zu feige sind auf die Straße zu gehen.
Dingerdenn	Da wir Jahr für Jahr Grundstücksteuern und KfzSteuer zahlen. Welche vom Staat "Zweckentfremdet" verwendet werden. Da wir unsere Grundstücke selber in Ordnung halten, die Straßen aber kein Privateigentum sind. Sehe ich nicht ein, daß wir uns durch Straßenbaubeiträge in den Ruin treiben lassen müssen.
Dollerup	Straßenbaubeiträge sind ein ungerechtes und unsoziales Mittel für den Straßenausbau. Wenn überhaupt ein solches Werkzeug benutzt wird, müssen die Anwohner auch demokratisch an der Planung beteiligt werden!
Dörphof	Im ländlichen Raum mit wenigen Anliegern / km Straße ist die finanzielle Belastung des Grundstückseigentümers nicht zu leisten. Vor allem ältere Mitbürger werden hart getroffen. Warum legt die Landesregierung Programme zur Förderung der ländlichen Räume auf, wenn sie auf dem Weg der Straßenausbaubeiträge die Landflucht befeuert ?
Dörpstedt	Wir alle zahlen zig verschiedene Steuern. Das reicht um uns nicht zusätzlich noch für den Staat verschulden zu müssen.
Dörpstedt	Wir alle zahlen verschiedene Steuern. Das reicht um alle Strassen zu sanieren
Eckernförde	Immer wieder erleben wir, dass die Straßen runtergewirtschaftet werden, bis es sich nicht mehr vermeiden lässt, weil Gas, Wasser und Strom-Leitungen erneuert werden müssen. Und dann werden die Anlieger zur Kasse gebeten, ob wohl der Belag vom Durchgangsverkehr, Bus und LKW's kaputtgefahren wurden. Durchgangsstraßen werden kurzfristig zu Anliegerstraße umgewandelt, um noch mehr Kosten umzuwälzen. Um solcher Willkür Einhalt gebieten zu können muss es hier eine Neuregelung geben.
Eckernförde	Gerechtigkeit geht anders!!
Eckernförde	Die Kosten auf alle Bürger verteilen!
Eckernförde	Diese Petition ist mir wichtig, da ich nicht einsehe, daß wir mit für die Instandsetzung unserer Straße aufkommen sollen, obwohl wir sie selber am

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	wenigsten nutzen. LKW;Busse und viele andere Fahrzeuge tragen eher zur Beschädigung der Straße bei.
Eckernförde	Die jetzige Gesetzeslage ist ungerecht und unsozial (Gründe sind diskutiert und bekannt). Der Zustand der Klaus Groth Straße z.B. ist mit Sicherheit nicht auf den PKW Verkehr zurückzuführen, es sind eher die schweren Großfahrzeuge (aller Art), die täglich durch die Straße "donnern" und mit denen wir nichts zu tun haben.
Eckernförde	Weil es finanziell manchen Menschen die Existenz raubt
Eckernförde	weil ich selbst einige tausend euro für strassenbau bezahlen musste.
Eckernförde	Infrastruktur ist vornehmlich Aufgabe von Land und Kommunen
Eckernförde	1 + 1 = 2 und das muss die Politik endlich mal wieder kapiieren, ich bin es leid, das immer wieder neue Wege geschaffen werden, mit denen die Versäumnisse der Politik ausgeglichen werden müssen!!
Eddelak	Aufgrund der derzeitigen Steuerzahlungen eines jeden Bürgers empfinde ich die Zahlungen für Straßensanierungen etc. als eine unnötige Mehrbelastung. Da die Beteiligungen sehr hoch ausfallen können ist ein Hausbesitzer auch sehr schnell insolvent. Das kann und darf nicht das Ziel sein. Hausbesitzer sorgen mit ihrer Immobilien bereits schon sehr gut für ihre Altersversorgung (Pflegekosten etc.). Nicht-Hausbesitzer werden auch hier nicht belastet. Ein Immobilienbesitzer finanziert zuerst sein Haus, später damit eine eventuelle Pflege etc. und wenn es schlimm kommt auch noch die Straßensanierung. Diese Belastungen führen sehr schnell in den Ruin.
Ehndorf	Viele vor allem ältere Menschen werden an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten geführt, wenn bei einer geringen Rente ein hoher Straßenbaubeitrag zu leisten ist. Hinzu kommt, dass dieser Beitrag schlicht ungerecht ist, weil in aller Regel die Anwohner nicht die Verursacher sind.
Ellerau	Zur Herstellung unserer Rechtsordnung, weil die Straßenausbausatzungen gegen das Gleichheitsprinzip unserer Verfassung verstoßen indem Grundeigentümer einseitig belastet werden. Eine Bürgersteuer wäre die gerechtere Lösung. mfG W. Schmidt
Ellerau	Weil es ungerecht ist einen so hohen Beitrag der öffentlichen Kosten umzulegen. Weil es eine Form der Enteignung ist.
Ellerbek	In den meisten Fällen werden die Straßen von viel mehr Bürgern genutzt, als nur von den Grundstückeigentümern. Im gegenteil durch den oft umfangreichen Verkehr sinkt ihr Wohnwert und die Autofahrer haben den meisten Nutzen.
Ellerbek	Wenn der Straßenausbau hauptsächlich den Grundstückseigentümern dient, muß er auch nur nach deren Bedürfnissen und Willen ausgebaut werden, damit sich die Kommunalpolitiker kein Denkmal setzen. Es sollte in der Politik das Prinzip "Wer die Musik bestellt muß auch bezahlen" und Regress bei grob fahrlässiger Entscheidung eingeführt werden.
Ellerhoop	Der Bürger zahlt genügend Steuern, z.B. sind die KFZ-Steuern und die enorme Mineralölsteuer, die für jeden Liter Kraftstoff anfällt, doch für solche Sanierungszwecke vorgesehen sind. Das Geld scheint aber für andere Zwecke benutzt zu werden. Hier sollte schleunigst eine Zweckbindung per Gesetz beschlossen werden!
Elmenhorst	Ich bin selbst Hausbesitzerin und habe immer Angst, dass solche Abgaben mla auf mich zukommen. Sollte das mal der Fall sein, dann könnte ich es wohl nicht tragen und müssten wegen "so kleinen Summen" zum jetzigen Zeitpunkt (Studentin mit einem geerbten Haus, das ich GERADE SO unterhalten kann) müsste ich alles verkaufen und würde alles verlieren und ich weiß, dass es Nachbarn (Rentnern)

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	ähnlich ginge und das geht nicht! Ich zahle für mein Auto steuern und davon sollte alles bezahlt werden, dafür sind die Steuern ja da!
Elmenhorst	Wir zahlen Steuern und das sollte reichen. Meine Tochter und ich könnten es nicht zahlen, wenn es uns treffen würde!
Elmshorn	Unsere Freunde sind direkt betroffen. Als ich von den Summen hörte, war mir klar, dass man so etwas nicht einfach den Bürgern aufhalsen darf.
Elmshorn	Die Kommunen lassen die Straßen absichtlich so verkommen, bis nur noch die Totalsanierung hilft. Oft werden bei Bauarbeiten die Decken nur notdürftig geflickt, der Frost hat leichtes Spiel. Lieber wird Geld für Schikanen in den Ortdurchfahrten verschwendet oder sonstige Dinge, damit örtlich Politbonzen auch mal etwas einweihen können. Wir verballern jeden Tag 100.000.000 Euro für "Flüchtlinge", aber Senioren mit kleiner Rente und Haus als Altersvorsorge werden um ihre Existenz gebracht, das ist der Dank für lebenslanges Steuerzahlen,
Elmshorn	horror zahlungen und keine gegenleistung die mir wirklich zugute kommt
Elmshorn	Vielen Dank für die Aktion, in Elmshorn läuft gerade in einem Siedlungsgebiet ein gesteigerter Straßenausbau....eigentliche Ursache ist aber der Kanalbau....Ansprechpartner in Elmshorn, Siedlungsgebiet wäre der Elmshorner Siedlerverein e.V. oder für die Initiative, die sich gebildet hat, meine Wenigkeit....
Elmshorn	Dient nur der Abzockerei, Anlieger haben nur Nachteile
Elmshorn	Strassenbaumassnahmen in Elmshorn -Siedlung-Jündewatterstr.Anreinerkosten ca.!4.300€
Elmshorn	Aus Steuergeldern, deren Einnahmen ja reichlich fließen, sollten derartige Kosten bestritten werden. Wenn weniger Steuergelder verschwendet würden (siehe Bericht des Bundes der Steuerzahler), hätten wir eine gute finanzielle Grundlage für derartige Maßnahmen.
Elmshorn	Ich bin der Auffassung.daß die Kommunen die Straßen bzwußt verrotten lassen, um sie dann teuer auf Kosten der Anlieger zu sanieren. Bei der Vergabe des Bauauftrages spielen die Kosten keine Rolle und das ohne Beteiligung der Bürger,denen das Geld aus der Tasche gezogen wird. Im übrigen zähle ich Straßen - und Sanierungsbau zur Daseinvorsorge.
Elmshorn	Wir erhalten in den nächsten 2 Jahren wohl auch einen neuen Straßenbelag vor unsere Tür. Die Straße soll sogar gepflastert werden. Ich sehe nicht ein, warum ich für soetwas zahlen soll. Noch ist die Straße in Ordnung, keine größeren Sammelbecken für Pfützen vorhanden. doch wenn die Stadt natürlich nie Renovierungsarbeiten vornimmt, ist sie irgendwann Schrott und der Eigentümer am Straßenrand darf bezahlen. Ich finde das sehr ärgerlich, den jeder hat doch das Recht, jede Straße in seiner Stadt, Gemeinde bzw.Kommune zu benutzen, also können auch alle für alle Straßen bezahlen. Mit freundlichen Grüßen MT
Elmshorn	Strassen sind Allgemeineigentum und sollten auch von der Allgemeinheit getragen werden. Zudem zahlen Grundstückseigentümer bereits Grundsteuern, die für die Instandhaltung und Erneuerung der Strassen eingesetzt werden können
Elmshorn	15000 Euro für Straßenbau in einer Sackgasse ohne Bordstein und Gehweg (Beleuchtung wurde schon vorher bezahlt) ist für mich Wucher ! Rechnung von der Stadt Elmshorn
Elmshorn	Unsere Straße wird im nächsten oder übernächsten Jahr davon betroffen sein. Die Kosten sollen zwischen 8.000 und 10.000 € liegen. Da wir das Geld nicht haben möchte ich mich dagegen wehren und habe deswegen die Petition unterschrieben. Tolle Aktion!
Elmshorn	Unsere Straße soll demnächst auch gemacht werden, sie hat keine Löcher oder sonstige Schäden. Da gibt es hier in Elmshorn andere Straßen die gemacht werden

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	müssten. Außerdem sollte so eine Maßnahme doch mit der Grundsteuer abgedeckt sein.
Elmshorn	wir sind zur Zeit selber betroffen, müssen 75 % der anfallenden Kosten für unsere Straße als Anlieger selber tragen, da wir in einer Sackgasse wohnen. Ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Straße haben wir allerdings nicht, wir dürfen nur die Rechnung bezahlen.
Elmshorn	Auch unsere Siedlung ist vom Straßenbaubeiträge betroffen!
Elmshorn	Weil es nicht sein kann, dass Menschen ihre Heimat verlieren, weil eine Straße saniert werden soll.
Elmshorn	Ich habe auch meine Ersparnisse für die Straße ausgeben müssen.
Elmshorn	Weil ich mich den Ausführungen der Petition anschließe
Elmshorn	Als Hausbesitzer wird man zur Kasse gebeten. Ungerecht, da ja die Straßen zumeist von allen genutzt werden und somit auch früher oder später Beschädigungen aufweisen, die von den Anwohnern alleine nicht verursacht werden. Wir wohnen in einer an sich ruhigen Seitenstraße in der fast ausschließlich Einfamilienhäuser stehen, diese Straße wird aber auch gern als Durchfahrtsstraße genutzt. Somit bin ich also davon direkt betroffen.
Elmshorn	Die Strassenbauarbeiten sollten Steuergeldern beglichen werden, sonst müssten die Eigentümer für willkürlich teure Straßenbelege oder versäumte Instandhaltungsmassnahmen haften.
Elmshorn	Die Steuerbelastung in Deutschland ist schon sehr hoch, wir zahlen schon KFZ, Grund- und Mineralölsteuern. Wenn diese auch mal zweckgebunden verwendet würden, hätten wir alles intakt und auf dem neuesten Stand.
Elmshorn	In unserer Straße stehen ebenfalls umfangreiche und SEHR kostspielige Sanierungsarbeiten an, da hier in den letzten Jahrzehnten kaum Reparaturen vorgenommen wurden.
Elmshorn	Weil es nicht gerecht ist!
Elmshorn	Weil es eine ungerechte Kistenverteilung darstellt.
Elmshorn	Weil man uns als Grundstückseigentümer nicht für Straßensanierungen allein heranziehen darf, da Straßen öffentlich sind und von diversen großen und kleinen, schweren und leichten Fahrzeugen benutzt werden. Da müssten alle Bürger der Stadt gerechterweise herangezogen werden!!!
Elmshorn	siehe Gründe
Elsdorf-Westermühlen	Weil eine solche Beteiligung für fast alle Betroffenen eine unzumutbare Finanzielle Belastung, oftmals ohne eigenes Verschulden darstellt.
Elsdorf-Westermühlen	weil ich auch ein Betroffener sein könnte, da unserer Gemeinde auch eine neu Satzun zur Übernahme der Strassenausbaukosten plant
Emkendorf	Die wechselnden Bundesregierungen haben sämtliche Steuern für oben entweder drastisch reduziert oder ganz abgeschafft. Darunter die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer für Betriebserben, deren Erträge den Ländern und damit auch den Kommunen zustanden. Das Ergebnis sind die "leeren öffentlichen Kassen" und u.a. die unterlassene Unterhaltung der Infrastruktur. Mit diesen "alternativlosen Sparmaßnahmen" werden die Steuergeschenke gegenfinanziert. Und durch Sonderabgaben wie die Straßenausbaubeiträge. Auf diese Weise wird die Mittelschicht zur Subventionierung der beschleunigten Vermögensbildung der Reichsten der Republik herangezogen. Diese Umverteilung von unten nach oben muss aufhören. Deshalb ist der Widerstand wichtig. - Er wird jedoch nicht reichen, um eine Kursänderung zu erreichen. Hierfür müssen die Betroffenen einen weiteren Schritt gehen. Heidger Brandt

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Epenwörden	Weil es nicht sein kann, das man soviel Steuern zahlt und dann auch noch für die Sanierung von Straßen zahlen muss, die meist von LKw's und andeen großen/schweren verkehrsteilnehmer kaputtgefahren werden
Erfde	KFZ Steuer, Mineralölsteuer, Maut, usw aber kein Geld für die Erhaltung der Straßen. Es kann nicht sein dass für Strassenbaumaßnahmen, wo alle gut von haben, einzelne Anlieger Zahlen müssen. Ich denke an ältere Menschen die das Geld mit ihrer kleinen Rente nicht aufbringen können. Ich finde ihren Einsatz in dieser Sache ganz toll und wünsche viel positiven Erfolg.
Escheburg	Die Straßenfront meines Grundstückes ist sehr lang. Falls umfangreiche Straßensanierungen von der Gemeinde Escheburg gemacht würden, wäre es mir als Grundstückseigentümer nicht möglich, große Kosten zu übernehmen..
Escheburg	Weil ich denke, dass diese Kosten bereits durch unsere Steuern (wofür zahlen wir Grund-/Grunderwerbsteuer?) mit abgedeckt sein sollten und es im Einzelfall zu horrenden zusätzlichen Kosten kommen kann, die gerade auch ältere Menschen unverhältnismäßig hoch belasten.
Eutin	Wenn man nicht sagt das man etwas schlecht findet, wird davon ausgegangen, dass man es gut findet.
Eutin	Die aktuellen Regelungen sind ungerecht und nicht kontrollierbar, ob etwaige Maßnahmen sachgerecht sind.
Eutin	Es muss erreicht werden ,dass die Stadt Eutin nicht nur die Haus- und Grundstückseigentümer zur Teilfinanzierung derStraßenausbaumaßnahme, der Straße Galgenberg-Dosenredder heranzieht , wie es im Schreiben vom 26.04.2016 des Fachdienstes Tiefbau- Grünanlagen an die Straßenanlieger ergangen ist. Diese Forderung ist Unsozial. Die Straße wird von vielen Fremdnutzern befahren die zu den Kaufhäusern wie Aldi-Netto-Lidl usw. fahren. Viele Lastwagen als Anlieferer der Märkte und der Busverkehr belasten die Straßen erheblich. Eine Kostenumlage über eine Steuer ist gerechter, weil dann die Allgemeinheit die Kosten trägt. Die Straßen gehören zum Kommunalen Verkehrsnetz und sind somit ein öffentliches Gut. Eine Vorteilszurechnung ist daher unzulässig und gesetzwidrig. Im Grundgesetz Art. 3- steht geschrieben: : Gleiche Sachverhalte müssen gleich behandelt werden. Eine Willkürbehandlung ist verboten.
Eutin	Zurzeit wird unsere Straße saniert, leider werden wir immer noch nicht über die Höhe der Kosten informiert. Frechheit!
Eutin	Man setzte uns ein Gewerbegebiet vor die Nase, der Verkehr in unser Straße vervielfacht sich dadurch. Die Straße ist aber für diese Belastung nie ausgelegt gewesen und wurde dem entsprechend schnell kaputt gefahren. Zur Kasse gebeten werden aber nur wir, und nicht die, die das Geld im Gewerbegebiet verdienen.
Eutin	Ich empfinde es als ungerecht, dass nur Grundstücksbesitzer zu einer Straßensanierung herangezogen werden sollen, während alle anderen Straßenbenutzer (z.B. Busse, LKW's, Motorradfahrer) verschont bleiben). Gerechter wäre es, alle Bürger zu beteiligen.
Eutin	In der Petition wird völlig richtig darauf hingewiesen, dass mit dieser Maßnahme die Existenz der Hauseigentümer gefährdet wird. In den meisten Fällen handelt es sich dabei auch nicht um Villenbesitzer im Multimillionärs-Umfeld, sondern um normale Bürger, die ohnehin alle bis an die Grenze der Belastbarkeit gefordert sind. Sämtliche mit dem Hausbesitz verbundenen Aufwendungen werden von Jahr zu Jahr gesteigert, während die Einkünfte stagnieren und die Zinsen..., muss man nicht extra erwähnen. Liebe Abgeordnete, wer von Euch wundert sich eigentlich über den Zulauf bei AFD und Pegida?

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Eutin	Es ist eine Unverschämtheit, Jahrzehnte lang wurden alle Straßen vernachlässigt und jetzt sollen wir selber bezahlen. Von wegen reine Wohnstraßen! Da sollten sich die Verantwortlichen mal die Zeit nehmen und den Verkehr analysieren. Seitdem das Gewerbegebiet Johann-Specht-Straße/Industriestraße in Betrieb ist haben wir massenhaft Durchgangsverkehr, zum Teil Riesen-LKW und Busse.
Eutin	Gerechtigkeit für alle. Alle nutzen die Straßen !!
Eutin	Wenn alle Bürger die Straßen benutzen, sollen auch alle Bürger zur Instandhaltung herangezogen werden.
Eutin	Ich verdiene in meinem Beruf in der Altenpflege nicht so viel um Rücklagen bilden zu können. Ich zahle aber Steuern.
Eutin	Sanierung der Straßen kommt der gesamten Region zugute. Es müsste eine Kappung der Beträge geben und darf keinesfalls Existenzen gefährden.
Eutin	Die Strassen sind für alle da, auch für nicht motorisierte Mitbürger! Die Steuereinnahmen müssen besser verteilt werden.
Eutin	Ich fürchte um meine Existenz. Zudem habe ich ein Leben lang gespart, um in einem eigenen Haus als Altersvorsorge zu wohnen. Für mein Auto zahle ich zudem Kfz-Steuern. Mein Haus muss ich auch instand halten und niemand anderes übernimmt dafür die Kosten.
Eutin	Wofür zahlen wir sonst unsere Grundsteuer, etwa für unsinnige Gartenschauen
Eutin	Ich persönlich finde es nicht richtig, dass Anwohner durch Straßenbaubeiträge, um ihre Existenz fürchten müssen, da es bereits genug freie Steuer beiträge gibt.
Eutin	Weil die Belastung einzelner Betriebe aufgrund der Grundstückslage und Größe oftmals untervertretbare Belastungen verursacht!
Eutin	Kreise , Städte und Gemeinden sind unfähig die Straßen zu bauen und zu unterhalten. Die anfallenden Beiträge welche bis 90% der Ausbaurkosten gehen (Sackgasse) werden durch die Verwaltung in die Höhe getrieben, so dass die Anlieger teilweise durch schlechte Planung mehr für die Straße bezahlen müssen als wenn sie privat gebaut würde.
Fahrenkrug	Weil die Bürger von Schleswig-Holstein sich das nicht leisten können!!!
Fahrenkrug	Als Hauseigentümer, der Grundsteuern und auch Kfz-Steuern zahlt, sehe ich es nicht ein, für die Straßensanierung nochmals zur Kasse gebeten zu werden
Fargau-Pratjau	Ich möchte, dass die Bürger mindestens ein Mitspracherecht bekommen, wenn sie schon dafür zahlen müssen. An besten wäre natürlich, der statt finanziert den Straßenbau. Sie sind ja schließlich öffentlicher Raum.
Fehmarn	Ich kann mich nur anschließen. Es ist für einzelne Menschen unbezahlbar und somi auch unsozial.
Fehmarn	Straßen und Wege werden von uns allen benutzt. Um diese zu bauen und zu erhalten zahlen wir Steuern.Ich bin nicht bereit für 1 Sache 2mal zu bezahlen.
Fehmarn	Ich halte die Lastenverteilung für nicht ausgewogen und gerecht und teilweise in der Abgrenzung investiver Maßnahmen von Erhaltungsmaßnahmen für willkürlich. Für Straßen muss das Solidaritätsprinzip gelten und damit eine Steuerfinanzierung.
Fehmarn	Kommunen nutzen regelmäßig die Straßenausbaubeiträge, um Kosten zur Unterhaltung der Straßen auf die Anwohner abzuwälzen.
Fehmarn	Als Betroffener möchte ich mich den Forderungen dieser Petition voll und ganz anschließen !
Felde	Als Bürger habe ich keinen Einfluss auf die Leistung. Im dörflichen Umfeld sind häufig Rentner mit geringem Einkommen betroffen - hier droht der finanzielle bankrott, im schlimmsten Fall der Verlust des Eigentums. Die Kommunen nutzen ihren Ermessensspielraum willkürlich und rücksichtslos aus.
Felm	Der Ausbau der Straßen sollte von den Steuern die wir für das KFZ und den Kraftstoff bezahlen ausgebaut bez.erneuert werden

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Felm	Ich empfinde Ungerechtigkeit. Warum in S.H.? Warum dürfen Bauer mit schweren Güllewagen unsere kleinste Wohnstrasse in Grund und Boden ramponiert und wir wenigen Anwohner sollen den Schaden zahlen?
Fitzbek	Weil es wirklich für Existenznot verantwortlich ist.
Fleckeby	Ich bin Rentnerin und könnte so hohe Summen nicht aufbringen
Fleckeby	Straßenausbaubehörden sollten aus KFZ Steuereinnahmen finanziert werden. Viele sind in Ihrer Existenz gefährdet.
Fleckeby	Ungerechte Kostenverteilung
Fleckeby	Kosten für Rentner nicht tragbar!
Fleckeby	Wir bewohnen einen ehemaligen kleinen Resthof im Ortskern von Götheby. Wie früher üblich, ist das Grundstück relativ groß geschnitten und hat eine Straßenfront von etwa 50 Metern. Das Haus selbst hat eine Wohnung, die ich zusammen mit meiner Frau bewohne. An Fahrzeugen besitzen wir einen Golf2 und Fahrräder. Mit diesen Fahrzeugen belasten wir die Dorfstraße. Uns gegenüber befindet sich ein Zweifamilienhaus und ein ehemaliger Bauhof mit entsprechenden Gebäuden, in denen sich jetzt drei Gewerbebetriebe befinden: u.a. ein Tiefbauunternehmen und ein Kfz-Betrieb. Die Straßenfront beträgt hier etwa 30 Meter. Dort nebenan befindet sich ein alteingesessener Bauernhof und in Sichtweite ein weiterer. Diese Betriebe betreiben täglichen Schwerlastverkehr und belasten die Dorfstraße in schwerster Weise. Fazit: Das Verursacherprinzip muß angewendet werden. Die Straßen werden von allen benutzt und müssen daher von allen getragen werden
Fleckeby	weil wir diese Straßenschäden nicht verursachen. Es sind vorwiegend die großen landwirtschaftlichen Maschinen und LKW's.
Fleckeby	Jahrzehntelange Versäumnisse die Straßen zu erneuern-als es noch aus Steuergeldern finanziert werden musste - werden jetzt den Bürgern aufgebrummt, bis zur totalen Verschuldung. Es ist beschämend, wir gehen arbeiten, zahlen Steuern, ich erwarte,dass davon auch die Gemeindestraßen erneuert werden!
Fleckeby	Mein "Straßen-Anteil" beträgt ca.150m , und wird hauptsächlich von der Landwirtschaft genutzt (Durchgangsstraße) Deren Maschinen und Geräte werden immer größer , schwerer und breiter !
Fleckeby	Da wir aus meiner sicht reichlich Steuern bezahlen ist es nicht fair den größteil der Kosten auf die Anwohner abzuwälzen. Und wenn ja, dann müssen die Anwohner mit in die Bauplanung einbezogen werden!
Fleckeby	Mit den Kosten nicht einverstanden.
Flensburg	Was der Staat versäumt, kann nicht von einzelnen Bürgern wieder gut gemacht werden! Das ist alles andere als sozial!!!
Flensburg	Diese Unkalkulierbarkeit der Kosten macht mir Sorgen. Was mag in 10-20 Jahren sein?
Flensburg	Gleichberechtigung und Existenzschutz
Flensburg	Wat ne dreiste Nummer. Wenn die Stadt Neumünster keine Kohle hat, ist das kein Freibrief für Wegelagerei
Flensburg	Ich unterschreibe diese Petition, weil ich das Gefühl habe, das private Haushalte sowie Klein- und danach auch Mittelstandsbetriebe mit Methode ausgebeutet werden sollen. Ein weiteres Paradebeispiel hierfür ist für mich die neue Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie für Verbraucher, die es vielen Verbrauchern nicht mehr möglich macht, ein Eigenheim zu finanzieren.
Flensburg	es gibt zwar den Satz "Eigentum verpflichtet", das darf aber nicht dazu führen, dass nur Hauseigentümer Straßensanierungen bezahlen. Wenn das Geld aus kommunalen Einnahmen nicht reicht und Umlagen erforderlich sind, dann müssen alle Nutzer herangezogen werden. Wenn man z.B. an einer Kreisstraße oder

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Landesstraße sein Haus hat, wird die Straße besonders durch den Durchgangsverkehr, auch mit schwersten Fahrzeugen nachhaltig beschädigt.
Flensburg	Als verwitwete Rentnerin finde ich es unerträglich, dass wir Hausbesitzer (ein kleines von mir und meinem Mann teilweise in Eigenleistung erbautes Haus) jetzt durch enorme Kosten für die Allgemeinheit zur Kasse gebeten werden. Die Straßen werden von allen genutzt, also müssen auch alle zahlen. Zudem soll hier in Flensburg die Grundsteuer um fast 50 % erhöht werden zur Finanzierung der Kitas. Möchte man die Eigentümer von kleinen Immobilien durch die Hintertür enteignen? Sollen verwitwete Rentnerinnen ihr Haus räumen und ins Heim ziehen, um Häuser und Grundstücke "frei" zu machen?
Flensburg	In Flensburg Mürwik fahren zu einer Großbaustelle überschwere Trecker mit riesigen doppelachsigen Hängern mit tonnenschweren Lasten, dazu Betonmischer voller Beton und Lastzüge,, die Tonnen von Baustahl bringen. Davon sind die Straßenschäden jetzt schon zu sehen. Warum sollen bei einer Staßensanierung nur die Anlieger, und hier nur die vorderen, nach Grundstücksgröße zahlen? Alle müssen für die Straßen zahlen, da sie von allen genutzt werden. Auch Anwohner ohne Auto benutzt Taxen und Umzugslastwagen etc.
Flensburg	Ich enthalte mich hier besser eines Komentars...
Flensburg	Weil die Straßen, um die es geht, öffentlich sind. Wenn Straßen von allen benutzt werden dürfen, müssen sie auch von allen -sprich Steuerzahler- bei der Instandhaltung bezahlt werden. Es gibt Straßen -z.B.in Flensburg- die sind fast ausschließlich mit Einfhs. belegt. Sie werden aber tagsüber überwiegend von Fahrzeugen aufgesucht, die dort nur Parken, weil die Krankenhäuser nicht genug Parkplatz vorhalten. Die Nutzung ist somit nachweislich nicht auf die Anlieger ausgerichtet. Also auch nicht die Instandhaltung.
Flensburg	- mögliche breite/hohe Gleichbehandlung der Bürger , auch im Rahmen der Föderationsabkommen der Bundesländer - Pflicht der gewählten Regierungsvertreter, verantwortlich und vorsorglich im gesetzlichen Rahmen zu planen, Entscheidungen zu treffen und zu h
Flensburg	Es kann nicht sein, dass die Eigentümer, Bürger immer mehr in die Verantwortung genommen werden. Für Dinge, die der Allgemeinheit dienen, muss die Allgemeinheit aufkommen !!
Flensburg	Weil es nicht angehen kann, dass z. B. Baufahrzeuge und Schwerlasttransporte, aber auch jeder Bürger aus Stadt und Land "meine" Straße nutzen und langfristig dann auf meine Kosten kaputt fahren kann. Wenn das die Absicht der Politik ist, verlange ich demnächst für "meine" Straßenfront eine Maut von jedem Passanten! Weil dieser Gedanke so lächerlich ist, wie die jetzige Vorteilsauffassung der Politiker, muss dringend eine Änderung her, die Sanierungs- und Ausbaurkosten auf die Schultern aller Nutzer verteilt!
Flensburg	Wir zahlen Steuern und das müsste davon bezahlt werden.
Flensburg	Wofür zahle ich mein Steuern? Doch wohl nicht nur für Bundesautobahnen.
Flensburg	Ich unterstütze die Petition, da ich als Hauseigentümer selber davon jederzeit betroffen werden könnte und ich es nicht einsehe, dass die öffentliche Verwaltung jahrelang keine Gelder in den Stassenerhalt investiert und dann die Eigentümer mit bis zu 85% der Kosten belastet. Außerdem ist es erwiesen, dass 90% der Straßenschäden durch den gewerblichen Güterverkehr verursacht werden und nur ca. 10% durch private PKW-Nutzung.
Flensburg	In unserem speziellen Fall kämpfen wir Anlieger einer Quartiersstraße seit Jahren gegen einen etablierten Schleichweg. Die Stadt hat Messungen durchgeführt und uns mehrmals schriftlich bestätigt, daß der Verkehr zu hoch ist.Durch diesen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Verkehr und einer Buslinie (stört uns nicht) ist die Straße so ruiniert, daß sie demnächst grundsaniert werden muß.
Flensburg	Ich schließe mich den Ausführungen meines Mannes an.
Flensburg	die Straßen müssten anders finanziert werden. Lieber eine regelmäßige höhere Grundsteuer, als eine Einmalzahlung.
Flensburg	Weil ich auch finde dass alle bezahlen sollten, immerhin fahren nicht nur die Anwohner der Str. Auf der Str.
Flensburg	Schäden an öffentlichen Wegen werden überwiegend durch die Allgemeinheit und nicht durch die betroffenen Anlieger bzw. Grundstückseigentümer verursacht (Durchgangsverkehr)
Flensburg	Öffentliche Wege und Straßen sind für jederman zugänglich und sind im Staatseigentum. Dem Eigentümer und nicht dem Anlieger obliegt die Instandhaltung. Hierfür werden von den Anliegern Erschließungskosten gezahlt und auch neben anderen Steuern (wie z.B. Kfz-Steuer oder Mineralölsteuer) für die Grundstücke eine Grundsteuer erhoben.
Flintbek	Strassenausbaubeiträge sind in ihrer Höhe unangemessen und existenzgefährdend. Der Steuerzahler soll hier für langjährige Versäumnisse der Städte und Kommunen haften, zu denen diese durch die aktuelle Gesetzgebung angestiftet wurden und werden . Dies ist so nicht hinnehmbar, zumal die betroffenen Anlieger keinerlei Einfluss auf die Ausgestaltung der Ausbaumaßnahmen haben.
Flintbek	Wozu zahle ich denn Steuern???
Flintbek	Weil ich ein Haus kaufe und zukünftig Geld in mein Haus und nicht in die Gemeinde stecken investieren möchte. Schließlich ist Es hart verdient.
Flintbek	Diese Gebühren sind für viele Hausbesitzer nicht tragbar. Die Straßen sind für alle nutzbar und sollten auch von der Allgemeinheit unterhalten werden.
Flintbek	Mir ist die Petition sehr wichtig, weil nicht nur ich selbst sondern auch meine Familie und ein Großteil meines Freundeskreises eines Tages von derartigen hohen Beiträgen und deren Folgen betroffen sein könnten.
Flintbek	Bin selbst betroffen
Flintbek	Es ist ungerecht, daß nur die EIGENTÜMER zahlen sollen, obwohl sie nicht die Haupt-Verursacher sind. (Es nutzen auch Mieter die Straße!) Die Beiträge werden nach Ausbausatzung weder nach dem Nützlichkeitsprinzip, noch nach dem Verursacherprinzip erhoben. Die Satzung hier in Flintbek ist so kompliziert, daß die Gemeinde die Berechnung nicht selbst durchführen kann, sondern externe damit beauftragt. Der Verwaltungsaufwand ist sehr kompliziert, also irre hoch und kostet zusätzlich. Auch ist es nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar, daß die Kommunen sich das Geld wiederholen, aber nicht die Kreise, das Land und der Bund? Die Straßen gehören uns allen! Also müssen auch alle für die Straßen sorgen und zwar aus dem berühmten Steuersäckel.
Flintbek	der Bürger sollte nicht dazu verdonnert werden, Sanierungsstaus, die durch Misswirtschaft und Fehlplanung entstehen, zu finanzieren
Flintbek	der Bürger sollte nicht dazu verpflichtet werden, die Misswirtschaft und Fehlplanung des Staates zu finanzieren
Flintbek	wir Sind direkt mit einem Straßenausbaubeitrag im Rahmen der Sanierung unserer sogenannten Anliegerstraße betroffen!
Flintbek	Es kann nicht sein, dass Straßen jahrzehntelang nicht repariert werden, um dann auf Grundstückseigentümerkosten aufwendig saniert zu werden.
Fockbek	Die politische Willkür kennt keine Grenzen mehr. Jede Kommune macht was sie will. Immobilieneigentümer können leider nicht weglaufen und werden beliebig ausgenommen.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Fockbek	Ich war bis vor Kurzem im Gemeinderat einer kleinen Ortschaft. Hätten wir eine solche Satzung umgesetzt, wären mehrere fast mittellose Renterhaushalte für die Sanierung einer von landwirtschaftl. Fahrzeugen extrem beschädigten Strasse herangezogen worden. Der verursachende Landwirt aber wohnt anderwo, käme also ohne Kostenbeteiligung davon. Einfach nur ungerecht und in hohem Mass unsozial !
Fockbek	Die zu zahlenden Ausbaubeiträge sind in unserer Gemeinde vor allem deshalb nicht gerechtfertigt, weil die Gemeinde Fockbek seit vielen Jahren ihrer Verpflichtung, die Straßen zu unterhalten, nicht nachgekommen ist. Somit ist die "Lebensdauer" einer Straße deutlich verkürzt und die Beiträge werden häufiger erhoben.
Fockbek	Die Straßenausbaubeiträge sind in hohem Maße ungerecht, denn mit den Grundsteuern entrichten Hauseigentümer einen nicht unerheblichen Anteil für Straßensanierungen, die bei uns in der Gemeinde so gut wie nicht durchgeführt werden.
Fockbek	Die bisherige Form der Erhebung entspricht nicht der Nutzungsintensität bzw. -häufigkeit.
Fockbek	Weil dem "kleinen Mann" für alles und immer in die Tasche gegriffen wird
Fockbek	Wir haben uns gerade ein Haus gekauft und könnten uns die Gebühr nicht leisten.
Fockbek	Wir zahlen Steuern und Strassen werden nicht nur von Anliegern genutzt Öffentliche Strassen müssen von Steuern bezahlt werden
Föhörden-Barl	Schluss mit Behördenwillkür. Steuergelder sprudeln in Zeiten von (fast) Vollbeschäftigung reichlich. Aber wo bleiben sie?
Frankfurt (Oder)	... nur eine breite Basis kann dieses Relikt aus der Vergangenheit wirksam bekämpfen und die längst überfällige Gesetzesänderung in den Bundesländern herbei führen. In Berlin und anderen Städten ist uns das bereits gelungen, deshalb unterstütze ich vorbehaltlos die Initiative in Schleswig-Holstein
Fredesdorf	Mir ist die Abschaffung Wichtig. 1. Da auch in den Dörflichen Gegenden immer mehr Kfz die Landstraßen befahren um Kosten der Maut zu sparen LKW. 2. Auch ist das Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren gestiegen und nicht selten werden Abkürzungen durch Seitenstraßen von jedermann genommen. 3. Jeder Bürger der Arbeitet, bezahlt genug Steuern sowie jeder Autofahrer. Wenn unsere Regierung dieses Geld nicht für unsere eigene Infrastruktur und uns als Bürger ausgibt, sondern Projekte überteuert finanziert oder Geld für sinnlose Planung ausgibt. Auch helfen wir gerne anderem Menschen mal mit Mittel aus dem Staatshaushalt (Steuermittel)aus, aber nicht so das bei uns dann Steuern erhöht werden, welche das den auch immer ist. 4. Wir Bürger haben ein Recht darauf das mit unseren Steuergelder sinnvoll und mit Augenmerk im eigenen Land gearbeitet wird. 5. Es reicht schon das viele Menschen nach Jahren harter Arbeit von der Rente nicht leben können und einen Zuschuß vom Staat beantragen müssen. Das müßte hier bei uns in Deutschland keiner, wenn mit den Steuergelder sinnvoll und überlegt gearbeitet wird. 6. Auch können wir Bürger uns auf Dauer, das Beamtentum nicht mehr leisten, da es immer schwerer wird es zu finanzieren. Es sei den, auch Beamte zahlen von ihren Gehalt Steuern wie jeder andere Bürger auch. Ich sage nur wir sind alle gleich oder??
Friedrichskoog	Wer genug steuern zahlt wie kraftfahrzeugsteuern und ökosteuern welche eigentlich für die Infrastruktur sein sollen der sollte nicht noch extra nach belieben abgezockt werden.
Friedrichskoog	Das Belasten der Bürger über eine Strassenausbausatzung ist ungerecht. Und für viele Bürger nicht bezahlbar.
Friedrichskoog	Wir Bürger haben die Straßen und Leitungen mit den Erschließungskosten bezahlt. In den laufenden Jahrzehnten haben wir durch die Zahlung der Grundgebühren das

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Geld für die zukünftigen Instandsetzungen und Erneuerungen gezahlt. Jetzt sollen wir Bürger zum dritten mal Zahlen und das ist eine Ungerechtigkeit. Außerdem zahlen wir die Grundsteuern A und B die auch für Infrastruktur verwendet werden kann. Leider werden die Städte und Gemeinden immer mehr von den Kreisen und dem Land finanziell gemolken.
Friedrichskoog	Es kann nicht angehen das Hausbesitzer Strassen bezahlen müssen die die alle befahren!
Fronhausen	Weil wir hier in Fronhausen in der Bergstraße auch damit zu kämpfen haben, wir sollen 14,21€/qm Grundstücksfläche zahlen. Dabei entstehen Summen bei dem einem nur schlecht werden kann, wir haben auch eine Petition hier dazu gestartet. Ich hoffe das sowohl eure als auch unsere Sache Erfolg haben wird.
Gammelby	Ungerecht; wir zahlen schon genug Steuern und Abgaben
Gammelby	Wir zahlen schon genug an Steuern und Abgaben. Unsere Gemeinde hat einen Plus von einem 6stelligen Betrag und kann bequem daraus unsere paar Straßen sanieren.
Gammelby	ich bin selbst Hauseigentümer mit einem Eckgrundstück und ich finde es nicht richtig das wir dafür zahlen müssen. Die Trecker die tagtäglich an unserem Haus vorbei fahren werden immer größer und schwerer und machen die Gehwege und Straßen kaputt.
Garding	Weil wir selber gerade Post von der Stadt bekommen haben das wir für unsere Straße Bürgersteig und Beleuchtung zu 90 % auf die Anwohner verteilt gezwungen werden innerhalb von 4 Wochen den Gesamtbetrag zu zahlen.
Garding	Mir ist diese Petition sehr wichtig, um die finanzielle Ungerechtigkeit zwischen den einzelnen Bundesländern zu beheben, und eine Gleichstellung aller Bundesbürger zu erreichen.
Geesthacht	Wir sind selbst Grundstücksbesitzer und haben ein großes Eckgrundstück. Ich möchte bitte nicht, alle Kosten tragen müssen, wenn die Stadt es über Jahre versäumt, die Straße instandzuhalten. In meinen Augen ist dies unfair und wurde bereits in vielen Bundesländern abgeschafft. Hierfür sind nicht wir als Eigentümer verantwortlich. Wir würden auch ohne kleine Nebenstraßen klarkommen.
Geesthacht	Wir sollten nicht für Kosten der Länder und Kommunen aufkommen müssen. Andere Bundesländer können dies auch anders regeln. Dann kann Schleswig-Holstein dies auch!!!
Geesthacht	Wäre betroffen und pleite. :(
Geesthacht	Weil wir bereits mit Steuern für Erneuerung von Straßen bezahlen!
Geesthacht	Die Position der SPD Landtagsfraktion gegen die Abschaffung beweist die Bürger- und Realitätsferne dieser Damen und Herren! Auszug aus der Stellungnahme des Herrn Heinemann: "Einerseits erhalten die Anlieger eine funktionierende und den Regeln der Technik entsprechende Erschließung ihres Grundstücks, andererseits bestimmen die Beschaffenheit und der Zustand der Erschließungsanlagen auch den Wert der anliegenden Grundstücke, der sich durch den Ausbau der Straße nachweislich erhöht." Selten so einen Humbug gelesen! Das stammt aus grauer Vorzeit mit Feldwegen oder Kopfsteinpflaster. In einem Fall in Geesthacht ist eine betroffene Straße, obwohl Instandhaltungsarbeiten nicht vorgenommen wurden, in vergleichsweise gutem Zustand. Eine Erneuerung bietet den 3 betroffenen Anliegern absolut keinen Mehrwert, wohl aber der Stadt und einigen bestimmten Geschäftsleuten, die die Stichstraße zu "ihrer" neuen Fußgängerzone ebenfalls in repräsentativem Zustand sehen möchten und erst recht als Zufahrtsstraße zu ihrem neuen öffentlichen Parkplatz. Die Anlieger sollen hier ganz einfach "über den Nuckel gezogen" werden. "Die AnwohnerInnen haben Anspruch auf Mitsprache bei Planung und Umsetzung der Maßnahme....". Da kann man in Geesthacht nur drüber

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	lachen. In Geesthacht ist dieses in dieser Hinsicht definitiv nicht der Fall! Aus der meinem persönlichen Empfinden nach starren und abgehobenen Perspektive der SPD-Fraktion wäre es zumindest für die Anlieger des engsten Innenstadtbereichs, dessen Straßen nicht nur vom Lieferverkehr, sondern von allen Einwohnern Geesthachts fleißig und intensiv genutzt werden, fair, diese Beiträge hier abzuschaffen und auf alle Einwohner umzulegen. Grundsätzlich gehören aber die Straßenausbaubeiträge vollständig abgeschafft!
Geesthacht	Man soll für etwas bezahlen, auf das man absolut keinen Einfluß hat. Weder beim Neubau oder auch bei einer Erneuerung. Außerdem zahlen wir Bürger inzwischen so hohe Abgaben,, die es Ermöglichen muß, dass die Strassensanierung von der Kommune übernommen werden muss.
Geesthacht	Wir leben auch in einer strasse die saniert werden soll. Es fährt ein Bus dadurch und wir sollen 70% tragen. Ausserdem ist die strasse nicht für den Bus gebaut worden, deshalb zeigen sich die Strassen Schäden vorhalten Dingen an einer Seite.
Gelting	Die jahrelange Vernachlässigung von Sanierungsaufgaben kann am Ende des Tages nicht zu Lasten der betroffenen Grundbesitzer gehen. Wirtschaft und Landwirtschaft (!) nutzen die Straßen, ohne an den Kosten für die Instandhaltung beteiligt zu werden.
Gettorf	An meinem Eckgrundstück wird seit Jahren nur an einer Seite die Straße geflickt und die Ausführungen der Arbeiten sind m. E. nach schlecht, einfach Teerplacken auf losen "Boden" klatschen kann nicht die Lösung sein. Mir graut vor der Erneuerung der Deckschicht weil ich befürchte bei 60 m Straßenfront über beide Grundstücksschenkel enorm beteiligt zu werden. Und die Höhe der Grundsteuer ist auch nicht zu verachten. Außerdem nutzen auch viele Anlieger "unsere" Straße zum Durchfahren um in ihre Straßen zu gelangen...
Gettorf	Unsere Straße wird zur Zeit durch ein Neubaugebiet von schweren/überschweren LKW und Baumaschinen "zur Strecke gebracht". Auf Nachfragen einiger Nachbarn bei der Gemeinde hörten wir, dass die Straße nach nunmehr 40 Jahren ohnehin erneuert werden müsse und dafür selbstverständlich die Anlieger ur Kasse gebeten werden. Es handelt sich wohlgermerkt nicht um eine Anliegerstraße sondern eine Straße, die über Jahrzehnte, der Abkürzung wegen, als Durchgangsstraße genutzt und belastet wurde. Die Kosten hierfür auf die Anlieger umzulegen halte ich für ungerecht. Ganz generell bin ich der Meinung, dass Straßenbaukosten durch die Komunen aus dem Steueraufkommen der Bürger zu tragen sind.
Gettorf	Die Abzockerei unsere Stadt- und Landesregierungen reicht. Schon heute werden die gesetzlichen Abgaben wie Kfz Steuer, Soli-Beitrag usw. nicht für den tatsächlichen Bedarf mehr genutzt, sondern wurden jahrelang mißbraucht um andere "Probleme" zu füttern. Das nennt man normalerweise gesetzlich Amtsmißbrauch! Wir Bürger dagegen dürfen doch nur noch kuschen, Ja sagen und mitspielen. Wers nicht tut ist ein Querulant! Lieber ein Rebell als dieser muffigen ungläubwürdigen Demokratie weiter mit verschlossenen Augen zu folgend. Wir haben doch die Nase schon lange von diesem "Bematendenken, Bürgertum" voll!
Gettorf	Existenzgefährdung wäre ausgeschlossen und die Nutzung der Straßen ist nicht nur auf die Anlieger begrenzt! Straßenbenutzung betrifft alle Bürger und Bürgerinnen.
Gettorf	Straßen sind für alle da, nicht nur für die Anwohner!!!
Gettorf	Ich selbst bin demnächst betroffener.
Gettorf	Da Reparaturen oft vernachlässigt werden, sind später teuren Sanierungen notwendig. Das möchte ich nicht.
Gettorf	Ich bin ebenfalls der Meinung, dass hierfür öffentliche Gelder bereitzustehen haben. Wir zahlen für unser Grundstück einen einmaligen Kaufpreis, sowie für unser

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Eigentum jährliche Steuer. Heißt: diejenigen, die sowieso gekniffen sind, werden weiter gekniffen. Nicht alle Menschen, die Eigentum besitzen können Geld sch....
Gettorf	Deutschland ist sowieso schon die Melkkuh der EU. Für alle Anderen hat dieser Staat genug Geld über. Aber für das eigene Volk in Sachen Schule, Rente, Altenpflege, Straßen wird man ständig in den Hintern getreten. Außerdem ist es ein Unding, das Familien, Rentner, Sozialschwache die selber für ihr Alter vorgesorgt haben, nochmal extra in den Ruin getrieben werden. Das diese Politiker sich noch im Spiegel anschauen können ist eine Frechheit.
Gettorf	Momentan erlebe ich ähnliches hier in Gettorf. Bauträger Gemeinde erschließt Neubaugebiet, erwartet dafür Fördermittel vom Land. Fahrbahn wurde großflächig halbseitig aufgefräst. Jetzt soll nur geflickt werden (Haltbarkeit ??). Bei neuem Asphalt würden Anwohner zur Kasse gebeten. Unsere Straßen im Wohngebiet bestehen nur noch aus solchen Flickern.
Gettorf	Ich habe ein Eigenheim und möchte im Alter nicht plötzlich vor horrenden Kosten stehen, nachdem ich jahrelang mein Haus als Altersvorsorge abbezahlt habe.
Gettorf	Damit wir, als "Landbesitzer", neben den jährlichen Abgaben und Grundbesitzsteuern nicht noch weitere Kosten für Straßeninstandsetzung bekommen. Manchmal frage ich mich, wo all die Steuern hinfließen, die wir sowieso schon bezahlen?! - ich denke da nur an die Kfz-Steuer. Was ist überhaupt mit den Milliarden Einnahmen durch die Mautgebühren? Wo fließen die hin? Davon spricht gar keiner mehr.
Giekau	Bei uns wurde auch die Straße saniert, dass mussten wir auch teuer bezahlen und dann fahren hier die LKW durch, wenn man sich die Straße genau anschaut kann man erkennen das es nicht für LKW gemacht wurde. Das ärgert mich sehr, dass Geld für die Straße hätten wir auch gern in unser Dach gesteckt. Nach der Straßen Sanierung kam dann auch noch die Regenwasser Abgabe, dass ist auch so eine tolle Sache wo die Bürger mit Kosten belastet werden die man vielleicht doch noch mal überdenken sollte.
Glandorf	Weil es mich ebenfalls betrifft-
Glinde	Ich bin der Meinung, dass dafür Steuergelder verwendet werden sollen.
Glinde	Die Abgaben an die Kommunen steigen ständig (teils durch Vorgaben des Landes!). Die Steuern, die die Kommunen selbst erheben können (z.B. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Spielautomatensteuer u. Hundesteuer) werden jetzt schon bis zur Obergrenze erhoben. Zudem müssen die Anlieger Kosten für einen Ausbau zahlen, der über das notwendige Maß hinausgeht.
Glinde	Die Grenze des zumutbaren an Abgaben an die Kommunen ist langsam erreicht. Die Beiträge für die Grundsteuer steigen fast jährlich, da die Kommune sonst keine Zuschüsse vom Land für kommunale Projekte bekommt. Gerade ältere Frauen, die nur eine Witwenrente beziehen, werden u.U. in den Ruin getrieben.
Glinde	die jetzige Straßenausbausatzung ist zu ungerecht
Glinde	Auch ich wurde schon mehrmals zur Beteiligung heran gezogen und empfinde es als ungerecht, dass nur die Grundeigentümer an öffentlichen Straßen zur Kasse gebeten werden. Strassen und Wege werden doch von allen Bürgern genutzt (auch denen, die in zweiter, dritter Reihe wohnen) also sollten auch alle Bürger einer Stadt/ Gemeinde dafür die Kosten zahlen. Wofür zahlen wir eigentlich Grundsteuern?
Glücksburg	...alle nutzen die Strassen, deshalb sollen auch ALLE zahlen, nicht nur die Grundstückbesitzer!!
Glücksburg	Da der Normalbürger nicht in der Lage ist solche hohen Summen ohne Kredite oder Fremdhilfe zu tragen und sogar dadurch Ruiniert werden kann. Es ist nicht planbar

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	und berechenbar. Der Bürger zahlt für mangelnde Instandhaltung der Kommunen. Zumal die Kassen nun wirklich nicht leer sind.
Glücksburg	Es kann nicht sein, dass die Kosten für die Straßen den Bürgern angelastet werden, wir zahlen Grunderwerbssteuer, Kfz.-Steuer und andere Steuern
Glückstadt	Weil die Bürger und Hausbesitzer schon genug gebeutelt sind, wenn der Staat die gezahlten Steuern sinnvoll einsetzen würde, im eigenen Land, würde vieles besser aussehen. Ich bezahle ja auch schon seit 30 Jahren Kfz Steuer, damit wird ja auch nichts mehr repariert, man muss sich mal den Zustand der Straßen in Deutschland ansehen, da wird es einem übel, wo ist das ganze Geld denn hin?
Glückstadt	Wie in der Begründung schon beschrieben - es geht um unsere Altersvorsorge, um unsere Existenz. Und wofür zahle ich eigentlich brav meine Steuern?
Glückstadt	Ich möchte mich vorab solidarisch erklären mit z.Z. Betroffenen.
Glückstadt	Der Grund steht in der Antragstellung. Jahrelang haben es die Gemeinden versäumt die Instandhaltung, die mit Sicherheit eine deutlich geringere Summe betragen hätte, durchzuführen. Jetzt auf Teufel komm raus den Grundstückseigentümer für die Versäumnisse zahlen zu lassen entspricht leider der Arroganz und der Unfähigkeit der Politiker Steuergelder vertrauensvoll und sinnvoll VERWALTEN zu dürfen. MfG Frank Ziegler
Glückstadt	- Ungleichbehandlung von alten und neuen Baugebieten bzw. Alt-/Neubauten - Land und Stadt aufgrund größerer Flächen ungleich, Straßenlängen/-entfernungen - unberücksichtigtes Einkommensniveau - Regelmäßige Erhöhung der Hebesätze zur Grundsteuer, die bevor
Glückstadt	Es handelt sich um eine ungerechte Verteilung der Kosten auf wenige aus der Gemeinschaft sowie ungleich mit Bundesvergleich.
Glückstadt	Irgendwann wird dies wahrscheinlich auch mich treffen, mich an Straßensanierungen vor meinem Grundstück zu beteiligen. Mir geht es wohl wie vielen anderen, dasa ich mir sorgen machen muss wie ich hohe Kosten ohne mich zu verschulden müssen , tragen solll.
Glückstadt	Keine ungerechte Kostenbelastung weniger Anwohner bei öffentlicher Nutzung sowie fehlende Mitbestimmung bei der Gestaltung und Kostenbegrenzung.
Glückstadt	Es geht auch anders. Nicht immer den einfachsten Weg gehen
Glückstadt	Ich empfinde es als Betrug am Bürger, wenn die Gemeinden die Straßen absichtlich verkommen lassen, um dann die Anlieger zur Kasse zu bitten. Die Straßen werden von allen Bürgern, Gästen und Touristen genutzt, deshalb muss die Instandsetzung und Pflege auch von allen getragen werden.
Gokels	Es kann nicht sein, dass einzelne Bürger, die zufällig an dieser Straße wohnen, dafür haftbar gemacht werden, dass die Allgemeinheit (z.B. Lastwagen oder Busse) diese Straße zerstört! Solange die Straße öffentlich zugänglich ist, muss auch die Öffentlichkeit , sprich das Land oder der Bund dafür aufkommen! Anders sähe es nur aus, wenn die Anlieger bestimmen dürften, wer und wann die Straße benutzt wird. Solange das aber nicht der Fall ist, sollte die öffentliche Abnutzung der Straße auch von der Öffentlichkeit gezahlt werden.
Goosefeld	Das Gesetz/die Verordnung fordert die Gemeinden auf Straßenausbaubeiträge zu erheben. Es setzt aber keine Grenze nach unten sondern nur eine nach oben (max. 85%). Die Berater der kleinen Gemeinden und wohl auch andere empfehlen diesen Maximalsatz. In der Presse stehen laufend Aussagen von Bürgermeister, daß man so hohe Beiträge nehmen müsse. Die Verpflichtung entsteht allein daraus, daß ansonsten alle weiteren möglichen Zuschüsse (auch für andere Vorhaben) von Kreis und Land gestrichen werden. Darüber wird das Volk aber nicht informiert. Ich werde ungern für dumm verkauft!
Grebin	Massive eigene Betroffenheit bei einer Straßenbaumaßnahme.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Grebin	Herstellung und Unterhalt der Infrastruktur gehören zu den originären Aufgaben des Staates.
Grebin	Da in der Vergangenheit durch Steuereinnahmen genügend Rücklagen in der Gemeinde gebildet wurden, um die Straßen auszubauen und sogar Beiträge in einen Schwarzdeckenverband gezahlt wurden und werden. D.h. alle Einwohner der Gemeinde haben den Ausbau und die Schaffung der Straßen in der Vergangenheit nach dem Solidarprinzip bezahlt. Es ist nicht akzeptabel, dass nun nur die Anwohner die Straße vor ihrer Haustür zum Großteil bezahlen soll, die von allen Bürgern benutzt werden kann/darf.
Grömitz	Fremde Menschen und Einwohner mit ihren Fahrzeugen benutzen die Strassen und Gehwege aber nur die Anwohner müssen höchste Summen für Sanierung/Erneuerung bezahlen. SO NICHT! Anwohner bezahlen mit den Erschließungskosten bei Neubau bereits hohe Summen für den Straßen- und Gehwegsbau vor dem eigenen Haus, danach müssen die Kosten gerecht auf alle Benutzer verteilt werden.
Grömitz	betrifft alle Einwohner
Groß Kummerfeld	Beteiligung zu hoch. Besonders für Rentner.
Groß Kummerfeld	Weil es für Hausbesitzer immer schwieriger wird zu Wirtschaften durch immer höher werdende Nebenkosten. Das dann noch dazu gibt den Ruin bei vielen.
Groß Niendorf	Häufig werden durch die Ausbaubeiträge nicht nur die Anlieger begünstigt. Außerdem ist der Umlageschlüssel oft ungerecht. Daher sollten Straßensanierungen ausschließlich über Steuern finanziert werden, auch um dem Problem der Abgrenzung von (Neu-)Bau und Unterhaltung zu begegnen.
Groß Rönkau	Wie soll ein Rentnerpaar in der heutigen Zeit sparen oder eine Familie? Es müssen jetzt schon beide arbeiten gehen um sich überhaupt mal einen Urlaub leisten zu können.
Großenaspe	Weil es ganz viele Leute betrifft, die dadurch in finanzielle Bedrängnis kommen. Wozu sind denn die ganzen Kfz-Steuern da, wenn sie nicht für diese Belange genutzt werden?
Großenaspe	Die Petition ist mir sehr wichtig, da wir im ländlichen Raum in einer Nebenstraße wohnen. Ich bin der Meinung, dass die Regel im Gesetz verankert, -Gleichheit für alle-, auch für alle gelten muss. Eine Ungerechtigkeit sehe ich darin, dass nicht nur Anlieger einer Nebenstraße zur Kasse gebeten werden. Anlieger von Hauptdurchfahrtsstraßen nicht, Ich finde es ebenfalls unverständlich, dass man in einer gut florierenden deutschen Wirtschaft seit einigen Jahren zur Straßensanierung herangezogen wird, was in einigen anderen Bundesländern, wie auch demnächst in Hamburg, auch anders zu finanzieren geht, Für uns als Rentnerpaar würde es in so einem Fall nicht anders möglich sein, diese Gebühr durch eine Zwangshypothek zu finanzieren. ----War das unser Bestreben, unter Entbehrungen ein kleines Haus zu ersparen?--- Ein Tipp an die Regierung, vorher mal durch zu kalkulieren, wie man Millionen Euro von verschwendeten Steuergeldern sinnvoll hätte in Straßensanierungen investieren können, ohne den kleinen Bürger zu belasten. Leider können wir unser Häuschen nicht in den Koffer packen, und in ein Bundesland umziehen, wo diese Straßengebühren nicht erhoben werden. Man muss eben immer wieder zahlen.
Großenbrode	über Jahre haben Städte und Gemeinden sich nicht um die Instandhaltungspflicht der Straßen und Bürgersteige gekümmert. In vielen Gemeinden fanden rege Bautätigkeiten verbunden mit Schwerlastverkehr statt, hier besonders Hotel und Zweitwohnungsbau, in der Regel werden die Besitzer nicht zur Kasse gebeten,

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Touristische Infrastruktur usw. Jetzt nachdem die Straßen in katastrophalen Zustand sind soll der Bürger mit ersten Wohnsitz ungerechtfertigter Weise zur Kasse gebeten werden. Hinzuweisen bleibt ebenso darauf das manche Eigentümer sich hoch im Alter verschulden müssen um die Maßnahmen überhaupt bezahlen zu können und die Kinder die das haus einmal erben sollten die hohen Schulden mit übernehmen müssen, einfach ungerecht.
Grossensee	Wir haben unsere Strasse bereits beim Grunderwerb 1974 "bezahlt". Gas - , Wasser - Strom - Kabel - Unternehmen haben sie wieder aufgerissen und z.T. sehr schlecht repariert zurückgelassen. Vermutlich hat niemand sorgfältige Bauaufsicht geleistet und schlecht gemachte Wiederherstellung reklamiert oder nachbessern lassen. Dementsprechend ist jetzt der schlechte Zustand. Abenteuerliche Fahrten von "40 - Tonnern mit Anhängern" (die tlw. wieder rückwärts herausmanövrieren müssen) verursachen weitere Schäden an der Infrastruktur der Fahrbahn, die m.E. für derartige Belastungen gar nicht ausgelegt wurde. Ich würde es für äusserst ungerecht erachten, wenn jetzt ausschliesslich die Anlieger für eine "Renovierung" herangezogen würden. Deshalb unterstütze ich die Petition.
Großenwiehe	Es traut sich kaum jemand in Zukunft ,ein Haus oder Wohnung zu kaufen,weil die Kosten durch Straßensanierung schwer überschaubar sind.
Großhansdorf	Sehr wichtig!
Großhansdorf	Entweder lfd. aus Steuergeldern (alle benutzen die Straßen) oder über die Grundsteuer (auch Mieter nutzen die Straßen). Auf jeden Fall verhindern, dass Kommunen die Straßen so verkommen lassen können, dass nur noch eine Erneuerung sinnvoll ist, bei der die Anwohner die Kosten mittragen müssen (während bei Ausbesserungen die Kommunen die Kosten allein tragen müssen).
Großkönigsförde	Ich sehe nicht ein, dass ich Grundsteuer, Einkommenssteuer, KFZ-Steuer, MWSt, 2-fache Besteuerung auf jeden l Benzin (denn da wird die beinhaltete MWSt noch einmal in der Gesamtheit abermals versteuert !!!) bezahlen soll und zuzügl. für politische Unfähigkeit unserer links-rot-grünen Regierung noch in Form von unlegitimierten Eintreibungspraktiken zusätzlich zur Kasse gebeten werden soll. Das ist Wegelagerei und darf so nicht von steuerzahlenden Bürgern klaglos hingenommen werden !!! Möge sich die Republik gegen diese Schandgesetze auflehnen, jeder Einzelne !
Groß-Nordsee	Diese Beiträge sind einfach nur Eines, nämlich UNGERECHT !
Großsolt	Weil für mich die Steuergerechtigkeit und Gleichbehandlung aller Bürger sehr wichtig ist.
Großsolt	, weil es nicht sein kann, daß die Verwaltungen Straßen mutwillig verrotten lassen, um dann die Anwohner zur Kasse zu bitten und dabei die Verursacher wie eben die Verwaltung und die Nutzer der Straßen vergessen.
Grundhof	Straßen gehören zum öffentlichen Bereich es ist nicht in Ordnung die Anlieger übermäßig damit zu belasten. Die Straßen werden nicht von uns kaputt gefahren sondern durch Industrie und Landwirtschaft
Gudow	Wohne selber an einer maroden Straße, die irgendwann gemacht werden muß. Und da wir nun den BAB-Anschluß Gudow haben, fahren permanent große LKWs bei uns vorbei und zerstören die Fahrbahndecke, zusätzlich noch zu dem Verkehr, den wir vor dem Anschluß nicht hatten.
Haby	Ich finde diese Petition richtig und wichtig! Es kann nicht sein das für alles Geld da ist und Hausbesitzer so unverschämt zur Kasse gebebt werden, für Fehlplanungen im Straßenbau und so um ihre Existenz fürchten müssen!
Hamwarde	Wir sind selbst hiervon betroffen. Wir sollen mit einem 5-stelligen Betrag zur Kasse gebeten werden in einer SOGENANTEN "Anliegerstraße" (einer Stichstraße zur Fußgängerzone), die noch in recht gutem Zustand ist. Ebenfalls in dieser Straße wird

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	<p>die Stadt Geesthacht in Kürze einen öffentlichen Parkplatz anlegen, beteiligt sich selbst aber nicht an den Ausbaubeiträgen mit dem Argument, dass der Parkplatz ja öffentlich ist. Ein Wochenmarkt ist über diese Straße zu erreichen und sämtliche Geschäfte in der Fußgängerzone. Bei einer Verkehrszählung an einem ruhigen Tag ohne Wochenmarkt und noch ohne öffentl. Parkplatz wurden allein 800 KFZ gezählt, die unsere Straße passieren. Sämtlicher Schwerlast-Lieferverkehr rollt ebenfalls durch unsere kleine Straße. Trotzdem lässt die Stadtverwaltung Geesthacht sich nicht davon abbringen, unsere Straße hinsichtll. der Beitragsleistung als Anliegerstraße zu deklarieren, damit eine Umlage in Höhe von 75 % zustande kommt. Angesichts der Anzahl der Nutzer dieser Straße ist es vom Land S-H eine bodenlose Unverschämtheit, diese Last einigen wenigen Anwohnern aufzubürden - wie in unserem Fall 3 Haushalten! Die Straßen werden grundsätzlich von allen Bürgern genutzt, also ist die Kostenlast gerecht umzuverteilen. Wir profitieren in keiner Weise von der Erneuerung der Straße, die durch einfache Instandhaltungsmaßnahmen in Ordnung zu bringen wäre. Wir haben kein Mitsprache- oder Entscheidungsrecht. Es wird uns aufgezwungen. Das Gesetz zu Umlage ist schnellstens abzuschaffen!</p>
Hamweddel	Ungerechtes Gesetz
Handewitt	Hunderte Steuerarten, Tausende Steuerverschwendungsfälle. Politiker, die inkompetent Steuergelder verwalten. JETZT IST SCHLUSS !!!
Handewitt	Ich war bisher zwar noch nicht betroffen, aber ich denke wir bezahlen genügend Steuern und wenn man sich manchen Unfug ansieht, der von Steuergeldern bezahlt wird, dann sollte das Geld lieber für den Strassenbau verwendet werden. Der Staat zieht sich in immer mehr Bereichen durch Privatisierungen oder durch Kostenverlagerung auf den Bürger aus der Verantwortung gegenüber dem Bürger.
Handewitt	Einerseits zählen wir genug Steuern, so daß die Gemeinde selbst die Kosten tragen könnte. Andererseits läuft die Verarmung der Bevölkerung auf Hochtouren. Altersarmut, Lohndumping, billiglöhne, Wechselkurs des Euro, 0-Zinsen, Lebensversicherungen und Riester-Rente bringen keine Renditen mehr. Darum!
Handewitt	Die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur ist Aufgabe des Staates/Landes. Dies ist aus den Steuergeldern zu finanzieren. Die Vernachlässigung der Pflege wie auch die fehlerhafte Nutzung von Steuergeldern darf nicht auf Kosten, mit zum Teil Existenz bedrohenden Folgen, der Anwohner kompensiert werden.
Hanerau-Hademarschen	Von den zu zahlenden Ausbaubeiträgen profitieren überwiegend Personen, die nicht in den betroffenen Straßen als Anlieger wohnen und leben. Die zu zahlenden Beträge sind für die Anlieger existenzbedrohend. Ein Berufsleben für des "Häusle" bezahlen, dann wegen eines Ausbaubetrages der Straße der ZWANGSVERKAUF des Hauses, mit allen preislichen Konsequenzen. Das kann nicht das Ziel einer Regierung sein.
Hanerau-Hademarschen	Weil ich auch im Rentenalter mein Eigentum behalten möchte. Horrende Sanierungskosten kann und will ich nicht tragen.
Hanerau-Hademarschen	Ich stimme dieser Petition zu weil ich schon mehrfach für meine Begriffe zu Unrecht diesbezüglich zur Kasse gebeten worden bin.
Harmsdorf	Eine Ungleichgewicht in deutschen Gesetztum besteht und es hier Abhilfe besteht.
Harrislee	Über jahrzehnte wurde in Bund und Ländern bei der Pflege der Verkehrswege gespart.D.h. die Gelder, u.A. aus Steuern waren da, wurden jedoch zu einem gewissen Teil zweckentfremdet oder verschwendet. Da die öffentlichen Straßen und Wege allen Bürgern zu Gute kommen ist es nach meiner Meinung ausschließlich Sache der öffentlichen Hand die Pflege zu finanzieren.Der Bürger im Allgemeinen ist in Deutschland und im flächenstrukturierten Schleswig-Holstein mit Steuern schon

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	stark belastet indem er Kfz.-u. Mineralölsteuer zahlt um mit dem Fahrzeug - Flexibilität ist gefordert - zur Arbeit zu kommen.
Harrislee	Es ist unfassbar, was sich die Damen und Herren, welche gewählte Bürgervertreter, von daher diese Position innehaben und auf Grund dessen meinen, vermeintlich etwas zu sagen zu haben ausdenken, um den Bürgern/innen neben den Steuern, jedweder Art, in die Tasche zu greifen. Für etliche Häuslebauer ist so etwas nicht nur Existenzbedrohend sondern der finanzielle Ruin.
Harrislee	Viele marode Strassen in den Gemeinden werden nur notdürftig oder gar nicht unterhalten. Man hat den Eindruck, es wird solange gewartet, bis eine Grundsanierung nötig ist, die dann von den Anliegern mitfinanziert werden muss. Ich hoffe die Petition bewirkt etwas.
Haselau	Weil es ein Unding ist, dass die Behörden sich bei ihren Einwohnern bedienen und diese dadurch teilweise in den Ruin treiben.
Hasenmoor	Da es meiner Meinung nach die Pflicht ist von der Stadt/Gemeinde seine Stassen selbst zu bezahlen. Wir das Volk zahlen KFZ Steuern und wenn der Verkehr zu Firmen führen, dann nimmt die Stadt/Gemeinde auch noch Gewerbesteuern ein...
Hasloh	Hausbesitzer
Haurup	Weil unsere noch vorhandenen Landwirte von derartigen Straßenbaubeiträgen finanziell extrem belastet werden und die heimische Landwirtschaft damit noch mehr bedroht wird! Weil Hauseigentümer, die sich mühsam von ihrem monatlichen Einkommen ein Eigenheim errichten konnten, dann wohl in vielen Fällen große finanzielle Probleme bekommen würden. Auch wir sind eine junge kleine Familie, die sich gerade ein Eigenheim leisten konnte. Eventuelle Beiträge würden uns aus dem Eigenheim treiben.
Heide	Straßen werden von jedermann/frau benutzt, darum Sanierung aus Steuermitteln
Heide	Die zur Komplettsanierung anstehende Kreuzstraße in 25746 Heide war bis zum Bau der Umgehungsstraße Fritz-Thiedemann-Ring eine der meistbefahrenen Straßen Heides. Die Straße war Durchgangsstraße für Schwerlastverkehr (z. B. Tankwagen) von der Meldorfer Straße (B 5) zur Hamburger Straße und umgekehrt. Als in den 60er Jahren die Bundeswehr in Heide stationiert wurde, rollten alle dazugehörigen Fahrzeuge (schwere Panzer etc.) durch diese Straße. Als in dieser Straße aufgewachsene und immer noch wohnende Hauseigentümerin wurde ich Zeugin unzähliger Verkehrsunfälle, bei denen nicht nur diverse Haustiere, sondern auch Anwohner (teilweise mit tödlichen Folgen) zu Schaden kamen. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß diese Straße jemals richtig ausgekoffert wurde, da sie anfangs sogar noch ein Sandweg war, auf dem meine älteren Brüder und andere Kinder damals spielten. Schäden sind nach meinem Dafürhalten immer nur notdürftig behoben worden, so daß diese Straße eher einem Flickenteppich ähnelt.
Heide	Die Gründe wurden bereits von meiner Ehefrau Jutta Schmidt-Tiedje aufgeführt. Ich schließe mich diesen Ausführungen an.
Heide	Wir haben in Heide das gleiche vorgehen des Bürgermeisters Stecher. Der Gebäudebesitzer hat auch Geld die Straße zu bezahlen, wenn sie saniert werden muß. Nur hier gibt es noch weitere Baustellen. Die Stadt ist noch nicht einmal Eigentümer von einigen Grundstücken (Fuß u. Radwegen). Diese sollen noch vorher angekauft werden Daher möchten wir, die Eigentümer der Kreuzstr. uns anschließen mit 100 Hundert Unterschriften an diese Petition. M fg Sönke Meyer PS. Unterschriften liegen vor.
Heide	Es werden genug Steuern gezahlt!
Heide	Ich finde es ungerecht, dass nur Hauseigentümer für den Straßenausbau zahlen müssen. Andere Personen nutzen auch die Anliegerstraßen und sei es nur als Durchgangs- bzw. Verbindungsstraße.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Heide	Für Steuerverschwendung ist Geld da, für Straßenbau fehlt das Geld!!!
Heide	Bei der heutigen Geldverschwendung könnte man alle Straßen in Deutschland Sanieren!!!
Heide	Wir sind "Betroffene", haben gezahlt, und finden diese Regelung ungerecht. Unsere Straße ist eine zentrale Ein- u. Ausfahrt Straße. Nicht die Anlieger haben die Straße kaputtgefahren sondern der allgemeine Verkehr. Im übrigen hätte die Straße schon vor mindestens 20 Jahren saniert werden können, damals standen für diesen Zweck ABM Mittel zur Verfügung. Unsere Kommune hat aber nicht den Eigenanteil bezahlen wollen. Dieses Geld wurde für ein unsinniges Prestigeobjekt ausgegeben.
Heide	Weil es jeden Hausbesitzer treffen kann, auch wenn das Häuschen einem ruhigen Lebensabend dienen soll.
Heide	Ich finde es nicht in Ordnung, daß die Straßen in diesem schrecklichen Zustand sind und nicht saniert werden. Erst, wenn gar nichts mehr geht, müssen die Straßen erneuert werden auf Kosten der Anlieger, Das Verkehrsaufkommen ist derart stark bei uns geworden und die schweren Laster, die unsere Straße benutzen, obwohl diese hierfür nicht ausgebaut wurde. Außerdem stehen unsere Häuser dicht an der Straße, daß öfter die Tassen in Schränken klirren.
Heide	Strassen werden von vielen benutzt und viele müssen daher auch für den Erhalt bezahlen. Von den vielen Benutzer der Strassen sind die wenigsten selbst Anwohner!!
Heide	Ich habe mir ein Haus in Wesselburen gekauft, und möchte mich vor derartigen Ausgaben schützen !
Heide	Straßenbaubeiträge können eine oft existenzbedrohende Höhe erreichen. Deshalb müssen andere Formen der Finanzierung gefunden werden. Aus meiner Sicht wäre eine kalkulier- und tragbare jährliche Abgabe, zum Beispiel ein Zuschlag zur Grundsteuer, durchaus akzeptabel. Für diejenigen, die in den letzten Jahren bereits zu einer Umlage herangezogen wurden, wäre eine faire Übergangslösung notwendig.
Heide	Es ist nicht einzusehen, dass die Grundeigentümer dafür zur Kasse gebeten werden und aberhunderte andere Nutzer die Straßen kaputt fahren. Insbesondere gilt dieses für Durchfahrtstraßen, Hierfür ist die Gemeinde zuständig. Für Sackgassen und nur für Anlieger ist das etwas anderes. außerdem kann die Grundstücksgröße bzw. die Straßenfront dabei nicht als Maßstab gelten, denn hiervon ist die Nutzung sicherlich nicht abhängig.
Heide	Mir ist diese Petition wichtig, weil Straßenausbaubeiträge insbesondere für ältere Menschen, die von kleinen Renten leben müssen, existenzgefährdend sein können. Sie werden u.U. gezwungen, ihr nach vielen, z.T. entbehrungsreichen, Jahren endlich schuldenfrei gewordenen Haus erneut zu belasten. Ich habe vor vielen Jahren beim damaligen Ausbau der B207 (E4). in Ostholstein erlebt, wie meine Mutter von ihrer sehr kleinen Rente zu Ausbaubeiträgen herangezogen wurde, und das bei einem Eckgrundstück auch noch anteilig für eine Straße für die weder eine Grundstückszufahrt vorhanden war noch die sie sonst in irgendeiner Form genutzt hätte. Mühsam abbezahlen konnte sie, die auch nie ein Auto besessen hat, die Beiträge nur, weil sie für einen gleichzeitig gebauten Fahrradweg einen Teil des Grundstücks verkaufen musste (konnte). Zudem werden die Straßenschäden m. E. weder überwiegend von den Anliegern verursacht, noch profitieren diese am meisten von den Straßensanierungen. Mir ist zwar bewusst, dass Steuern nicht zweckgebunden sind. Dennoch war die Kfz-Steuer doch wohl ursprünglich zum Ausbau und zur Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur gedacht. Von dieser Idee hat sich unsere Politik leider schon vor vielen Jahren verabschiedet. Sollte es angesichts vermeintlich leerer Kassen der Straßenbauträger "unvermeidlich" sein, die Bürger

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	zur Kasse zu bitten, müssten wirklich alle tatsächlichen und potentielle Nutznießer der Straßen durch eine wirklich zweckgebundene Abgabe an den Kosten beteiligt werden.
Heide	Weil jeder Bürger jede Straße nutzen kann, sind nicht nur die Anwohner dafür heranzuziehen. Und wenn es dann noch nach Grundstücksgröße geht, wird es noch ungerechter.
Heide	Diese Art der Beteiligung von Anwohnern einer Straße, die oftmals von anderen Verkehrsteilnehmern wie Bussen, Lkw usw. kaputt gefahren wurde aber nicht von den Anwohnern, hat es bisher nicht gegeben. Der Bürger zahlt bereits Steuern genug und für diesen Zweck Kfz-Steuern. Jetzt wird so lange gewartet, bis die Straßen total demoliert sind, um dann die Anwohner ungerechter Weise zur Kasse zu bitten. Ostdeutschland wurde total saniert, ohne die Anlieger zu beteiligen, jetzt ist der Westen an der Reihe. Dafür hätten wir auch noch den Soli.
Heide	Weil jeder Bürger jede Straße nutzen kann, sollte die Allgemeinheit die Kosten tragen, wie in Berlin und Hamburg.
Heide	Die jetzige Form der Lasten- und Kostenverteilung halte ich für ungerecht.
Heide	Weil ich genau der Meinung bin, das die Anwohner der Straßen nicht alleine für die Sanierung zuständig sind.
Heide	hausbesitzer müssen schon genug zuzahlen
Heide	Es ist nicht zu verstehen, das nur die Anwohner einer Straße zahlen müssen, obwohl die Mehrheit der Durchfahrenden nicht dort wohnen !
Heide	Die Heranziehung der Anlieger zu Ausbaukosten von Straßensanierungen finde ich ungerecht. Schließlich werden die Straßen auch von fremden Verkehrsteilnehmern genutzt.
Heide	Jahrzehntelang wurden die Straßen nicht saniert. Jetzt sollen die Anwohner zahlen. Das ist doch nicht korrekt!
Heide	Auch ich sehe es so, dass die mögliche Höhe der aufkommenden Abgaben Existenzen bedrohen können. Zumal die Zeit vom Bekanntwerden der Maßnahme bis zur Fälligkeit der Abgaben in der Regel zu kurz sind um Rücklagen in der dann notwendigen Höhe anzusparen. Frage ist, ob die Betroffenen das überhaupt können. Außerdem nutzen in der Regel auch andere Verkehrsteilnehmer (evtl. sehr viele) die betroffenen Straßen.
Heide	Weil ich mich über die Straßenanliegerbeiträge der Kreuzstraße ärgere. Diese Jahre war jahrelang eine Haupt-Durchgangsstraße und wurde von der Stadt vernachlässigt. Jetzt sollen die Anlieger die von der Stadt unterlassene Sanierung bezahlen.
Heide	Ich bin selbst Eigentümer und betrachte mit Sorge, dass längst fällige Reparaturen an der Straße hinausgezögert oder gar nicht durchgeführt werden. Unsere Straße ist eine "Fehlplanung". Müllabfuhr, Tankwagen usw. können nur passieren, wenn der Gehweg (ohne Bordstein) mit benutzt wird. Immer wieder kommt es zu Einbrüchen / Absenkung von Wasser-Einläufen und Fahrbahnrisen.
Heide	Wozu wird der Bürger immer für Kosten der Allgemeinheit herangezogen?
Heide	Warum soll der Grundstückseigentümer für die Schäden aufkommen, die er nicht begangen hat.
Heide	Wir zahlen Jahr für Jahr Steuern und Gebühren, davon muß auch die Straßensanierung bezahlt werden.
Heide	Durch diese Petition gibt es vielleicht einen Anschub für die Änderung bestehender Regelungen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Heide	Weil wir auch betroffen sind und schon zahlen mussten obwohl bei uns auch noch nicht die ganze Strasse saniert wurde, speziell vor unserer Haustür noch nicht. Soll noch in den nächsten Jahren folgen, dann sollen wir auch wieder zahlen.
Heide	Diese Beitragbelastung ist unzeitgemäß
Heide	Wir als Grundstücksbesitzer bezahlen doch schon die Grundsteuer und außerdem fahren wir unsere Straße ja nicht kaputt. Unsere Straße ist einfach nicht für dieses Verkehrsaufkommen ausgebaut und vor allen nicht für die schweren Laster.
Heikendorf	Die offenbar in der Schleswig-Holsteinischen Regierungsparteien-Kaste vorherrschende Annahme, alle Hausbesitzer seien kapitalistische Reichschweine und könnten deshalb bedenkenlos gemolken werden, ist falsch. Sie gefährden durch diese Praxis Existenzen und Altersversorgungen von Einzelnen, während doch Straßen - auch solche, an denen Menschen wohnen (und nur wohnen) - doch Allgemeingut und für alle Bürger da sind. Sie sollten auch durch alle bezahlt werden.
Heikendorf	Die jetzige Regelung ist ungerecht, da die öffentlichen Straßen nicht nur dem Anliegerverkehr dienen. Für viele Hauseigentümer (insbesondere im Rentenalter) sind die geforderten Beiträge nicht mehr durch eigene Rücklagen zu finanzieren. Meist sind die Häuser mit ihren Eigentümern gealtert, wodurch erhebliche finanzielle Mittel gebunden werden (z.B. für Erneuerungen von Dächern, Heizungsanlagen und Fenstern sowie für Isolierungsmaßnahmen). Da durch den ständigen Bedarf der Hausbesitzer an Instandhaltungsmaterialien, Werkzeugen und Handwerker-Dienstleistungen dem Staat fortwährend Steuern zufließen (und dadurch auch Arbeitsplätze gesichert werden), erscheint ein allgemeiner steuerfinanzierter Straßenausbau und eine ebensolche Sanierung gerechtfertigt. Harald OTTO
Heikendorf	Die heutige Form der Abgabe ist ungerecht. Die Nutzer müssten zahlen.
Heikendorf	Weil ich selbst betroffen bin, da die Gemeinde in den nächsten Jahren plant unsere Straße neu zu machen und 85 % der Kosten auf die Anlieger umlegen will.
Heikendorf	Die Petition ist deshalb wichtig, um bedrängten Bürgern Hoffnung auf Hilfe zu machen.
Heikendorf	Die Petition ist mir wichtig, weil es eine Möglichkeit ist, sich gegen die ungerechte Kostenverteilung zu wehren.
Heiligenhafen	Ich habe schon in den 1990-ern für die Straßensanierung zahlen müssen. Unsere Straße ist in die eine Richtung Durchgangstraße, die meisten fahren mit überhöhter Geschwindigkeit durch, kontrolliert wird das so gut, wie nie! Außerdem wird von der Supermarkt Sky täglich mehrmals mit schweren LKW-s angefahren (Warenlieferung)! Ich fürchte, dass die Straße in absehbarer Zeit wieder sanierungsbedürftig sein könnte. Es wäre total ungerecht, wenn die Anlieger dann wieder zahlen müssten!!! Für mich - inzwischen Rentnerin mit kleiner Rente - wäre das auch noch Existenzvernichtend!!! Und bestimmt nicht für mich alleine!!!
Heiligenhafen	Weil wir in unserer Straße mit dem gleichen rechnen müssen wie anders wo in Schleswig Holstein. Durch den permanenten Schwerlast Verkehr welcher bei uns mehrfach im Jahr stattfindet, ist der Straßenbelag seit Jahren marode und eine Inaugenscheinnahme durch die Gemeindevertretung und Bürgermeister blieb aus Sorge um die Kosten wohl ohne Ergebnis. eine Solche Beteiligung an den Kosten wie Sie gerade eben im Nord Magazin gezeigt wurde ist für uns finanziell nicht zu leisten.
Heiligenhafen	weil die jetzigen Verfahren extrem ungerecht sind.
Heiligenhafen	Ungerechte Kostenverteilung.
Heiligenhafen	In der Weidestrasse werden z Zt. sehr umfangreiche Bauarbeiten ausgeführt(ehemalige THEODOR -STORM SCHULE) Die Strasse befindet sich durch

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	die Bauarbeiten in einem sehr desolaten Zustand. Ich sehe nicht ein, dass die Anlieger die durch wirklich sehr regen LKW-Verkehr zerstörten Straße aufkommen sollen.
Heiligenstedtene rkamp	Die Anlieger bezahlen schon Grund- und Erwerbsteuer bzw. Grundsteuer.. Es ist nicht einzusehen, dass sie für die Instandhaltung einer öffentlichen Straße zur Kasse gebeten werden.
Heist	Die Allgemeinheit sollte mit den Kosten belastet werden und nicht nur die Anlieger. Also: Finanzierung aus Steuermitteln.
Helgoland	Weil wir auch schon mal für eine Straße zahlen büßten .
Hemmingstedt	Wir zahlen so viel Steuern im Jahr. Deshalb bin ich der Meinung, dass Sanierungen auch aus diesem Topf zu zahlen sind! Wir Bürger sehen zu, dass wir bis zur Rente unser Haus abbezahlt haben und müssen dann hohe Schulden machen, um Straßen zu sanieren.
Hemmingstedt	Weil dabei Existenzen auf dem Spiel stehen.
Hemmingstedt	nicht nur Hausbesitzer befahren die Wohnstraße - auch andere
Hemmingstedt	ungerecht - außer Hausbesitzer fahren auch diverse andere Autos durch die Wohnstraßen
Hemmingstedt	Mion Laut DLZ vom 11.10.2016 soll in 25770 Hemmingstedt die Beteiligung an der Straßensanierung ein an die Anlieger anteilig abgegeben werden ich finde es unmöglich u hoffe sie kommen da mit durch. Mfg
Hemmingstedt	Ich werde wohl nicht zu einem Beitrag herangezogen werden, da ich Anlieger einer ruhigen Wohnstraße bin. Andererseits nutze ich selbstverständlich große Einfallstraßen und trage zwar gering aber doch mit dazu bei zum Verschleiß. Es ist mir auch bewusst, dass die großen Lkw auch für meine Versorgung über die Hauptstrecken fahren. Insofern möchte ich mich solidarisch mit den unverhältnismäßig betroffenen Anliegern erklären und möchte dass die Verteilung der Kosten gleichmäßig erfolgt.
Hemmingstedt	weil auch demnächst in Hemmingstedt es so beschlossen werden soll
Hennstedt	Weil ich Eigentümer eines Grundstücks in einer sanierungsbedürftigen Straße bin. Und ich befürchte, dass die Gemeinde mich an den Kosten der Sanierung heran ziehen wird.
Hennstedt	Ich finde das es jeden Bürger in Schleswig-Holstein, der ein Grundstück besitzt, angeht! Das Gesetz muss geändert werden, weil viele Andere die Straßen auch mitbenutzen! Straßenbau ist eine gemeinschaftliche Aufgabe und muss steuerfinanziert werden.!
Hennstedt	Das Gesetz muss geändert werden, da auch Andere die Straßen mitbenutzen.! Straßenbau ist eine gemeinschaftliche Aufgabe! Die Beiträge gehören steuerfinanziert..!!
Hennstedt	Das Gesetz muss geändert werden, weil Straßenbau eine gemeinschaftliche Aufgabe ist. Auch viele Andere benutzen die Straßen. Die Straßebaukosten müssen steuerfinanziert getragen werden.!
Henstedt-Ulzburg	Pro Gerechtigkeit
Henstedt-Ulzburg	Wenn der Staat beschließt, dass etwas verändert werden soll, muss der Bürger zahlen.
Henstedt-Ulzburg	Der Staat ist für den Bürger da. Leider ist er zum gegenteiligen Prinzip verkommen, nämlich zu: Der Bürger ist für den Staat (seine Institutionen und deren gemeinen "Freunde") da. Das muss sich wieder ändern
Henstedt-Ulzburg	Breuning
Henstedt-Ulzburg	Gerechte Verteilung auf alle Nutzer und nicht nur die Anwohner.
Henstedt-Ulzburg	Mir ist wichtig, dass wir die entstehenden Lasten durch Straßenausbaumaßnahmen fair verteilen.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Henstedt-Ulzburg	<p>1.) Die KFZ-Steuer wurde in der Vergangenheit zweckentfremdet.</p> <p>2.) Ich habe kein Mitspracherecht bei der Entscheidung WIE die Straße saniert werden soll. (Was soll mit welchem Material gemacht werden?) Damit habe ich auch keine Möglichkeit zu prüfen, ob die Stadt mit Kosten in Rechnung stellt, die sie eigentlich tragen müsste.</p> <p>3.) Die Ausschreibungen sind meistens so pauschal formuliert, Die Unternehmen, die sich an den Ausschreibungen beteiligen, können somit "Mond-Angebote unterbreiten, da der beauftragte Unternehmer später die Möglichkeit hat Nachforderungen zu stellen.</p> <p>4.) Es ist mir beim besten Willen nicht möglich, zusätzlich zu anderen Rücklagen monatlich mehrere Hundert Euro zurückzulegen, um im Vorwege derart hohe Summen anzusparen.</p> <p>5.) Der Staat fordert seine Bürger auf, für die Zukunft vorzusorgen. Habe ich gemacht indem ich ein Haus gekauft habe, private Rentenversicherungen habe ich auch abgeschlossen, aber irgendwann ist mein Geldbeutel leer.</p>
Henstedt-Ulzburg	Wir zahlen genug Steuern - dafür sind Bund, Länder und Gemeinden zuständig, um für eine gute Infrastruktur zu sorgen.
Henstedt-Ulzburg	Straßen sind für alle da, warum sollen einzelne Anwohner bezahlen ?
Henstedt-Ulzburg	Da ich nicht in naher oder ferner Zukunft einen Schock bekommen möchte, wenn eine hohe Rechnung für die Straßensanierung ins Haus flattert.
Henstedt-Ulzburg	Ich bin selbst Hausbesitzer und habe schon mitbekommen wie solche Kosten das finanzielle Gefüge eine Familie zerbrechen können.
Henstedt-Ulzburg	viele größere LKWs fahren bei uns durch und beschädigen die Straße
Henstedt-Ulzburg	Weil ich als Hausbesitzer ebenfalls betroffen wäre
Henstedt-Ulzburg	M.Pinto
Henstedt-Ulzburg	Weil die Steuerlast in Deutschland nach Abzockermanier ohnehin viel zu groß ist. Aus diesen Steuereinnahmen sollen öffentliche Bedarfe ursprünglich gedeckt und finanziert werden, nicht aber die zahlreichen Geldverschwendungen !
Henstedt-Ulzburg	Straßen sind Angelegenheit der Gemeinde
Henstedt-Ulzburg	Weil wir selbst betroffen sind. Unsere Straße wurde 2016 erneuert. Kostenpunkt ca. 13.000,00 €
Herzogenaurach	Es kann nicht sein dass wir Herzogenauracher Bürger soviel Geld für unsere neue Straße vor der Haustür bezahlen müssen, wo die Stadt so reich ist und so viele Einnahmequellen hat. Und wo viel Geld für Brunnen bunte Glasbauwand z.B. ausgegeben kann.
Herzogenaurach	Auch wenn ich in Nordbayern sehr weit weg von Schleswig-Holstein wohne, sollte es ein Bürgerinteresse sein, für die Abschaffung dieser ungerechten Gebührenordnung zu kämpfen. Daher auch meine Unterschrift aus ca. 700 km Entfernung.
Hetlingen	Sollte über die KFZ Steuer bzw Steuern gedeckt sein
Hohenaspe	Ich bin ebenfalls der Meinung, dass Straßenschäden (auch) auf innerörtlichen Straßen durch die Nutzung aller, (inkl. nicht Ortsansässiger), Verkehrsteilnehmer verursacht werden. Es ist somit ungerecht, Straßenbaubeiträge nur von Hausbesitzern zu fordern.
Hohenfelde	Ich bin der Meinung das wir bereits genügend Steuern zahlen. Gerade die Autofahrer und der Staat muss lernen mit dem Geld auszukommen was er über Steuern einnimmt.
Hohenfelde	Warum wurde die Selbstbestimmung der Kommunen in dieser Frage abgeschafft ? Tatsache ist das die Bürger zwar Anlieger der betreffenden Straßen sind aber auch diese von der Allgemeinheit genutzt werden also muß die Allgemeinheit auch für diese Straßen zahlen, für viele ist es ein finanzielles Fiasko wenn so eine Beteiligung

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	ansteht. MfG Emil Jauert p.s. Berlin ist das Höchtsverschuldete Bundesland, hat aber die Bürgerbeteiligung abgeschafft.
Hohenfelde	Für unser ehemaliges Eckgrundstück sind schon vier mal Ausbaubeiträge oder Sanierungsabgaben gem. Gutachterausschuß angefallen. Ausserdem kenne den Fall in dem eine Strasse nicht saniert wurde, dann aber zu einer Luxuszufahrt zu einer nicht mehr bestehenden öffentlichen Einrichtung ausgebaut wurde und die Kosten als Anliegerstraße zum größten Teil an die Anlieger abgewälzt wurden.
Hohenlockstedt	Mir ist die Petition so wichtig, da auch bei uns in der Strasse eine Sanierung angeplant ist und unsere Gemeinde sogar 95% der Kosten auf die Anlieger verteilen möchte. Ruinös.
Hohenlockstedt	Die Bürger in Deutschland werden immer mehr durch vielfältige und hohe Steuerabgaben belastet. Die Beteiligung der Bürger durch Straßenbaubeiträge treibt viele Menschen in den finanziellen Ruin.
Hohenlockstedt	In der Regel ist für erschlossene Grundstücke bereits eine Gebühr entrichtet worden, bin dagegen das nur Grundstücksbesitzer immer wieder zur Kasse gebeten werden. Die Strassen werden von allen Bürgern benutzt wo bleibt der Gleichheitsgrundsatz.
Hohenwestedt	Siehe Lösungen in Hessen und Baden-Württemberg!
Hohenwestedt	Wir zahlen bereits ausreichend steuern
Hohenwestedt	Damit eine gerechte Verteilung der Kosten erfolgt.
Hohenwestedt	1. Wir sind selber betroffen und sollen für ein hinzugekauftes Grundstück, auf das bereits ein Ausbaubeitrag gezahlt wurde, erneut bezahlen. 2. Eckgrundstücke werden pro Seite mit 2/3 veranschlagt. $2/3 \times 2$ ergibt jedoch mehr als $3/3$, also mehr als ein ganzer Anteil d. h. mehr als der Ausbaubeitrag von einseitigen Grundstücken. 3. 85 - 90 % Anwohneranteil für Anliegerstrassen sind existenzgefährdend
Hohenwestedt	Wir sollen ca 8000 € bezahlen für den Neubau unserer Straße, 85 Prozent der Kosten.
Hohenwestedt	Es kann doch nicht sein, dass alles auf die Hausbesitzer abgewälzt wird. Wofür zahlt man Grunderwerbsteuer, Grund- und KFZ-Steuer??
Hohenwestedt	weil ich div. steuern u.a. beim erwerb eines grundstückes / haus bezahle und ein lebenslang alle 3 monate grundsteuer bezahle . das geld sollte u.a. auch dafür genutzt werden , um die straßen zu unterhalten . sehr traurig ist es , wie mit den geldern der bürger verschwenderisch ohne mitspracherecht in straßensanierungen umgegangen wird .
Hohn	Das Gesetz ist ungerecht und fördert die Verschwendung von Steuergeldern!
Hohn	Wann lernen unsere Politiker, vernünftig und verantwortungsbewußt mit den Steuern umzugehen, den Bürgern wieder zuzuhören anstatt nur neue Gebühren zu erheben und nach verloren gegangenen Wahlen auf die "Nichtwählbarkeit" anderer (Gewinner-) parteien zu verweisen ?
Hohwacht	Die Steuerfinanzierung wäre richtig, weil die Straßen Allgemeingut sind und allgemein benutzbar sind. Eine Finanzierung über die Grundsteuer belastet die Vermieter und folglich auch die Mieter. Eine Begrenzung auf die Grundstücksinhaber mit EFH würde dem Gleichheitsgebot widersprechen. Es gibt keine andere Lösung
Hohwacht	Betroffener
Hohwacht	Allgemeines Interesse
Hohwacht	Weil ich davon betroffen sein werde
Hohwacht	Wir zahlen bereits ausreichend Steuer für Straßenbau und sonstige gemeinnützige Ausgaben

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Hoisdorf	Straßen werden unterschiedlichst belastet. Wer Pech hat, zahlt also öfter und je nach Reparatur auch mehr. Das finde ich ungerecht. Speziell bei uns wird die Straße sehr belastet durch schwersten landwirtschaftlichen Verkehr, Fahrbahn und Straßenränder sehen entsprechend katastrophal aus.
Hollingstedt	Es kann nicht sein, dass mit uns gemacht wird, was die Politiker wollen.
Holtsee	Ich zahle Grundsteuer, Kfz-Steuer und zu. B. Mineralölsteuer. Ich finde es äußerst ungerecht nochmals dafür zu bezahlen.
Holzdorf	In 24364 Holzdorf sollen Anwohner zwischen 5000,00 und 60000,00€ zahlen geht garnicht EXISTENZVERNICHTENT
Holzdorf	Zuviele Einzelschiksale lieber solidarisch auf alle verteilen
Holzdorf	Sind persönlich von Straßenausbaubeitrag als Anlieger betroffen und wehren uns gegen die Baumaßnahme durch Presse,Banner u.ä.
Holzdorf	Die Straßenbaubeiträge führen zu einer Enteignung der Anlieger, die teilweise groteske Formen annimmt. In 24364 Holzdorf werden von einem Anlieger, der selbst keinen Nutzen vo der Straße hat, ca. 60.000€ abverlangt, Rentnern mit geringen Renten bis zu 11.000€. Das kann und darf nicht rechtens sein.
Holzdorf	Dieses Gesetz schafft in den Kommunen viel Unfrieden. Mit diesem Gesetz spaltet man die Gemeinden, wo wir doch so dringend Zusammenhalt unter den Menschen brauchen.
Holzdorf	Was die Bürger wollen, wird zu wenig berücksichtigt !!
Holzdorf	Straßenausbaubeiträge sind ungerecht - wenige Anlieger müssen für viele Nutzer zahlen, Gehwegausbau als Schulwegsicherung überwiegend zu zahlen von Anliegern, die keine schulpflichtigen Kinder haben (Gem. Holzdorf). Es gibt noch viele Gründe, die für eine Abschaffung der Ausbaubeiträge sprechen.
Holzdorf	Gerechte Kostenverteilung auf alle Bürger
Holzdorf	Sowas von ungerecht ..., die Bevölkerung welche die Wirtschaft am Laufen hält ..., darf nicht zur Kasse ! Die ärmsten werden immer ärmer und die reichen immer reicher ..., ungerecht !!!
Holzdorf	Es geht bei vielen um die Existenz !!!
Holzdorf	Führt zu Streit unter Nachbarn, stürzt ggf. "kleine Leute" in finanzielle Schwierigkeiten, scheint mir äußerst ungerecht, beispielsweise weil Hausbesitzer, die an Kreisstraßen wohnen, keine Straßenbau gebühren tragen müssen bzw. in viel geringerem Ausmaß etc. pp.
Holzdorf	Sie ist mir wichtig , weil diese Verordnung einfach nicht durchdacht und eine soziale Ungerechtigkeit ist. Wirtschaftlich schlecht aufgestellte oder verwaltete Gemeinden vertreiben mit der Anwendung dieses Gesetzes so manchen Bürger aus der Gemeinde , oder treiben ihn sogar in die Armut.
Holzdorf	Bin grade selbst betroffen und soll über 5000,- Euro für den Straßenbau in unserem Dorf bezahlen. Keine Ahnung, wie ich das machen soll.
Holzdorf	Für solche Ausgaben wie der Straßenbau sollten unsere Steuergelder benutzt werden
Holzdorf	Diese Petition hilft hoffentlich eine unsoziales Gesetz abzuschaffen. Wer so ein Gesetz beschließt und umsetzt ist asozial!!!
Holzdorf	Kosten nicht tragbar!
Holzdorf	Möchte mit meiner Unterschrift den finanziellen Ruin einzelner Bürger verhindern. Warum ist diese Regelung in Schleswig-Holstein anders als im übrigen Bundesgebiet?? Wofür wird unsere Kfz-Steuer genutzt??
Holzdorf	Welch wir eine Demokratie sind, aber man hat nicht mehr das Gefühl eine Demokratie zu sein! Wir Bürger werden zu wenig gefragt!
Hörnum	Weil öffentliche Straßen und Wege für alle Menschen da sind und genutzt werden können! Abgaben und Steuern werden von der öffentlichen Hand laufend zeitnah

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	angepasst, wie z.B. Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer, Fremdenverkehrsabgabe, etc.. Die Pflichten für Grundstückseigentümer, welche über Satzungen der Gemeinden festgelegt sind, sind auch nicht zu unterschätzen.
Hörselgau	Ich sehne nicht ein das wir Strassen-Aubsätze zahlen sollen.Ich zahle schon KFZ steuern.Wenn die KFZ steuern nur für Strasenausbausätze genommen werden braucht mann keine St-Ausbautsätze zu zahlen.rassen
Horst	1. Zahlen wir Steuern 2. Fahren so viele LKWs durch die Straßen, es ist nicht einzusehen, für die Schäden, die dadurch eintreten, aufzukommen.
Hummelfeld	Dieses Gesetz gehört sofort abgeschafft. Es werden nur Immobilienbesitzer belastet und das ganz unabhängig davon ob sie die Straße überhaupt und in welcher Weise belasten. Das es kein Mitspracherecht gibt ist ein weiterer undemokratischer Akt in unserer kapitalistischen Diktatur.. Der Bürger zahlt Steuern (z.B. Grundsteuern, KFZ-Steuer) genug die genau für diese Zwecke nämlich zum Wohl der Allgemeinheit eingebracht werden sollen. Politiker die solch bürgerfeindliche schädliche Gesetze zu verantworten haben gehören nicht in die Parlamente!
Hummelfeld	Wie kann man solche Gesetze erlassen?! Es wird vom Land eine Richtung verfolgt, die m. E. nicht korrekt ist! Hier sollen Menschen für etwas zahlen, was manche garnicht oder teilweise nur sehr wenig nutzen. Es gibt viele Menschen, die nicht einmal ein Auto besitzen oder die in einer Sackgasse oder einer wenig befahrenen Straße wohnen, die können doch nicht im Ernst dazu herangezogen werden die Kosten für die Allgemeinheit zu übernehmen. Zumal es oft Menschen trifft, die eine solch hohe Geldforderung für die Straßensanierung in den Ruin treibt! Meiner Meinug nach sollte das Verursacherprinzip hier zum Tragen kommen: derjenige der viel fährt, bzw. die jeweilige Straße oft benutzt soll auch dafür zahlen! Es werden doch schon genug Steuern eingenommen. Z. B. die Grundsteuer, KFZ-Steuer, Mineralölsteuer.... Die Menschen, die mit ihrem Verhalten die Straßen kaputt fahren, sollten dementsprechend auch die Kosten für ihr Tun tragen. Doch anstatt hiergegen etwas zu unternehmen, wird jetzt wieder der Bürger für Kosten herangezogen, die eigentlich nur einige wenige verursacht haben. Dafür sollen wir zahlen?! Das ist doch nicht in Ordnung!
Humptrup	Ich sehe ebenfalls die Gefahr, dass der Aufbau eines Reparatur-/Sanierungsstaus begünstigt wird und Straßensanierungen zukünftig weitestgehend auf den Bürger abgewälzt werden. Dieses wiederum geschieht vorrangig in Gemeinden, die Bedarfszuweisung erhalten, da gesetzlich dazu verdonnert. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit dem einzelnen Bürgern gegenüber im Vergleich zu wohlhabenden Gemeinden? Wir wohnen in einem ländlichen Bereich mit sehr starkem landwirtschaftlichen Verkehr, der sich nicht um Gewichtsbegrenzungen von Brücken oder den Schutz der Straßen und Banketten schert. Für dadurch verursachte Schäden und notwendige Straßen-Grundsanierungen werden die Anwohner und nicht die Verursacher herangezogen. Außerdem ist die Gerechtigkeit bei der Verteilung von Sanierungskosten bei Durchgangsstraßen - sprich wie ermittelt sich der Kreis der Umlagebetroffenen - zumindest sehr zweifelhaft und strittig.
Humptrup	Ich sehe es als äußerst ungerecht an, die Gemeindestraßen und Brücken von Lohnunternehmern und ortsfremden Landwirten kaputt fahren zu lassen und dann für die Bezahlung der Straßensanierungen zahlen zu müssen. Wenn alle Straßen der Allgemeinheit zugänglich sein sollen, dann müssen auch die Straßensanierungskosten von der Allgemeinheit getragen werden!
Hürup	Straßen werden von allen genutzt. Aber nur die Anwohner sollen die Sanierung bezahlen? Das geht gar nicht!
Husum	Bewahren Sie uns vor einem Finanzkollaps

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Husum	Leider machen diese Straßenbauvorhaben den Anliegern immer mehr Angst und sorgen für schlaflose Nächte. Die Anwohner in unserer Straße sind verunsichert und leiden schon jetzt zum Teil an Existenzängsten. Auch mir fällt es schwer, zusätzliche finanzielle Belastungen tragen zu können. Meine Meinung ist, alle Kosten für derartige Bauvorhaben, aus Steuermitteln zu finanzieren.
Husum	Straßen werden nicht mehr instand gehalten oder nur mangelhaft instand gehalten. Dadurch wird eine Notwendigkeit zur Sanierung beschleunigt und die Anlieger belastet. Obwohl diese bereits Grundsteuer bezahlen. Auch KFZ Steuer wird entrichtet, fließt aber nicht zu 100% in den Straßenbau. Weiterhin sind die Regelungen nicht immer sozial gerecht und die Baukosten sind der Willkür der Planer ausgesetzt.
Husum	Wir zahlen in diesem Land so viel Steuern und Abgaben, die dann auch dafür verwendet werden sollten, wenn hohe Kosten entstehen und man sollte dann als Bürger nicht erneut zur Kasse gebeten werden oder dazu genötigt werden teure Kredite zur Reparatur verschleppter Straßensanierungen aufzunehmen,
Husum	Weil ich durch Steuern schon genug zahlen muss.
Husum	Die derzeitigen Straßenbeitragsatzungen in den Gemeinden fördern unter anderem die Altersarmut und stimmen nicht mit der Forderung der Bundesregierung überein, eine Vorsorge für das Alter zu treffen.
Husum	Diese Petition ist mir wichtig, da ich schon genug Steuern bezahle und nicht auf dem Wege der Straßenbau- Abgabe enteignet werden möchte.
Husum	Da nicht nur Grundstücksbesitzer die Straße nutzen müssen alle für den Straßenbau aufkommen. Die Straße gehört nicht nur dem Grundstücksbesitzern, sondern allen Bürgern. Ich darf die Straße ja auch nicht mit einer Schrankenanlage sperren.
Husum	Keine zusätzliche Bürgerbelastung.
Husum	Da wir auch Angst um unsere Existenz haben!!!
Husum	Kann viele Grundbesitzer treffen, Nichtgrundbesitzer bleiben verschont und können trotzdem die gleichen Straßen nutzen! Nur diese Gruppe mit Gebühren zu belegen bedeutet gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung zu agieren.
Husum	Schutz des einzelnen . Gerechtigkeit allen gegenüber .
Hütten	Weil es nicht gerecht ist ,wenn alle die Strassen benutzen ,aber nicht alle dafür bezahlen .Wofür ist denn die KFZ - bzw. Mineralölsteuer ?
Itzehoe	Gleichheitsgrundsatz: Nicht nur der Anlieger benutzt die Strasse! Einflussnahme durch die Behörden: Die Unterhaltungsarbeiten werden unterlassen, hinausgezögert oder für billiges Geld unfachmännisch erledigt! Unüberlegte Entscheidungen der Verwaltungen: Im Leichtbau früher hergestellte Strassen werden durch Unachtsamkeit bei der Vertragsvergabe kommunaler Leistungen durch überschwere Fahrzeuge genutzt (Bis zu 40 Tonnen). Die Kosten für die dabei zerstörte Strasse wird dem Anlieger aufgebürdet! Vergabe von Unterhaltungsarbeiten: Wenn solche denn vergeben werden ist der billigste Anbieter der Gewinner und eine schlechte Qualität der Erfolg. Nicht der Billigste ist der Günstigste sondern der wirtschaftlichste.
Itzehoe	Ich bin Anlieger an einer Zone 30 Wohngebiet, die defakto die Nordumgehung von Itzehoe ist.
Itzehoe	Dafür bezahlt der Bürger und KFZ-Fahrer (verschiedenste) Steuern. Das sollte reichen.
Itzehoe	Wir zahlen Steuern aus denen solche Maßnahmen bezahlt werden müssen. Des Weiteren sind wir dem Willen der Baubehörde ausgesetzt ohne jeglichen Einfluss und Nachweis der Kosten. Was die Verantwortlichen Fachabteilungen so alles ausrichten "ist ja in dem Fall nicht ihr Geld" kann man immer wieder erleben.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Itzehoe	Selber bald Anlieger mit wenig Einkommen
Itzehoe	Es kann nicht sein, dass wir außer unseren Steuern für Kfz und Kraftstoff auch noch für Straßen bezahlen, deren Abnutzung nicht von Anliegern sondern von Durchgangsverkehr belastet werden. Eine Maut für Ausländer läuft ins Leere und wir werden im Ausland abgezockt. Aber jedes Land hat die Regierung die es verdient - geht zur Wahl, eine große Koalition darf es nicht wieder geben!
Itzstedt	Straßen werden von allen genutzt und sind damit Gemeineigentum. Der Unterhalt von Gemeineigentum ist damit eine Sache der Gemeinde.
Itzstedt	Da wir keine große Rente bekommen, haben wir Angst das Haus, welches wir uns extra zur Rente gekauft haben, verkaufen zu müssen. Wir haben 17 Jahre hohe Raten bezahlt um in der Rente entlastet zu sein.
Itzstedt	Die Ausbaukosten sind für viele Bürger nicht tragbar.
Itzstedt	Viele ältere Mitbürger sind nicht in der Lage solche Beiträge zu leisten.
Jerrishoe	Wegen der Kosten, die auf einem zukommen. Außerdem ist diese Art der Kosteneintreibung ungerecht.
Jersbek	Die Straße werden durchweg von vielen Menschen genutzt, nicht nur von den Anliegern. Außerdem steigen die Grundsteuern immer weiter.
Jevenstedt	Würden die Städte die Straßen regelmäßig warten, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind, bräuchten sie die Bürger nicht wie die Kommunisten enteignen.
Jevenstedt	Diese Petition schafft Rechtssicherheit und enteignet nicht die Bürger.
Jevenstedt	Gleichheitsgedanke für alle Mitbürger
Kaaks	Da ich auch ein Hausbesitzer in Schleswig Holstein bin, regelmässig meine Steuern bezahle und mich nicht ruinieren lassen möchte, wir sollen für die Rente vorsorgen und der Staat nimmt uns immer mehr Geld ab.
Kaisborstel	Die Umlagen bringen die Grundstückseigentümer größtenteils in enorme Existenzprobleme. Gerade bei älteren Menschen oder auch bei jungen Familien sind diese Beträge in keiner Weise zu kompensieren.
Kaltenkirchen	dinge die alles nutzen auch wenn wenig haben alle zu bezahlen. wenn reiche keine steuern bezahlen müssen müssen das auch alle mittragen. für alles haben politiker geld ,die a7 ist eines der schlechtesten beispiele. dann müssen die anderen strassen auch von der allgemeinheit bezahlt werden. das anlieger bezahlen müssen ist ein relikht aus der kaiserzeit, juristen die das unterstützen leben im vorgestern.
Kaltenkirchen	Den aufgeführten Begründungen stimme ich zu. Ich bin seit neun Jahren Rentner und habe ein Eckgrundstück. Bei der Umlage der Straßenbaukosten weiß ich nicht, wie ich diese finanzieren soll. Mir bleibt dann nur der Verkauf des Grundstückes. Ist das so gewollt? Wofür zahle ich eigentlich meine Kfz-Steuer?
Kaltenkirchen	Gerechtigkeit. Aufgaben die der Staat/Land zu leisten haben, in diesen Fall Infrastruktur zu schaffen.
Kaltenkirchen	Es kann nicht sein, dass nur wenige eine Straßen für alle finanzieren, nur weil sie sich mit harter Arbeit Eigentum geschaffen haben. Viele der Eigentümer hatten jahrelange finanzielle Entbehrungen und Probleme, um sich ein Haus zu bauen. Viele der Eigentümer bauten ihre Häuser, um eben im Alter finanziell abgesichert zu sein. Nun müssen sie für eine öffentliche Straße bezahlen. Somit werden sie für ihre harte Arbeit vom Staat bestraft. Das kann nicht sein. Hinzu kommt noch, dass man als Finanzierer der Straße gar nicht mitbestimmen darf, was und wie gebaut wird. Somit hat man auch keinen Einfluß auf die Höhe der Kosten, die man aber aufbringen muss. Auch andere Bundesländer finanzieren alle öffentlichen Straßen selbst, wieso

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	schafft das Schleswig-Holstein nicht? Man wird bestraft, dass man in Schleswig-Holstein wohnt.
Kaltenkirchen	Weil dieser Ungerechtigkeit und Existenzgefährdung ein Ende gesetzt werden muss.
Kaltenkirchen	Der Straßenbaubeitrag ist ungerecht, da einzelne über Gebühr belastet werden, Gemeinden bei Zuschüssen vom Land sogar ohne eigene Kosten Straßen erneuern können und die Bürger dennoch den Großteil zahlen und kein Mitspracherecht besteht. Persönlich habe ich etwas Angst vor diesem negativen "Lottogewinn". Ich werde auch bei der nächsten Wahl genauer auf das jeweilige Parteiprogramm schauen.
Kaltenkirchen	Nutzung der Straßen durch die Allgemeinheit, deshalb auch Finanzierung aus Steuergeldern. Erhaltung und Neubau von Straßen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
Kappeln	Ich wohne an einer Straße im Außenbereich von Kappeln (landwirtschaftliche Gegend). Die landwirtschaftlichen Maschinen werden immer größer. Damit fahren sie die Straße kaputt und wir sollen im Falle einer Reparatur als Anlieger bezahlen.
Kappeln	Weil für das KFZ genug Steuern bezahlt werden Um die Straßen davon zu sanieren. Dafür darf der Anwohner nicht mit belastet werden.
Kappeln	Es werden genug Steuern gezahlt. Und nicht jeder kann sich das leisten.
Kappeln	Das Argument wer von der "Straße profitiert" soll dafür zahlen ist nicht stichhaltig. Jeder Nutzer einer Straße, ob Anwohner oder nicht, profitiert von einer intakten Straße.
Kasseedorf	Weil das Straßensystem öffentlich ist, und von allen Menschen mehr oder weniger intensiv genutzt wird. Selbst in Anwohnerstraßen sind es in der Mehrzahl Fremde, die diese Straßen befahren.
Kasseedorf	Betroffener
Kastorf	Straßen müssen gemeinschaftlich finanziert werden.
Kattendorf	Zum Einen, weil die Straße, an der ich lebe, zu 98% von der Landwirtschaft genutzt wird, zum Anderen zahle ich genug Steuern, die das Land entsprechend sinnvoll einsetzen kann.
Kattendorf	Diese Gebühr ist ungerecht und unsozial z.B. für Rentner die kein Auto mehr fahren können.
Kellinghusen	Wir bezahlen schon genug und möchten nicht abhängig sein von größenwahnsinnigen Kleinpolitikern!
Kellinghusen	Strassenbausanierungen sehe ich als Aufgabe des Bundes.
Kellinghusen	Weil die Finanzierung durch die Anlieger ungerecht und existenzgefährdend ist und weil ich als Anlieger die Straße nicht alleine nutze (ansonsten wäre es in Ordnung!).
Kellinghusen	Weil dieses Thema alle Hausbesitzer betrifft
Kellinghusen	Es ist wichtig Bürger zu unterstützen, die gegen die Willkür der Politik kämpfen.
Kiebitzreihe	Weil wir als Anlieger nicht einsehen, das wir für den Lkw Verkehr bezahlen sollen, die alles kaputt fahren.
Kiel	In unserer Strasse werden gerade Straßenlaternen aus Holz abgerissen und neue aufgebaut. Schöner sind diese wirklich nicht. Und wir werden zu 85% zur Kasse gebeten, da unsere Strasse als Anliegerstrasse ausgewiesen wird, obwohl ein starker Zuliefererverkehr zu den Altersheimen, Gaststätten etc. besteht. Für uns als Rentner ein ganz schöner Batzen Geld. Woher nehmen? Durch die Kfz-Steuer werden wir doch bereits ganz schön zur Kasse gebeten, dafür sollte diese auch eingesetzt werden und nicht für andere Mittel verwendet werden.
Kiel	Wir sind durch eine Großsanierung der Straße in der wir unser Haus haben, ebenfalls betroffen
Kiel	Das Beispiel dieser Petition zeigt eindeutig, dass es sich hier um Willkür handelt. Institutionen, welche genug Einfluss haben, werden nicht zur Kasse gebeten. Aber

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	der kleine Steuerzahl wird abgemolken. Schade, dass unser Rechtsstaat nicht so gut funktioniert, dass die Planer dieses Unsinn in den Knast kommen. Von der JVA NMS ist es nur ein Steinwurf zur Frankenstraße.
Kiel	Ich wohne zur Miete und bin davon nicht betroffen. Dennoch ist es mir wichtig, dass solche Kosten von allen Steuerzahler_innen, also auch von mir, getragen werden. Die Umlage auf die direkten Anwohner_innen ist nicht gerechtfertigt und fördert sicherlich nicht den Kauf von Eigenheimen.
Kiel	Hausbesitzer zahlen schon genug Grundsteuern, diese werden dann meist auch auf die Mieter umgelegt. Die Straßenausbesserungsarbeiten sollten davon bezahlt werden. Straßen sind öffentlich und gehören nicht den Anwohnern in der Straße, warum sollten diese also dafür bezahlen...
Kiel	Wir sind Anlieger des Ellerbeker Weges in Kiel und werden ebenfalls durch unsere Verwaltung, und man muß leider sagen auch durch unsere untätigen oder unwilligen, gewählten Volksvertreter, mit Ausbaubeiträgen und überzogenen Ausbauplänen bedroht. Für die Sanierung der Straße sollen auch noch vierzig Eigentümer Teile ihres Grundstückes hergeben (vermutlich durch Enteignungsverfahren). Wir wehren uns schon seit 2014 gegen die Ausbaupläne der Stadt und können über die bisherigen Auseinandersetzungen mit der Stadt Romane schreiben, es wird wohl auf ein Planfeststellungsverfahren hinauslaufen
Kiel	Da ich selbst davon betroffen war. Es wurde viele unnütze Arbeiten gemacht um die Kosten künstlich hochzufrieden. Es wurden Parkplätze entfernt, anstatt neue und mehr zu erschließen, was einfach unglaublich gut möglich gewesen wäre. Die Zebrastreifen wurden bis heute noch nicht gefertigt. Schon ca 3 Jahre her.
Kiel	Weil ich der Meinung bin, dass es sich um eine öffentliche Angelegenheit handelt, die alle angeht und deshalb durch Steuern finanziert werden sollte.
Kiel	weil es alle Bürger angeht....
Kiel	Der Beispielkommentar wegen der Finanzierung eines überflüssigen Straßenausbaus in Neumünster wurde älteren Bewohnern in Kiel fast wortgleich als Begründung geliefert. Es ist eine bodenlose Frechheit, wenn städtische Planer, die in keiner Weise für ihre Taten verantwortlich gemacht werden, sehenden Auges Menschen in die Altersarmut schicken.
Kiel	Ich bin selbst Hausbesitzerin und möchte nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil ich für etwas bezahlen soll, was z.B. aus Grunderwerbssteuer, Grundsteuer und Kfz-Steuer finanziert werden kann.
Kiel	Schöne Aktion, da wir alle bereits Steuern zahlen. Mieter dürften wohl indirekt die Sanierungen mit bezahlen, wenn sie umgesetzt werden; der Hauseigentümer wird schon für eine Mieterhöhung sorgen.
Kiel	Die Straßen werden von Zulieferern, Anliegern, Touristen etc., von uns allen genutzt. Steuern können für die Instandhaltung sinnvoll ausgegeben werden.
Kiel	Für Menschen, die ihr Eigenheim jahrelang mühsam abbezahlt haben, um im Alter schuldenfrei zu sein, sind derartige Sonderausgaben existenzbedrohend, wenn die Einnahmen geschrumpft sind und ihnen kein Kredit mehr bewilligt wird. Denn in der Regel trifft es keine Neubaugebiete mit junger finanzkräftiger Bevölkerung, die natürlich auch ihre speziellen finanziellen Probleme hätte.. Da die Gemeinden den Anteil zwischen 15 und 85 % willkürlich bestimmen können, kommt ein großes Ungerechtigkeitspotential dazu..
Kiel	weil man sich alleine nicht wehren kann
Kiel	Weil ich ,nun von einer Rente lebe. Und zahlen wir nicht schon sehr viel??? UND VIELLEICHT " schafft es die Politik ja mal ohne uns mit 15 % zobelasten".

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel	Mir ist diese Petition wichtig, weil ich mir als Alleinerziehende keine weiteren finanziellen Belastungen leisten kann, ohne meine Existenz und die meiner beiden Kinder zu gefährden.
Kiel	Als Eigentümer mit "normalen " Gehalt kann man sich keine Reichtümer ansparen. Bei Sanierungen hat man kein Mitspracherecht. Finanziell sind diese zusätzlichen Ausgaben für Eigentümer kaum zu stemmen.
Kiel	Sehr geehrte Open Petitionskolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht ist der Straßenbau eine hoheitliche Aufgabe, die dem Staat, den Ländern und Kommunen obliegt. Wofür bitteschön zahlen wir die KFZ - Steuer? Außerdem bin ich grundsätzlich der Meinung, dass es nicht sein kann, dass z.B. um Kosten zu sparen wie im Falle des Hasseldicksdammer Wegs in Kiel, wo der Fahrradweg auf die Straße verlegt wurde, weil das billiger war als den Fahrradweg zu erneuern. Die Anlieger wollten die Kosten nicht tragen und deshalb wurde auf der rechten Seite der Straße eine Markierung aufgebracht, die den Radweg markiert. Toll Außerdem zahlen Hausbesitzer eine Grunderwerbssteuer, die ebenfalls eine Abgabe ist, die für genau diese Zwecke verwendet werden müsste. Mit freundlichem und solidarischem Gruß Norbert Wiedemann
Kiel	Ich halte die Erhebung dieser Gebühren, die m.E. für Hauseigentümer überhaupt nicht plan- und vorhersehbar ist, für potentiell existenz- bzw. eigentumgefährdend. Eine bürgergerechte Verwaltung sollte plan- und vorhersehbar sein.
Kiel	Damit Kommunalpolitiker mal merken, dass sie nicht mit dem Bürger umgehen können, wie es ihnen beliebt; denn wenn sie kein Geld zur Finanzierung ihrer kruden Wünsche zur Verfügung steht, so holen sie sich es vom Bürger.
Kiel	Es kann nicht sein, daß jahrelang nichts bzw. ein Flickenteppich nach dem anderen zelebriert wird und dann ein Kostenvolumen errechnet wird, das am wenigsten von den Anliegern verursacht wurde. Dabei ist die zwangsläufig sich ergebende Kostensteigerung von Planung bis zur Ausführung nicht eingerechnet. Auch der wirklich notwendige Umfang der Sanierungsarbeiten sind nicht wirklich klar zu durchschauen.
Kiel	Weil ich selber auch schon 2 x in 14 Jahren für Straßensanierungen bezahlen durfte, und es eine Frechheit finde, da ja nicht nur wir Anwohner, sondern alle Bürger der Stadt die Straßen nutzen, da wir mitten in der Innenstadt wohnen.
Kiel	Ich hab schon genug gezahlt
Kiel	-Weil die Gemeinden und Ortsbeiräte immer sehr schnell dabei sind "fremde Gelder" auszugeben, oder zu verplanen, ohne dabei zu beachten, dass die Kosten letztendlich immer die Bürger bezahlen müssen. -Sanierungsmaßnahmen durch die Gemeinde häufig so lange
Kiel	Es kann und darf nicht sein, dass die Anlieger 85% von den Sanierungskosten bezahlen müssen. Das Land kann sich nicht so einfach aus ihrer Verantwortung stehlen, 15 % anteilig an den Kosten ist ein Witz. Wofür bezahlen wir eigentlich Steuern. Andere Bundesländer machen es uns vor, wie es auch anders gehen kann.
Kiel	Wenn unfähige Politiker es nicht auf die Reihe kriegen eine sozialgerechte Entlastungen für unser Land und unsere Leute zu schaffen und die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klafft wird es die Wähler nach rechts treiben ...Shit!!! "Uns geht es gut " sagen alle reichen Leute mit sicherem Job und die, die nicht arbeiten wollen. Wer sich verschulden muss, um die Straßenausbauten bezahlen zu können "wundert" sich wenn woanders fette Abfindungen gezahlt werden. Macht weiter so ihr Politiker , Ihr seid schon lange keine Volksvertreter mehr, vielmehr ist dies Volksverarsche. Solange die Gelder nach "oben" fließen, muss ich mich nicht wundern wenn ich sehe wie ein brauner Sumpf auftaucht... Ich habe Angst um meine Kinder und weiß nicht wie ich Ihnen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	diese ganze Sch.. Politik erklären soll...Schon mal was von Vorbildfunktion gehört?? Früher hat das Gute gesiegt, heute siegt anscheinend das Reiche :- (---Die Politik ist so frei wie die Lobby es gerade erlaubt!!
Kiel	Die Ausbaubeiträge sind ungerecht, weil, wenn man z.B. an einer Durchgangsstraße wohnt, viele Bürger (auch viele ortsfremde) die Straße nutzen, jedoch nur die Anlieger Ausbaubeiträge bezahlen müssen. Hier sind Anlieger größerer Städte wesentlich mehr betroffen als Anlieger kleiner Ortschaften. Viele Bürger anliegender Gemeinden nutzen die Straßen der größeren Städte um ein vielfaches mehr als umgekehrt.
Kiel	Wir zahlen Grundsteuer, Kfz-Steuer, Einkommensteuer, Mineralölsteuer uws., durch nachlässiges Ausbessern sind die Straßen irgendwann so marode, dass es dann richtig Geld kostet, dann wird durch die Verlegung des Radweges auf die Fahrbahn ein "Straßen Ausbau" daraus gemacht und schon dürfen die Bürger den größten Teil der Kosten bezahlen, obwohl sie diesen "Ausbau" gar nicht wollten und NULL Mitbestimmung hatten. Ist das gerecht, dass die Stadt über den Einsatz unseres Geldes bestimmt? Wer soll das auf Dauer bezahlen? Gerade Rentner, für die ihr Haus die Altersvorsorge darstellt können das Geld dann nicht aufbringen und müssen sich von Ihrer Altersvorsorge trennen. Hauptsache der Kiel-Kanal kommt, dafür ist dann Geld da, nicht zu verstehen.
Kiel	Die betroffenen Bürger werden mit den hohen Summen überfordert und dürfen bei der Planung nicht mitbestimmen.
Kiel	Selbst Bürger, die an einer Durchgangsstraße wohnen und die von einer vorgesehenen Straßenerweiterung nach Kanalsanierung nichts haben (noch mehr Schwerverkehr, Ellerbeker Weg Kiel), werden mit einem mehrere 1000 Euro betragendem Anteil zur Kasse gebeten.
Kiel	Die Abrechnungen sind total undurchsichtig / unverständlich. Begriffe wie Durchgangsstraße - Anwohnerstraße werden beliebig ausgelegt Jahrelang werden Reperaturarbeiten, welche ja vom Staat / Komune / Stadt bezahlt werden müssten nicht durchgeführt, bis endlich alles morode und nicht mehr reparierbar ist. Bei z.B neuer Straßenbeleuchtung wird nicht berücksichtigt, dass LED-Beleuchtung weniger Strom- und Wartungs-Kosten verbraucht und die somit Stadt spart
Kiel	Steuermittel für den Straßenbau sind vorhanden. Sie müssten endlich auch dafür eingesetzt werden. Das Sparen sollte in der Politik anfangen. weg mit den aufgeblähten Parlamenten, den vielen Staatssekretären und sonstigen politischen Beamten usw.
Kiel	Straße ist Allgemeingut und sollte dann auch von der Allgemeinheit über Steuern bezahlt werden.
Kiel	Wir sollen jetzt auch an Beleuchtungskosten beteiligt werden Ich finde das sind öffentliche Straßen und können von jeden Bürger befahren werden, aber nur die Anlieger die Rechnung zu stellen, ist nicht fair und gerecht
Kiel	Bin selbst betroffen und zahle seit 40 Jahren Steuern, irgendwann reicht es.
Kiel	Ich bezahle über Jahrzehnte regelmäßig Steuern, da darf es nicht dazu kommen, das einem ein Kredit für Straßenbaubeiträge aufgezwungen wird!
Kiel	der bürger hat kein mitspracherecht ,weder bei der verkehrsführung,der ausführung,der dringlichkeitsstufe....alles nach dem motto...eigentum verpflichtet....
Kiel	Am meisten ärgert mich der ideologisch geprägten Gestaltung ausgeliefert zu sein.
Kiel	Der Bürger wird in ein finanzielles Abenteuer gedrängt. Rentner bekommen keinen Kredit bei der Bank . Wie sollen Sie das bezahlen ? Die Kosten sollen von den Steuerzahler bezahlt werden.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel	Die Gemeinschaft nutzt Wege und Straßen ,los müssen auch Alle für die Instandhaltung aufkommen. Sonst müsste die Eigentümer auch Wegezoll erheben dürfen um die Kosten zu decken.
Kiel	Ungerechtigkeit
Kiel	1. In den Vorberichten zur Information zur Erneuerung wurden wir als Anwohner bewußt falsch informiert (belogen). Zum Beispiel wurde durch die zuständigen Behördensprecher mehrfach gesagt, dass 85% Bürgerbeteiligung angesetzt werden müssen, da sonst die EU keine Förderung zahlt. Dies ist meines Wissens nicht korrekt, da bei der Erstellung der Straßenausbausatzung durch die Verwaltung ein Spielraum besteht, welcher in Kiel nicht genutzt wurde. 2. Somit wird versucht, schlecht gemachte Stadtverwaltung auch noch der EU in die Schuhe zu schieben (schäbig). 3. Die Oberleitungen hatten durchaus etwas gemütliches in unserer kleinen Straße und waren auch Ortsbildprägend. Defekt war hier noch nichts. Diese beiden Punkte wurden nicht berücksichtigt.
Kiel	Die schlechte Informationspolitik der Stadtverwaltung ist eine Unverschämtheit. Keiner kann mir wirklich sagen was der "ganze Spaß" unter dem Strich wirklich kosten wird. Die Planung und ursprüngliche Ausschreibung für die Erneuerung unserer Straßenbeleuchtung ist zehn Jahre alt. Die damaligen geplanten Kosten und somit auch die anteiligen Kosten für die Anwohner sind nicht mehr aktuell. Aber auch hier gibt es von der Stadt keine vernünftigen Auskünfte über Kostensteigerung etc.. Hier fühlt man sich abgezockt und völlig uninformiert. Die neue Straßenbeleuchtung ist deutlich schlechter als die alte Beleuchtung, kostet viel Geld, wir werden nicht einmal an der Planung beteiligt. Da haben mal wieder so ein paar Theoretiker mit unserem Geld geplant und es verprasst. Vielen Dank auch dafür.
Kiel	Ich zahle genügend Grundbesitzabgaben und Steuern. Mit diesen Geldern kann die Stadt Kiel gern Baumaßnahmen finanzieren. Sie hat genug Geld! Außerdem: für jahrelange Versäumnisse der Stadt Kiel (Pflege und Reparatur der Straßenbeleuchtung) soll der Anwohner nun quasi Schadensersatz zahlen. Unnötige Baumaßnahmen wie etwa eine intakte und gute Straßenbeleuchtung durch eine offensichtlich mickrige neue komplett zu ersetzen wälzt die Stadt auf die Anwohner ab, die noch nicht einmal Mitspracherecht (z.B. für eine zeitgemäße und sparsame Beleuchtungstechnik) bekommen. Für mich weiter unverständlich ist, wie eine große und sachlich argumentierende Bürgerinitiative (die sich für den Verbleib der alten, aber intakten Straßenbeleuchtung ausgesprochen und dies begründet hat) vom Oberbürgermeister und vom Rat der Stadt eiskalt ignoriert werden. Das hat mit meinem Verständnis von Demokratie und Bürgermitsprache nichts zu tun!
Kiel	Straßenbau, -sanierung, -erneuerung ist einen Infrastrukturmaßnahme die den Städten und Gemeinden obliegt. Diese erhalten von ihren Bürgern dafür regelmäßige Steuereinnahmen und haben diese für die Bereitstellung der Infrastruktur zu verwenden.
Kiel	Damit wir alle nicht kalt enteignet werden
Kiel	Ich, als armer Rentner könnte mir die Kugel geben, wenn ich dafür noch zahlen muss
Kiel	Mir ist diese Petition wichtig, weiles nicht sein darf, dass Anlieger für Bauarbeiten an Straßen zahlen müssen, die von allen Verkehrsteilnehmern benutzt werden - und oft überwiegend von Nicht-Anliegern ... es in anderen Bundesländern auch ohne die Beteiligung der Anleger geht ... Straßen auf Kosten der Anleger saniert werden, die bei ordnungsgemäß durchgeführten Erhaltungsmaßnahmen gar nicht in einen sanierungsbedürftigen Zustand gekommen wären.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel	Lebenslänglich haben ich Steuern entrichtet, dieses selbst noch jetzt im Ruhestand. Entrichtete Steuern sollten vornehmlich den Steuerzahlern im eigenen Land zu Gute kommen und auch genau dafür eingesetzt werden. Straßenbenutzung gehört zum Grundbedürfnis.
Kiel	Ich habe ein Leben lang Steuern gezahlt. Auch für die Straßenerhaltung. Es wird jedoch seit Jahrzehnten nicht einmal die dringend notwendige Instandhaltung betrieben.
Kiel	1. Diese Beiträge treffen sehr häufig ältere und häufig auch "kleinere" Hausbesitzer, die froh sind ihr Haus mehr oder weniger abgezahlt zu haben, insbesondere auch als Beitrag zur privaten Alterssicherung, die ja von den Politikern immer wieder eingefordert wird. Solche Beiträge können dieses Vorhaben völlig konterkarieren. 2. Straßenerhalt ist eine Gemeinschaftsaufgabe und darf nicht auf die Anlieger abgewälzt werden. 3. Teure Totalsanierungen wären überflüssig, wenn die Straßen laufend "gepflegt" würden. 4. Die zahlenden Anlieger haben überhaupt keine Einfluss, was gemacht wird, und können sich auch nicht gegen überteuerte und aus ihrer Sicht überflüssige Maßnahmen wehren. 5. Dies alles hat man bereits in mehreren Bundesländern erkannt und hat die Straßenbaubeiträge abgeschafft oder will sie abschaffen. Das kaum überschaubare Risiko der Anlieger darf auch nicht zufällig vom Wohnort abhängen; das ist weder gerecht noch nachvollziehbar.
Kiel	Das kann einen Hausbesitzer in den Ruin treiben.
Kiel	Wir zahlen sehr viele Steuern und ich bin der Meinung, dass die Steuergelder immer mehr für Zwecke verwendet werden, die dem Gemeinwohl nicht zu Gute kommen, dafür aber solche Arbeiten, die über Steuergelder der Gemeinden und Kommunen finanziert werden könnten, von Privatpersonen bezahlt werden müssen.
Kiel	Hierbei handelt es sich um hoheitliche Aufgaben die aus Steuergeldern zu decken sind. Ganz einfach - Punkt!
Kiel	Öffentliche Strassen, Wege, Beleuchtungen usw. werden von allen Menschen genutzt. Mir erschliesst sich nicht, warum die Anwohner die Erneuerung zum grössten Teil Bezahlen müssen und es nicht aus Steuermitteln bezahlt wird. Das ist eine unerträgliche Ungerechtigkeit die von den von uns gewählten Politikern ins Leben gerufen wurde. Dafür habe ich die nicht gewählt.
Kiel	Die Wartung/Renovierung der Straßen ist Aufgabe der Behörden, die bei allen Bürgern dafür Steuern erheben. Es kann nicht angehen, dass einzelne Bürger zusätzlich für die Wartung/Renovierung der Straßen aufkommen müssen. Ich kan mir nicht vorstellen, dass die Mehrheit der Bürger darüber anders denkt. Wenn die Volksvertreten nicht mehr für die Meinung der Bürger aufkommen, ist die Demokratie gescheitert.
Kiel	Einseitige Belastung auf Hauseigentümer, Umlage auf Mieter nicht möglich. Daher keine Zustimmung zu den Strassenbaubeiträgen.
Kiel	Weil auch ich der Meinung bin, dass die Straßen nicht nur von den Anliegern benutzt werden. Unsere Straße wird von mehreren Linienbussen benutzt. Dadurch wird sie natürlich schneller abgenutzt. Außerdem haben die meisten Eigenheimbesitzer ihr Eigentum auch für die spätere Rente als Baustein angespart. Sie jetzt dafür zu schröpfen ist unsozial!
Kiel	Auf den Straßen kann jeder fahren, deshalb müssen alle zahlen.
Kiel	Maßnahmen der Stadt wurden bisher trotz sehr guter Argumente gegen den Willen der allermeisten Einwohner Schilksees beschlossen und teilweise bereits umgesetzt. Ich sehe nicht ein warum wir als Bürger die unnötigen und auch noch überteuerten Maßnahmen auch noch bezahlen sollen.
Kiel	Weil es Eigenheimbesitzern immer schwieriger gemacht wird, ihr Heim zu halten ! Ständig steigen die Kosten überproportional zum Einkommen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel	Meine Meinung ist: Das für alle Änderungen an öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen, Straßenlampen u.s.w, die Stadt oder das Land Zuständig ist. Es gibt deutsche Bundesländer, wo auf dieser Weise so verfahren wird. Warum nicht auch in Schleswig-Holstein? Wenn die Landesregierung aber richtig wirtschaften kann, muss das auch in Schleswig-Holstein möglich werden.
Kiel	Der Staat soll für diese Dinge zuständig sein. Es kann nicht sein das solche Summen von Bürgern allein getragen werden müssen.
Kiel	Ich halte die Begründung für die Erhebung der Gebühr für nicht gerechtfertigt, da sie keinerlei Vorteile für die Hausbesitzer liefert, weiterhin da es unbillig ist, dass in zahlreichen deutschen Städten keine solchen Gebühren erhoben werden, dagegen noch solche in Kiel gefordert werden. Dr. Klaus Krönke, Kiel
Kiel	Fremde Fzg., wie Lkw, Möbeltransporter, beladene Sprinter, Gerüstaufz. - beladen - beschädigen die Straßen! Nicht einmal die Anwohner !! Und letztere müssen bezahlen . Das ist ungerecht und existenzge- fährdend, unmöglich und ungerecht !!
Kiel	-in unserer Straße sind durch jahrelangen Schwerlastverkehr für eine Großbaustelle in der Nachbarschaft sowohl die Asphaltdecke als auch die Leitungen im Unterbau abgesackt bzw. gebrochen. Da die Straße vor Jahrzehnten auf ehemaligem Seegrund ohne für d
Kiel	Bin ein Betroffener als Eigenheimbesitzer.
Kiel	Die Petition ist mir sehr wichtig, da ich als Wohnungseigentümerin in der Rendsburger Landstraße in Kiel davon betroffen bin. Eine Hauptverkehrsstraße, die diese Straße schon immer war, mit unerträglicher und ansteigender Verkehrsbelastung durch gewerblichen Verkehr will man nun, um Kosten nicht tragen zu müssen, als Anwohnerstraße deklarieren. Nicht genug, dass die Regierung die Steuergelder für Pkw's haben möchte, aber dann nicht in der Lage ist, Parkmöglichkeiten und Straßenbenutzungen zu regeln.
Kiel	Die aktuelle Gesetzgebung öffnet der Behördenwillkür die Tür. Das wird am genannten Beispiel aus Neumünster deutlich. Haushaltsumverteilung in soziale Prestigeprojekte auf Kosten der BürgerInnen, denen keine Entscheidungsmöglichkeit oder Mitsprache gewährt wird.
Kiel	Ich habe eben einen Bericht im SH Magazin im NDR gesehen. Ein Kollege von mir in Stolpe ist auch betroffen. Dort soll in Zukunft ausgebessert werden. Ich finde es nicht angemessen, die Kosten in dieser Höhe auf die Anwohner umzulegen. Es handelt sich um öffentlich gewidmete Straßen und keine Privatstraßen. Und wer bestimmt, dass die Strasse ausgebessert werden muss?! Doch nicht die Anwohner! Sie werden auch nicht an der Ausschreibung beteiligt. Ungerecht!
Kiel	Wir waren vor längerem auch betroffen und konnten die anteiligen Kosten durch intensive Recherche deutlich reduzieren. Frage der Stadtvertreter: woher wissen sie das.
Kiel	Wir müssen in Kiel für neue Laternen bezahlen, leider hat unsere Unterschriftenaktion nichts gebracht. Viel Erfolg!!!
Kiel	Der Straßenbau sollte von den Steuergelder bezahlt werden.
Kiel	Ich zahle bereits zum zweiten Mal diese ominöse Abgabe, da ich vor zwölf Jahren umgezogen bin. Nun hat es mich auch in der "neuen" Straße ereilt. Wozu zahlen wir denn Kfz,-Steuer ? ? ? Diese sollte endlich zweckgebunden eingesetzt.
Kiel	Vor einigen Jahren wurde unsere Straße ausgebaut. Wir hatten noch mal Glück: Sie wurde im wesentlichen aus Mitteln des Schulwegeprogramms bezahlt. Allerdings im "Billigverfahren". Es ist absehbar,dass ein erneuter Ausbau irgendwann fällig ist. Ich wünsche Ihnen viel Erfolgt.
Kiel	Ungerechtigkeiten vermeiden

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel	Habe erst heute von dieser Petition erfahren und begrüße sie, obwohl (noch) nicht selbst betroffen, weil mich diese Abzocke schon lange ärgert.
Kiel	Ich bin nicht damit einverstanden, dass es in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird. Auch wenn das so rechtlich richtig ist. Es sollte einheitlich verfahren werden.
Kiel	Die erhobenen Straßenbaubeiträge sind unverhältnismäßig. Durch jahrelanges Vernachlässigen der Straßen werden die Beiträge unnötig hoch. Die Anwohner zahlen bereits Grundsteuer; diese sollte für den Erhalt von Straßen zweckgebunden verwendet werden.
Kiel	Straßen sind Allgemeingut und werden von allen Bürgern und im besonderen Umfang von Gewerbetreibenden genutzt. Wir zahlen Steuern, damit sollten diese Kosten beglichen werden.
Kiel	Wozu zahlen wir KFZ Steuer und andere Steuern. Wenn diese nicht für den Straßenbau sondern für andere Zwecke verwendet oder verschwendet werden.
Kiel	Weil jetzt der Ausbau, der dem Gemeinwesen nützt, wie ein Schadensfall wirkt, gegen den es keine Versicherung gibt.
Kiel	Wir haben bereits zweimal Ausbaubeiträge in Preetz bezahlt, jetzt folgt Kiel. Wann ist für uns Schluss?
Kiel	Damit Anwohner von Straßen mit diesen Kosten nicht konfrontiert werden und dazu gezwungen werden zu zahlen. Zumal es zahlreiche gibt, die sich das gar nicht leisten können!
Kiel	Weil es ein Witz ist, dass man ohne etwas dafür zu können Schulden aufgedrückt bekommt.
Kiel	Eine Frage der Gerechtigkeit.
Kiel	Die nach den beschriebenen Verordnungen von Bürgerinnen und Bürgern bzw. Anwohnerinnen und Anwohnern geforderten Beteiligungsbeträge widersprechen dem Gleichbehandlungsgrundsatz, da die Beteiligung je nachdem in welchem Bundesland, in welcher Gemeinde, Kommune oder Stadt man wohnt, willkürlich erhoben werden.
Kiel	Bundesweite Gleichbehandlung / soziale Schieflage! Es stimmt sehr nachdenklich, dass einige Bundesländer keine Verteilung der Gebühren vornehmen und andere die Bürger stark belasten. Zum Teil so stark, dass es den finanziellen Ruin bedeuten kann, weil bspw. nicht jeder einen Kredit bekommt. Auch und insbesondere stößt es auf, dass es zu den Themen keine Abstimmung und somit auch keine objektive Beurteilung über Notwendigkeiten und Sinnhaftigkeit der Projekte gibt. Themen werden über die Köpfe hinweg entschieden, die die "Rutsche" bezahlen sollen - und das in Deutschland. Das kann nicht richtig sein und löst sicherlich nicht nur bei mir Unverständnis aus.
Kiel	Möchte an Entscheidungen teilnehmen
Kiel	Die Straßen sind für alle da. Einzelne zu belasten ist ungerecht.
Kiel	Es kann nicht sein, dass man gezwungen wird, das Haus zu verkaufen
Kiel	Ich finde es super frech, Leute so auszunehmen. Plötzlich meint ein Bürofurzer, es muß neu und die Anwohner sind pleite...
Kiel	Da wir selber betroffen sind
Kiel	Staatlich geförderte Existenzgefährdung! Und das obwohl horrend Steuern auf Kraftstoff und Kfz gezahlt werden, doch dieses Geld verpulvert man dann lieber für anderes...
Kiel	Das Problem kann jeden treffen. Steuern bezahlen wir eh genug. Selbst, wenn die Grundsteuer minimal angehoben werden müsste und dieses Geld nicht andersartig ausgegeben wird, sollten NOTWENDIGE Sanierungen von allen getragen werden.
Kiel	Der Bürger wird finanziell überfordert.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kiel	Bei uns sollen ab dem 31.10.16 die Straßenlaternen erneuert werden. Wir werden das Geld, was wir zahlen sollen, nicht haben und müssen mit Sicherheit dafür einen Kredit aufnehmen. Wir sind eine 4köpfige Familie und nur weil wir ein Haus haben, heißt es, dass wir auch Geld haben. Das Haus ist ja auch noch nicht bezahlt und wird auch noch eine Weile dauern.
Kiel	Die einseitige Belastung von Hausbesitzern bei bei Sanierungen öffentlich genutzter Straßen scheint mir nicht gerechtfertigt.
Kiel	Durch die KFZ Steuer sollte schon ein Großteil der Sanierungskosten für Straßen abgedeckt sein. Warum sollen Hausbesitzer für öffentliche Straßen zusätzlich zahlen?
Kiel	Da ich Kostenschätzungen grundsätzlich ablehne. Jeder der seinen Job vernünftig macht kann sagen was was kostet, nur leider der Öffentliche Dienst nicht. Dieses kann und will ich nicht unterstützen.
Kiel	auch davon betroffen
Kiel	Der Bau und die Instandhaltung von Straßen ist eine öffentliche Aufgabe, deren Kosten von allen Bürgern zu tragen sind. Es ist eine Ungerechtigkeit, damit vor allem Grundstückseigentümer ztu belasten.
Kiel	Weil solche Abgaben durch die Kfz Steuer gedeckt sein sollten. Deswegen unterschreibe ich es!
Kiel	Um Hauseigentümer und künftige zu unterstützen und zu entlasten. Ich bin DEFINITIV der Meinung, dass das Aufgaben der Straßenbauämter sind und diese auch die Kosten dafür anders auslegen und NICHT die Bewohner damit belasten sollen.
Kiel	Die Gemeinden haben oft den Straßenunterhalt vernachlässigt. Eine rechtzeitige Instandsetzung wäre sinnvoll und ersparte hohe Kosten.
Kiel	Weil ich direkte Einflußnahme in der Demokratie schätze, um ungerechte Gesetzeslagen zu verbessern!
Kiel	Es werden z.T. überflüssige Umbaumaßnahmen ausgeführt, um eigentlich aus Steuergeldern zu bezahlende erforderliche Wartungen/ Reparaturen von den Anliegern saftig mit bezahlen zu lassen.
Kiel	Rendsburger Landstr. ist eine stark frequentierte Straße, sowohl für den Durchgangsverkehr als auch für Erreichbarkeit der umliegenden Schulen, besonders in unserem Abschnitt der Rendsburger Landstr..
Kiel	2017 wird meine Straße - Schwanenweg - in Ordnung gebracht. Die Zufahrtsstr zum Uniklinikum wird seit Jahren für die Baumaßnahmen des Uniklinikum regelmäßig auch mit Schwerlasttransporten demoliert. Darüberhinaus ist es eine Aufgabe der Kommune oder des Landes für ordentliche Straßen zu sorgen.
Kiel	Wenn der Investitionsstau des Staats auf die Privatperson umgelegt wird, ist das ein beispiellose Frechheit.
Kiel	Weil wir durch Steuern und andere Abgaben für den fließenden Erhalt unserer Straßen und Logistikwege schon bezahlen und es eine Frechheit ist, wie oft wir hier doppelt zur Kasse gebeten werden.
Kiel	Schwere finanzielle Belastungen für Hauseigentümer
Kiel	Damit die Willkür ein Ende hat und Aussagen seitens der Gemeinden/Städte wie " das habe wir in den Gremien so beschlossen " der Vergangenheit angehören. Für mehr Transparenz in der Kostenplanung und klare kompetente Aussagen seitens der Behörden
Kirchbarkau	Ich bin selber Hauseigentümer und befürchte, dass ich einen Straßenausbaubeitrag von meiner Rente nicht leisten kann.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kisdorf	So eine Umverteilung der Kosten durch untätigkeit der Gemeinden ist ungerecht. Dann lieber die Grundsteuer erhöhen um den Eigenanteil der Grundstückseigentümer sicherzustellen.
Kisdorf	Da ich der Meinung bin das durch die Grundsteuer genug Einnahmen entstehen, die ausreichend sein sollte um dadurch teilweise die Straßen zu sanieren. Ein Bürger zählt doch schon genug Steuern und etliche Abgaben! Irgendwann muss Schluss sein, es kann nicht sein das man sein Eigentum wieder verkaufen muss , da Straßensanierungen vom Bürger direkt bezahlt werden müssen.
Kisdorf	Weil es eine Riesensauerei ist. Im Osten werden Bürger nach mehr als 20 Jahren mit Altlasten konfrontiert. Sowas macht nur ein Un-Rechtsstaat!
Klein Gladebrügge	Strassenpflege sollte eine öffentliche Angelegenheit sein, vor allem muss es ein Mitspracherecht für Anlieger geben.
Klein Nordende	Diese Strassenbaubeiträge sind eine nicht einzuschätzende Belastung für jeden Hausbesitzer, und darum finde ich , sollte das abgeschafft werden !
Klein Nordende	Die Straßen werden von allen benutzt, nicht nur von den Anwohnern. Nach dem heutigen System werden gut betuchte Hausbesitzer in einem Neubaugebiet mit ruhiger Spielstraßen-Sackgasse wahrscheinlich in ihrem Leben nichts für eine Straßensanierung bezahlen müssen, während der Rentner in seinem alten Häuschen im viel befahrenen Dorfkern unverhältnismäßig stark belastet wird.
Klein Nordende	Unsere Straße wird gerade neu mit einem Bürgersteig gemacht, da viele andere Autofahrer die Strasse benutzen , aber nur wir Anlieger die Kosten tragen müssen, finde ich dieses ungerecht und werde mich weigern die anteiligen Kosten zu übernehmen. Vor ein paar Jahren, wurden 2 Neubau-Gebiete in unserem Ort erschlossen mit jeweils über 25 Häusern und ein großer Rewemarkt eine Kindergarten die Schule wurde erweitert, all die Autos der Neubürger u.a. benutzen jetzt unsere Straße, die jetzt stark beschädigt war.
Klein Nordende	Damit nicht immer die Anwohner zur Kasse gebeten werden
Klein Nordende	Wir haben zur Zeit ein Straßenerneuerung und auch für alle anderen.
Klein Offenseth-Sparrieshoop	Ich finde die Umlegung von Reparaturkosten auf die Anlieger ungerecht. Wir wohnen in einer Straße, in der sich die Kirche, der Kindergarten und der einzige Nahversorger (Kaufmann) befindet. Folglich benutzen alle Bürger unsere Dorfes - z.T. mehrfach täglich- unsere Straße. Auch der Schulbus verkehrt hier mehrfach am Tag. Hizu kommen schwere Baufahrzeuge unsere Neubaugebiete in der Gemeinde und der normale Durchgangsverkehr. Warum sollen wir als Anlieger die Last alleine tragen?
Klein Rönnau	Für den Erhalt der Infrastruktur zahle ich meine Steuern. Anstatt Milliarden in die marode HSH Nordbank zu pumpen und den Vorstand noch mit Boni zu beglücken sollte die Infrastruktur mal auf Vordermann gebracht werden. Ich brauche heile Straßen, Brücken und Schulen. Damit verdienen wir Geld und nicht mit einer maroden Bank. Geld ist genug da, da muss der Bürger nicht noch extra abkassiert werden! Bald ist Wahl und da machen die Bürger ihr Kreuz oder auch eben nicht. Wenn man die Politik an den Bürgern vorbei betreibt darf man sich hinterher nicht beschweren wenn die Wahlbeteiligung niedrig ist oder die falschen Parteien im Landtag auftauchen. Das will keiner!
Klein Rönnau	Weil mit der momentanen Vorgehensweise nach und nach Privathaushalte, die viele Jahre für ihr Eigenheim Entbehrungen auf sich genommen haben, in die Privat-Insolvenz getrieben werden.
Klein Rönnau	Die Anteile an den Kosten der Straßenbaumaßnahmen sind unverhältnismäßig hoch und können Eigentumsbesitzer in die Privatinsolvenz treiben. Darüberhinaus fehlt die Möglichkeit als Kostenträger Einfluss auf die Art und Weise der Baumaßnahmen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	zu nehmen. Zahlen ja, Mitbestimmung nein. Hier fehlt der Gedanke der gelebten Demokratie.
Kollmar	Weil ich nicht möchte, dass durch eingeforderte Straßensanierungsbeiträge auch meine Existenz einmal gefährdet sein wird (einige Beiträge erscheinen mir viel zu hoch, z.B. 20.000 €). Ich ärgere mich oft darüber, dass vor meiner Haustür nur Fahrzeuge bis 12,5 t fahren dürfen und meine privaten Baumateriallieferanten dies bei ihrer Anlieferung berücksichtigen müssen, während Landwirte mit ihren großen Güllewagen und andere Auflieget-LKW munter zum Verfall der Straße beitragen ohne zur Kasse gebeten zu werden. Ich wäre vielmehr für eine Straßensanierung aus Steuergeldern, so wie es in einigen anderen Bundesländern auch gehandhabt wird.
Kosel	Ich könnte mittelfristig von diesem Sachverhalt betroffen dein.-
Krempe	Ein jeder hier hat ein Recht auf eine gut sanierte Straße ohne finanziell ruiniert zu werden !!!
Krempferheide	Strassenbau ist nicht Sache der Anlieger!
Krogaspe	Auch in meiner Wohngemeinde wurde bereits eine Strassenausbaubeitragsatzung erstellt, Wir alle zahlen bereits Grundsteuer, die sich regelmäßig erhöht. Wenn jetzt die Hauseigentümer durch Ausbaubeiträge noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden, könnte das besonders für Rentner, aber auch für junge Hauseigentümer zur Existenzbedrohung werden.
Krogaspe	Mir ist diese Petition wichtig, damit man als Rentner nicht plötzlich in seiner Existenz bedroht wird, weil man zu hohe Ausbaubeiträge zu zahlen hat.
Krokau	Ich bin der Meinung, dass Eigentümer genug Steuern bezahlen,, so dass eine Straßensanierung mit davon finanziert werden sollte.
Kronprinzenkoog	Warum zahlen wir Steuern? Doch nicht um am Ende öffentliche Straßen vor unserer Tür nochmals privat sanieren zu müssen. Wenn ich für eine Straße zahlen soll dann bestimme ich den Bauunternehmer, den Sanierungszeitpunkt und die Art der weiteren Nutzung.
Kronsgaard	In einer Gemeinde bilden alle Einwohner ein "Gemeinwesen" in dem sich alle an solchen Investitionen beteiligen sollten, da eben nicht nur die Anwohner die Nutznießer sind, sondern alle Benutzer einer Straße.
Kronshagen	jede Straße ist mehr oder weniger eine Durchgang Str. für jeden, auch wenn nur der Nachbar an sein Haus will. Folglich ist der Straßenausbau einer Aufgabe der Gemeinde einschließlich Übernahme der Kosten. es werden insbesondere Rentner mit erheblichen Kosten belastet werden, die die finanziellen Möglichkeiten viele Rentner übersteigt,
Kronshagen	Eckgrundstückbesitzer sind doppelt belastet!!!
Kronshagen	Es müssen die zahlen, die die Verkehrswege nutzen und das sind all.
Kronshagen	Ich bin damit nicht einverstanden, dass die Anlieger an den Sanierungs- und Ausbaukosten der Straßen beteiligt werden sollen.
Kronshagen	Weil es jeden Hausbesitzer treffen kann! Ferner ist es ungerecht, wenn in einigen Bundesländer andere Regelungen gibt. Die Straßen im Osten Deutschlands sind nach der Wiedervereinigung nur aus Steuergeldern bezahlt worden.
Kronshagen	Ich bin damit nicht einverstanden, dass die Sanierungskosten der Straßen auf die Wohneigentümer umgelegt werden sollen.
Kronshagen	Weil jeder Bürger betroffen sein kann.
Kropp	Weil ich es für ein absolutes Unding halte
Kröppelshagen-Fahrendorf	Die Zwangsumlage kommt einer Enteignung gleich. Die Bürger haben selbst kaum Möglichkeiten, sich gegen unsinnige oder übertriebene Baumaßnahmen zu wehren. Gleichzeitig müssen Strassen regelmäßig instand gehalten werden, anstatt sie verkommen zu lassen.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Kröppelshagen-Fahrendorf	Strassen müssen laufend erhalten werden. Sie kaputtgehen zu lassen und nach "Abschreibungsfrist" einen Neubau zu Lasten der Anwohner durchzuführen bzw. nicht mehr auf die Kosten zu achten - der dumme Bürger zahlt ja - geht gar nicht. Ältere Menschen, die mit wenig Rente leben müssen und noch ein Haus zur Altersvorsorge haben, werden praktisch enteignet, da sie sich i.d.R. die teuren Umlagen kaum leisten können - schon gar nicht mehr auf Kredit. .
Krummsee	Weil das Land Schleswig-Holstein es versäumt hat, Fördermittel des Bundes in Höhe von 55.000.000 € nicht abzuholen, und jahrelang an der Pflege unserer Straßen gespart hat, kann nicht jetzt einfach das Privatvermögen der Bürger für die Sanierung herangezogen werden,. Zumalwir Bürger diese Kosten doch eigentlich bereits über Steuern sowieso schon finanzieren.
Krummwisch	Da ich als Privat Person mit meiner Kfz Steuer und der Mineraloel Steuer die Abnutzung der Strasse schon Bezahlt habe.
Laboe	Erst erzählen uns die Poliker, sorgt für euer Alter vor, schafft euch eine Immobilie an. Ist die Rente gekommen, und man hat sich nicht in das soziale Netz gelegt, jagen die Politiker uns das Heim ab.
Laboe	Die Kfz- und Kraftstoffsteuer muss dafür ausreichen..
Laboe	Ist ungerecht ; zahle Steuern für die Instandhaltung der Straßen
Lägerdorf	Nicht nur wir Anlieger, sondern auch fremde, auswärtige Autofahrer und Anlieferer benutzen unsere Straße
Lägerdorf	Soziale Gerechtigkeit -
Lähden	Straßenbau und Sanierung sind Pflichten des Staates Öffentliche Verkehrsflächen gehören der Allgemeinheit und sind von ALLEN ab- und benutzbar. Der Bau und die Erhaltung von öffentlichen Straßen, Plätzen, Parkflächen, Geh- und Radwegen sind staatliche Hoheitsrechte, die vollständig aus den Einnahmen der Mineralöl- und Kfz-Steuer sowie den Kommunalabgaben finanziert werden können.
Landscheide	Weil der Staat überall abzockt
Langwedel	Ich finde, wir bezahlen schon genug Steuern und den Solibetrag - der ja angeblich mal abgeschafft werden soll? Was passiert eigentlich mit der KFZ - Mineralöl - und Grundstückssteuer, die ja alle etwas mit Strassenbau zu tun haben?
Langwedel	Es kann nicht sein, dass Bürger unvorhergesehen in den Ruin gestürzt werden.
Langwedel	Das Gesetz ist ungerecht, da Straßen von der Allgemeinheit genutzt werden. Damit ist die Infrastruktur eine Aufgabe der Allgemeinheit und somit aus Steuermitteln zu erwirtschaften! Das derzeitige Recht ist Unrecht!
Langwedel	Es kommt zu einer ungerechten Verteilung der Kosten,einzelne Grundbesitzer werden teilweise existenzbedrohend belastet.Es werden also Kosten, die durch alle Straßennutzer verursacht werden, auf wenige Anlieger verteilt.Gerechterweise müssten alle einen Beitrag leisten, was ja eigentlich durch die Grundsteuer schon erfolgt.
Langwedel	Ich bin Rentner und hätte nicht die € für einen Straßenbau
Lauenburg	Ungerechtigkeit, keine Beteiligung an Projekten (Luxussanierung)
Lauenburg	Ich bin Besitzer eines kleinen Doppelhauses
Lebrade	Weil wir alle Steuern zahlen. , z.b.Grundstücksteuer . Kommunen müssen besser Haushalten und nicht so viel falsche Dinge beschließen .Die Kommunen sind für den Bürger da nicht gegen ihn
Lehe	Ein Häuschen oder Grundstück zu besitzen ist derzeit ein unberechenbares Risiko. Die Straßen zu unterhalten sollte Sache der Gemeinde sein.
Lehmkuhlen	Ich finde es ungerecht, den Straßenausbau durch Anwohner zu finanzieren.
Lensahn	Ich bin selbst Hausbesitzer. Ich glaube, dass Baumassnahmen in einer Gemeinde der gesamten Bewohnerschaft zugute kommen, und nicht nur ihr, sondern jeder

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Landesbürger in Schleswig-Holstein profitiert von guter Infrastruktur. Daher sind ALLE in der Pflicht und nicht nur die Anlieger!
Linden	Abzocke: "Strassenbeiträge sind reine Abzocke" (CDU Berlin) Ungerecht: "Strassenbeiträge müssen sein, weil die Kommunen klamm sind" (Hess. MP Volker Bouffier) Unsozial: "Straßen werden von allen genutzt, und müssen von allen bezahlt werden!" (Andreas Schneider, BI Linden gegen Strassenausbaubeiträge)
Lindewitt	Abschaffen der kommunalen Abzocke. Das Land sollte einen Teil der HSH-Milliarden in kommunale Aufgaben stecken.
Lindewitt	Die Kommune muss im Rahmen der Selbstverwaltung entscheiden, wie und womit sie ihre Bürger belasten möchte/muss.
Lindewitt	Beitragserhebung und -Verteilung sind ungerecht. Es werden genug Steuern und Abgaben erhoben, welche sachgerecht und sinnvoll eingesetzt werden sollten.
Lindewitt	Entscheidungen dazu in Kommunalen Hand / Gemeinden. Wozu Bürger immer weiter belasten, wenn nicht zwingend erforderlich ?
Lohe-Rickelshof	Weil Abgaben aus der KFZ Steuer sowie die Mineralölsteuer dafür zu verwenden sind. Schließlich nutzen alle Fahrzeuge alle Straßen.
Lohe-Rickelshof	Wenn ich schon zahlen müsste, möchte ich auch selbst mitentscheiden können, ob die Straße vorm Haus saniert werden muss oder nicht!
Lohe-Rickelshof	Straßen werden von allen Bürgern befahren und nicht nur von den Anliegern. Bei Straßen, in denen nur Anliegerverkehr zugelassen ist, sollen die Grundstückseigentümer auch an den Kosten beteiligt werden. Die Kostenbeteiligung (= Eigenleistung) kann durch Steuermittel ersetzt werden, ohne dass es bei Land/Kommunen zu einem finanziellen Kollaps kommen muss. Eine gescheit überlegte Verteilung der Finanzmittel macht es möglich.
Lohe-Rickelshof	Ich bin Grundstückbesitzer und glaube dass die Infrastruktur der Gemeinde auf alle Grundstückbesitzer der Gemeinde verteilt werden sollte.
Loose	Weil ich das Geld nicht hätte um auch noch die Straßensanierung mit zu finanzieren! Ein Haus in Schuss zu halten ist als Alleinverdiener schon teuer genug.
Loose	Frechheit von jemandem was zu verlangen der eh Steuern bezahlt. Es wurde eine Kfz Steuer eingeführt. Sollte man auch dafür nehmen und nicht woanders ausgeben.
Löwenstedt	Ich finde dass Wege und Straßen von den Steuergeldern bezahlt werden müssen. Dafür zahlt man ja die Steuern und auch Abgaben. Für die Sanierung extra Gelder per Rechnung zu verlangen heißt ja doppelt zahlen für eine Leistung. Das geht so nicht.
Lübeck	Weil wir in Lübeck, Margarethenstraße, vor 6 Wochen ebenfalls mit einem Informationsschreiben informiert worden sind, dass wir als "Anliegerstrasse" 86% der damaligen (in 2014) Straßenerneuerung zahlen dürfen. Mittlerweile haben sich aber die betroffenen Anlieger zusammengeschlossen und dem Bürgermeister, den von allen "hoch geschätzten" Herrn Saxe, eine Brief geschrieben, dass wir mit der Straßenklassifizierung als "Anliegerstrasse" nicht einverstanden sind, sondern wir möchten die Einstufung als "innerörtliche Durchfahrstrasse"; d.h. wir bräuchten dann nur noch 55% der Kosten übernehmen. Die Anlieger wurden in 2014 in die Planung der Strassenerneuerung nicht mit einbezogen.
Lübeck	Such in Lübeck gibt es diese Ungerechtigkeit, wo LKW.- und Busdurchgangsverkehr die Straßen zu Grunde richten, Obwohl Umgehungsstraßen vorhanden sind, führt die Stadt Lübeck den Verkehr durch dörfliche Wohngebiete und bittet die Anlieger für die Fremdzerstörung zur Kasse...
Lübeck	Anstatt z.B. einer geringen monatlichen Umlage können diese einmalig auftretenden Kosten in ihrer Höhe durchaus finanzielle Katastrophen bei den Betroffenen auslösen. Ich bin sicherlich für eine Bürgerbeteiligung an den Kosten,

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	jedoch sollten diese keine Existenzen gefährdend. Welche/r Rentner*in bekommt noch einen Kredit ? Muss man sein Haus verkaufen, um die Kosten innerhalb eines Monats zu bezahlen ? Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus.
Lübeck	Es kann und darf nicht sein, dass der Staat sich immer mehr aus seiner Verantwortung stiehlt und alle Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzt.
Lübeck	Weil wir Hauseigentümer nicht informiert werden, was auf uns zukommen wird. Wir keinen Einblick auf das Auswahlverfahren haben. Wir dann irgendwann (z. B. 3 Monate vor dem Zahlungsbescheid) vor vollendeten Tatsachen gestellt werden. Für viele könnte der Sparprozess über einen längeren Zeitraum wesentlich leichter fallen, als vorgegebene Ratenzahlungen.
Lübeck	weil ich schon an die Stadt Lübeck einen Beitrag gezahlt habe, das als ungerecht empfinde, da an der Straße über 40 Jahre nichts für die Instandhaltung getan wurde. Ein seinerzeit gemachter Widerspruch an die Stadt wurde lapidar abgelehnt.
Lübeck	Ich erlebe durch den "Fall" eines Freundes, wie die drohenden Kosten (mehrere Zehntausend Euro) existenzbedrohend werden. Die Verteilung der Kosten stellt sich zudem höchst ungerecht dar: Durch die zum Resthof dazugehörigen Äcker liegt der Kostenanteil bei ihm überproportional hoch im Vergleich zu dem der weiteren Anlieger.
Lübeck	Warum soll ich am Straßenbau beteiligt sein, wenn ich schon Steuern zahle?
Lübeck	z. B. wäre im Rahmen der Grundsteuer eine Sanierung sinnvoll. An unserer Straße wurde seit 30 Jahren nichts repariert. Dazu gehören u. a. die Laternen.
Lübeck	Derzeit sind wir unmittelbar in unserer Straße von der Zahlung für einen neuen Strassenbelag betroffen. Mit unserer Strassengemeinschaft haben wir eine Eingabe an die Hansestadt Lübeck eingereicht. Dieses Thema muss dringend innerhalb der Landesregierung Kiel diskutiert und abgeschafft werden. Steuern zahlen wir ja nun wahrlich genug.
Lübeck	Ich bezahle Grundsteuern und KFZ-Steuern.
Lübeck	Umdenken...die Masse hat vergessen wie mächtig sie ist
Lübeck	Weil ich auch davon betroffen bin und jetzt im Alter dafür meine kleine Rente nehmen muss.
Lübeck	Sehr geehrte Damen und Herren, ich als Hausbesitzer habe bereits genug an Steuern zu zahlen, wie z.B. die Grundsteuer. Diese Steuer an sich ist ein Hohn, da ich Eigentümer bin und dafür Grunderwerbssteuer gezahlt habe. Also, warum muss ich jedes Quartal wieder dafür zahlen, dass ich in der glücklichen Lage bin und Eigentum habe. Ich bin der Meinung das die Steuerlast in Deutschland als Normalverdiener bereits sehr hoch ist. Daher weigere ich mich bei einer Straßensanierung, die der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung steht, die Kosten zu tragen. Wenn einige Kommunen nicht mit Ihren Steuereinnahmen zurecht kommen, dann ist das nicht mein Problem. Von daher unterstütze ich Ihre Petition in vollem Umfang. Weiter so!!!!
Lübeck	Beim Ausbau der Straße wurde uns zugesichert das wir nichts zu zahlen haben ! Als sie fertig war mussten wir doch zahlen ! die Begründung damals konnten sie es noch nicht wissen!
Lübeck	Motto: Irgendwer muss die Schuldenbremse ja finanzieren!
Lübeck	Es ist schon fast kriminell, wie der Staat den Bürger mit Steuern und Abgaben belastet. Der Ehrliche ist immer der Dumme in Deutschland....Es ist vorwiegend der "kleine Mann", welcher kaum Abschreibungsmöglichkeiten hat, dem es hier an das hart erarbeitete Hab und Gut geht...
Lübeck	Weil wir bereits 1 Mal für teilweisen Straßenausbau (ca.200 m von unseren Haus entfernt) zahlen mussten. Für eine weitere größere Straßensanierung wären wir ein zweites Mal dran. Das lässt unser Portemonnaie nicht zu!!!!

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Lübeck	Strassen sind für alle da und werden von allen gebraucht. Daher ist es nicht mehr als Recht und Billig, dass auch alle für den Erhalt der Straßen zuständig sind.
Lübeck	Ich finde diese Kosten sind über Steuereinnahmen zu finanzieren.
Lübeck	Diese Kosten sind über Steuereinnahmen zu finanzieren.
Lübeck	1. Die Zerstörung der Straßen werden von allen Nutzern verursacht, nicht nur von den Anliegern. Die größten Schäden kommen vom LKW-Verkehr: 16.000 PKWS verursachen so viel Schäden wie 1 schwerer LKW. Die Anwohner selbst tragen am wenigsten zu den Schäden bei. 2. Obwohl die Anwohner den größten Teil der Reparaturen bezahlen müssen, haben sie kein Mitbestimmungsrecht.
Lübeck	Weil wir selbst betroffen sind. 23556 Lübeck, Medenbreite, Fußweg westliche Seite. Bei uns wurde ein Fußweg saniert, der noch relativ intakt war, während in Nachbarstraßen im Viertel sogar noch Sandwege vorhanden sind. Die Fußwege der Dornbreite (der übergeordneten Hauptstraße der Medenbreite) sind erheblich desolater, als es der betroffene Fußweg es war. Trotzdem wurde gerade dieser ausgewählt. Das zuständige Amt für Stadtgrün und Verkehr hat uns bis heute keinen Einblick in die Ausschreibungsunterlagen der Straßenbaufirma (Firma Bergemann-Gräper) ermöglicht. Ich weiß nur, dass es eine beschränkte Ausschreibung für einen Jahresvertrag ist. Ich habe die Meinung/Verdacht, dass diese Fußwegsanie rung nur der finanziellen Optimierung der Firma Bergemann-Gräper dient, andere Gründe kann ich nicht erkennen. mit freundliche Grüßen Friedemann Saß
Lübeck	Es ist mittlerweile ein Grundübel. Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, jetzt Pferdesteuer usw. An Fantasie mangelt es unseren Verwaltungsbeamten nicht. - In Lübeck aber auf jeden Fall an Kompetenz und Fähigkeit. Man hat den Eindruck, dass Parteiklüngel vor Bürgerwohl geht. Siehe Flughafen, siehe Hotelinvestoren in Travemünde und Schlachthof in Lübeck, siehe LHG, und nun ganz aktuell die Possehlbrücke. Es wird in grossem Stil Geld verbrannt. Also erst einmal die Hausaufgaben machen - dann kann über weitere Gebühren gesprochen werden.
Lübeck	1.) Weil Straßenbau etc. eine der typische staatliche Aufgabe ist! Womöglich sollen Anwohner an Autobahnen womöglich diese auch noch finanzieren? 2.) Ungerechtigkeit: in anderen Bundesländern müssen nicht die Straßenanwohner dafür aufkommen.
Lübeck	Ich bin selbst Hauseigentümer und zahle eine sehr hohe Grundsteuer. Zusätzlich noch durch die Straßenausbaugebühr belastet zu werden, könnte existenzgefährdend sein.
Lübeck	Zum einen bin ich selbst als Hauseigentümerin betroffen. In den nächsten Jahren wird auch unsere Altstadtstraße saniert werden. Wir möchten als Anwohner in die Gestaltung einbezogen werden, und wir wollen nicht nur gehört, sondern auch berücksichtigt werden. Zum anderen werden durch höhere Kosten die Mieten steigen. Die Gemeinden sind aufgefordert, durch Verkehrsberuhigung und maßvolles, preisgünstiges Wirtschaften die Kosten gering zu halten.
Lübeck	weil es mir auch gegen den Strich geht, dass unsere Kommunalverwaltung Gelder zum Fenster rauswirft, die oftmals nicht nötig sind, Berechnungen nicht nach dem tatsächlichen Nutzen vornimmt und wir m.E. genügend Abgaben und Steuern zahlen. Sueren und Abgaben sollten zunächst für wichtige Dinge benutzt werden, bevor immer wieder unnötige Prestige Objekte verwirklicht werden.
Lübeck	Selbst betroffen
Lübeck	Straßen gehören zum Allgemeingut. Es kann nicht sein, dass bei den Reparaturen jahrelang gespart wird und dann die Grundsanie rung auf die Anlieger

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	umgelegt wird. Zum Teil wird ein Luxusausbau mit Granit beschlossen, der Bürger darf dann zahlen.
Lübeck	Damit der staatlichen Willkür Grenzen gesetzt werden und damit nicht einige Mitbürger in finanzielle Bedrängnisse kommen.
Lütjenburg	Weil mir dabei zu viel gemauschelt wird. Die Satzungen andauernd zu Ungunsten der Menschen geändert wurde.
Lütjenburg	Demokratie!
Lütjenburg	Meine Familie ist selbst betroffen. Wir sollen 217.000 € !!! an die Stadt Lütjenburg für einen Straßenausbau (Anlieger) bezahlen.
Lütjenburg	Ich bin Landwirt in Lütjenburg und soll an die Stadt 217.000 € Anliegeranteil Straßenausbaubeitrag bezahlen.
Lütjenburg	Wir müssen eh schon genug Steuern zahlen. Von Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, Mwst , Mineralölsteuer...
Lütjenburg	Unbillige Härten
Lütjenburg	wir mussten schon für einen Strassenausbau bezahlen, der drei Strassen weiter statt fand. Begründung der Gemeinde : sie gehören zu einer Solidargemeinschaft. Auf die Frage, ob diese bei einem späteren Ausbau unserer Straße auch zur Zahlung herangezogen wird bekamen wir die lapidare Antwort : nein. Damit ist diese Regelung extrem ungerecht.
Lütjenburg	Die Stadt plant den Ausbau unserer Straße, hat dieses im Moment aus Kostengründen zurückgestellt weil in 3 Straßen der Ausbau in den letzten 4 Jahren erfolgte und die Anlieger kaum in der Lage sind die Kosten zu tragen . Hier laufen Gespräche Stundung , Ratenzahlung usw. 80 % der Anlieger sind Rentner. Ich sehe bei uns große Probleme der Kosten , weil es eine Sackgasse ist, diverse Gewerbebetriebe vorhanden sind und am Ende ein großes Umspannungswerk der EON Hanse steht.
Lütjensee	Weil ich bald auch von dem Ausbau unserer Straße betroffen sein werde und dadurch für mich hohe Kosten entstehen. Die Übernahme der Kosten von den Anwohnern empfinde ich als unzumutbar, aufgrund der hohen Kosten. Weiter sind die Anwohner nicht alleinige Nutzer der Straße.
Maasbüll	Es kann nicht sein, dass Banken mit Milliarden Euro gerettet werden und wir "Normalbürger" sollen unsere Strassensanierung selber bezahlen.
Maasholm	Die Kostenbeteiligung der Straßenanlieger ist ungerecht. Das Gesetz muß zurückgezogen werden.
Maasholm	Beiträge und Gebühren sind grundsätzlich Aufgaben der Kommunen, welche doch durch Steuerleistungen gedeckt werden könnten und sollten. Eine angemessene Beteiligung der Anlieger ist zumutbar; allerdings missbraucht die Kommunale Regierung Ihre Machtposition aufgrund etwaiger Verschuldungen und Fehlwirtschaft unangenehme Kosten und Gebühren auf den Bürger 'umzulegen' und somit sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Die Belastungen der Bürger wird aufgrund von nachteiligem Wirtschaften immer größer und gefährdet deren Existenz (Anliegerbeiträge, Rentenvorsorge = Altersarmut usw.). Das von den Bürgern angesparte Kapital-oft für die Altersvorsorge, oder Rücklagen für Kinder und Hausinvestitionen- wird ihnen arglistig entzogen. Eine Berücksichtigung einer angemessenen Umlage auf den Hauptverursacher (LKW, Gewerbe) der Straßenschäden findet oft nicht angemessen genug statt. Bitte lassen Sie Bürger durch einen Bürgerentscheid an der Entscheidung teilhaben.
Maasholm	Die Kostenbeteiligung ist ungerecht.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Malente	Ich bin der Meinung, dass eine Straße, die von der Allgemeinheit benutzt wird, auch auf Kosten der Allgemeinheit (also durch Steuergelder) saniert und in Stand gehalten werden sollte.
Malente	In vielen Bundesländern wurden bereits entsprechende Beschlüsse zur Abschaffung der Strassenbaubeiträge umgesetzt. Schleswig-Holstein darf nicht hinterher hinken!
Malente	Sind davon besprochen und allgemeines Interesse
Malente	Allgemeines Interesse, denn es kann jeden treffen, Hauseigentümer, Mieter u.ä.
Malente	Alle nutzen die Straßen und Wege.
Malente	Ich bezahle horrenden Grundsteuern und KFZ Steuern. Was passiert mit diesen Steuern ? Ich kann nicht einsehen, dass hier weiterhin an der Steuerschraube nach oben geschraubt wird. Die Gemeinde Malente ist für die Unterhaltung der Strassen zuständig, was jedoch nicht und nicht fachgerecht geschieht. Daher ist die Haltbarkeit der Strassen vorsätzlich reduziert. Das dann auf die Anlieger mit umzulegen, ist dreist.
Malente	Eigentum verpflichtet - das ist richtig. Aber was hat das mit einem Straßenausbau für die Allgemeinheit zu tun?
Malente	d.kappel@t-online.de
Marne	Die Kommunen versäumen die Instandhaltung der Straßen absichtlich um dann bei einem Neubau die Anwohner zu belasten. Außerdem werden die Straßen zum großen Teil nicht nur von Anwohnern genutzt. Vielfach rollt sogar Schwerlastverkehr durch diese Straßen
Marne	Straßenausbaubeiträge, die von den Anliegern bezahlt werden sollen nützen in der Regel nicht den Anliegern. Durchgangsstraßen, wie unsere, werden durch schwere Lkw und landwirtschaftliche Maschinen kaputt gefahren, nicht durch die Pkw der Anlieger.
Marne	In unserem Baugebiet wurde der Straßenbelag seit 40 Jahren nicht gepflegt bzw. erneuert. Jetzt ist alles voller Risse die beim nächsten Frost aufbrechen werden.. Wir als Anwohner sollen für die Sanierung herangezogen werden. Notwendig geworden durch Unterlassung.
Marne	Die Zahlungen dürfen nicht Existenz gefährden!
Marne	Meiner Meinung nach zahlen wir genug Steuern, mit denen auch die Strassensanierung abgedeckt sein muss
Marne	Wir schon genug Steuern bezahlen.
Marne	Der Straßenbau soll aus Steuergeldern bezahlt werden.
Marne	In Marne sollen Anlieger der Goethestr mehr als 20000 Euro zahlen. Z.T. Gehören Anlieger zu einer anderen Gemeinde und da zahlt die Stadt Marne' aber nicht für die eigenen Bürger
Marne	Betroffener da unsere Strasse auch schon mehrfach für die Sanierung vorgesehen war, bin Anlieger (Hausbesitzer). Eine vollständige Sanierung ist erstmal nicht vorgesehen, aber wer weiß wie sich die Politik entscheidet! Finde ungerecht, dass alleine Anwohner zur Kasse gebeten werden, Umlage finanziert wäre besser
Marne	Es handelt sich hier um einen staatlichen Willkürakt, der die Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit verletzt. Infrastrukturkosten müssen von allen getragen werden.
Marneda ich die eigenmächtige Entscheidung unserer Politiker bezüglich der Abwälzung der Kosten auf einzelne Hausbesitzer als falsch und ungerecht ansehe!
Marnerdeich	Ich frage mich, wofür wir eigentlich noch Steuern zahlen.
Martensrade	Weil ich es unmöglich finde, dass gerade ältere Menschen, die jahrelang ihr Haus abbezahlt haben und nun in Rente sind, teilweise 6stellige Beträge aufbringen müssen. Und dann sagen Politiker Sachen wie "... Wenn Sie sich das nicht leisten können, müssen sie eben weg ziehen..."

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Martensrade	Jahrelang wird an den Straßen und Wegen nichts getan, obwohl kleine Reparaturen längst nicht so teuer würden, wie eine, dann behauptete Aussage, dass die Straße den Belastungen nicht mehr aushält. Das die Gemeinden und Kommunen kein Geld haben, glaube ich nur zum Teil, denn bei anderen Baumaßnahmen kann alles finanziert werden. Wo bleibt dann unser Geld aus der Mineralölsteuer und Mautgebühr und weshalb müssen Gemeinden und Kommunen Lasten übernehmen, die nach meiner Ansicht vom Bund getragen werden sollten, doch dort ist die schwarze Null wichtig, sonst könnte ja nicht gejammert werden!!
Medelby	Weil ich finde dass eine Aufteilung der Kosten auf die einzelnen kleinen Anwohner runter gerechnet, keine gerechte Lösung ist. außerdem entscheidet jemand anderes dass zB die Laternen neu sollen und ich selbst bin sogar dagegen, werde aber überstimmt bzw. habe keine Chance eine Stimme abzugeben, muss aber mitzahlen? Vielleicht hat man auch gerade nicht so viel Geld, was passiert dann? Und wieder einmal darf der Mittelstand alles tragen, das ist nicht gerecht geregelt.
Meldorf	Weil der Anlieger auch für den Verschleiss der Straße aufkommen soll, den er nicht verursacht hat (z. B. Umleitungen wg. Baustellen, schwere Baufahrzeuge durch kleine Wohnstraße über Monate hinweg etc.). Außerdem sind die Sanierungen vergangener Zeiten unsachgemäß und schlecht ausgeführt worden!)
Meldorf	Solle unsere Strasse saniert werden, können wir unser Haus nur noch verkaufen, denn die Straße ist lediglich einseitig bebaut - nur drei Anlieger müssten die entstehenden Kosten schultern!
Meldorf	Der bisherige Maßstab für die Beiträge ist ungerecht.
Meldorf	Weil die Kosten für den Straßenausbau meiner Meinung nach aus dem Steueraufkommen bezahlt werden müssen, da sie alle betreffen und nicht die Anwohner.
Meldorf	Weil unsere Gemeindestrasse für den Schwerlast Durchgangsverkehr missbraucht wird. Das wird von der Stadt Meldorf geduldet. Die Bürgersteige müssen vom Schwerlastverkehr mitbenutzt werden (Begegnungsverkehr). Die möglichen Reparaturen der Bürgersteige sind nicht auf normalen Verschleiß zurück zu führen.
Meldorf	Unsere Straßen werden von vielen genutzt, die weder Anlieger noch Versorger sind. Deshalb bin ich der Ansicht, dass alle gemeinsam für die Instandsetzung aufkommen müssen.
Meldorf	Weil Hausbesitzer mit zu hohen Beiträgen der Straßenerneuerung herangezogen werden. Ich könnte mir keinen Ausbaubeitrag leisten. Die Kommunen und Städte haben über Jahrzehnte den Ausbau und Erneuerung der Straßen sträflich vernachlässigt. Wir Hausbesitzer zahlen ja auch jedes Jahr unsere Grundsteuern, die dann auch noch regelmäßig erhöht werden.
Meldorf	Weil die bisherige Gesetzgebung ungerecht ist und sogar Existenzen bedroht sind.
Meldorf	Freunde sind betroffen, weil Sanierungsprojekt ansteht
Meldorf	Weil die Umlegung von Straßenbaugebühren auf Anlieger, die die Straße nicht beschädigen, eine schreiende Ungerechtigkeit ist!
Mielkendorf	Ich habe eine sehr lange Straßengrenze. Die Gemeinde Mielkendorf lässt die Straße Karpfenteich verfallen. Ich fürchte eine existenzgefährdende Kostenbeteiligung meinerseits, wenn die Straße irgendwann so kaputt ist, dass sie "ausgebaut" werden muss.
Mildstedt	Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Petition, die Haus & Grund in ihrer Verbandszeitung vom 18. Oktober 2016 aufführt. Insbesondere die Argumente, dass alle Bürger, ob Radfahrer, Fußgänger, Kfz-Führer oder in anderer Art und Weise die Straßen nutzen, davon profitieren und herangezogen werden sollen, treffen vollinhaltlich zu. Dies kann und darf nicht alleine auf Anlieger abgewälzt werden, die ohnehin schon mit Grundstücksabgaben wiederkehrend belastet werden.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Letztendlich muss auch hier eine Umkehr erfolgen. Denn nicht zuletzt zahlen wir auch Einkommensteuer, die eine Gemeinde einstreicht. Davon dürfen schlussendlich nicht nur Prestigeprojekte gefördert werden, sondern die Allgemeinheit muss davon profitieren. Das zeigt sich u. a. auch im ordnungsgemäßen Umgang mit dem Steueraufkommen, wovon wiederum auch der jeweilige Straßenzustand betroffen ist.
Mildstedt	Ich zahle Grundsteuern, Kfz-Steuer und bin der Meinung damit genug Beitrag für die Straßensanierung geleistet zu haben.
Mittelangeln	Unsere Hauptstraße durch den Ort wird nur noch durch Löcher gehalten und nur provisorisch mit Splitt geflickt. Paar Kilometer weiter wurde eine noch gute Bundesstraße komplett über mehrere Kilometer neu geteert. Ich finde es ungerecht, dass unser Dorf seit Jahren auf ihre Straßensanierung warten muss und immer wieder vertröstet wird.
Möhnsen	Wir sind selbst Eigenheim Besitzer!
Molfsee	Ich entrichte genügend Gebühren an die Gemeinde.
Molfsee	Weil es sehr viele Haushalte betrifft und es nicht sein kann das alles subventioniert wird nur nicht das Eigentum der Bürger....letztendlich deren Sicherheit.
Molfsee	Abschaffung dieser willkürlichen Abgabe
Molfsee	Die Gemeinde repariert unsere Straße z.B. nach Tiefbauarbeiten nur unzureichend, sodass Frostschäden die Folge sind. Unzulässige Parker werden geduldet, sodass Durchfahrer über den Fußweg ausweichen müssen und dadurch Schäden verursachen. Ich sehe nicht ein, für diese Fehler der Gemeinde zur Kasse gebeten zu werden. Ausserdem zahle ich reichlich -z.t. ja auch im Sachzusammenhang stehende- Steuern (Mineralöl- / KFZ-Steuer).
Molfsee	die Straßen werden von allen Bürgern genutzt, nicht nur von den Anliegern. Entweder sollten alle Nichtanlieger eine Nutzungsgebühr entrichten, um die Anlieger von den Kosten zu entlasten oder die Straße dürfte nur von Anliegern, die ja auch die Kosten tragen genutzt werden. Letzteres wäre allerdings absurd.
Molfsee	Diese Kosten sind m.E. über Steuergelder abgedeckt
Molfsee	Ich bin der Meinung, dass die aktuelle Gesetzeslage/Vorgehensweise weder verursachungsgerecht ist, noch in einer sozial vertretbaren Art und Weise umgesetzt wird. Es ist dringend notwendig, hier zu einer für alle angemessenen und vertretbaren Umlage- und Finanzierungsform zu kommen.
Mölln	Ich bin persönlich betroffen, da in absehbarer Zeit, bei uns ebenfalls ein Straßenausbau ansteht. Ich bin der Meinung, dass es genügend Steuermittel gibt, um die Kosten abzudecken.
Mölln	Strassenbaubeiträge sind ungerecht und existenzgefährdend!
Mölln	Da ich ebenfalls der Meinung bin, dass Straßen öffentlich sind, und somit aus Steuermitteln finanziert werden müssen.
Mönkeberg	In der nächsten Querstraße wurden in den letzten 10 -15 Jahren viele Grundstücke geteilt und weitere Häuser darauf gebaut. Der Großteil der Baufahrzeuge ist durch unsere Straße gefahren, die inzwischen ziemlich kaputt ist und nur ca. alle 2 Jahre geflickt wird. Geteert wurde das letzte Mal vor über 30 Jahren; die ursprüngliche Teerdecke stammt vermutlich aus den 60er Jahren.
Mönkeberg	In den umliegenden Straßen wurde in den vergangenen Jahren viel gebaut und die meisten LKWs sind durch unsere Straße gefahren, weil bei den anderen Straßen die Kurven zu eng waren bzw. zu viele Fahrzeuge in den Straßen parken. Der Fahrbahnbelag wurde dadurch beschädigt und nur notdürftig ausgebessert; in den benachbarten Straßen sieht es ähnlich aus. Da wir die Schäden nicht verursacht haben, sollten wir auch nicht für ihre Beseitigung aufkommen müssen!
Mönkeberg	Gleichbehandlung aller Bürger

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Mönkhagen	Ungerechtigkeit
Moorrege	Jeder soll bezahlen und nicht nur die Grundbesitzer, den jeder benutzt die Strasse
Moorrege	Weil ich keine Lust mehr habe, von dämlich deutscher Politik abgezockt zu werden - während die Abzocker auf meine Kosten leben.
Mucheln	Haben auch grade eine Menge Geld bezahlt für eine Straßensanierung.
Mühbrook	weil es nicht sein kann, das wenn Strassen erneuert werden müssen, die Existenz der Anwohner gefährdet oder gar ruiniert ist!!!
Mühbrook	Wir zahlen KFZ Steuern, Mineraloelsteuern, Soli und viele Steuern mehr. Wir fahren alle in ganz Deutschland herum. Da kann der Bürger nicht bezahlen, was auch von allen anderen genutzt wird, nur weil es vor seiner Tür ist.
Mühlenbarbek	Ich bin arme Rentnerin und es wäre für mich nicht möglich, solch eine Summe aufzubringen.
Munkbrarup	Allein durch die Einnahmen aus Kfz-Steuer, Mineralölsteuer und Maut sind weitaus genug Mittel vorhanden, die man zweckgebunden einsetzen kann und sollte. Stattdessen die jeweiligen Anwohner zu belasten, die keinen Einfluss auf das Ob-überhaupt und die Kosten der Maßnahme haben, ist nicht in Ordnung!
Münsterdorf	Ich bin der Meinung, dass jeder Bürger, der Kfz-Steuern bezahlt, damit auch seinen Anteil für die Benutzung der Strassen geleistet hat. Das Land Schleswig-Holstein sollte sparsam mit seinen Steuergeldern umgehen und nicht immer wieder neue Kredite aufnehmen, die wahrscheinlich nie wieder zurückgezahlt werden können. Steuergelder sind dort einzusetzen, wofür sie gedacht sind, Sie dürfen nicht zweckentfremdet werden.
Münsterdorf	Ich empfinde es als ungerecht das nur die Anwohner zahlen müssen aber jeder diese Straßen nutzen kann. LKW genauso wie Buslinien und Ausflügler. Ungerecht ist auch das fehlende Recht den Ausbau mit zu bestimmen. Hier insbesondere bei den Straßenbelag.
Müssen	Es ist eine Schande für die Politiker im Land und Kommunen. Erst werden jahrzehntelang keine Investitionen im Erhalt der Straßen durchgeführt und wenn jetzt doch, dann wir der Anwohner zur Kasse gebeten. Natürlich muß der Straßenbau die Allgemeinheit durch das Steueraufkommen bezahlen.
Nahe	Da in einigen Kommunen die gesetzliche Frist bis zur möglichen Umlage der Kosten einer Grundsanierung ausgenutzt wird und weil das derzeitige Verfahren für mich nicht gerecht ist.
Negenharrie	Gemeinden verschlampen und verzögern jahrelang notwendige Investitionen und wollen dann die Kosten auf die Bürger abwälzen. Stattdessen werden mit öffentliche Geldern sinnlose Kunstwerke und unsinnige 'Stadtverschönerungen' finanziert. Diese Praxis ist absolut indiskutabel. Der Steuerzahler ist keine Milchkuh, die man unbegrenzt melken kann.
Neudorf-Bornstein	Infrastrukturmaßnahmen sind Gemeinschaftsaufgabe und nicht Sache der Anlieger. Die Straßen werden von allen genutzt und müssen aus Steuergeldern saniert werden. Die finanziellen Belastungen sind für die meisten nicht tragbar. Wie kann man überhaupt auf die Idee kommen, die Bürger in diesen Größenordnungen zur Kasse zu bitten?
Neuenbrook	Es reicht einfach, dass man als Eigentümer immer wieder zu Abgaben GEZWUNGEN wird - nur weil man Eigentümer ist. Das eigene Haus ist unsere Altersvorsorge und abbezahlt haben wir es noch lange nicht! Einfach AUFHÖREN mit dem ABKASSIEREN!!! Es R E I C H T!!!!
Neuendorf-Sachsenbande	Wieso sollen nur Grundstückseigentümer für die Sanierung von Straßen zahlen? In den letzten Jahren hat die Zahl der Fahrzeuge, deren Gewicht deutlich über der Traglast der Straße liegt, zugenommen. Welche Schäden diese Fahrzeuge an den Straßen verursachen, kann man mit einem kleinen Vergleich verdeutlichen: Ein 40t-

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	LKW schadet dem Autobahnbelag ca. 50.000 mal stärker als ein Pkw. Landwirtschaftliche Gespanne, deren Gesamtgewicht bei 20 Tonnen und mehr liegen befahren heute schon regelmäßig Straßen, die für 5 oder 7 Tonnen Belastung ausgelegt sind.
Neuengörs	Es geht um unsere Existenzen; die Politiker sollten darum auch in unserem Sinne handeln und nicht in Ihrem, wie so oft.
Neuhaus	Diese Enteignungspolitik ist in fast allen Bundesländern gängige Praxis und gehört abgeschafft, weil Straßen Allgemeingut sind und von allen genutzt werden. Unsere Häuser sind eine Altersvorsorge, aber hier werden wir genauso betrogen wie mit der Riesterreute, die mit Rentenempfang versteuert werden muss.
Neukirchen	Bin selbst betroffen, dieses Gesetz und die dazugehörige Satzung bedrohen mein Eigentum und meine Existenz!
Neukirchen	Weil die Bürger immer mehr bezahlen müssen und das Geld an anderen Stellen für Schwachsinn wieder ausgegeben wird
Neukirchen	Ich wohne in einem kl. Dorf der Gemeinde Neukirchen. Der Gemeinderat hat gerade beschlossen, Strassenausbaugebühren zu erheben. Unsere Dorfstrasse ist eine Durchgangsstrasse zum Strand mit vielen hundert Dauercampers. Das bedeutet extrem viel Verkehr nicht nur durch PKW sondern auch Lastwagen von Zulieferern, Müllwagen usw. Ich bin der Meinung, dass der Strassenausbau aus Steuermitteln bezahlt werden muss und nicht mit Hilfe der Strassenausbaugebühren der Anlieger.
Neukirchen	Weil wir, die kleinen Leute immer für die Unzulänglichkeiten der Behörden bezahlen. Da muss ein Riwegel vorgeschoben werden. Schließlich bezahlen wir Steuern und früher mussten die Anwohner auch nicht bezahlen. Mir langt schon der Gehweg, den wir teuer bezahlen mussten.
Neukirchen	Weil die Kommunen immer öfter den Anwohner zur Kasse bitten, obwohl er mit seinen Steuern und Abgaben gerade dafür aufkommt. Würde die „öffentliche Hand“ etwas sorgsamer mit den ihr anvertrauten Geldern umgehen, wäre diese Petition gar nicht erforderlich. Damit diese Machenschaften endlich aufhören, dafür unterschreibe ich gern.
Neumünster	Weil es ungerecht dem normalen Bürgern gegenüber ist. Es werden Millionen und Milliarden von Steuergeldern verschwendet, ohne darüber nachzudenken, was sinnvoller für die Wähler und dem "Allgemeinwohl" einzusetzen wäre. Der Bürger zahlt seine Kfz-Steuer, die soll auch ausgegeben werden wofür sie gezahlt wird, wenn dies nicht so geschieht, sollen diejenigen auch dafür haftbar gemacht werden, die die dafür vorgesehenen Steuern fremd ausgeben. Die Bürger haben das Recht, wofür die Gelder ausgegeben werden, dafür haben wir sie gewählt, nicht um uns immer wieder neu ins Portemonnaie zu greifen. Bürger und Wähler sollen mitentscheiden können bei solchen Gesetzen, die einem keine Wahl lassen.
Neumünster	Weil es aufhören muss, den Bürger als Selbstbedienungsladen anzusehen. Für Versäumnisse seitens der Kommunen und Städte, gerade bei der Straßenerneuerung, bzw. -sanierung muss es nun endlich aufhören den Bürger in die Tasche zu greifen, zudem ja bereits gezahlt wird durch die Kfz-Steuer, Mineralölsteuer, Grundstücksabgaben, usw.
Neumünster	Weil es eine Frechheit ist, dass wir, die schon ohne Ende Steuern zahlen, noch mehr zahlen müssen.
Neumünster	weil viele ältere Hausbesitzer eine kleine Rente beziehen und so in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen. Außerdem bezahlen Berliner ja auch keine Straßenausbaugebühren das ist für den Rest der BRD diskriminierend
Neumünster	Die Stadt Neumünster hat sich Jahrzehnte lang nicht um die Sanierung unserer Straße gekümmert. Es wurden immer nur Löcher gestopft. Nun, wo nichts mehr

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	geht, sollen wir Anwohner zur Kasse gebeten werden. Junge Familien und alte Menschen, die sich das nicht leisten können. Das wollen wir nicht einfach hinnehmen.
Neumünster	Wir bezahlen schon genug an die Stadt
Neumünster	Es geht nicht das die Strasse 40 Jahre nicht gemacht wird ,und dann sollen dir Bürger zahlen.
Neumünster	Es kann nicht richtig sein wenn der Bürger auch noch einmal zur Kasse gebeten wird wenn es um die Strassensanierung geht. Wozu/wofür werden denn eigentlich Grundsteuer bezahlt/erhoben (abgesehen davon dass vorher ja schon die Grunderwerbssteuer erhoben wurde) ????
Neumünster	Da ich in einer dieser Strassen wohne, durch die alle 20 min.ein Stadtbuss fährt, zudem der Schulbus und was ich noch viel schlimmer finde ca. 100 andere Haushalte die ohne unsere Straße gar nicht erst in ihre Straße kämen, da es gar keinen anderen Weg als unsere Straße zu ihren Häusern gibt.Aber diese Haushalte müssen nicht zahlen, trotzdem diese Haushalte unsere eigenen in unserer Strasse übersteigen. Und unsere Strasse zählt angeblich als Anliegerstr. Und nicht als Durchfahrtsstrasse.
Neumünster	nicht mit uns neu und gleich bezahlen
Neumünster	Es reicht! Wofür zahlen wir Steuern?
Neumünster	Ich hoffe sehr das etwas erreicht wird was diesem Treiben ein Ende setzt. In Anbetracht der leeren Kassen lassen wir uns mal überraschen.
Neumünster	Aufgrund der aus meiner Sicht falschen Einstufung der Strassen in Neumünster
Neumünster	Weil ich als Eckgrundstück Besitzer sogar 2 mal zur Kasse gebeten werde.
Neumünster	Ist die obere Verschleißdecke kaputt, so ist eine kostengünstige Sanierung möglich. Wird dies durch die zuständige Verwaltung nicht erkannt, dann wird dadurch die Tragdecke zerstört. Für das Versäumnis muss die Verwaltung haftpflichtig gemacht werden! Solange das nicht geschieht, müssen die Anlieger verschont bleiben. Solange die tatsächliche Tragfähigkeit einer Straße nicht festgestellt ist, sind die Straßen auf 3,5 to zu begrenzen. Das gilt auch für städtische Fz (Müllentsorgung, etc) und Busse.
Neumünster	Das vorhandene Gesetz ist ungerecht, da Straßen als Verbindungen dienen und von allen genutzt werden können. Sie sollten daher aus öffentlichen Geldern finanziert und instand gehalten werden. Alle auch Radfahrer profitieren davon.Wir Anlieger haben teure Erschließungskosten bezahlt und zahlen Grundstückssteuern. Was ist mit dem Kfz Steuern und Benzinsteuern wo bleibt dieses Geld. Anliegerstraßen sind auch oft Durchgangsstraßen.Anbei noch eine Bemerkung das auch Laternen nicht von Anlieger bezahlt werden sollten, denn auch hier nutzt es die Allgemeinheit.
Neumünster	Ich werde in naher Zukunft in meiner Strasse selbst betroffen sein und sehe auch hier eine sehr große Ungerechtigkeit, dass nur wenige für Schäden von vielen Anwohnern aufkommen sollen !
Neumünster	Wir Anwohner zahlen schon genügend Steuern. Es kann nicht sein das, nur weil man Eigentum besitzt für Straßen Erneuerung etc bezahlen muss.
Neumünster	ich finde es nicht richtig das von uns gewählt leute die das große Gehalt beziehen jetzt auch noch dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zieht. Mal sehen ob sie immer noch so mit uns umgehen wenn sie bei der nächsten Wahl auf der Ersatzbank sitzen
Neumünster	Wir sind Eigenheimbesitzer in einer reinen Wohngegend die regelmäßig von Bussen, Entsorgungsfahrzeugen etc. befahren wird. Unsere Straße ist fast 40 Jahre alt. Der Zeitpunkt wird kommen das etwas gemacht werden muss weil nach dem Bau der Siedlung nichts mehr gemacht wurde. Das ist ein allgemeines Problem und betrifft

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	uns alle. Straßen dienen der Allgemeinheit , egal um welche Art von Straße es sich handelt.
Neumünster	Weil das Kommunalabgabengesetz nicht mehr Zeitgemäß ist und eine sehr große Finanzielle Benachteiligung der Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Wie Herr Gärtner schon sagte es ist eine versteckte Enteignungen der Anwohner, die es sich schlichtweg nicht leisten könne mal eben 10 000 bis 15 000 für so etwas hinzulegen.
Neumünster	Allgemeinkosten sind über Steuern zu finanzieren und nicht durch Ümlagen an mehr oder oft weniger Betroffene. Von einer guten Strasse haben alle Bürger der Umgegend etwas, nichtt nur die (zufällig?) Anlieger ! V.Großmann
Neumünster	Die Kosten sind für den Einzelnen unzumutbar !
Neumünster	wir brauchen so was nicht
Neumünster	Wir leben in einer Demokratie, es ist unser Recht und Möglichkeit etwas zu tun, wenn wir etwas ändern wollen an der Rechtsprechung und oder Gesetzen.
Neumünster	Es wird höchste Zeit das sich da was ändert. Straßen sind Allgemeingut und somit Staatlich Instand zu halten. Und, wenn die Straßen zum Großteil von den Anwohnern/Anliegern bezahlt werden müssen, wo bleibt da die Mitbestimmung bei der Art und Umfang des Ausbaues?
Neumünster	Weil ich Eigentümer bin.
Neumünster	Ich finde es nicht gut das die Anwohner bei der Straße das bezahlen müssen nur weil es viel Geld kostet. Es gibt da welche die bestimmt nicht viel Geld haben. Denkt nicht an das Geld für die Straße sondern denkt an die Menschen die das Geld zum Leben brauchen. Und die Stadt hat das Geld dafür.
Neumünster	Ich bin selbst Eigenheimbesitzer. Ich finde es nicht in Ordnung dafür aufkommen zu müssen, wenn die Straße vor meinem Haus, die alle benutzen, saniert werden muss.
Neumünster	Ich bin nicht bereit, zusätzlich zur Kfz-Steuer, den maroden Kommunal- wie Landeshaushalt zu entlasten. Grund- und Kfz-Steuer zweckgebunden eingesetzt würden meiner Ansicht nach allein Überschüsse im Haushalt generieren.
Neumünster	Die Straßen werden von allen Bürgern benutzt daher kann es nicht sein das der Hauptanteil nur von den Straßenanliegern beglichen werden soll
Neumünster	kürzlich hat Freunden die Erneuerung der Straße ihre Finanzielle Existenz, Immobilie und Anlagen gekostet. Eine Familie mit 2 Kindern müssen ihr Haus verkaufen
Neumünster	Sie ist deshalb wichtig, weil es morgen oder übermorgen auch mich betreffen kann... diese Willkür muss mal gestoppt werden
Neumünster	Ich bin auch der Meinung, das Strassensanierung aus Steuergelder finanziert werden muß.Jeder Hausbesitzer zahlt Steuern dafür.
Neumünster	Nicht jeder Hausbesitzer ist finanziell in der Lage solche Kosten zu tragen. Wenn es die Existenz bedroht hat niemand etwas davon.
Neumünster	Es fallen bereits bei Erwerb eines Grundstücks sowie später laufend Steuern an, diese sollten entsprechend auch für den Straßenerhalt bzw. -erneuerungen verwendet werden.
Neumünster	Ich hoffe, daß wir gemeinsam etwas gegen diese Ignoranz der Tatsachen durch die Stadtverwaltung Neumünster tun können, der Wunsch des Bürgers wird hier nicht ernstgenommen!
Neumünster	Wofür zahlen wir KFZ-Steuern und Grundstücksabgaben ? In anderen Bundesländern werden Straßensanierungen aus Steuermitteln bezahlt, warum nicht auch in Schleswig-Holstein ? Gleichheitsgrundsatz ? In unserer Straße wohnen fast nur Rentner - will man die in den Ruin treiben, wenn in absehbarer Zeit die Straße gemacht wird ?
Neumünster	Weil dadurch die Verwaltungen motiviert werden die Straßen solange nicht zu reparieren bis sie dann erneuert werden müssen. Was dann von den Hausbesitzern zu größerenteils bezahlt werden muss.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Neumünster	Es reicht schon wenn ich mir ein Grundstück kaufe das ich dann noch jedes Jahr Steuern dafür zahlen muss!
Neumünster	Steuergelder sinnvoll einsetzen und nicht immer weiter das Volk ausnehmen!!!
Neumünster	Weil ich selbst das Straßenkataster für Neumünster in der Ratsversammlung in Auftrag gegeben habe
Neumünster	Auch ich mußte schohn zahlen.Unsere Straße ist eine Durchgangsstraße, wurde aber als Innerorts eingestuft.Ein Einspruch hat nichts bewirkt.
Neumünster	Auch ich mußte schon für die Neue Straße zahlen. Unsere Straße isteine Durchgangsstraße, und wurde in eine Innerortsstraße eingestuft.Ein Widerspruch hat nicks bewirkt.
Neumünster	Mir ist es wichtig, weil wir selber anstreben in ein Haus zu ziehen und wir uns solche Kosten nicht leisten können und auch nicht wollen.
Neumünster	Die Unterscheidung zwischen Durchgangsverkehr und Anliegerstrasse....sprich auch die anteilige Kostenübernahme. ...ist sehr fragwürdig. .beste Beispiele sind die Frankenstrasse und die Amtmannstrasse in Gadeland /Neumünster, die jüngst saniert wurden. ...
Neumünster	Auch bei uns in der Prof.-Graf-Str. werden wir in absehbarer Zeit Betroffene sein.
Neumünster	Weil ich selber nicht ständig zur Kasse gebeten werden möchte. Ich zahl doch schon steuern für alles.
Neumünster	Selbst betroffen.
Neumünster	Meine Eltern sind Anwohner! und seit Jahren völlig genervt von dem immer mehr zu nehmenden Verkehr.
Neumünster	Die Bau- u. Reparaturkosten der Straßen und Verkehrswege müssen auf die Gesamtheit der Bürger umgelegt werden und über Steuereinnahmen finanziert werden. Eine Einnahmequelle des Staates ist ja schon die jährlich wiederkehrende Grundsteuer. Die meisten Haushalte des Landes besitzen mindestens ein motorisiertes Fahrzeug mit dem die Straßen genutzt werden. Die Haushalte ohne Fahrzeug benutzen die Straßen ebenfalls, durch andere Verkehrsmittel wie z.B. Bus, Taxi, Fahrrad und selbst Fußgänger nutzen die Straßen. Eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen ist schon seit Jahren überfällig!!
Neumünster	Straßen wurden schon in den vergangenen Jahrzehnten nicht saniert, sondern nur notdürftig ausgebessert. Ein Mit-Grund dafür war auch der "Aufbau Ost". Nun müsste eigentlich ein "Aufbau West" folgen. Der Bürger hat in all den Jahren brav seine Steuer gezahlt, in dem Glauben damit seinen Beitrag geleistet zu haben - nun soll er "geschröpft" werden. Die Ungleichbehandlung fängt ja allein schon damit an, dass ein Grundstücksbesitzer mit schmaler Straßenfront und langem Grundstück gleich doppelt bestraft werden soll! Dagegen werden Bewohner von Mehrfamilienhäusern geschont, obwohl auch dort fast jeder ein Auto hat und die gleiche Straße nutzt! Durchgangs- und Busverkehr belasten Straßen, die nicht für diese Belastung gebaut wurden.
Neumünster	Es kann doch nicht sein das permanent Aufgaben der Gemeinde (und dafür bezahlen wir mehr als genug Steuern) immer wieder auf die Bürger abgewälzt werden. Sicherlich muss sich die Gemeinde finanzieren. Auch haben die Gemeinden die Sonderlasten aus Berlin zu tragen. Pferdesteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer usw. Was denn noch ? Ameisensteuer als nächstes ?
Neumünster	Wozu bezahlen wir eigentlich Kfz- Steuern und Abgaben ?
Neumünster	Es besteht kein Zweifel daran, dass Straßen saniert werden müssen, aber die momentaen Verfahrensweise führt dazu, dass Menschen von ihrer eigenen Kommune Rechnungen erhalten, die einen nicht unerheblichen Teil ihrer Jahreseinkünfte ausmacht und nicht wenige an den finanziellen Abgrund führt. Das kann nicht die Aufgabe von Kommunalpolitik sein, ihre Bürger zu ruinieren. Daher

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	wiederhole ich gern, was ich schon in der Neumünsterraner Ratsversammlung gesagt habe: "Das ist aus meiner Sicht unmoralisch. Wenn Ihr das mit Eurem Gewissen vereinbaren könnt, dann tut es, aber macht Euren Scheiß allein!".
Neumünster	Wir zahlen genügend Steuern
Neumünster	Es ist in der Regel nicht zu parametrisieren wem genau welche Maßnahme nützt. Noch schwerer wird es zu trennen, wer stets und immer "gar nichts" von der Maßnahme hat. Das lediglich Anwohner profitieren ist eher Ausnahme, denn Regel, hier muss dann konsequent über Privatstraßen nachgedacht werden! Heino Bubach
Neumünster	Wir können ebenfalls in Zukunft als Rentner Betroffene sein.
Neumünster	Weil es ein absolutes Unding ist, sich für Straßensanierungen Verschulden zu müssen!
Neumünster	Um nicht in Altersarmut zu geraten.
Neumünster	Weil es nicht sein kann, dass Anlieger die Kosten tragen müssen, auch wenn es keine Anliegerstraße ist.
Neumünster	Es darf nicht sein dass irrsinnige Geldforderungen von mehreren Tausend Euro die Existenz gefährden.
Neumünster	Ich finde es unmöglich solche hohen Gebühren von den Bürgern zu verlangen. Es müsste auf alle Schultern verteilt werden.
Neumünster	Weil ich eine Gleichbehandlung aller Betroffenen in Deutschland fordere.
Neumünster	Wir zahlen jährlich Grundstückssteuern, beim Erwerb eines Grundstückes Grunderwerbssteuer, dann muß ich meiner Meinung nach nicht auch noch für die Straßensanierung zusätzlich bezahlen. Die Kommunen sollten mit den Steuergeldern besser wirtschaften und diese sinnvoller einsetzen. Zum anderen benutzt jeder Bürger irgendwie und irgendwo eine Straße, somit müßte die gesamte Bevölkerung bezahlen, aber dies heiße Eisen faßt kein Politiker an.
Neumünster	Wir zahlen Grundsteuer, Kfz-Steuer, Einkommensteuer, Mehrwertsteuer usw. und sollen nun noch 85 % der Straßenerneuerungskosten zahlen, welche die Kommunen und Kreise in den letzten Jahre haben bekannterweise verkommen lassen. Die unverschämteste Begründung der jetzigen Landesregierung habe ich heute gelesen, nämlich "Eigentum verpflichtet". Geld sprudelt in die öffentlichen Kassen aus allen Ecken, nur wird es von der jetzigen Regierung an vollkommen falschen Stellen ausgegeben.
Neumünster	weil man schon genug an steuern und abgaben zahlt
Neumünster	Ich habe ein Eckgrundstückwenn solche Kosten auf mich zukommen , kann ich in eine Mietwohnung umziehen
Neumünster	Es befahren soviele Menschen soviele Strassen, dafür können doch nicht Hausbesitzer zur Kasse gebeten werden. Da wir zwei Autos haben,zahlen wir doch genug Steuern!!!!
Neumünster	Ich bin selbst Hausbesitzer und zahle genug Steuern.
Neumünster	Soziale Gerechtigkeit und keine Existenznot befürchten müssen.
Neumünster	Unsere Grundstücke an der Gutenbergstraße sind plötzlich als ausschließlich für den Individualverkehr von der Stadt NMS eingeordnet worden! Das ist nicht korrekt. Im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Krieg und in Verbindung damit sind Leitungen verlegt worden, die bis heute nach Bedarf auf Kosten der SWN geändert bzw. vervessert wurden. Die zuletzt durchgeführte Baumaßnahme der SWN wurde im Zuge der Verbesserung der Versorgung der Abnehmer wurde wiederum auf Kosten der SWN erledigt. Damit verbunden stand die dadurch notwendig gewordene Verbesserung der Fahrbahn. Anschlusskosten betrafen die Anlieger Absprache gemäß nicht. Heute wird die Gutenbergstraße besonders im Teilstück von der Kieler- bis zur Rosenstraße als Park- bzw. Besucherparkplatz der rd. 800 Bediensteten des Ausbesserungswerkes der Bundesbahn genutzt. So, dass die

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Anlieger durch nicht unerhebliche Gebühren belastet werden und zudem stark in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt sind . Vor all` diesen Maßnahmen war die Straße völlig in Ordnung. Den pekuniären Aufwand der Arbeiten tragen die SWN, die wiederum die Anlieger freigestellt haben. Überfallartig, wie geschehen, die Anlieger zu erheblichen Gebühren zwingend zu verpflichten, ist nicht hinnehmbar.
Neumünster	Existenzgefährdent.
Neumünster	Straßen sind aus meiner Sicht Allgemeingut und sollten somit von allen Nutzern oder vom Staat bezahlt werden.
Neumünster	Bisherige Regelung ist nicht gerecht: Nur Gundersrückseigentümer heranziehen? (Alle Bürger Nutzen die Straße.!) Plötzlich hohe Beträge fällig! (Menschen ohne Rücklagen?) Änderung muß: Entweder Heranziehung abschaffen oder über eine Bürgersteuer finanzieren
Neumünster	Bin selbst von einer Rechnungsstellung betroffen
Neumünster	Erst lässt die Stadt die Straßen "verrotten" und dann soll die Straßensanierung auf Kosten der Anlieger durchgeführt werden - das geht gar nicht!!! Einen schlechten Beigeschmack gibt es obendrein, da die Betroffenen hinsichtlich der Kostenplanung und Durchführung nur stillhalten und bezahlen dürfen
Neumünster	Es kann nicht sein, dass Anlieger ohne jegliches Mitspracherecht Kosten für Straßensanierungen tragen sollen. Die Straßen werden von allen genutzt. Außerdem zahlen die Anlieger bereits für die Erhaltung der Straßen bereits Grundsteuern. Zudem sind u.a. Kfz-Steuern und die Mineralölsteuer für die Erhaltenungen von Straßen vorgesehen. Die Frankenstraße ist seit Jahrzehnten eine Durchgangsstraße. Die Altonaer Straße ist eine Hauptverkehrsstraße und Durchgangsstraße. Meiner Meinung nach hätte dieses Teilstück überhaupt nicht saniert werden müssen. Die Sanierung anderer Straßen wäre wichtiger gewesen.
Neumünster	Sowas sollte der Staat bezahlen und nicht die Bürger die dann in Armut gestürzt werden.
Neumünster	Weil die Gesetzesänderung von 2012 ungerecht ist, weil der Anwohner nicht der einzige Benutzer der Straße ist, sondern die Allgemeinheit (also der Gesamtverkehr vom In- und Ausland). Daher müssen solche Kosten von der KFZ-Steuer und evt. noch von der Grundsteuer getragen werden.
Neumünster	Ich bin Hauseigentümer und möchte eine gerechtere Verteilung der Kosten, weil der Verkehr auf allen Straßen (Nebenstraßen, Hauptstraßen, Durchfahrtsstraßen usw.) so stark zugenommen hat.
Neumünster	Ich sehe es als vorsätzlichen Betrug an.
Neumünster	Weil es nicht angehen kann, das Anwohner mit teilweise utopischen Summen, ungefragt, die Kosten tragen müssen, egal ob der jeweilige Anwohner das Geld zur Verfügung hat oder nicht. Wofür zahlt man Steuern !!!!
Neumünster	Alles ist wichtig was zur Entlastung der Bürger geschieht. Ich denke der Bürger zahlt enorm zuviel weil alles auf den Bürger umgelegt wird....Der Staat verpulvert das Geld für vieleine unsinnige Sachen und der Bürger soll es bezahlen und sparen wo er nur kann. Unsere Politik heutzutage ist das letzte.
Neumünster	Ich wohne in einer Straße, die von vielen Schülern und Lehrern eines Gymnasiums und einer Fachschule mit benutzt wird. Häufig fahren auch kleinere Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und anderer Hilfsorganisationen durch. Die Straßendecke wird langsam marode und müsste bald saniert werden. Ich fürchte jedoch, dass die Stadt Neumünster dann einen kompletten Neubau ohne unser Mitspracherecht beabsichtigt und die Kosten für uns Hausbesitzer unkalkulierbar sein werden.
Neumünster	Wir mussten bevor wir 1973/1974 bauen durften erst Strassen- Baukosten von ca. 10.000,00 DM zahlen. Bin jetzt Rentnerin und alleinstehend und habe das Haus mit

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	für meine Altersversorgung einkalkuliert. Wenn diese Kosten jetzt noch einmal auf mich zukommen, werde ich das Haus, wofür ich mich krumm gemacht habe, nicht mehr halten können. Das ist doch nicht gerecht!!! Man wird für Fleissigkeit bestraft.
Neumünster	Viele Straßen wurden durch Schwerlastverkehr beschädigt.
Neumünster	öffentliche Aufgaben nicht auf Privatpersonen abwälzen
Neumünster	Strassenbau ist keine Privatabgelegenheit
Neumünster	Unsere Straßen werden von allen Bürgern genutzt und stellen ein Allgemeingut dar, dessen Instandhaltung auch von der Öffentlichkeit zu bezahlen ist.
Neumünster	Wir sind bereits zur Zahlung der Straßensanierung herangezogen worden. Die Boostedter Str. ist eine von Bussen und schweren LKW stark befahrene Straße, die in das Industriegebiet, zum äußeren Ring, nach Boostedt und zu den an der Straße gelegenen Gewerbebetrieben führt. Als Anlieger haben wir den Lärm zu ertragen, erhalten hier keine Unterstützung (z.B. Zuschuss zur Schalldämmung) und zahlen für die erhebliche Abnutzung der Straße durch die Gewerbetreibenden und deren Kunden.
Neumünster	Ich haklte die Ausbaurkosten als Umlage an die Bürger für nicht gerecht.
Neumünster	Straßenschäden sollten mit Steuergeldern beseitigt werden. Viele Straßen werden als Abkürzung benutzt, Geschwindigkeitsbegrenzungen werden nicht eingehalten. Warum also sollten die Anwohner dafür bezahlen? Deren Beteiligung an den Kosten sollte abgeschafft werden.
Neumünster	Es sollte eine, insbesondere für auch durch die allgemeine Öffentlichkeit genutzten Straßen, gleichmäßige Kostenbelastung geben (Steuern und nicht nur der jeweilige Anlieger). Es sollte, durch Transparenz/Dokumentation zum Zustand einer Straße und evtl. erforderlicher Massnahmen, unterbunden werden, dass Kommunen durch Untätigkeit Straßen verfallen lassen und/oder deren Status umdefinieren können und somit den Anliegern Kosten entstehen, die durch Wartung der Infrastruktur hätten vermieden werden können.
Neumünster	Die Petition ist wichtig, um die Vorgehensweise, Versäumnisse im Unterhalt auf die Anwohner abzuwälzen.
Neumünster	Weil genau das Eintritt, was mit dieser Petition abgeschafft werden soll. Auch der §8a der Gemeindeordnung bringt kaum Besserung. MAn kann einen Euro nur einmal ausgeben. Die Anwendung von §8a würde die Mietpreise zwar nicht belasten , aber die Nebenkosten von Eigentümern und Mietern explodieren lassen. Viele Hausbesitzer sind nicht in der Lage die Mittel von zig tausend Euro in der heutigen Finanzwirtschaft binnen 4 Wochen aufzutreiben. Hier hat ein System versagt.Die Ursache ist eine Politik die mit der Zweckentfremdung von Mitteln der Bürger, den Staatshaushalt saniert ohne die verursachende Industrie zu belasten. Diese aber zahlt zu niedrige Löhne um ihre Profite zu steigern, das gleiche gilt auch für Renten die seit Jahrzehnten nicht mit dem realem Wachstum steigen, weil sich die Reichen drücken können..
Neumünster	Nicht jeder Hauseigentümer kann soviel Geld zurücklegen, dass er auch noch die Straße bezahlen kann. Er muss das Haus instandhalten. Für das erworbene Haus wurden bereits Grunderwerbssteuern bezahlt und es werden regelmäßig Grundsteuern abgeführt. Für das Auto werden KFZ-Steuern bezahlt. Was wird mit diesem Geld gemacht? Denn für Müll und Straßenreinigung zahlen wir ja separat. Die Instandhaltung der Straßen sollte ausschließlich aus Steuergeldern (Grundsteuer/KFZ-Steuer) finanziert werden.
Neumünster	Weil auch ich die Gebühren als " Abzocke " der Bürger empfinde
Neumünster	Als >Anlieger< der Noldestr. (21 m) werde ich mit zur Übernahme von Kosten für die Instandsetzung dieser gezwungen. Das gleiche gilt für die Mieter des Hause

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	<p>Wilhelm-Busch-Str 1. Alle anderen Grundstückseigentümer - über 25 - in der W.-B.-Str. werden nicht beteiligt, obwohl diese genauso wie ich die Noldstraße benutzen / abnutzen.</p>
Neumünster	<p>Damit unsere Kinder und Kindeskiner nicht in ihrer Existenz durch hohe, nicht selbst verschuldete Kosten gefährdet wird.</p>
Neumünster	<p>Für viele Bürger sind die Gebühren nicht finanzierbar - insbesondere. ältere Hauseigentümer.</p>
Neumünster	<p>Ich möchte verhindern, dass ältere Mitbürger mit kleinem Einkommen durch die Gebühren in eine existentielle Notlage kommen.</p>
Neumünster	<p>Die Straßenbaubeiträge sind eine Frechheit und sollten sofort abgeschafft werden. Die zuständigen Behörden lassen die Straßen viel zu spät reparieren und lassen damit unser aller Eigentum verkommen. Eigentlich müssten unsere Politiker auf Einhaltung ihres Amtseides verklagt werden, denn sie sollen ja Schaden vom deutschen Volk abwenden und nicht zufügen!</p>
Neumünster	<p>Die Straßen sind für jedermann angelegt, darum sollte auch jeder an den Kosten beteiligt werden. Das ist nur mit einer Finanzierung durch Steuergelder möglich.</p>
Neumünster	<p>Für den Unterhalt mautpflichtiger Straßen zahlen nur die Benutzer. Für Straßen die von allen benutzt werden haben demzufolge alle die Kosten zu tragen.</p>
Neumünster	<p>Weil wir bereits Kfz Steuer bezahlen, die dafür genutzt werden sollte</p>
Neumünster	<p>Es kann jeden betreffen</p>
Neumünster	<p>weil es nicht angehen kann, dass einige Bereiche profitieren und andere nicht, denn jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich - diese Maßnahmen der Stadt Neumünster widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz von § 1 des GG - in anderen Städten wird man zu Straßenbaugebühren nicht herangezogen.</p>
Neumünster	<p>als Grundstücksinhaber</p>
Neumünster	<p>Bürger zahlen Steuern, man will trotzdem ALLES auf die Bürger abwälzen.</p>
Neumünster	<p>Soziale Ungerechtigkeit</p>
Neumünster	<p>Die Strassenschäden entstehen nicht durch Pkw der Anwohner sondern durch Lkw, unsachgemäße Bauweise und Versäumnisse in der Erhaltung.</p>
Neumünster	<p>Die Straßenbaubeiträge sind m. E. aus verschiedenen Gründen nicht gerechtfertigt!</p>
Neumünster	<p>Da es jeden betrifft und ungerecht ist.</p>
Neumünster	<ol style="list-style-type: none"> 1. tlw. existenzbedrohend teuer 2. ungerechte Straßeneinstufung 3. von oben verordnet, keine Kommunikation
Neumünster	<p>Habe hierzu einen guten Grund denn bei uns in der Strasse für 7.5 tonnen über Jahre mehrere 40 tonner fast zu jedem Wochenende geparkt. trotz einspruch bei der Polizei keine abstellung !!</p>
Neumünster	<p>Schutz vor finanzieller Belastung, die man nicht beeinflussen oder planen kann.</p>
Neumünster	<p>Es kann nicht sein, dass Kommunen jahrelang keine Straßenerhaltung betreiben - Straßen "verrotten" lassen - und dann eine Totalsanierung auf Kosten der Anlieger betreiben.</p>
Neumünster	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anwohner haben nur wenig Zeit die geforderten Geldmittel bereitzustellen 2. bei Finanzierung aus Steuermitteln gibt es Bindung an bereitgestellte Budgets. Wenn die Kosten auf die Anwohner umgelegt werden, gibt es dagegen keine vorausgehende Budgetplanung 3. die Gemeinschaft der Stadt sollte für Kosten der Infrastruktur gemeinsam aufkommen. Sonst wird es immer auf irgendeiner Seite ein Gefühl von Ungerechtigkeit geben.
Neumünster	<p>J e d e r Bürger dieses Landes hat das Recht j e d e Straße zu benutzen, also hat er auch seinen finanziellen Beitrag zu leisten, nicht nur diejenigen, die zufällig an der</p>

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	jeweiligen Strasse ein Grundstück besitzen bzw. dort wohnen. Für mein Gerechtigkeitsempfinden ist dieser Gedanke der einzig logische. Die Erhaltung der baulichen Qualität aller öffentlich zugänglichen Straßen ist also über eine allgemeine Steuer zu finanzieren.
Neumünster	Durch Zusammenlegung der Buslinien 3 und 33 (hierdurch fielen die ehemaligen Endhaltestellen Ehndorfer Straße und Wernershagener Weg weg) durchfahren seit Jahren viele Linienbusse die vorher kaum befahrene Wohngebietsstraßen Am Großen Kamp und Westernländer Straße. Ein zeitlicher Vorteil entsteht für den Anwohner dadurch nicht. Im Winter fahren nun zusätzlich schwere Räumfahrzeuge. Durch erhöhtes Fahrzeug Gewicht der Busse und Räumfahrzeuge und hohen Frequenz des Linienbusverkehrs - min alle 30 Min. entstehen seit Jahren nicht nur zusätzliche Straßenschäden, sondern auch Lärmbelästigung. Ganz abgesehen vom Ärgernis, dass der Schneepflug den von den Anwohners mühsam freigeräumten Fussweg regelmäßig wieder mit dem Schnee der Straße zuschüttet. Wenn die Zwei genannten Straßen irgendwann mal saniert werden müssen, wurden die meisten Kosten folglich nicht durch die Anwohner verursacht, diese würden aber in vollem Umfang dafür zur Kasse gebeten.
Neumünster	Sie vertritt meine Interessen und schafft Gerechtigkeit bei der Verteilung von Lasten.
Neumünster	Weil sie einfach ungerecht ist. Kfz. - Steuer muß jeder zahlen. Jeder nutzt die Straßen, aber nur die Hausbesitzer sollen zahlen. Es ist doch nicht jeder Hausbesitzer ein reicher Mensch.
Neumünster	Eigenheimbesitzer, Straßen werden auch von der Allgemeinheit (nicht Anwohner) genutzt!
Neumünster	Im Straßenbau wurde nie was gemacht und jetzt können die Eigentümer zahlen.
Neumünster	Weil sich die Frage stellt, warum Anlieger, die die Straße nicht allein nutzen, allein dafür aufkommen sollen. Desweiteren wäre die Sinnhaftigkeit und Nutzung der Grundsteuer zu klären, da alle anfallenden Kosten (Abwasser, Müll, Straßenreinigung) gezahlt werden. Beim Kauf wurde bereits Grunderwerbsteuer gezahlt, wozu weitere Steuerzahlungen, die dann nicht einmal für Anlieger verwendet werden?
Neumünster	Ich finde es ungerecht, dass nur wir Hauseigentümer zahlen sollen, obwohl wir schon mit Grundsteuer, KFZ-Steuer und Steuern auf Kraftstoffe belastet werden.
Neumünster	Es ist wichtig als Bürger aufzustehen und seine Meinung zu sagen. Über den hier gewählten Weg ist die Politik gefordert sich mit diesem Them auseinander zu setzten. Grundstätzlich könnte das ein Beginn für mehr Mittbestimmung (ggf. durch "Bürgerabstimmungen" auf Kreis oder Landesebene sein. Es wird Zeit, dass wir als Bürger auch tatsächlich für voll genommen werden. Das hier zur Rede stehende Thema bewegt ja nicht nur Neumünster, sondern die gesamte Republik. Die Politik sollte langsam einmal das über Jahre hinweg gewachsene Selbstverständnis - was meine Wähler wollen - interessiert mich nicht " überdenken. Vielleicht gelingt es uns in kleinen Schritten aber stetig an einem Wandel zu arbeiten. Es ist langsam nötig.
Neumünster	Weil viele Straßen von Verkehrsteilnehmern, die keine Anlieger sind, sehr deutlich belastet werden und weil es ungerecht ist, neben allen Steuern zusätzlich Menschen inder Existenz zu gefährden bzw. sie möglicherweise zu zwingen ihre Immobilie zu verkaufen.
Neumünster	Da ich warscheinlich auch von betroffen bin.
Neumünster	Ich bin der Meinung, dass Straßen von öffentlicher Hand bezahlt und instand gehalten werden müssen, zumal Steuergelder in horrender Höhe in jedem Jahr verschwendet und die Auftraggeber nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Rentner, die ihr Hauseigentum als Alterssicherung beschafft hatten, müssen z.T. ihr Haus verkaufen, weil sie die Gebühren nicht bezahlen können. Das ist nicht gerecht.
Neumünster	Fairness und keine Willkür. Siehe §8 KAG. Ich bezahle für etwas und habe in keiner Weise Vorteile. Ich bezahle jedes Jahr meine Grundsteuern und das ist bereits ein Beitrag der Kostenbeteiligung. Warum sollen wir immer für die Versäumnisse der Verwaltung aufkommen. Das ist alles gefährdet unsere Existenz
Neumünster	Straßen werden von allen genutzt und nicht nur von Hausbesitzern. Straßenbau sollte rein steuernfinanziert sein.
Neumünster	Die Stadt Neumünster hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt, trotz hoher Gebühren und Steuern, für einen anständigen Ausbau ihrer Straßen zu sorgen. Es werden Kanalsanierungsarbeiten durchgeführt, dann wird die Straße notdürftig geschlossen und kurz danach wird festgestellt, dass man etwas vergessen hat, bei der Sanierung zu berücksichtigen, dann wird die Straße oder der Gehweg wieder aufgerissen. Das sind doch keine zumutbaren Verhältnisse. Der Bürger muß letztendlich immer dafür bluten, wenn in der Verwaltung etwas verbockert wird.
Neumünster	Weil es jeden Hausbesitzer treffen kann !!
Neumünster	Weil der Bürger auch ein Mitspracherecht in eigener Sache haben soll.
Neustadt	Die Politiker müssen endlich lernen, die Kosten verursachungsgerecht umzulegen. Straßen werden nicht nur von Anliegern genutzt, sondern von allen Bürgern, im Speziellen, von allen Autofahrern genutzt. Eine Maut, die von allen Autofahrern zu zahlen wäre, und zwar über den Kraftstoffverbrauch halte ich für angezeigt. Wer viel fährt, macht auch mehr kaputt als einer, der weniger fährt.
Neustadt	Die Anlieger in unserer Straße sind auch von Straßenausbaubeiträgen betroffen, die endgültige Höhe ist noch unbekannt.
Neustadt	Ausbaubeiträge sind von meiner Familie bereits in immenser Höhe geleistet worden, waren aber nur sehr schwer aufzufangen. Reparaturen durch die öffentliche Hand werden nicht oder zu spät durchgeführt. Alle Bürger nutzen die Straßen, so sollten auch alle Bürger durch die Steuern dafür zahlen.
Neustadt	Es ist nicht nachzuvollziehen, daß trotz erheblicher Steuerlast immer wieder Wege geöffnet werden, den Bürger noch weiter finanziell zu schröpfen!
Neustadt	Weil wir als Hauseigentümer selbst betroffen sein können, sollte unsere Straße einmal saniert werden. Wir zahlen jedes Jahr Grundsteuer und fragen uns warum dieses Geld nicht dafür genutzt wird.
Neustadt	Weil ich selber Eigentümer bin und es den Eigentümern gegenüber ungerecht finde, dass diese die Kosten komplett selbst tragen müssen!
Niebüll	aus genau diesen Gründen: weil die Anwohner nicht die einzigen Nutzer des Ausbaus sind Anwohner an Landstraßen (was bei uns oft vorkommt) werden ja auch nicht zur Kasse gebeten wenn das jedoch weiterhin geschieht könnte man ja die Anwohner dadurch entlasten das wie zu Gutsherrenzeit ein Wegezoll entrichtet wird was unsere Regierung mit der Maut ja seit Jahren versucht obwohl zweckgebundene Abgaben existieren Kfz-Steuer Benzinsteuern usw. Großausbau und nicht alles im Leben ganz so ernst nehmen gleiches Recht für alle: ich investiere und will davon auch was haben
Niebüll	Weil alle Bürger die Straßen nutzen und nicht nur die Anlieger, denn auch Personen ohne Kfz sind auf die Versorgung durch Lieferfahrzeuge für Nahrung - und Gebrauchsmittel angewiesen und benötigen somit auch eine funktionierende Infrastruktur, welche jeden Winkel erfasst.
Nienburg	Es kann nicht angehen, dass Anlieger für alle Leute, die an ihrer Haustür vorbei fahren meinen, die Straße sollen die Anlieger mal schön instand halten.
Norderheistedt	Auf der Straße in der ich wohne werden die Fahrzeuge der Landwirte immer größer und schwerer. Ich möchte nicht dafür zahlen was andere kaputt machen, auch nicht

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	<p>anteilig. Als unsere Straße gebaut wurde waren die Fahrzeuge noch relativ klein, heute bezeichnet man sie auch als Monster und es kann nicht sein das wir Hausbesitzer, ob hier oder anderswo, für die Schäden aufkommen müssen.</p>
Norderstedt	<p>Das Rückwirkende sollte gestrichen werden, wenn es schief geht. Wird daran liegen...</p>
Norderstedt	<p>Die Umlage der Straßenbaukosten (Straßenbaubeiträge) auf die Anwohner können Existenzen gefährden. Nicht alle Maßnahmen sind notwendig und sollten daher nicht ohne Abstimmung durch die betroffenen Anwohner beschlossen werden</p>
Norderstedt	<p>Mangelnde Notwendigkeit vieler Maßnahmen und Existenzgefährdung durch Umlage der Kosten</p>
Norderstedt	<p>Da auch in meiner Heimatstadt die Straßen hauptsächlich und immer mehr von Durchgangs-, Umleitungs- und Stau-Umfahrungsverkehr genutzt wird (obwohl 30er Zone), sehen wir nicht ein, dafür extra abkassiert zu werden. Dafür zahlen wir schon die Steuern!!</p>
Norderstedt	<p>Die "öffentliche Hand" sollte nach wie vor für die Instandhaltung und Sanierung der Straßen, Gehwege, etc. verantwortlich sein! Nur weil diese nicht haushalten können, oder wollen, oder, oder, oder,... darf doch keinem Bürger die Existenzgrundlage mit Bescheiden von z.B. € 100.000,00 für Straßensanierungskosten entzogen werden! Das kann und sollte auch kein "normaler" Bürger bezahlen.</p>
Norderstedt	<p>Weil die Straßenbaubeiträge in vielen Fällen, z.B. bei Rentnern, die ein Eigenheim haben und nur eine kleine Rente bekommen, existenzgefährdend sind. In Berlin und Baden-Württemberg gibt es die Straßenbaubeiträge schon nicht mehr und in Hamburg werden sie auch abgeschafft, das zeigt doch dass es auch anders geht.</p>
Norderstedt	<p>Weil die Straßenbaubeiträge in vielen Fällen, z.B. bei Rentnern, die ein Eigenheim haben und nur eine kleine Rente bekommen, existenzgefährdend sind. In Berlin und Baden-Württemberg gibt es die Straßenbaubeiträge schon nicht mehr und in Hamburg werden sie auch abgeschafft, das zeigt doch dass es auch anders geht.</p>
Norderstedt	<p>Strassenbau ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinschaft. Jeder Bürger profitiert mehr oder weniger von intakten Strassen. Wir alle finanzieren öffentliche Schwimmbäder, auch die Nichtschwimmer! Es wäre nur gerecht, wenn die Kosten gleichmässig auf alle Bürger verteilt würden.</p>
Norderstedt	<p>Die Steuerlast der Bürger muß endlich nachhaltig gesenkt werden. Einsparungen an : z.B. Kirchensubventionen sind endlich zu stoppen! Diese Mittel können dann in den Wege/ Straßenbau fließen.</p>
Norderstedt	<p>Unsere Straße sollte verkehrsberuhigt umgebaut (Neuerschließung) werden. Jetzt haben wir noch mehr Lärm und die Autos fahren schneller, und das in einer Spielstraße. Dafür sollen wir 90% der Kosten tragen</p>
Norderstedt	<p>Wir haben gerade eine völlig unsinnige Sanierung unseres Fußweges bezahlt. Der Fußweg war mit Betonplatten belegt und völlig in Ordnung. Nun wurden Verbundsteine gesetzt. Die Begründung der Stadt: Der Bürger hat etwas davon, weil es hübscher aussieht. Wenn ei Stadt meint, alles, was etwas älter ist, auf den neuesten schönen Stand unserer Zeit zu bringen, dann soll sie es gefälligst auch bezahlen. Man hätte die Anwohner vorher auch fragen können, ob sie die Verbundsteine wollen. Eine diesbezügliche Anfrage bei der Stadt Norderstedt wurde mit der Begründung abgelehnt, dass der Aufwand für eine Befragung zu groß ist. Wie bitte? Mal eben ca. 80 Briefe zu verschicke ist viel Aufwand?</p>
Norderstedt	<p>Wir mussten bereits mehrere Male Ausbau und Beleuchtungsbeiträge zahlen. Dafür sind Parkplätze entfallen und der Verkehrslärm hat zugenommen, also haben wir für etwas gezahlt, das uns Nachteile und Wertminderung der Grundstücke bringt.</p>

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Norderstedt	Ich habe bereits für zwei Straßenzüge und Gehwege zahlen müssen, das ist nicht in Ordnung, es gibt Anlieger, die noch nicht zur Kasse gebeten wurden und für Wege mehr nutzen als wir. Für eine Gehweg Beleuchtung mussten wir kämpfen und dann selbst zahlen. Dafür fahren jetzt viele LKW und Stadtpark Besucher auf dem Stonsdorfer weg, der mit unserem Geld ausgebaut wurde. Bis abends um 23 Uhr gibt es dafür Verkehrslärm gratis, super Tausch
Norderstedt	Eine Umlage wird nie gerecht sein, wenn nur die Hausbesitzer und nicht alle Einwohner bzw. Anlieger der Straße betroffen sind. Ausserdem setzt die Stadt ihren Willen zum Aussehen des Ausbaus durch, egal was es kostet.
Norderstedt	Ich bin der Meinung, dass diese Kosten bereits mit der Grundsteuer abgegolten sind.
Nordhackstedt	Weil wir genug Steuergelder bezahlen mit denen die Behörden die Infrastruktur schaffen und erhalten können. Noch nie hatten wir ein so hohes Steueraufkommen in der D und ein derartig günstiges Zinsumfeld und trotzdem reicht es nie. Jeder Normalbürger oder Unternehmer muß mit seinen Einnahmen auskommen. Wenn nicht muß er Ausgaben einsparen oder umschichten. Warum könne Behörden das nicht?! Abgesehen davon ist der Verwaltungsaufwand für derartige Zusatzeinnahmen unwirtschaftlich hoch und ineffizient! Solche Ausgaben sollten über allgemeine Steuern gezahlt werden!
Nordhastedt	Jahrelang hat unsere Gemeinde nichts getan, sie hat nicht vorausschauend geplant. Vor 20 Jahren hatten Landwirte Traktoren ´von ca. 2 Meter breite und höchstens 90 PS, heute sind die Zugmaschinen ein vielfaches größer, schwerer und breiter! Die Bauern und Landwirte müssen mit der Zeit gehen, die müssen um zu überleben Ihren Maschinenpark laufend anpassen! Unsere Gemeinde hat verpasst, die Straßen den Bedürfnissen der heutigen Zeit anzupassen. Der Hebesatz der Grundsteuer wurde laufend erhöht, nur es wurde nichts in den Straßenausbau investiert! Die Umlegung der Kosten für Straßenbau auf die Grundstückseigentümer muss abgeschafft werden!
Nordhastedt	Weil die Straßen durch den Anlieger bereits bezahlt wurde und nicht die Anlieger sondern der Durchgangsverkehr die Straßen kaputt macht. In meien Fall waren es Landwirte, die mit riesigen Walzen durch die Straßen gefahren sind.
Nordhastedt	Strassen sind Allemeingut, sollten somit nicht von Hausbesitzern bezahlt werden.
Nordhastedt	Ich habe die Straße nicht beschädigt, aber die Gemeinde hat über 32 Jahre keine Instandhaltung durcgeführt.
Nordhastedt	Ich bin selber Hausbesitzer und könnte nicht bezahlen.
Nordhastedt	Insbesondere Anwohner von vielen befahrenen Straßen werden z.B. gegenüber Anwohner von Sackgassen doppelt belastet. Die Kosten aus mangelnder Instandhaltung werden den Anwohnern auferlegt.
Nordhastedt	Weil ich es ungerecht finde sowas mitzufinanmzieren.
Nordstrand	Straßenbau muss aus dem Steuertopf finanziert werden. Die Zuzahlung der Anlieger raubt diesen die Rücklagen und das ist nicht gerecht.
Nordstrand	Straßenbau, ganz gleich in welcher Art ist Aufgabe der Steuereinnahmen. Solche Maßnahmen dürfen nicht die Lebensplanung der Bürger belasten.
Nortorf	Ich bin der Meinung das Bund, Land und Komunen durch Steuern genügend Geld zur Verfügung haben um die Infrastruktur in Stand zu halten. Wenn man allein nur das Auto nehmen würde. Kauf, Reperatur, Wartung fällt jedesmal Mwst an. Treibstoff Mwst, Mineralölsteuer, Ökosteuer. Im Moment LKW ab 7,5to Maut. Geplant PKW Maut nur wo bleibt das ganze Geld?
Nortorf	Weil ich selber Anlieger einer öffentlichen Straße bin.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Nortorf	ungerecht, unsozial und die Berechnung ist reine Willkür, das haben wir in Nortorf erlebt, mit angeblichen Wertsteigerungen von bis zu 23,-€ pro qm. Die Parteien die diese Straßenbaubeiträge nicht abschaffen wollen werde ich bestimmt nicht mehr wählen !! Hoffentlich handeln viele Wähler so, dann bekommen die Parteien ihre Rechnung bei der nächsten Wahl serviert. Sollen dann aber nicht rumjammern, haben Zeit genug gehabt diese unsägliche Regelung abzuschaffen.
Nortorf	Eigentum verpflichtet aber nicht nur einseitig. Hausbesitzer haben nur Pflichten (Steuern) und wenn es um Umbau, Carport ect. geht bestimmt die Gemeinde. Der Bund und das Land sind auch Eigentümer!!
Nortorf	In Nortorf wurde die Hohenwestedter Strasse saniert auf Kosten der Anlieger. Eine Seitenstrasse, der Giessereiweg, die zu einem lokal bedeutenden Unternehmen, dem Nortorfer Gusswerk führt, wurde im Verlauf aus der Sanierungsplanung wieder herausgenommen, weil das Gusswerk, das im Falle einer Sanierung einen bedeutsamen Sanierungsbeitrag hätte leisten müssen, sich als wirtschaftlich geschwächt darstellte. Auf Druck eines größeren Unternehmens war also nun die Sanierung der Nebenstrasse plötzlich nicht mehr dringlich! Dabei sind es die vielen LKW, die tagtäglich über die Hohenwestedter Strasse und den Giessereiweg zum Gusswerk fahren, die die Strassen kaputtfahren. Und: Hätte ein anderer wirtschaftlich schwacher einfacher Anlieger, sagen wir die Rentnerin Erna B., gegenüber der Stadtverwaltung argumentieren wollen, sie könne keine 10.000 Euro Sanierungskosten aufbringen und die Bank würde ihr auch keinen Kredit mehr geben wollen, dann hätten der Bürgermeister und seine Anhänger doch nur mit den Achseln gezuckt. Oder großzügig eine zu verzinsende Streckung der Zahlungen angeboten.
Nortorf	Weil ich der Meinung bin, das wir genug Steuern zahlen . Unsere Straße z.B. wird auch für den öffentlichen Vehrker genutzt.
Nortorf	Seit der Fertigstellung des Penny-Marktes (2000) wurde die Parkstraße als Lieferzone benutzt. Gehwege und Straße wurden durch 40Tonner-LKW zum Straßenkiller (bis 2014). Sollte die Straße erneuert werden, müssen wir für Kosten, die durch Fremde verursacht wurden, aufkommen. Unglaublich und unmöglich!!!
Nübbel	>Öffentlicher Straßenbau und Wegesicherung ist durch die normalen Steuereinnahmen des Staates oder der jeweiligen Kommunen abzudecken und nicht durch einzelne Bürger, zumal diese kaum ein Mitspracherecht bei Planung und Ausführung dieser zum Teil unsinnigen Baumassnahmen haben.
Nübel	Die Willkür der Behörden muss ein Riegel vorgeschoben werden. Diese extreme ungleiche Behandlung der Bürger darf nicht länger fortbestehen.
Odderade	Birgit Battige
Oelendorf	Weil es um die Durchsetzung bzw. Unterstützung von Bürgerrechten geht
Oelixdorf	Es kann nicht sein, dass einzelne Bürger Schulden für die Allgemeinheit machen müssen. Straßen können durch alle Bürger genutzt werden, nicht nur durch die Anlieger!
Oering	Ich könnte demnächst auch davon betroffen sein.
Oersdorf	Es kann nicht angehen das Hausbesitzer für Erneuerung der Straße Kanalisation zur Kassen gebeten werden. Es gibt viele Mitbürger die Ihr Haus gerade abbezahlt haben und die jetzt zur Kasse gebeten werden von der Gemeinde oder Stadt. Die älteren Mitbürger müßten vielleicht sogar ihr sauerverdientes HAUS verkaufen. Wozu zahlen wir alle Steuern sogar die Rentner. In anderen Bundesländer ist dies zum Glück anders geregelt nur nicht in Schleswig-Holstein.
Oeversee	unsere Straße ist eigentlich eine ruhige Durchgangsstraße, die aber am meisten durch die immer größeren Traktoren oder andere Erntefahrzeuge beschädigt wird.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Diese Fahrzeuge sind so breit, dass sie die gesamte Fahrbahnbreite in Anspruch nehmen und somit immer auf den Fahrbahnrandern fahren und diese beschädigen.
Oldenburg	Streit über die komplizierten Abrechnungen der Ausbaubeiträge sind an der Tagesordnung. Einige Orte in der BRD erheben keine Ausbaubeiträge mehr. Dies sollte auch in Schl.-Holst. so werden.
Oldenburg	Ich bin für eine Einwohner bezogene Steuer statt einer evtl. Existenz gefährdenden Partialbelastung ausschließlich der Eigentümer.
Oldenburg	Ich bin für ein gerechtes Steuermodell, weil diese Steuer dann umlegbar wäre auf alle Bewohner der Liegenschaft, denen der Straßenausbau nützt und nicht ausschließlich den Eigentümer belastet.
Oldendorf	Straßenbau muss durch die Allgemeinheit aus Steuermitteln finanziert werden, da alle Bürger die Straßen nutzen, ob sie nun dort wohnen oder nicht. Insbesondere müssen Verursacher zur Instandsetzung herangezogen werden, die zum schlechten Zustand der Straße beigetragen haben, z.B. Wasser-, Abwasser-, Kabel- oder Betreiber sonstiger Einrichtungen im Straßenkörper.
Oldendorf	Weil es ein Unding ist die Kosten für Straßensanierungen auf die Anlieger abzuwälzen, anstatt es durch die immensen Steuereinnahmen wie z.B. Kfz-Steuer oder Mineralölsteuer zu finanzieren.
Oldenswort	Erhaltung guter Infrastruktur/ Eine Aufgabe die der Staat durch das allgemeine Steueraufkommen zu leisten hat.
Oldenswort	Das ist eine allgemeine Aufgabe, die jedem angeht, somit jedem Steuerzahler daher Finanzierung aus dem Steueraufkommen aller Bürger
Oldesloe	Weil es nicht sein kann, dass öffentliche Straßen und Wege von einzelnen Bürgern bezahlt werden müssen.
Osdorf	Es kann nicht sein, dass Rentner und jungen Menschen, die sich ein selbstgenutztes Haus in Jahrzehnten abgespart haben, dann um ihre kleinen Ersparnisse der Altersvorsorge gebracht werden. . In SH gibt es zudem dazu noch die höchste Grunderwerbssteuer in Deutschland.Das ist zutiefst unsozial.Straßen und Wege werden gemeinschaftlich genutzt und gehen alle Menschen eines Ortes an und müssen deshlab auch von allen über das Steueraufkommen getragen werden.
Osdorf	Straßen sind Allgemeingut und sollten daher auch von der Allgemeinheit bezahlt werden! Sie werden schließlich auch von der Allgemeinheit und nicht nur von Anliegern genutzt.
Osdorf	Weil ich der Meinung bin das so etwas aus anderen Kassen bezahlt werden sollte. Es fahren ja schließlich nicht nur die Anwohner über die betroffenen Straßen.
Osterby	nicht Anwohner, sondern schwere Fahrzeuge der Bauern und der Speditionen fahren die Wege kaputt
Osterby	wIR ZAHLEN SEHR SEHR HOHE STEUERANTEILE ---- SIE DÜRFTEN AUCH FÜR DEUTSCHE STRASSEN AUSREICHEN; S-H IST BENACHTEILIGT GENUG : ES REICHT MIT DEN UNTERSCHWELLIGEN ENTEIGNUNGEN:
Osterby	Weil ich genau wie sie der Meinung bin, das die Straßeninstandsetzung/haltung von JEDEM Verkehrsteilnehmer zu finanzieren ist! Also auch von den vielen Mietern und von Leuten die kein Grundbesitz haben.
Osterrade	Ich sehe nicht ein, dass viele Fahrzeuge - LKW und große landwirtschaftliche Fahrzeuge bewusst die Straßen demolieren und ruinieren.
Osterrönfeld	Diese Petition ist mir wichtig, weil die Anwendung dieser Gesetzesvorgaben seitens der Kommune mich und meine Frau in Existenznot bringen würde. Ich müsste einen Kredit aufnehmen, um solche Summen aufbringen zu können. Im fortgeschrittenen Rentenalter wäre die Bank dazu zudem nicht mehr bereit, solch einen Kredit zu gewähren. Zudem finde ich dieses Gesetz für ungerecht, da bereits genügend

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Steuern für den Straßenerhalt und Ausbau von uns Bürgern gezahlt werden. Mit dem lapidaren Satz "Eigentum verpflichtet" kann man diese Ungerechtigkeit seitens der Landespolitiker nicht einfach ignorieren. Vor der nächsten Landtagswahl werde ich mir genau anschauen, welche Partei nicht bereit ist, dieses Gesetz zu ändern!
Ostrohe	Welche Steuer/Abgabe kommt als nächste? Man sollte sich überlegen, ob man dann in Zukunft eine Maut für "seine" Straße erheben sollte!!!
Oststeinbek	Weil ich davon betroffen bin, weil Versäumnisse nicht auf den Bürger abgewälzt werden sollen
Oststeinbek	Hiermit bestätige ich die e-mail-Adresse ktemberg@hotmail.com Bin gegebenenfalls bald selbst Betroffener. Viel Erfolg!!!
Oststeinbek	sind selbst betroffen
Oststeinbek	Weil ich bereits diverse Steuern und Abgaben zahle. Außerdem finde ich eine Beteiligung der Anlieger an den Straßenbau- und -sanierungskosten grausam, denn a) junge Familien mit Kindern, die gebaut haben, sind mit mit Hypotheken hoch verschuldet und bekommen noch eine Rechnung als Anlieger wegen Straßenbaumaßnahmen, b) alte/ältere Bürger haben gerade das Häuschen abbezahlt, freuen sich darüber, müssen aber dann die Baukosten für die Straßen als Rentner mitbezahlen.
Oststeinbek	Straßen sind Eigentum aller Bürger! Ihre Pflege und Unterhaltung sollte auch von allen getragen werden. Ein kleiner Beitrag für jeden, der aber viel bewirkt!
Oststeinbek	Für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Kosten. Wir wohnen in einer stark befahrenen Durchgangsstraße und sehen nicht ein, bei einer Sanierung mit so hohen Kosten belastet zu werden.
Ottendorf	Weil Strassenbaubeitraege eine unrechtmäßige und ungerechte zusätzliche Belastung für Wohnanlieger sind.
Owschlag	Es kann nicht sein, daß ein Strassenausbau von einigen wenigen Anliegern gezahlt werden muß, während die Strasse überwiegend von anderen Verkehrsteilnehmern genutzt wird.
Owschlag	Es werden genügend Steuergelder eingenommen, die müßten dafür verwendet werden
Owschlag	Weil es einer Gleichverteilung widerspricht, wenn nur Anlieger zahlen müssen.
Owschlag	Die von jedem Hausbesitzer zu zahlenden Grund Steuern sind auch für die Anwohnerstraßen gedacht.Eine nochmalige Besteuerung ist somit eine Doppelbesteuerung und daher nicht zulässig.
Owschlag	Die von den Gemeinden geplanten Höhen der Ausbaubeiträge sind vollkommen inakzeptabel und für die meisten Hausbesitzer. gar nicht leistbar
Padenstedt	Die Stadt Neumünster sollte sich schämen, die Straßen verkommen lassen und dann die Kosten auf die Anlieger umlegen. Durchgangsstraßen als Anliegerstraßen zu bezeichnen ist Betrug.
Padenstedt	Die Petition ist mir sehr wichtig, weil ich finanziell nicht in der Lage bin, mehrere Tausend Euro zu bezahlen, für etwas, das mir nicht gehört (Straße).
Padenstedt	Weil wir sicher auch mal Hausbesitzer sein werden und ich "mein" Haus durch solche eventuell anfallenden Kosten nicht verkaufen will. Nixht jeder kann sich das leisten.
Padenstedt	Weil es genügend Mittel aus KFZ Steuern und Mautgebühren gibt. Man muss diese Gelder nur für den Straßenbau verwenden und nicht irgendwelche Löcher damit stopfen. Das ist der Ruin für jeden Hausbesitzer.
Panker	Weil ich der Meinung bin , dass Straßenbau etc. durch Steuern finanziert werden sollte . Bei der momentanen Praxis müssen Menschen evtl. ihre Häuser verkaufen , die sie sich hart erarbeitet haben.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Panker	Sie ist mir wichtig, weil ich Rentner im Dorf kenne, die ihr Haus unter großen Opfern erworben haben, teilweise mit langen Straßenfronten: Bauland war seinerzeit noch bezahlbar. Die geplante Gesamterneuerung der angedachten Straße hätte ruinöse Folgen für sie.
Pansdorf	Wir haben zwei Objekte geerbt und haben ein Einfamilienhaus, aber nur ein sehr geringes Einkommen, so dass auch mit der Vermietung kaum etwas zum Leben bleibt, da ja auch die Objekte unterhalten werden müssen. Unerwartet werden wir nun an allen drei Standorten mit Straßenausbaubeiträgen bedroht, ohne bisher zu wissen, was genau an Beiträgen auf uns zukommt. Dies ist für uns existenzbedrohend und ich kann nicht mehr schlafen, mir geht es sehr schlecht. Wir haben alles richtig gemacht, uns nicht übernommen, aber nun reißt uns der Staat die Existenz unterm Hintern weg. Fremdbestimmt, andere bestimmen über unser Schicksal. Das fühlt sich schlimm an. Das wünsche ich keinem. Dabei bezahlen wir Grundsteuern, KfZ-Steuern und die Straßen werden von der Allgemeinheit genutzt. Warum soll ich dafür meine Existenz hergeben, obwohl ich durch die Steuern meinen Anteil schon längst bezahlt habe. Die Gemeinden haben zuvor die Straßen verkommen lassen, bis nur noch eine Grundsanierung übrig blieb und in einer Gemeinde wird eine Luxussanierung angestrebt, für die ich zahlen soll, bei der ich aber kein Mitspracherecht habe. Das ist ungerecht. Hier wird nicht nur meine Existenz geopfert, sondern auch immer mehr Privatvermieter in den Ruin getrieben. Bis nur noch diese Heuschrecken übrig bleiben. Damit ist der Gesellschaft ganz sicher nicht geholfen. Im Moment befinde ich mich jedenfalls in einem ganz schlechten Monopolspiel der Realität ohne Aussicht auf Entkommen. Bei mir herrscht Politikverdrossenheit durch Erfahrung! Da muss sich etwas ändern. Straßenausbaubeiträge dürfen nicht länger von den Anliegern eingefordert werden. Das sind Kosten, die in keiner Finanzierung berücksichtigt werden und auch gar nicht eingeplant werden können. Bürger dürfen nicht länger vom Staat psychisch krank gemacht werden und in den finanziellen Ruin getrieben werden!
Pansdorf	Die ehemalige Bundesstrasse und jetzige L309 soll im nächsten Jahr saniert werden, wobei die Anlieger die Kosten für den Gehweg und die Beleuchtung mit tragen sollen. Da es sich hier aber um die HAUPTSTRASSE unseres Ortes und keinesfalls um eine reine Anliegerstraße handelt, haben alle Einwohner einen Vorteil von der Baumaßnahme. Deshalb sollten die Kosten von der Gemeinde übernommen werden!!!
Pansdorf	Es kann nicht sein dass der eine Ortsteil die Straße ohne eigenen Anteil bekommt und der andere soll in Vorkasse gehen. Ohne dass der Bauabschnitt in Angriff genommen wurde. Es ist unsere Hauptstraße und da sollten alle Anwohner ihren Anteil bezahlen alle wollen sie benutzen.
Pansdorf	Selbst wahrscheinlich betroffen.
Pansdorf	LKW entlasten die gebührenpflichtige Autobahn zum Nachteil der Anlieger der Landesstr. Dafür bekommen die Anlieger mehr Lärm, Abgase und Setzrisse des Hauses und Anliegerbeiträge.
Pansdorf	Welchen Vorteil/Nachteil haben Anlieger einer Landesstr. ? Welchen Vorteil/Nachteil haben Nichtanlieger ?
Pansdorf	SHicken@web.de
Pansdorf	Auf viele, besonders ältere Mitbürger, kommen Forderungen zu, die sie nicht mehr bedienen können und ihnen ihre Chance die eigene Immobilie preiswert zu nutzen, entzieht. So ein Häuschen stellt auch das Lebenswerk dar, das aufzugeben nur schwer verkraftbar ist. Und alte Bäume verpflanzt man nicht.
Pansdorf	In den 90iger Jahren hat sich der Bund durch Umwidmung der Bundesstraße 207 in Landesstraße entledigt. Der Bund hat die ehemalige Bundesstraße in einem

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	desolaten Zustand hinterlassen. Hier in Pansdorf ist jetzt ein A1 Parallelverkehr entstanden, besonders aufgefallen ist die Verdoppelung des LKW Verkehrs. Es kann nicht sein, dass die Anlieger jetzt für die Versäumnisse des Bundes und des Landes zur Kasse gebeten werden.
Pansdorf	Weg mit dem Freibrief für die Kommunen!
Pansdorf	Gerechtigkeit für den Bürger. Jeder Bürger kann die öffentlichen Straßen benutzen, nicht nur die Anlieger, als KFZ-Benutzer werden die Straßengebühren schon durch KFZ-Steuer und Treibstoffsteuer erhoben.
Pinneberg	Auch unsere Straße wird vermutlich absichtlich nicht Instand gehalten, um am Ende den Bürgern die Last aufzubürden. Einfach eine soziale Ungerechtigkeit, die besonders hart auch Familien trifft.
Pinneberg	Durch den Erwerb meiner Immobilie nebst Grundsteuer habe ich meine Grunschuld geleistet. Wie kann es angehen, dass dann ggf. notwendige Baumaßnahmen auf einer vielbefahrenen Nebenstraße durch einseitige Kosten zu meinen Lasten gehen soll? Völlig absurder Vorgang und für die meisten Eigenheimbesitzer finanziell nicht tragbar!!
Pinneberg	Ich finde es sehr ungerecht und diskriminierend (siehe Maut), und die Abgabe dient vornehmlich der kommunalen Einnahmesituation. Es haben nicht vornehmlich die Anwohner am meisten davon - die werden meist noch nicht mal gefragt, sondern es fahren ALLE über alle Straßen, daher müssen alle gleichermaßen belastet werden, was durch die Steuern allgemein schon ausreichend geschieht. Herangezogen werden ja sogar Leute, die gar kein Auto haben. Es ist nicht hinzunehmen, dass punktuell wenige Leute mit bisweilen Tausenden Euros belastet werden mit Aufgaben, die dem Staat zukommen. Und es sind nicht nur die Eigentümer, denn die Kosten werden auch auf Mieter umgelegt.
Pinneberg	wir als Hauseigentümer haben schon so viel Kosten, daß weitere Kosten für uns nicht mehr tragbar sind.
Pinneberg	..weil ich selbst einmal als Grundeigentümer in der Zukunft betroffen sein kann und dann für die Versäumnisse der Stadt / Gemeinde zur Kasse gebeten werden kann.
Pinneberg	Weil ich als Anwohner einer Nebenstraße in Schleswig-Holstein selber betroffen sein kann.
Pinneberg	Ist das Steueraufkommen nur noch für die Altersversorgung der Beamten und des öffentlichen Dienstes. Jede Leistung des Staates wird zwischenzeitlich immer stärker zusätzlich abgerechnet. Das Verfahren der Strassenbaubeiträge ist anacronistisch, schwerfällig und für die Bevölkerung unberechenbar.
Pinneberg	Mir ist diese Petition wichtig, da meine Frau und ich als Grundstückseigentümer früher oder später auch betroffen sein könnten und es für uns im Sinne "gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet" (vgl. Art. 72 GG!) ein unerträglicher Zustand ist, dass immer wieder die Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein für Dinge zur Kasse gebeten werden, die anderswo (d. h. ggf. nur wenige Kilometer weiter) seit Jahr und Tag kostenlos sind, bzw. ganz selbstversrändlich aus den dafür vorgesehenen (auch unseren!) Steuergeldern finanziert werden (Bsp.: Kita-Gebühren)!
Plön	Ich finde es ungleich, daß nur Hauseigentümer die Straßenausbaubeträge bezahlen müssen. Zumal diese Straßenausbaubaukosten bereits beim Kauf des Grundstücks angefallen sind.
Plön	Bin der Auffassung, daß diese Kosten von der Allgemeinheit zu tragen sind. Nur so läßt sich einigermaßen Gerechtigkeit herstellen. Wir erleben tagtäglich welche Auseinandersetzungen verbunden mit viel Ärger und Frust für alle Beteiligten entstehen.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Plön	Grunderwerbssteuer, Straßenausbaukosten, 2 x habe ich das erleben müssen. Parkplatz vor dem Haus verloren für auswärtige Stadtbesucher. Kantsteine weggeworfen für Kantsteine mit einer abgerundeten Ecke. So entstehen Kosten von ca. 2000€ pro Meter Strasse. Grundsteuer für was ? Für nicht erfolgter Pflege einer über hundert Jahre alten Strasse ? Gerecht ist, wenn alle Benutzer "meiner" Strasse mitbezahlen. Strassenausbaukosten sind eine gesetzliche Teilenteignung von Bürgern die ihr Geld in ein Haus gesteckt haben und nicht in dicke Autos.
Plön	Ich besitze ein Haus und könnte keine Sanierungsgebühren bezahlen
Plön	Straßen stellen öffentlichen Raum für die Allgemeinheit dar und sind somit für jedermann nutzbar. Somit ist auch die jeweilige Kommune für den Erhalt verantwortlich, zumal von den Anliegern i. d. R. bereits Erschließungskosten mitgetragen wurden.
Plön	Ich finde es ungerecht für Straßenbauarbeiten finanziell bluten zu müssen, das ist Aufgabe des Staates mit seinen horrenden Steuersufkommen.
Plön	Straßen gehören der Allgemeinheit. Infolge dessen müsste die Allgemeinheit auch dafür aufkommen.
Plön	Straßen gehören der Allgemeinheit, in Folge dessen sollte auch die Allgemeinheit auch dafür aufkommen.
Plön	Der Vorteil einer Straßenverbesserung gilt für alle Autofahrer und nicht nur für die Anwohner
Plön	Da ich einerseits persönlich betroffen bin und andererseits die aktuelle Regelung in Schleswig Holstein generell als sehr große Ungerechtigkeit empfinde. Jegliche Kosten, die zum Erhalt unserer gemeinsamen gesellschaftlichen und materiellen Werte anfallen ,sollten gerecht auf möglichst viele Schultern verteilt werden , um die Belastung für den Einzelnen möglichst gering zu halten - so wie es ja auch durchaus schon sehr gut in anderen Teilbereichen unserer Sozialgemeinschaft funktioniert .
Plön	Willkürliche Inanspruchnahme der Anlieger ohne Mitspracherecht. In anderen Bundesländern nicht erhoben. Steuerfinanzierung sinnvoll.
Plön	Da dies ungerecht zu Lasten der Anwohner verteilt wird obwohl es der Allgemeinheit dient und die Ämter ihrer Aufgabe nicht nachkommen regelmäßig zu sanieren um größere Kosten zu vermeiden.
Plön	Weil ich mich frage, wozu wir überhaupt unsere ganzen Steuern zahlen.
Postfeld	Weil ich auch nicht in Existenzangst geraten möchte
Preetz	Weil wir ja schon Steuern zahlen von denen die Strassen saniert werden und viele Anwohner in Kredite getrieben werden die kaum noch bezahlt werden können (ich denke da an die Senioren).
Preetz	Weil ein Dauerabgabensystem in Anlehnung an die Grundsteuer für uns "kleine" Einfamilienhauseigentümer leichter zu finanzieren wäre!
Preetz	Wir Anlieger von Landes-, Kreis-, und Wohnsammelstraßen sind immer die Dummen. Die Stadtvertreter bauen sich Luftschlösser mit immer breiteren kombinierten Geh- und Radwegen, Parbuchten usw. aus, zuvor werden die Unterhaltungen vernachlässigt, als alles Neu. Hätten Sie zuvor daran gedacht in den Städten mehr und sinnvolles Gewerbe anzuheuern, könnten sie sich dieses mit den Beiträgen den Anliegern ersparen. Siehe die Stadt Mohnheim bei Düsseldorf. Außerdem werden die Hauptstrassen von allen Bewohnern zwangsläufig genutzt, sonst ist nur noch Fliegen angesagt.
Preetz	Weil man als Hausbesitzer schon soviele Sachen zu zahlen hat. Die Gemeinden und Städte können nicht alle Kosten auf Hausbesitzer abwälzen nur weil sie versäumt haben Rücklagen zu bilden.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Preetz	Weil wir es auch Wahnsinn finden, wenn unsere Straße saniert werden würde und uns dann anteilmäßig die Kosten auferlegt werden. Andere Bundesländer können auch ihre Bürger dabei raushalten und diese Sanierungsmaßnahmen durch Steuergelder bezahlen.
Preetz	Wir zahlen Steuern, die auch für den Ausbau der Straßen herangezogen werden sollten. Der Steuerzahler sollte nicht für mögliche kaufmännische Unfähigkeit mancher Politiker aufkommen, wenn Gelder unnützlich und teilweise gegen den Willen derer verschwendet werden, welche die Politiker als ihre Vertreter ansehen.
Preetz	Da wir auch Hausbesitzer in Wakendorf sind und bei uns sicherlich die Straße auch irgendwann saniert wird, haben wir natürliche Angst vor den Kosten die auf uns zukommen. Da hier sehr viele Busse, Lkw und Trecker durchs Dorf rasen die nicht hier wohnen und die Str. ruinieren bin ich nicht bereit mich dafür in Schulden zu bringen. Danke für Ihr Engagement
Preetz	Da alle Straßen von allen Bürgern genutzt werden, oder genutzt werden können, oder indirekt genutzt werden (Lieferverkehr jedweder Art), sollten auch die Kosten für Bau, Erneuerung und Erhalt von allen Bürgern (Steuergelder) getragen werden.
Preetz	Danke für die tolle Aktion!!!! Von Familie Albrecht
Preetz	Weil wir 47 Milliarden jährlich zahlen an Kfz Steuer dafür werden aber nur 5 in den Straßenbau investiert...
Preetz	Ich befürchte, daß wir in unserer Straße in absehbarer Zeit mit dem oben genannten Problem zu tun haben werden und möchte jetzt schon alles tun, um auf dem laufenden zu bleiben.
Prichsenstadt	Weil Unrecht nicht bleiben darf.
Prisdorf	Es könne jeden treffen.
Probsteierhagen	Wofür zahlt man Steuern, wenn man plötzlich Unsummen selbst aufbringen muss!? Dann sollten Sie lieber die Diäten kürzen.
Probsteierhagen	Es ist eine Frechheit, dass Kommunen ihre Instandhaltungspflicht nicht erfüllen, die Straßen über Jahre bewusst vernachlässigen und dann Grundsaniieren müssen. Denn erst bei einer Grundsaniierung können die Anwohner an den Kosten beteiligt werden
Probsteierhagen	Es werden in den Gemeinden teilweise falsche Prioritäten gesetzt und wenn die Finanzen nicht reichen, werden die Bürger zur Kasse gebeten. Da machen es sich die Kommunen zu einfach.
Pronstorf	Es ist unglaublich mit welcher Ignoranz die Politik sich hinter Gesetzen versteckt, dieses Thema betreffend, die sie selber geschaffen hat. Ganz einfache Leute werden hier mit einer Eiskälte in den finanziellen Ruin getrieben, dass man nur das Schaudern bekommen kann. Niemand in unserer "politischen Klasse" muss sich mehr wundern, wenn sich die Bevölkerung von unseren etablierten Parteien abwendet. Die Politik hat sich komplett von den gesellschaftlichen Realitäten entfernt.
Quarnbek	Mir ist diese Petition wichtig, weil ich nicht einsehe, dass die Bürger für zum Teil unsinnige Erneuerungen die von den hohen Herren in Auftrag gegeben werden zahlen sollen. Wir zahlen schon genug Steuern
Quarnbek	Wozu zahlt man denn Grundsteuer (Hebesatz über 300%) und Kfz-Steuer, wenn nicht auch für den Erhalt/Unterhalt des Straßennetzes? Aber wie so vieles lassen die Verwaltungen erstmal alles (Schulen /Turnhallen usw.) erstmal alles kaputtgehen, um dann teuer neu zu bauen. Ex und hopp-Mentalität!
Quarnbek	...weil ich davon betroffen bin und ich diese Beteiligung als unsozial und existenzgefährdend empfinde.
Quern	Mit den erstmaligen Erschließungskosten und sonstigen Steuern/Abgaben, wie z.B. Grundsteuer, sollten m.E. alle Kosten für die Instandhaltung von öffentlichen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Wegen erfasst sein. Grundsanierungen sind überwiegend auf mangelhafte Wartung und Instandhaltung zurückzuführen. Bei Ausbau durch Nutzungsänderungen, z.B. Durchgangs- oder Lieferverkehr, wären die Kosten durch die Verursacher zu tragen.
Quickborn	Wir sind gerade selber betroffen und sollen irgendwann etwas bezahlen ohne zu wissen wieviel. Irgendwann kommt ne Rechnung der Stadt dann muss man bezahlen egal ob man kann oder nicht. Toll muss ich jetzt Haus verkaufen ?
Quickborn	Die Existenz jedes Bürgers wird damit gefährdet. Unerwartet wird man mit enormen Summen konfrontiert. So eine Belastung muss aufhören für Wohl und Land
Quickborn	Wie in der Petition berichtet wird, wird die Instandsetzung von einigen Straßen Jahre lang aufgeschoben, bis eine Sanierung unumgänglich ist. Diese teure Maßnahme wird dann auf die Anwohner abgewälzt. Dies halte ich für unrechtmäßig. Des Weiteren können viele Anwohner so eine hohe Summe in der Kürze der Zeit nicht aufbringen.
Quickborn	Vor wenigen Wochen hatte ich einen Straßenbaubeitrag von etwa 14.700 Euro zu zahlen. Ich finde das ungeheuerlich. Rainer Solm
Quickborn	Weil der Straßenausbau nicht mir selbst einen Vorteil verschafft, sondern im Wesentlichen dem immer stärker werdenden Straßenverkehr, der mit unterträglichem Lärm verbunden ist. Das heißt: Je besser die Straße, desto mehr Verkehr wird dort fahren. Somit zahle ich dafür, immer stärker durch Lärm und Abgase penetriert zu werden. Das ist pervers! M.f.G. Rickmer Timm
Quickborn	Unsere Straße wurde verschlechtsbessert. Plötzlich kein Gehweg mehr, eine paar teure Lampen mehr als vorher, Gehwegsabgrenzungspfusch und dann auch noch für bezahlen müssen! Frechheit.
Quickborn	Ein Grundstück zu besitzen, bedeutet nicht Geld ohne Ende zu haben. Die Kosten der Grundstückseigentümer für lfd. Instandhaltungen steigen seit Jahren. Zudem kommen die Grundsteuern, die zu zahlen sind. Diese sollten von den Kommunen angespart werden, um Straßen zu sanieren. Wenn das Geld nicht reicht, wäre es gerechter, alle Bürger zur Kasse zu bitten bzw. die Sanierungen mit Steuergeldern zu zahlen. Die Straßen werden schließlich nicht nur von den Anwohnern genutzt.
Quickborn	Die Finanzbehörde holt sich ihr Geld ungefragt, jetzt werden auch noch die Eigentümer von Immobilien und dadurch indirekt die Mieter zur Kasse gebeten... das können wir nicht zulassen
Quickborn	wofür zahlen wir Steuern? Jetzt kommt in Quickborn auch noch eine Regensteuer. Ab wann müssen wir für das Atmen Steuern zahlen? Für die Erhaltung der Straßen ist die Gemeinde zuständig. Dabei wird getrickst. Es wird solange die Sanierung verschleppt, bis eine Komplett-Sanierung erforderlich wird - und der Bürger zahlt. Dabei werden für den Bürger undruckschaubare Abschnitte gebildet. Ergebnis: es werden auch Eigentümer beteiligt, die in keinem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen. Diese Regelung muss weg.
Quickborn	Die finanzielle Belastung ist viel zu hoch!
Quickborn	Es muß einfach aufhören, von den zuständigen Politikern doppelt und dreifach angezockt zu werden! Nur weil immer die gleichen Fehler bei der Strassenunterhaltung und sonstigen Infrastrukturmaßnahmen gemacht werden, fällt den Verantwortlichen grundsätzlich nur ein, den Bürger immer wieder neu und zusätzlich zu belasten!
Quickborn	weil ich in absehbarer Zeit auch betroffen bin und darüberhinaus nicht einsehen kann das die Infrastruktur kaputt gespart wird und wenn alles total marode ist der Bürger per Gesetz herangezogen wird. Eigentümer werden schon genügend mit Auflagen und Abgaben belastet!!!

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Quickborn	Die bisherige Regelung berücksichtigt nicht alle, die jeweilige Straße nutzenden Teilnehmer, deshalb muss eine Regelung gefunden werden, die nicht nur die Anwohner belastet
Quickborn	Die Straße, in der ich wohne, ist lt. Beschilderung nur für den Fahrzeugverkehr der Anlieger zugelassen. Tatsächlich wird sie als "Abkürzung" für alle benutzt. Warum soll ich als Anlieger für Kosten aufkommen, die von der Allgemeinheit verursacht werden. Wird vom Staat nur die Kuh gemolken, die ihre Weide zufällig am Straßenrand hat?
Rabel	Ich bin selbst Hausbesitzer und habe Angst vor einer solchen Maßnahme und das dadurch meine Existenz gefährdet ist oder mein Vermögen nicht an die geht für die es gedacht ist sondern an die Gemeinde fällt weil diese im Grundbuch steht
Rabel	Wie sollten mehr kommunale Selbstbestimmung zulassen. Also zurück zur kann Bestimmung.
Rabel	Als Besitzer von mehreren Häusern bin ich ständig in "Gefahr"
Rabel	Der Gerechtigkeit wegen.
Rabenholz	Als Autofahrer bin ich der Meinung, dass mit den Abgaben rund den Pkw die Straßen ohne Probleme instandgehalten werden können - wenn denn diese Abgaben auch in die richtigen Kanäle fließen würden.
Rantrum	1) Besondere Belastung der Hausbesitzer ist verfassungswidrig. 2) Eine Steuer ist nie zweckgebunden.
Ratekau	Die Transparenz der Summenfestsetzung fehlt absolut und somit liegt der Verdacht nahe, dass dort auch noch zusätzlich ordentlich abkassiert wird. Weiterhin sind die Termine und die Bedarfsermittlung Willkür.
Ratekau	Ich bin der Meinung, dass wir Bürger ausreichend Steuern zahlen und auch alle die Straßen benutzen, sodass diese Beträge aus Steuermitteln finanziert werden sollten. Weiterhin würde dies an Existenzbedrohung herangehen, weil man als Rentner diese Beträge nicht mehr über Kredite finanzieren kann. Nicht jeder Rentner bekommt soviel Rente, dass er jeden Monat gutes Geld zurücklegen kann.
Ratzeburg	Es kann nicht sein das die folgen einer schlechten Sparpolitik einfach auf den Bürger abgewälzt werden.
Rehhorst	Diese Regelung greift tief und unberechenbar in die Lebensplanung der Bürger ein. Wie kann man angesichts der offensichtlichen Ungerechtigkeit ein solches Gesetz befürworten?
Reinbek	Weil es Steuern gibt die dafür sein sollten
Reinbek	Einen Beitrag zu gepflegten Straßen, Geh- und Radwegen zu leisten, warum nicht. Aber nach jahrelangem Verfall der Infrastruktur die Kosten zu übernehmen, NEIN! Eigentümer sollten nicht im akuten Fall, wenn ein (möglicherweise sogar ortsfremder) Amtsinhaber darüber entscheidet, zu Kasse gebeten zu werden. Eigentümer müssen teilweise sehr hohe Beträge zahlen, das muss früh angekündigt werden. Dazu sollten Die Gemeinden entweder laufende Jahresbeiträge erheben oder die Projekte viel früher ankündigen. Meist fehlt es aber an einem langfristigen Projektmanagement.
Reinbek	Weil immer mehr von den Politikern gewartet wird, bis die Nutzungsdauer abgelaufen ist, um dann einfacher den Bürger zu beteiligen. Selbst dann, wenn vorher keine ausreichenden Unterhaltungsarbeiten geleistet worden sind
Reinbek	Die Gebühren sind ungerecht und auch nicht nachvollziehbar.
Reinbek	Weil öffentliche Gelder sinnlos verschwendet werden. Weil behinderte Menschen es dann noch schwerer haben von der Bergstraße an die Wildkoppel zur Bushaltestelle zu gelangen. Weil noch mehr Busverkehr in einer kleinen Anliegerstraße entsteht. Weil an die Anwohner nicht mitgedacht wird und für diese sowieso keine Parkmöglichkeiten vorhanden sind, dann überhaupt keine mehr da

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	sind. Was ist mit den ältern Menschen, die ihre Sachen dann noch weitertragen müssen, das ist für die Menschen überhaupt nicht behindertengerecht. Weil nicht an Möglichkeiten des Krankenwagen-Feuerwehr-Polizeieinsatzes gedacht wurde und was ist mit der Müllabfuhr.
Reinbek	Weil unsere ausgewiesene Anliegerstr. mit täglich 200 Bussen und durchschnittlich 700 Pkw keine Anliegerstrasse mehr ist und somit auch keine 75% Ausbaubeteiligung erhoben werden können!
Reinbek	Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir als Anwohner für eine Maßnahme zahlen sollen, deren Folgen für uns nur nachteilig sind. An der Ausgestaltung dieser Maßnahmen ist zudem die Beteiligung nicht gewünscht oder möglich, da die Ergebnisse schon vor der Anhörung feststanden. Es bleibt nur der Klageweg. Eine Durchgangsstraße als Anliegerstraße zu bezeichnen ist Betrug.
Reinbek	Warum zahlen wir eigentlich Steuern? Die Kfz-Steuer wird auch dafür erhoben, um Straßen zu bauen und sanieren. Wer also kein Auto fährt, muss auch für eine Autostraße zahlen, nur weil er Anlieger ist? Unsinn!
Reinbek	Menschen mit einem normal entwickelten Gerechtigkeitsempfinden, können nur empört sein, über die praktizierte politische Ungerechtigkeit, das trotz eines der höchsten erzwungenen Steuerabgaben* in der Welt, solche existenzbedrohenden und Angst auslösenden Forderungen von gewählten Menschen mit Androhungen von Strafmaßnahmen geschehen. *einschließlich versteckter Steuern.
Reinbek	Ich meine, wir Hausbesitzer zahlen Grundstückssteuer, diese wird fast jährlich bei uns erhöht. Sofern wir ein KFZ fahren, entfallen auch hier wieder Steuern. Mir erschließt sich nicht, warum Politiker, die unsere Interessen vertreten(sollten!!!) nicht mit den gezahlten Steuern gut wirtschaften, also aus kommen. Es ist nicht nachvollziehbar, das Hausbesitzer u. Eigentumswhg. Inhaber, Strassen, die zu erneuern sind, bis zu ca 80% der anfallenden Kosten zu bezahlen haben. Es gib hier t keinerlei Mitspracherecht der Bürger, und Politiker scheinen in ganz anderen finanziellen Dimensionen zu leben, als die anderen Bürger. Hinzu kommt, die "Auftragserteilung " an die Baufirmen f. die Strassenerneuerung/ Ausbesserung liegt ausschließlich in Politikerhand- wir sollen das meiste zahlen, aber nicht mitbestimmen, wer saniert.. Der Bürger soll nicht(mit) entscheiden. Können Politiker sich vorstellen, wenn ein Mensch mit einem überschaubaren Monatsbudget mehrere Tausend Euro für die Strassensanierung zahlen muß- wie schlecht es ihm geht? er kann vor Sorge, z.B., nicht mehr schlafen. Die Fairness bleibt hier doch vollkommen auf der Strecke. i
Reinbek	Protest von Grundstückbesitzern gegen Kostenbeteiligung !!!
Reinbek	Die Zahlung der Beiträge stellte eine zusätzliche und unverhältnismäßige Belastung von Grundstückseigentümern. Dabei wurde die Straße, an welcher unser Haus steht, bereits von den Eigentümern finanziert wurden.
Reinbek	Es ist nicht gerecht, jahrelang nicht zu renovieren und dann das Gros der Kosten auf die Anwohner abzuladen. Auch hier in Reinbek kenne ich Familien, die richtig Probleme hatten, das Geld aufzubringen. Wenn die Stadt einen großen Teil der Kosten bei den Anwohner holen darf, dann fallen die Sanierung echt deftig aus. Da werden gleich die Parkplätze mitsaniert, die Fußweg, die Radwege. Wenn ich mein Haus auch so renovieren könnte, wäre ich selig: Ich ginge zur Stadt und würde sagen: Bitte 70% der Neu-Dachabdeckung zahlen. Und dann würde ich natürlich die schönsten Ziegel und die beste Isolierung nehmen! ^^
Reinbek	Die Benutzung der Straße steht Allen zur Verfügung, also nicht nur Anliegern. Also sollten die Unterhaltskosten auch von Allen getragen werden.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Reinbek	Könnte jederzeit selbst betroffen sein, dass würde meine Existenz gefährden. Straßen, etc. werden allgemein genutzt und sollen daher auch allgemein bezahlt werden.
Reinbek	Ich finde es nicht gerecht, wenn die Kommunen jahrzehntelang nichts an der Pflege der Straßen unternimmt und dann die Anlieger, ohne die anderen Nutzer mit heran zu ziehen, zahlen lässt.
Reinbek	Weil die Erhebung der Straßenbaubeiträge aus den in der Petition genannten Gründen eine Ungerechtigkeit ist.
Reinbek	Auch in Reinbek kommen auf die Anwohner hohe Kosten zu, wenn die Straße saniert werden muss. Aktuell wird eine behindertengerechte Bushaltestelle geplant, für die die Anwohner zahlen müssen. Wozu zahlen wir Steuern? Und wofür Grundsteuer? Ich wünsche der Aktion viel Erfolg!! Mit besten Grüßen Christel Osbahr
Reinfeld	Diese gesetzliche Handhabe ist völlig unkalkulierbar und kann einen jederzeit und völlig überraschend treffen. Wenn das Steueraufkommen steigt, müssen diese Gelder auch verstärkt für öffentliche Instandsetzung benutzt werden.
Reinfeld	Ich möchte nicht das ich als Steuerzahler mehrfach zur Kasse gebeten werde.
Rendsburg	Unerklärlich in was für einer Planorganisation und Kosten dadurch entstehen. Unnötige Kosten und unnötiger stress.
Rendsburg	Ich bin selbst Hausbesitzer und die Stadt Rendsburg hat in den letzten Jahren nicht ansatzweise daran gedacht unsere Straße in "Schuss" zu halten.
Rendsburg	Eigentlich halte ich es für naiv, wenn Immobilienbesitzer keine Rücklage für derartige Fälle einplanen. Aber das System ist ohnehin überholt. Wiederkehrende Ausbaubeiträge entlasten.
Rendsburg	Weil wir vor dem gleichen Problem stehen.
Rendsburg	Wir sind auch davon betroffen.
Rendsburg	Im kommenden Jahr wird die Straße, in der ich wohne und zwei andere Straßen ausgebaut. Obwohl dies hauptsächlich deshalb geschieht, weil die Versorgungsträger die Abwasserleitungen erneuern müssen, werden wir Eigentümer herangezogen. Es gibt keine andere Steuer, die in diesem Ausmaß (mehrere Tausend Euro mit einer sehr kurzen Ankündigungsfrist) in das Portemonnaie der Eigentümer eingreift. Auch ist es m.E. nicht gerecht, dass nur Grundstückseigentümer herangezogen werden.
Rendsburg	Ich habe bereits 2012 für eine Straße gezahlt, bin dann vor 2 Jahren umgezogen und soll als Eigentümer nächstes Jahr wieder zahlen. Wir sind eine kleine Familie mit 2 normalen Jobs. Ich frage mich wie das funktionieren soll.
Rendsburg	Selbst betroffen, Straßenausbau steht bevor!
Rendsburg	In anderen Teilen Deutschland müssen Anwohner nicht zahlen. Warum zahlen wir Steuern?
Rendsburg	Durch derartige zusätzliche "Steuern" werden nicht nur leere Kassen (wodurch wohl leer?) gefüllt, sondern auch Inkompetenz in den Ämtern überbrückt. An den Grundstücksbesitzern kann man sich gut und einfach schadlos halten, die sind ja stationär, verwurzelt im wahrsten Sinne. Es wäre besser, endlich das Haftungsprinzip in Politik und Verwaltung einzuführen, dann könnte es besser klappen mit dem Einteilen der Steuerzahlergelder.
Rendsburg	Weil es auch mich treffen kann.
Rendsburg	Es ist einfach ein Unding Privatpersonen für die Sanierung von Straßen direkt vor ihrer Haustür zahlen zu lassen, die dann von allen genutzt werden. So ruiniert man junge Familien und ältere Menschen.
Rickling	Weil ich nicht gut finde, dass Anwohner auf Grund zu zahlender immens hoher Beträge in den Ruin getrieben werden. Insbesondere finde ich es für Rentner unzumutbar oder Familie mit Kindern, wo der Ehemann Alleinverdiener ist.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Rickling	Weil weitere staatliche Belastungen existenzbedrohend für Eigenheimbesitzer mit kleinen und mittleren Einkommen sind.
Rickling	Weil Menschen damit ruiniert werden können und es nicht im Interesse einer Gemeinde sein kann, einige ihrer Bürger in den finanziellen Abgrund zu stürzen. Es ist ein ungerechtes System.
Rieseby	Kostenverlagerung durch Verschwendung von Steuergeldern hier auf monetäre Beteiligung von Hauseigentümern am Strassenbau, zeigen die Hilflosigkeit und oder Zügellosigkeit gewählter Volksvertreter mit Steuergeldern wie mit eigenem persönlichen Geld umzugehen.
Rieseby	Die Aufgabe Straßenbau gehört in den normalen Steuerhaushalt einer Kommune. Wozu zahle ich z.B. Grundsteuer.
Rieseby	Keine weitere Sonderausgabe, Deckung durch den Steuerhaushalt.
Rieseby	Kann einem guten Kollegen helfen.
Rohlstorf	es kann nicht sein, dass einige wenige Menschen eine Straßensanierung bezahlen müssen, für eine Straße die vorn allen anderen auch benutzt und kaputt gefahren wird. Wozu zahlt man eigentlich Kfz- Steuer und Kraftstoffsteuer?
Rosdorf	Als Hauseigentümer hat man mit genügend Instandhaltungskosten zu kämpfen, keine Rentensicherheit im Alter, kleines Gehalt. Und der kleine Mann wird im Endeffekt sowieso mit allen Kosten, die die Politik und die Wirtschaft verursacht, belastet. Es reicht.
Ruhwinkel	Wohne in einem kleinen Dorf an einer Durchgangsstraße, viele Fzg, Lohnunternehmer mit LKW + großen Treckern verschmutzen und schädigen die hiesige Straße. Verstehe nicht, warum ich als Anwohner für deren Nutzung in dem UMFANG zahlen soll
Rumohr	Es ist nicht einzusehen, dass Anliegern potenziell solche Lasten auferlegt werden können. Die Verwaltung hat hier kaum kontrollierbare macht über die Bürger - ein unhaltbarer Zustand!
Rümpel	Insbesondere Eckgrundstücke werden von dieser ungerechten Zwangsabgabe massiv benachteiligt. Weiterhin werden von den Gemeinden (hier Bad Oldesloe) Einzelfallsituationen, bei den sich nicht einmal eine Zugangsmöglichkeit zu dem betreffenden Grundstück gibt, rücksichtslos ignoriert. Wir klagen jetzt vor dem OVG Schleswig!
Rümpel	Das ist eine sehr ungerechte Zwangsabgabe für etaws, was wir überhaupt nicht nutzen!
Sankt Peter-Ording	Ich möchte verhindern, daß die Gemeinden ihre Wege und Straßen mangelhaft unterhalten und diese dann auf Kosten der Bürger "ausgebaut" werden!
Satrup	Unsere Straße ist eine Durchgangsstraße (als Landesstraße deklariert) und wird Überwiegend von schwerem LKW-Verkehr und von schweren Landwirtschaftsfahrzeugen befahren. Es ist nicht einzusehen, daß die Anlieger in so einem Fall für die Instandsetzung herangezogen werden sollen.
Schacht-Audorf	Weil die Kommune, der Kreis, das Land genug Steuern erhält (soviel wie nie zuvor) und endlich lernen sollte mit den gegebenen Mitteln zu haushalten. Dabei keine Luxussanierungen und schlecht geplante Infrastrukturmaßnahmen durch den Bürger bezahlen lassen.
Schacht-Audorf	Öffentliche Straßen sind von der öffentlichen Hand zu finanzieren. Dafür zahle ich die Hälfte meines Lohnes jeden Monat an Steuern. Und wieso müssen Baden-Würtemberger nicht für öffentliche Straßensanierung bezahlen? Wieso klappt es dort und hier nicht? UNGERECHT!
Schackendorf	Es wäre genug Geld, wenn die Gelder zweckentfremdet ausgegeben werden.
Schackendorf	Viele Menschen müssen durch diese hohen Kosten an ihre Altersvorsorge.
Schafflund	Der Straßenbau sollte durch Steuern finanziert werden, nicht über Beiträge!

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Schafstedt	Weil wir selber Hausbesitzer sind und das alles immer komischer und verworrener wird! Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer mehr auf! Selbst wenn man es heute zu Tage erreicht hat, ein Haus zu kaufen, ist man noch lange nicht über den Berg! Es wird gefühlt immer schlimmer! Nichts wird besser! Obwohl das bestimmt schon immer gesagt wurde! Aber was sich im Laufe der Zeit ausgedacht wird, um dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zu ziehen, bloß weil die Politiker fern aller Realität leben, ist gruselig und lässt nichts gutes Hoffen!
Schalkholz	Ich bin von der Regelung selbst betroffen als Hausbesitzer.
Scharbeutz	Überzeugende Argumentation in einer öffentlichen Stellungnahme von Haus & Grund Schleswig-Holstein. Aktuelle Situation im Bereich meiner Liegenschaft.
Scharbeutz	Meines Erachtens ist der Straßenbau und die Sanierung der Straßen durch Steuergelder gedeckt. Durch vernachlässigte Instandhaltungen der Straßen durch die Kommunen darf der Steuerzahler nicht bestraft werden. Als Bewohner des Landes Schleswig-Holstein möchte ich gleich behandelt werden mit Bewohnern aus Bundesländern, in denen das Land und die Kommunen den Straßenbau und den Erhalt komplett von Steuergeldern bezahlt.
Scharbeutz	Weil der Bau und der Erhalt von öffentlichen Straßen und deren Beleuchtung öffentliche Angelegenheiten sind!
Schellhorn	Wir in unserer Straße haben vor etwa 7 Jahren eine Totalsanierung rechtzeitig verhindern können. Jetzt tauchen neue Erneuerungspläne auf. Weiterhin halte ich die Einstufung von Straßen für unzutreffend (insbesondere Anliegerstraßen). Gemeinsam mit einer Wählergemeinschaft haben ich/wir daher eine gerechtere Satzung entworfen, die der Gemeindevertretung vorgelegt werden soll.
Schellhorn	Wichtig wäre auch die Einbeziehung von Erschließungskosten in die Petition, damit man nicht für nachträglich errichtete Straßen auf einer Grundstücksrückseite zahlen muß!
Schenefeld	Ich wohne an einer viel befahrenen innerörtlichen Straße. Oft komme ich, wegen Fahrzeugrückstau von einer 100m entfernten Lichtzeichenanlage, nicht einmal auf meine Einfahrt. Wieso soll ich dafür noch zusätzlich bestraft werden? Wenn schon das Geld aus der Mineral-, KFZ-, Grundsteuer etc. nicht sinnvoll (zweckgebunden) ausgegeben wird, so sollten doch bitte auch alle Nutzer und nicht nur die Anwohner zusätzlich belastet werden.
Schenefeld	Weil es mich auch betreffen könnte und Steuer dafür eingesetzt werden, wofür sie erhoben werden. KFZ Steuern für Verkehrswege!
Schenefeld	Vermeidung von unzumutbaren Kosten bei Strassensanierungen für Wohnungs/Hauseigentümer.
Schierensee	Gerechtere Verteilung der Lasten bei der Straßenerhaltung
Schinkel	Ich empfinde es schlichtweg als eine Sauerei, was die Politik seinen Bürgern diesbezüglich zumutet. Wozu zahlen wir denn unsere Steuern. Die derzeitige politische Klasse gehört abgeschafft.
Schleswig	Mir ist diese Petition wichtig, um mich gegen kommunale Willkür zu wehren. Im privaten Bereich werden für mich erhebliche unnötige Kosten verursacht.
Schleswig	Wir haben ein Haus gekauft, das erschlossen ist! Weiter bezahlen wir Steuern, Grundsteuer usw.
Schleswig	Weil ich selber Hausbesitzer bin.
Schleswig	Grobe Ungerechtigkeit bei der Berechnung der Beiträge, da Grundstücksgröße maßgebend ist. Gemeinde sollte alle Kosten tragen und durch wiederkehrende Beiträge abdecken!
Schleswig	Die Beteiligung des Bürgers an der Straßenerhaltung ist vielleicht rechtlich einwandfrei, aber m.E. in dieser Form nicht akzeptabel, wenn der Straßenzustand jahrzehntelang vernachlässigt wird und letztlich der "Flickenteppich" dann eine

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Totalsanierung erfordert. Geld ist genug vorhanden, allein, es wird zweckentfremdet für bisweilen zweifelhafte Projekte ausgegeben. Eine wirklich zweckgebundene Abgabe aller Bürger für die Erhaltung der Infrastruktur scheint mir gerechter zu sein als die übermäßige Belastung Einzelner.
Schleswig	Für den Ausbau unserer Straße sollen wir voraussichtlich 16.000 € bezahlen.
Schleswig	Beteiligung an den Kosten? Ja! Missbrauch durch Misswirtschaft? NEIN! Vorschlag: Da der Soli 2020 wahrscheinlich eh nicht abgeschafft wird, soll er zumindest für solcherlei Kosten wie Straßenausbaubeiträge in ganz Deutschland verwendet werden. Das wäre dann ein Geben und Nehmen wie es sich gehört.
Schleswig	Die Straßen sind für alle da. Es kann nicht angehen, dass ein Großteil der Kosten von den Anwohnern zu zahlen sind.
Schleswig	Wir zahlen genug Steuern und wenn die Kommunen oder Städte richtig wirtschaften würden, dann ist auch Geld für die Straßen da
Schleswig	Weil es einfach nicht richtig sein kann, das es Bundesländer gibt, in denen die Straßen von den Steuern repariert werden, und wir sollen extra dafür zahlen.
Schleswig	straßensanierung ist nie und nimmer angelegenheit der anwohner/besitztr. alle benutzen die straße...
Schleswig	Jemand aus der Familie ist betroffen. Außerdem ist es ein Unding, dass die Bürger nicht selbst entscheiden können ob und wie Straßen saniert werden.
Schmalfeld	Die durch die Bürger aufgebrachtene Steuer reichen meiner Auffassung fällig aus, besonders dann, wenn diese Einnahmen nicht für oftmals unnötige öffentliche Aufträge aus dem Fester geworfen werden.
Schönberg	Hallo, Viele Steuergelder dienen dem Allgemeinwohl. Dann bitte auch in diesen Fällen. Ich glaube wenn Allorts Wege, Straßen, Brücken etc. saniert werden müssen, gehören bei Bedarf auch die Anliegerwege und Straßen dazu.
Schönberg	Ich bin selber Hausbesitzer. Ich besitze ein Eckgrundstück, heißt, ich müsste mich auch an zwei Straßensanierungen beteiligen und das sehe ich nicht ein.
Schönberg	Als Eigentümer könnte es mal meine Erben betreffen.
Schönhorst	Auch möchte nicht im Alter von 77 Jahren, noch einen hohen Betrag für die Straßenausbaukosten zahlen, die meine wirtschaftlichen Möglichkeiten übersteigen.
Schönkirchen	Es werden in Deutschland so viele Sachen mit Bundes - Landes und Kreis Mittel gebaut und bezahlt. Darunter der Rendsburger Tunnel. Über 5 Jahre Bauzeit ?? Wenn man solche Eurograbstellen privatisieren könnte, würde man viel GELD SPAREN und man könnte das Ersparnis in den Straßenbau verwenden. Aber die Zeche bezahlt ja immer der kleine Bürger und die Maße.
Schönkirchen	Weil damit Existenzen bedroht werden!!
Schönkirchen	Ich zahle genügend Steuern
Schönkirchen	Weil Ich selber Hausbesitzer bin. Mein Bruder ist Hausbesitzer und der muß jetzt 11000 Euro zahlen für den Straßenausbau.
Schönwalde	Ein schon lange diskutiertes Thema in Schönwalde, nur ein Beispiel : Ein Anlieger muss aktuell 65.000,-€ zahlen. In Worten : fünfundsechzigtausend ! So geht es nicht weiter und andere Kommunen können es anders.
Schönwalde	Da wir in Deutschland genug an Steuern zahlen wie z.B. Die Kfz Steuer und diese soll eigentlich in den Straßenbau investiert werden und nicht in was anderes.
Schrepperie	Ich nutze Straßen lediglich mit Fahrrad und PKW. Die LKW werden immer größer, Landmaschinen ebenso. Das Verursacherprinzip scheint bei der Verursachung von Straßenschäden nicht zu existieren. Das ist ungerecht!
Schülpe	Der Staat versucht sich aus den üblichen Verpflichtungen zu verabschieden und überrumpelt die Bürger. Es werden vom Bund Gelder zur Sanierung von Straßen

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	bereitgestellt aber die Kommunen setzen ihre Prioritäten wie sie wollen und für die Bürger oder Straßenanlieger nicht nachvollziehbar.
Schwartbuck	Sind nicht schon meien Steuern dazu da, u.a.eine öffentliche Infrastruktur zu schaffen und zu unterhalten ? Also !
Schwarzenbek	Wieder einmal ein skandalöses Verhalten des Staates. Alles verkommen lassen und dann einfach die Steuern und Abgaben erhöhen.
Schwarzenbek	Kommunen vernachlässigen zu lange die Instandhaltung von Straßen, bzw. -wie in meiner Wohnstraße (30kmh-Zone)- es wird wider Proteste und Verbesserungsvorschläge zuviel Verkehr incl. Schwerlastverkehr durch Anwohnerstraßen geleitet. Für die entstandenen Schäden dürfen Anwohner in solchen Situationen nicht herangezogen werden.
Schwentinental	Weil ich es absolut unmöglich finde, dass solche Instandsetzungsmaßnahmen/Sanierungen auf Hausbesitzer abgewälzt werden.Sind die Grundbesitzabgaben nicht schon hoch genug?
Schwentinental	weil diese Petition eine eventuelle Altersarmut bei vielen Hausbesitzern verhindern wird.
Schwentinental	In Anbetracht der nicht unerheblichen Steuern, die wir alle zahlen müssen, sehe ich es als Pflicht der Kommunen und Gemeinden an, die Straßen zu erhalten und auszubauen. Wir haben bei uns viel kommerziellen Durchgangsverkehr wie Busse, Traktoren und LKW, der der Straße sicherlich viel mehr Schaden zufügt als mein kleines Auto. Warum soll ich für deren Sachbeschädigungen zahlen?
Schwentinental	Meines Wissens wird der erstmalige Ausbau einer Straße über Anschlussgebühren etc. vom Erschließungsträger und dann über den Kaufpreis vom späteren Eigentümer gezahlt. Danach zahlt der Eigentümer Grundsteuern. Damit sollte der direkte persönliche Beitrag gut sein - zumal man es als Eigentümer nicht in der Hand hat, wie die Straße genutzt (z.B. häufiger LKW-Verkehr, laufende Instandhaltung) wird.
Schwentinental	Es wird nicht ausreichend geplant, erst wird die Straße teuer gemacht und damit sie lange hält, werden später die Straßenbeläge wieder aufgerissen und Kabel gelegt.... Außerdem zahlen wir ausreichend Steuern. Dann dürfen diese Steuern, die für die Straßen erhoben werden nicht zweckentfremdet eingesetzt werden. Auch hat der Bürger kein Mitspracherecht, welche Beläge und Firmen beauftragt werden. Außerdem wird meine Ausfahrt gegenüber zugeparkt, so dass ich kaum ausparken kann. Es handelt sich um eine sehr schmale Spielstraße -das Parken ist dort nicht gestattet-. Keiner fühlt sich zuständig... ABER ZAHLEN muss ich????
Schwentinental	we il auch wir davon betroffen sein könnten.
Schwentinental	Bin Hausbesitzer mit Eckgrundstück. Könnte die Kosten nicht aufbringen !!
Schwentinental	War bereits von der Entrichtung eine 4-stelligen Straßenausbaubeitrages betroffen.
Schwentinental	Ich war selbst betroffen und musste für unsere Straße einen fünfstelligen Betrag entrichten.
Schwentinental	Ich halte die in vielen Gemeinden erhobenen Straßenbaubeiträge für die meisten Anwohner für unzumutbar. Besser wäre eine Finanzierung aus dem Steuertopf, der über erweiterte Grundsteuer oder ähnliches erweitert werden könnte. Diese Kosten wären dann auch auf Mieter als Nebenkosten verteilbar und würde somit alle Bürger direkt oder indirekt wesentlich geringer belasten, zumal ja viele Bürger, die nicht an einer Straße wohnen diese trotzdem ebenso wie der ÖPNV benutzen.
Schwentinental	weil wir als Renter nicht in der Lage sind, zusätzliche Kosten für Straßen, die für die Allgemeinheit sind und bei uns durch ein angrenzendes Neubaugebiet vom Durchfahren riesiger LKW's und Kieslastern total kaputt gefahren wurden und noch weiterhin durch diese Fahrzeuge stark belastet werden.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Schwentinental	Ganz klar! was hier mit den Steuerzahlern gemacht wird ist nicht nur ungerecht, sondern geht auch an die Existenz und Lebenswürde. Wer die Straßen ruiniert und wer nicht ordentlich wirtschaftet mit Steuergeldern das wissen wir Bürger doch recht genau.
Schwentinental	Erschließungsbeiträge kann eine Familie mit kleinen/großen Kinder in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Die Entscheidung der Sanierung wird nicht mit dem Grundstückseigentümern abgesprochen bzw. Jahre vorher mitgeteilt, so dass sich die Familie finanziell darauf einstellen könnte.
Schwentinental	Betrifft uns alle
Schwesing	Weil es zu starken Ungerechtigkeiten zwischen den Betroffenen und den Nutzern der Straße kommt. Die Anlieger müssen die Straße bezahlen, aber alle anderen nutzen auch die Straße. Die Belastung ist teilweise so hoch, dass der Beitrag der Landwirte den Wert der angrenzenden Nutzfläche übersteigt. Dieses führt zu einer quasi Enteignung.
Seestermühe	Damit eine gerechte Verteilung der Kosten auf alle Benutzer gewährleistet wird.
Sehestedt	Es gibt immer wieder Dinge, die sind wichtig und sinnvoll, aber leider auch immer wieder Sachverhalte, die sich gegenteilig auswirken.
Sehestedt	Diese Kosten sind ungerecht. Steuergelder werden falsch verteilt wie zB Bankenunterstützung
Selk	Weil ich die alleinige Kostenbeteiligung der Hausbesitzer als sehr ungerecht empfinde, da solche Straßen ja meist auch Durchgangsstraßen sind und Hausbesitzer mit Häusern an Kreisstraßen keine Eigenbeteiligung haben. Diese Kommunalstraßen sind keine Privatstraßen!!!
Seth	Weil ich das vorgehen der Politik in SH für falsch halte.
Sievershütten	Das ist wirklich existenzgefährdet, gerade wenn man schon älter ist und keine Reserven mehr hat.
Sievershütten	meine Steuerliche Belastung ist ohne hin schon hoch genug. Ich, als Rentner, der schon eingeschränkte Rente bekommt würde dem Staat auf dem umgekehrten Weg, nämlich Sozialansprüche, wieder zur Last fallen. Unser Staat sollte mal über verschwenderische Gelder nachdenken. Ausgaben die nicht dem deutschen Bürger zugute kommen.
Sievershütten	Bessere Haushaltsführung und gezahlte Steuern, sollten reichen, diese Kosten aus Mineralölsteuer und Kfz-Steuer zu decken. Gleiche Regelung für alle Bundesländer, Abschaffung der bestehenden Gesetze.
Simonsberg	Bei uns heißt es, es sei eine Anlieger Strasse. Wie ist es dann mit: Postfahrzeuge, Müllfahrzeuge, Möbelfahrzeuge, Öllieferanten, Besucher, Sperrmüllfahrzeuge und, und und.??? Ausserdem leben in unserer Strasse viele Rentner (wie ich auch) wovon sollen sie das bezahlen, wenn sie jetzt schon am Existenzminimum leben???
Simonsberg	Wir sind selber mega verarscht wurden in Husum. Wir durften die Strasse sanieren für den ansässigen Schlachthof Danish Crown, der sich wie ein Krebsgeschwür mitten in die Stadt gepflanzt hat. nun haben wir Europas größten Rinderschlachthof mitten in der Ctüy in einer kleinen Sackgasse. Und das die Strassen das Gewicht von hunderten 40Tonner LKW die Woche nicht aushält, ist ja wohl klar.
Sollwitt	Die Straßen werden nicht nur vom Anlieger benutzt.
Sörup	Für sehr viele Hausbesitzer bedeutet dieses Gesetz den finanziellen Ruin, wenn es vor ihrem Haus zu Sanierungsmaßnahmen der Straßen und Gehwege kommt. Gerade im ländlichen Bereich, wo es vor vielen Einzelhäusern lange Straßenfronten gibt, wäre eine Beteiligung an den Kosten nicht zu finanzieren. Besonders ältere Mitbürger wären dann zum Verkauf ihrer Alterssicherung gezwungen, denn als Alterssicherung wurden viele Eigenheime angeschafft. Es ist nicht anzunehmen,

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	dass ältere Mitbürger noch einen Kredit zur Finanzierung der Sanierungen bekommen. Mein Fazit: Das Gesetz ist im höchsten Maße bürgerunfreundlich und es dürfte bei sehr vielen Mitbürgern zu weiterer Politikverdrossenheit führen. Solche Maßnahmen müssten bei richtiger Planung über die Einnahmen aus der KFZ-Steuer zu finanzieren sein. Das Argument, diese Steuer sei nicht Zweckgebunden lasse ich dann nicht gelten, wenn es dadurch zu derartigen Belastungen der Bürger kommt. Dann muss eben die Gesamtsteuereinnahme auch in diesem Sinn Verwendung finden.
Sörup	Diese möglicherweise hohen Summen wären für viele Anlieger in unserem Ort finanziell ruinös! Die Straßen werden von allen Bürgern genutzt und sind für alle von Vorteil, alle sollen deswegen auch zahlen. Was ist eigentlich mit den übergroßen und sehr schweren Landmaschinen der Lohnunternehmer die zumindest teilweise mit grünen Kennzeichen (steuerfrei) unterwegs sind??
Sörup	Als Rentner erleben wir regelmäßig, wie häufig und wie viele "große" landwirtschaftliche Fahrzeuge unsere Straße nutzen. Im übrigen schließe ich mich dem Kommentar meine Mannes an.
Sörup	Mir ist es wichtig, dass sich der Sanierung/Erneuerung etc. bei öffentlich benutzbaren Wegen die Allgemeinheit beteiligt. Oder könnte ich dann Maut verlangen??
St. Märgen	Bürger einer Straße haben keinerlei Einfluss darauf, wann was saniert wird. Dann sollen sie zur Kassen gebeten werden. Ich zahle Steuern und zahle sie gerne und aus Überzeugung. Davon müssen dann solche Kosten gedeckt sein. Das hat auch nichts mit Ungerechtigkeit zu tun - die eingezahlten Steuern kommen auch jetzt nicht allen Bürgern gleichermaßen zu Gute. Das kann auch nicht der realistische Anspruch sein
Stedesand	Weil es unfair ist, wenn der eine Hauseigentümer zahlen muss und der andere nicht. Der Staat kassiert über 50 Mrd. über Kfz und Öko Steuer und nur ca. 30 % geht im Straßenbau (Quelle ADAC stand 2013) Das ist Betrug am Bürger! Außerdem sollten Landwirte deutlich mehr zur Kasse gebeten werden, die fahren die Straßen am meisten kaputt und die anliegenden Gebäude bekommen Risse...
Steinbergkirche	Bin selbst betroffen, da Hausbesitzer in Schleswig-Holstein.
Steinfeld	die Straßen werden von allen und nicht nur von den Anliegern genutzt.
Stelle-Wittenwuth	Wenn Anlieger für eine Straßenerneuerung zahlen, dann bitte alle Bürger, und das wäre dann schon wieder eine neue und völlig unberechtete Strafsteuer. Also, weg mit diesem Ansinnen, dass Anlieger oder Bürger für Straßenausbesserungen zahlen sollen, müssen.
Stockelsdorc	Gerechtigkeit bei der Beitragserhebung, eine gleichmäßige geringe Belastung durch kontinuierliche Beiträge, bessere Planungsmöglichkeiten für die Kommunen, Vermeidung von Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Kommunen wie zur Zeit bei den Planungen üblich.
Stockelsdorf	Es werden Steuern auch für Straßenbau von jedem Bürger erhoben. Und dann hat der Staat auch dafür zu sorgen das das Geld dafür genommen wird, und nicht den kleinen Mann noch einmal in die Tasche gegriffen.
Stockelsdorf	Andere Bundesländer haben es bereits abgeschafft.
Stockelsdorf	Die Straße wird von der Allgemeinheit genutzt und nicht nur vom Anlieger
Stockelsdorf	Durch Straßenbau sollte nicht die Existenz der Bürger gefährdet werden.
Stockelsdorf	Weil auch wir betroffen sind. Unsere Straße am Wasserturm soll nächstes Jahr für teures Geld saniert werden. Leider ist unsere Straße eine Sackgasse und hat eigentlich nur 8 Häuser. Am meisten genutzt wird diese von den vielen Traktoren die jeden Tag an uns vorbei "brettern". Für uns wenige Anwohner bedeutet eine

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Erneuerung auf unsere Kosten, in Teilen einen finanziellen Ruin. Dies sollte verhindert werden!
Stockelsdorf	Die Erhebung von Straßenbaubeiträgen von den Grundstückseigentümern ist ungerecht, weil sie Kosten für kommunale Infrastruktur den Anliegern aufbürdet. Sie ist unsozial, weil Wohneigentum als private Altersvorsorge den Staat entlastet und nicht mit einer teilweise ruinösen Abgabe unterlaufen werden darf. Und sie ist ungleich, weil die Zahlungspflicht nicht in alle Bundesländern gilt und manche Kommunen den Straßenausbau gänzlich aus Steuermitteln finanzieren.
Stockelsdorf	Mir ist diese Petition sehr wichtig, weil ich meine mit unseren Steuerbeiträgen ausreichend zum Erhalt der Infrastruktur beizutragen und weil die Kosten, die auf einen zukommen können einfach irre hoch sind. Haben wir bisher regelmäßig Geld in die Erhaltung unseres Wohneigentums gesteckt, um im Rentenalter bei stark reduzierten Bezügen ein intaktes Heim zu haben, würde uns dann eine hohe Umlage finanziell schwer zu schaffen machen. Auch ist die Umverteilung der Kosten per "Kontakt" zur betroffenen Straße eher ungerecht. Wir haben Nachbarn, die so gut wie keinen direkten Kontakt zur Straße haben, diese aber in vollem Umfang nutzen. Die sind dann quasi befreit. Wir besitzen ein Eckgrundstück und müssten dann für die gesamte Kantenlänge bezahlen. Das ist höchstgradig ungerecht in meiner Wahrnehmung.
Stockelsdorf	Es kann nicht sein, dass nur einige Bürger dafür extra bezahlen, wovon alle Bürger einen Nutzen haben. Es geht gegen meinen Gerechtigkeitssinn.
Stockelsdorf	Straßen instand zu halten bzw. zu sanieren ist Aufgabe der Stadt/Kommune/Kreis/Land und nicht einzelner Bürger, da jeder Einwohner bzw. Gast in diesem Land diese Straßen nutzen darf.
Stockelsdorf	Ich empfinde die bisherige Umlegung der Kosten als sehr ungerecht, da die Straßen von der Öffentlichkeit und nicht nur von den Anwohnern genutzt werden. Zudem besteht nicht wirklich ein Mitspracherecht in Bezug auf die Straßensanierung (Pflasterung oder Asphalt). Nur zahlen darf ich.
Stockelsdorf	Weil gerade in Stockelsdorf ,ständig Bürger mit Kosten beim Sanieren und Neuerschliessen von Straßen belegt werden. Hier wurde in der Verlängerung der alten Segebergerstrasse ein Neubaugebiet erschlossen. Dafür wurde ein Teil der alten Segebergerstraße erneuert und die Anwohner mussten zahlen.
Stockelsdorf	Unzufrieden mit unserer POLitik, die nur dafür da ist, dem Bürger das Geld aus der Tasche abzuzocken. Und Ihre Diäten und Gehälter zu sichern.
Stockelsdorf	Ungerechtigkeit
Stockelsdorf	ungerecht
Stolpe	Die falsche Verwendung der Mineralölsteuer für zweckfremdliche Zuweisung der Rentenversicherung ist nicht in Ordnung. Weiterhin werden die Kommunen durch Vorgaben der Sozialsicherung (Kindergärten , Krippen...) so stark belastet, das es zur Belastung der vorlaufenden Generationen geht, die dies alles schon tragen musste.
Stolpe	Bundesweite Gleichheit. Es kann nicht dem Zufall meiner Geburt geschuldet sein, dass ich mehr für die Allgemeinheit bezahlen muss, als Bürgern in anderen Bundesländern. Freiheit, Ungleichheit, Brüderlichkeit. Deutschland ein Land der alliierten Trennung und ohne Gegenwehr!
Stolpe	Wir wo denn so abseits, dass unser Haus direkt an der Straße steht, die sehr schmal ist. Dieser Weg wird von Landmaschinen so kaputt gefahren, daß ich nicht dafür zahlen möchte, diese oder andere Straßen wieder herzurichten.
Strande	Für Hausbesitzer ist dies eine absolut nicht zu kalkulierender Kostenfaktor, der im Rahmen einer Finanzierung einer Immobilie schnell zum Scheitern führen kann.
Struckum	Wir sind in unserem Wohngebiet sehr betroffen: der durchgeführte Ausbau aller 10 Straßen des Wohngebietes (der Begriff Sanierung wurde nicht mehr benutzt, da

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	sonst die Stadt Bredstedt die Kosten hätte aufbringen müssen) 85 % der gesamten Kosten der Wohnstraße, d.h. in unserem Fall 13000 €!!! Alle Bewohner sind gezwungen, einen Kredit dafür aufzunehmen. Für jeden Anwohner ist es ein riesiges Problem, zumal ein großer Teil Rentner ist.
Struckum	Diese Gebühren müssen auf die Allgemeinheit umgelegt werden, da nicht nur die Anlieger diese nutzen.
Struckum	- - - auch wir sind geschädigt. Unsere Gemeinde hat kurz entschlossen eine Straßenbau-Satzung aufgestellt nachdem einige Anwohner sich in einer anderen Baumaßnahme beschwert hatten und auch nicht zur Kasse geboten werden konnten. Bei uns wurden die Straße
Strukdorf	Ich bin selbst Betroffener und kann in diesem und in vielen anderen Fällen nicht nachvollziehen, dass Abgeordnete in deutschen Parlamenten hinsichtlich der finanziellen Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben jegliches Augenmaß verloren haben und die Interessen ihrer Wähler ignorieren.
Strukdorf	Ein eigenes Haus kann vor altersarmut schützen, nicht aber wenn man sich neue Kredite aufnehmen muss, in oft großer Höhe. Ältere Mitbürger bekommen im Rentenalter nicht mehr jeden Kredit. Das Haus ist nach 30 Jahren abbezahlt, aber man zahlt und zählt. Wer will da noch ein Haus haben. Es ist wohl doch nur Reichen vergönnt ohne Sorgen ein Haus zu haben. Hier wird die zweiklassengesellschaft sehr deutlich.
Strukdorf	Ich hoffe, die Petition bewirkt etwas.
Struvenhütten	öffentliche Straßen müssen vom öffentlichem Geld bezahlt werden.
Süderbrarup	Dieses Thema wurde in unserer Gemeinde kurz diskutiert, dann aber schnell verworfen. Wir wohnen an einer Straße, in der landwirtschaftliche Güllewagen die Einwohnerstraße kaputtfahren. Es wird lediglich die Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert. Wenn eine Erneuerung ansteht, sind die Anwohner an der Finanzierung beteiligt - und zahlen für die Landwirte und alle Ortsanwohner mit! Das ist ungerecht!
Süderbrarup	Weil der Vermieter diese Kosten dann auf die Mieter umlegen.
Süderdeich	Jeden Tag -auch sonntags-fahren riesige Trecker, Erntemaschinen, Lastwagen und Lkws mit ein oder mehreren vollbeladenen Anhängern an unserem Wohnhaus vorbei (ca. 2m von der Straße entfernt. Wie diese Schwertransporte die Straße belasten und abnutzen, möchte ich im Falle einer Erneuerung nicht mit meinem Geld bezahlen. Ich selbst benutze die Straße natürlich auch, aber mit meinem VW Polo bin ich für sie wohl eher ein Leichtgewicht.
Süderdeich	Die Straße an der ich wohne wird extrem durch starken landwirtschaftlichen Verkehr belastet. Die Kosten für eine Sanierung möchte ich deshalb nicht tragen.
Süderlügum	Weil auf unserer Strasse gerade bei landwirtschaftlichen Aktivitäten bis zu 50 Gross-Fahrzeuge mit Anhänger täglich voll beladen vorbei fahren. Neben Lastern, die die Supermärkte mit Waren versorgen, in denen durch die Grenzregion (und den daraus resultierenden Einkauf der Dänen im günstigen Deutschland) gigantische Mengen von Waren transportiert werden. Hinzu kommen Schwertransporte für die nun ortsansässige Firma, welche Windkraftanlagen repowert ! Ein Grosstransporter soll die Strasse wie etwa 200.000 PKW's belasten. Wenn wir dann vielleicht mit unserem PKW das Grundstück 6 x pro Tag verlassen und befahren, steht das in keinem Verhältnis. Es heisst Strassennutzungsgebühr: daher sollte derjenige zahlen der die Strasse nutzt (und zerstört) nicht derjenige der dort wohnt. Ich möchte nicht wissen aus welchem Jahrhundert oder Jahrtausend diese Gesetzgebung stammt. Bei diesen Verkehrsaufkommen ist sie nicht mehr zeitgemäss und daher im höchsten Masse ungerecht.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Süsel	Zahlen wir nicht schon genug Steuern für den Betrieb von Kraftfahrzeugen?
Süsel	Das Prinzip dieser Art von Kostenumlegung ist nicht gerecht. Sollte nur ich als Grundeigentümer beteiligt werden, möchte ich auch gerne über die Nutzung des Abschnittes vor meinem Haus mitbestimmen. Dann würde ich einigen Verkehrsteilnehmern die Nutzung untersagen oder sogar Nutzungsgebühren erwägen.
Süsel	Sehr geehrte Damen und Herren, Diese Petition ist für alle betroffenen Anlieger heute und in der Zukunft wichtig um überhaupt zukünftig ein Anlieger sein zu können. Mein Vater hat einen Bescheid über 46000 Euro erhalten, Ich in den letzten 6 Jahren bereits 2 Ausbaubeiträge für mein damaliges Haus und nun für die Bäderstrasse in Süsel gezahlt. Das waren 8000 Euro. Für einen angestellten Krankenpfleger sind das schwer zu stemmende Belastungen...Mein Kollege wohnt zur Miete, hat drei(!) Autos, mit welchen er diese Strasse befährt...und zahlt nix...Mit freundlichen Grüßen Sven Boonekamp, Süsel
Süsel	Es ist für den Steuerzahler nicht gerecht verteilt. Ein Eigentümer der sein Haus 12 Jahre nutzt und Weiterverkauft... im 14. Jahr wird saniert und der Eigentümer wird zur Kasse gebeten uns kann das teuer Sanierte Haus gleich wieder verkaufen? Nein das geht nicht. Gerecht wäre die Beiträge zur Grundsteuer mit 20,- mehr zu Belasten und somit einen Anteil aufzubauen. Das entspricht der Nutzung. Außerdem, wofür werden KfZ Steuern bezahlt? Für Straßen und Infrastruktur? Ich bin für Gerechtigkeit, warum die Eigentümer zur Kasse bitten.
Süsel/Gothendorf	Als Gemeindevertreter in Süsel erhalte ich nicht selten Einwände und Kritik an den Straßenausbaubeiträgen einzelner Betroffener. Ich selber bin Landwirt und könnte als Anrainer mit größeren Landeigentumsflächen zu solchen Beiträgen in nicht unerheblichen Maße herangezogen werden. Das Land SH gibt viel Geld für z.T. Angelegenheiten wie in übertriebener Weise in Naturschutz-/Ausgleichsflächen aus; hier könnte eine sinnvollere Verwendung in die Infrastruktur vorgenommen werden. Wiederkehrende Beiträge bleibt dagegen in der CDU, für die ich im Gemeinderat sitze, nachwievor ein Thema. Lösungen wie in BAW sind mir angenehmer; Straßen werden von vielen benutzt und nicht nur in verstärktem Maße von einem Anlieger, ob Trecker oder PKW.
Süsel-Ottendorf	Wir bezahlen Steuern und ich auch Kfz.-Steuer. Davon sollten Straßen gebaut und finanziert werden.
Süsel-Ottendorf	Bin als Eigentümerin (alleinerziehend, 3 Kinder) eines Hauses stark durch die hohen Kosten betroffen, verursacht durch die Straßensanierungsarbeiten, die auf mich zukommen werden.
Sylt / Keitum	Wir sind aktuell betroffen und sollen in der nächsten Zeit,so wie man uns mündlich mitteilte ca 30000 € bezahlen,wobei die Anlieger mit 85% an den Gesamtkosten beteiligt sind.Die o.g. Summe ergibt sich für uns aus der Berechnungsformel gemäß hiesiger Satzung,welche u.a. die Grundstücksfläche bei der Anteilberechnung mit einbezieht und nicht den Anteil den wir als Grenze mit der Straße gemeinsam haben.So haben wir zwar nur einen geringen Anteil an der Grenze zur Straße.Wegen der Grundstücksgröße müssen wir aber den größten Anteil bezahlen! Da die Straße ,auch wenn als Anliegerstraße definiert,von jedermann benutzt wird,lehnen wir den Verteilungsschlüssel ab und sind der Meinung,daß Maßnahmen dieser Art von der Allgemeinheit getragen werden müssen! Wir haben uns um einen Kredit bei einemGeldinstitut bemüht,den wir als Rentner jedoch nur bekommen weil das Grundstück für den Kredit als Sicherheit ausreicht und nicht unsere Rente. Mit freundlichem Gruß,J.K.Weber
Sylt, OT. Morsum	Ungerechter geht es nicht. Zum einen lassen die Kommunen die Straßen verfallen, um die Kosten dann auf die Haus- und Grundstückseigner abwälzen zu können. Zum

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	anderen, dürfen alle die Straßen befahren, aber nur die Haus- und Grundstückseigner werden zu Zahlung herangezogen
Sylt-Ost	Es ist schlicht ungerecht sogar unfassbar, wenn die Sanierung von Straßen, die von allen genutzt werden, nur von einigen wenigen bezahlt werden sollen.
Sylt-Ost	Die Kosten sind für viele Bürger nicht tragbar und treiben einige in den Ruin. Es muss eine verträgliche Basis gefunden werden
Tangstedt	Keine Kosten für die Anlieger
Tangstedt	Als Rentnerin kein Geld für so hohe Beträge (Eckgrundstück). Die Straßensanierung ist für 2017 geplant und übersteigt meine Rücklagen
Tangstedt	Wir als Hausbesitzer zahlen regelmäßig Steuern. Die Straßen werden auch von Durchgangsverkehr klapputtgefahren (LKW, Busse, Pendlers, Trecker usw.). Es kann nicht sein, dass diesem Zustand über Jahre keine Gebühr gezollt wird und die Straßen immer mehr verkommen, um dann die Bürger in die Pflicht zu nehmen die dort wohnen.
Tarbek	Straßen und Wege sind i. Allgem. nun einmal für Jedermann angelegt - also für die Allgemeinheit - soweit diese nicht ausdrücklich als Privatstrasse/-weg angelegt sind. Bei Öffentlichen Straßen und Wegen sollte nicht unterschieden werden zwischen viel oder weniger Verkehr, ob kurze oder lange Grundstücksgrenzen usw. So entstehen nur Ungerechtigkeiten. Wir sind alle gleich, und wir alle zahlen i. Allgem. halbbwegs gerechte Steuern (Allgemeinsteuern). Insofern müssen z. B. Straßen und Wege auch rein aus Steuermitteln bezahlt werden können. Allerdings müssen Kommundann en auch mit ausreichend hierfür zweckgebunden Steuermitteln ausgestattet werden.
Tarp	Über die Ausbaumethoden können wir nicht mitentscheiden, d.h. die Verwaltung kann nach Gutdünken den Auftrag vergeben und der Bürger zahlt. Ebenfalls ist ja auch der Anteil der kommunalen Fahrzeuge zu berechnen. z.B. in einer Fahrstraße, die ausschließlich der Zufahrt zu den Grundstücken dient. Hier fahren nur die Entsorgungsfahrzeuge sowie die PKW der Anlieger.
Tarp	Haus- und Grundbesitzer bezahlen bereits Grundsteuer, sind dabei auch noch Bezahler der Kfz-Steuer, die ja zur Erneuerung der Strassen vorgesehen ist.
Tarp	Warum soll mich das Missmanagement der Kumune ruinieren? Schließlich habe ich auch so schon genug mit der Reinigung der Wege für die gemeinschaft zu schaffen. Auch Reumpflicht bestraft mich ein Leben lang. Ich finde das ist genug.
Tasdorf	Die Petition ist deshalb wichtig, weil Straßenbaubeiträge erhebliche Summen erreichen können, die im Alter von den meisten Hausbesitzern nicht mehr getragen werden können; sie müssen ihr Haus verkaufen und werden so kalt enteignet. Die so oft von unseren Politikern propagierte Alterssicherung durch Wohneigentum sieht anders aus. Als man vor Jahren sein Haus baute galt die Regel, Anliegergebühren zu entrichten. Die hat man in sein Baubudget eingeplant. Als Folgekosten zur Unterhaltung der öffentlichen Einrichtungen wurden und werden Grundsteuern erhoben, Diese sollten den ordnungsgemäßen Zustand von Straße, Kanal und ggf. Bürgersteig sicherstellen. Auf diesem Wege sind über die Zeit erkleckliche Summen zustande gekommen. Nur leider wecken solche Gelder ja erhebliche Begehrlichkeiten bei der Politik - sie wurden deshalb für andere Dinge ausgegeben. Jetzt ist kein Geld mehr vorhanden, aber man hat ja den Eigentümer als Sparschwein entdeckt. Der soll gefälligst einspringen und bezahlen, obwohl er weder damals noch heute Einfluß auf den Umfang der Planung und die Ausführung der Baumaßnahmen hat. Wird es eine notwendige und ausreichende Sanierung oder aber eine Luxus-Sanierung? Der Preisunterschied kann erheblich sein. Und außerdem: bin gespannt, auf welchem Feld unsere Politiker das nächste Faß aufmachen, in das der Bürger zusätzliches

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Geld werfen soll. Die völlig unsinnige Dichtigkeitsprüfung für Abwasserrohre gibt es ja schon - eine Konzession an die einschlägige Industrie - und vielleicht ja auch noch eine Sonnenscheinsteuer. Für Regenwassereinleitung gibt es sie ja schon.
Techelsdorf	Da ich selbst zur Zeit betroffen bin.Und es nicht einzusehen ist ,für eine öffentlich genutzte Strasse privat zahlen zu müssen.
Techelsdorf	Der Bürger wird genug geschröpft....
Techu	Ich habe mir grade ein Haus gekauft und möchte nicht durch eine von Sanierungsstau zerstörte Straße oder Kanalisation in finanzielle Schwierigkeiten kommen.
Thumby	Weil ich denke das inzwischen Sanierungen verschleppt wurden. Das jetzt den Anwohnern aufzubürden finde ich nicht gerecht.
Thumby	Zweckentfremdung der eigentlichen Steuern
Timmaspe	Soziale Gerechtigkeit
Timmaspe	Ich finde es nicht richtig, dass einfach entscheiden wird, dass die Gehwege usw... saniert werden und die Anwohner dann zur Kasse gebeten werden.... Wie soll man mal eben 5000,- Euro oder mehr hinlegen??? Gerade auch die Rentner die sowieso keine Kredite mehr bekommen!!! Und auch Familien die dann noch mehr abtragen können, was denn noch alles...
Timmaspe	Millionen von Wirtschaftsmigranten werden hier in Deutschland vollfinanziert und der deutsche Bürger wird AUSGEPRESST wie eine Zitrone! Geht gar nicht!!!! Meine persönliche Sichtweise.
Timmaspe	ungerecht, ich zahle schon Steuern
Timmaspe	Weil es in meinen Augen ein Unding ist, dem Bürger unverhältnismässig hohe Beträge aufzuerlegen. Die von Alleinstehenden Witwen mit Minirente nie im Leben getilgt werden können. Und auf der anderen Seite wird vom Staat Geld nur so herausgeworfen.
Timmendorfer Strand	Ich bin der Meinung das wir schon genug Steuer zahlen. Wenn die Gemeinden mit diesen Verantwortungsvoller umgehen würden, bräuchten wir über dieses Thema garnicht nachdenken. Man muß ja nur in das "Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler (BdSt)" jährlich hineinschauen, dann kann man nur noch mit dem Kopf schütteln.
Timmendorfer Strand	Straßen, die im Rahmen von Erschliessungskosten von den Anliegern bezahlt worden sind, gehen gem. vertraglicher Regelung in das Eigentum einer Gemeinde über. Diese dann von der Allgemeinheit nutzbaren öffentlichen Gemeindestraßen müssen auch von der Gemeindeverwaltung in vollem Umfang instand gehalten werden.
Timmendorfer Strand	Wofür gibt es Steuern? Strassen werden kaum entsprechend unterhalten, wenn die Sanierung jamand anderes bezahlt. Das ist nicht gerecht meiner Meinung nach!
Todenbüttel	Richtig so, es kann ja nicht sein das man Steuern Zahlt und dann wenn die Damen und Herren die diese Verwalten (Verschwenden) dann alle Nochmals zur Kasse Bitten weil sie nicht Wirtschaften können, allein das es so ein Gesetz ist schon Dreist...da man so schon mal schnell das Geld was Vorhanden ist Verprassen (ist ja wie so oft sehr Verlockend) kann und den Bürger dann Dreist wieder zur Kasse Bittet...das ist Leider Deutschland.
Todendorf	Damit nicht irgendwelche Beamten und Staatsdiener, ihre überzogenen Ideen, auf meine Kosten verwirklichen können.
Todesfelde	Weil durch die Ausbaubeiträge ganze Familien in den Ruin getrieben werden können.Die bißherige Lösung unsozial und zum Teil sehr ungerecht ist. Straßenbau ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger.
Tornesch	Die Stadt Tornesch ist ihrer Instandhaltungsverpflichtung 45 Jahre nicht nachgekommen. Jetzt ist es für die Stadt günstiger die Straße, zu Lasten der

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Anlieger, zu erneuern. Die Städte und Gemeinden entlasten ihre Haushalte und erneuern ihre Straße einfach zu Lasten der Anwohner. Und der Gesetzgeber legitimiert das ganze auch noch. Diese Ungerechtigkeit muss endlich abgeschafft werden.
Tornesch	Einfach ungerecht,
Tornesch	Weil wir genug Steuern zahlen und nicht für alles verantwortlich sind.
Tornesch	Das wäre zu schön, wenn das durchgesetzt wird. Durch ein großes, von meinen Vater vorab vererbtes Grundstück haben wir so hohe Straßenbaukosten für die Verlegung der Rohre und die zuwegung in das neu entstandene Wohngebiet. Monatlich müssen wir jetzt 10 Jahre 250,- € bezahlen. Als 4 .köpfige Familie ist es viel, viel Geld!
Tornesch	Weil ich es nicht einsehe das ich als Hausbesitzer auch für den Straßenbau und die damit verbundenen Kosten aufkommen soll denn die Straße gehört mir ja nicht oder kann ich Gebühren dafür verlangen wenn einer drüber fährt
Tornesch	Ein Grundsatz der Demokratie ist es, die Belastungen gleichmäßig zu verteilen um Schaden/Überlastungen abzuwenden und allen eine Beteiligung am gesellschaftlichem Leben zu ermöglichen. Vor diesem Grundsatz ist der kommunale Straßenbau neu zu überdenken, um entsprechende Belastungen zu egalisieren, zumal alle Straßen für alle nutzbar sind.
Tornesch	Auch hier im Ort wurden Straßen nicht repariert, sondern erst sehr viel später (zum Teil) sehr aufwändig saniert, was mit erheblichen Kosten für die Anlieger verbunden war - Kosten, die durch rechtzeitige Reparatur hätten vermieden werden können. Auch das nur die jeweiligen Grundstückseigentümer für die Kosten herangezogen werden, halte ich in heutiger Zeit nicht für gerechtfertigt und unsozial.
Tornesch	Das ist eine zusätzliche Steuer. Kfz. St. und Grundst. müssten für den Strassenbau verwendet werden. Ausserdem sind wir nicht die alleinigen Nutzer der Strasse vor unserem Haus. Sehr ungerecht!!!
Tornesch	Sind aktuell davon betroffen.
Tornesch	Mir ist dies wichtig, da schon viele Menschen durch solche Kosten in den Ruin getrieben wurden. Auch wir haben seit kurzem ein Eigenheim und große Sorge vor einer solchen potentiellen finanziellen Belastung.
Tornesch	es muss verhindert werden, dass Mitbürger ohne jeden Einfluss zu existenzgefährdenden Abgaben herangezogen werden
Trappenkamp	Ältere Anlieger die sich über viele Jahre mühsam ihr Haus bezahlt haben, haben jetzt nur noch eine kleine Rente. Ein Darlehen ist aus Altersgründen nicht mehr möglich. Das ist aber die Generation die Deutschland wieder mit aufgebaut hat und wird jetzt in ihrem zum Teil hohen Alter noch mal zur Kasse gebeten. Das ist beschämend.
Trappenkamp	Straßen werden von allen KFZ-Besitzern genutzt und nicht nur durch Eigenheimbesitzer. Die meisten Schäden werden durch LKW's verursacht, die jedoch nicht an den Kosten beteiligt werden. Auch die Abrechnung nach Grundstücksgröße und Geschößzahl ist ungerecht und steht in keinem Zusammenhang zu den Straßen.
Trappenkamp	Entweder sind Straßen Allgemeingut, die von allen getragen, unterhalten und somit auch allgemein genutzt werden, oder sie werden privat finanziert und auch nur privat genutzt. Wenn man 85% der Kosten einer Baumaßnahme tragen soll, an der man kein Mitspracherecht von der Planung über die Vergabe an die ausführenden Firmen bis hin zur Ausführung, Abnahme und Abrechnung hat, läuft etwas Grundsätzliches falsch!
Trappenkamp	Weil nicht jeder das geld hat um das zu bezahlen und auch nicht immer in bar gekauft haben

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Trappenkamp	Mir ist es sehr wichtig, da unsere Straße von LKW's und Linienbussen sehr stark befahren wird. Ich sehe es nicht ein das dieser Verkehr nicht auf die dafür vorgesehene Bundesstraße umgeleitet wird und vor allem das die Lkws durch Wohngebiet fahren obwohl sie keinen großen Umweg machen müssten um an ihr Ziel zu gelangen.
Trappenkamp	Eine Kostenbeteiligung bei einer Straßen oder Kanalsanierung wären für mich Finanziell nicht tragbar.
Trappenkamp	Ich könnte mir eine monatliche Abgabe in Höhe von ca. 5-10€ pro Bürger vorstellen, sofern dieses Geld dann wirklich für Sanierungsarbeiten genutzt wird.
Trappenkamp	Verhinderung von Altersarmut durch hohe Beiträge für Rentner, Straßenbau ist Aufgabe der öffentlichen Hand, da alle Bürger davon profitieren, auch ausländische Gäste
Trappenkamp	Straßenbaukosten sind Aufgaben der Gemeinden
Trappenkamp	Bei uns im Ort mussten wir als Anlieger astronomische Summen für die Finanzierung der Straße bezahlen - ein Irrwitz, weil wir kein Recht zur Mitbestimmung haben. Und für Gemeindevertreter ist es natürlich nett das Geld anderer Leute mit vollen Händen rausschmeißen zu dürfen. Für Fehlplanung werden die Damen und Herren auch nicht zur Rechenschaft gezogen... Ich empfinde das als Unverschämtheit!!!
Trappenkamp	JEDER nutzt die Straßen , daher ist der Straßenausbau aus Steuergeldern zu bezahlen. 50 Jahre wurde an der Strasse nichts gemacht und jetzt sollen wir alles tragen, das passt einfach nicht.
Trappenkamp	Ich habe neu gebaut und die Straße an der ich wohne, soll jetzt ebenfalls saniert werden. Jetzt kommen zu der Hausfinanzierung auch noch die Kosten für die Straßen Sanierung dazu. Wozu zahlen wir KFZ-Steuern und Grundsteuer B auf unser Eigentum?
Trappenkamp	Hausbesitzer
Trappenkamp	Weil auch ich irgendwann davon betroffen bin. Bei fast 50% Steuerabzug vom Gehalt, weiß ich nicht wie das gehen soll. Man zahlt doch nun wirklich schon genug an den Staat.
Trappenkamp	Weil der Straßenbaubeitrag im höchsten Maße ungerecht ist .15 % Gemeinde- 85 % Anlieger und außerdem bei Eckgrundstücken Doppelbelastung zwei mal 85 %.obwohl es ein und der selbe Straßennahme ist werden auch noch unterschiedliche qm meter Preise verabreicht ohne zulässigen Einspruch der Bürger. Ich finde es eine Vergewaltigung der Bürger ohne gleichen. Und wenn wir vor allem Rentner nicht bezahlen können dann wird die Belastung einfach ins Grundbuch eingetragen fertig. Warum machen sich von uns gewählte Politiker die Allmacht zu Eigen und bestimmen über unsere Existenz. Da kann ich nur sagen es muß eine Volksabstimmung her sofort.
Travenbrück	volle Zustimmung
Traventhal	Kosten sollten nicht auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen werden. Hausbesitzer sein heißt nicht... daß auch Geld für so etwas da ist. Können sich ganz viele einfach nicht leisten.
Tremsbüttel	Mir ist es wichtig das unsere Abgeordneten ebenfalls wie auch in den anderen erwähnten Bundesländern sich für die Belange der Bürger einsetzen und gerade bei der hohen Steuerlast in Schleswig-Holstein dafür Sorge tragen das man sich nicht auch noch an etwaigen Straßenbaukosten beteiligen muss. Schließlich müssen wir ja auch im Straßennetz Mobil bleiben können um dem Land Steuereinnahmen zu

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	erwirtschaftete. Das wir mit der KFZ-Steuer schon dafür genügend bezahlen dürfte doch jedem klar sein!
Tremsbüttel	ich kanns mir schlicht und einfach nicht leisten, in naher Zukunft, neben meiner darlehen und Hypotheken, auch noch die straße zu finanzieren.
Tremsbüttel	Es geht um Zahlungsgerechtigkeit; alle Bürger nutzen die Straßen, also sollen auch alle an den Kosten beteiligt werden. Es kann nicht angehen, dass einige wenige Grundstückseigentümer die Zahlungen leisten müssen. Nicht jeder, der Eigentum hat, hat auch genügend Geld, um 5-stellige Beträge zu zahlen.
Tremsbüttel	Grundsätzlich unterstütze ich die Forderung, auch wenn sie nicht in allen Punkten sachlich und objektiv scheint und hier eher der Unmut über eine persönliche Beitragsforderung der Auslöser ist. Ich stimme aber zu, dass mit der Rechtsänderung "Gerade die letzte Änderung zum 30.11.2012 hat die Situation weiter verschärft. Da wurde u. a. der Passus „Eine Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen besteht nicht“ gestrichen z.B. den Gemeindevertretungen die Möglichkeit genommen wurde, selbst über eine Beitragserhebung zu entscheiden. Und das bedeutet einen massiven Eingriff in die Demokratie.
Tremsbüttel	Gleichstellung
Tremsbüttel	Ich kann nicht akzeptieren, daß die Kosten auf ein paar wenige Anwohner der Straße umgelegt werden sollen, wo doch hunderte oder gar tausende Tag für Tag über diese Straße kostenlos fahren dürfen. Wo bleibt da das Gleichheitsprinzip?
Trittau	Auch in unserer Straße sollen die Anwohner in der nächsten Zeit für eine Sanierungsmaßnahme zur Kasse gebeten werden. Wäre unsere Straße eine Privatstraße, oder mit einer Schranke nur für uns die Anwohner versehen, würde ich es verstehen, dass ich als Anwohner zahlen muss. Aber da auch alle anderen Personen aus der Gemeinde, so wie zum Beispiel der Anliefer- und Kundenverkehr eines Supermarktes in der Nachbarstraße, sowie der tägliche Bring- und Holverkehr bei der KiTa unserer Straße , die Straße nutzen, sehe ich nicht wirklich ein, warum nur die paar Haushalte zum größten Teil die Kosten tragen sollen. Ferner müssten eigentlich nur die Abwasserleitungen erneuert werden, da sie die stetig ansteigenden Regenwassermengen nicht mehr tragen. Bei uns soll jedoch auch gleich optisch noch z.B. durch Pflasterarbeiten etc. verschönert werden, was natürlich auch gleich teurer wird.
Trittau	Hier in Trittau werden nur Eigentümer bestimmter Straßen (Betroffene Hauptstraße und Verlängerungen nur zu einer Seite) zur Zahlung herangezogen, aber nicht die Querstraßen. Nutzer der Straßenbaumaßnahmen sind alle Einwohner und nicht nur Anlieger bestimmter und nicht unmittelbar betroffener Straßen.
Trittau	Auch in unserer Strasse sind Baumaßnahmen geplant, an denen wir kostenmäßig beteiligt werden sollen. Darüber hinaus, sind wir der Meinung, schon genug Steuern zu zahlen, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer...
Trittau	Ach bei uns sind Straßenausbaumaßnahmen geplant, bei denen wir Beitragspflichtig wären. Ich bin der Meinung das wir bereits genügend Steuern und Abgaben bezahlen (Mineralölsteuer, Kfz Steuer, Grundsteuer, Grunderwerbsteuer etc.) so das ein Beitrag zur Straßenerneuerung ungerechtfertigt ist.
Trittau	Man kann nicht die Hausbesitzer auf Jahre verschulden, obwohl alle Menschen die Straße nutzen dürfen.
Trittau	In Kürze befürchten wir (meine Ehefrau und ich) die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wegen Ausbau der Campestraße in Trittau. Wir halten dies nicht mehr für zeitgemäß. Die gesetzlichen Grundlagen (FAG, KAG und GO) bedürfen dringend der Anpassung an veränderte Verhältnisse im gesamten Gesellschaftleben.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Trittau	Ich finde es ungerecht da das Gesetz in anderen Bundesländern nicht zur Anwendung kommt, es wurde gestrichen. Es sollten doch alle Bundesbürger gleichgestellt sein. Gleichstellung für alle !!
Trittau	Bundeseinheitliche Regelungen sind wichtig und gerecht.
Trittau	Ungerechtigkeit der Kostenverteilung - nach Grundstücksgröße - d,h Gartengrund muß auch bezahlt werden. Es sollte eine allgemeine Gebühr jährlich erhoben werden. Möglichst nach Anzahl der Autos
Trittau	Es ist in meinen Augen ein Unding, dass der Staat/die Gemeinde Jahrzehnte ihrer Pflicht zur Instandhaltung der Straßen nicht nachkommt, um sich die Kosten dann von den Bürgern wiederzuholen.
Trittau	Weil ich als Rentner dafür kein Geld übrig hätte !!!
Trittau	Die Petition ist mir deshalb wichtig, da die Straßen nicht nur von Anliegern und Bürgern benutzt werden, sondern von allen Personen, so dass es ein allgemeines Anliegen ist. Ich sehe deshalb die Gemeinden in der Pflicht, die Straßen durch Steuermittel als allgemeines Finanzierungsmittel zu sanieren. Wenn überhaupt, könnte man den Schlüssel umdrehen und 10 % von den Anliegern verlangen.
Trittau	Wofür zahle ich eigentlich Steuern, wenn ich die Straßensanierung selbst bezahlen soll?
Trittau	ich möchte nicht alleine als Hausbesitzer für die Reparaturen für öffentliche Straßen finanziell aufkommen müssen.
Trittau	Ich bin Grundeigentümer und habe den Bau der Straße durch die Erschließungskosten mitfinanziert. Genutzt wird die Straße von der Allgemeinheit und vor allen Dingen von Schülern und Lehrern der benachbarten Schulen. Eine erneute direkte Kostenbeteiligung empfinde ich als ungerecht.
Trittau	Weil wir als Familie durch die Hausfinanzierung die nächsten Jahrzehnte völlig am Limit sind.
Trittau	wir Bürger müssen sowieso schon viel Steuern Zahlen! In einigen Bundesländern werden keine Ausbau-beiträge mehr von den Grundeigentümern gefordert.
Tüttendorf	Ich bin möglicherweise demnächst von der genannten Umlage betroffen.
Tüttendorf	weil ich es nicht einsehe, dass wir hohe KFZ-Steuern bezahlen, die mittlerweile zweckentfremdet verschleudert werden, während unsere Politiker sich die Taschen füllen und wenn nichts mehr da ist, dann soll der Bürger auch nochmal zur Kasse gebeten werden.
Tüttendorf	Anliegerbeiträge sind nicht gerechtfertigt. Straßenbau und -Unterhaltung sind Sache der Allgemeinheit
Tüttendorf	Die Sanierungsbeiträge können Haushalte wirtschaftlich ruinieren. Statt eine Zahnsanierung (Jahrzehnte gespart in eine Lebensversicherung) muss das Ersparte in eine Straße investiert werden.
Uetersen	Es ist ungerecht, für etwas zu zahlen, das öffentlich von jedem genutzt werden kann. Jahrelang wird für die Instandhaltung nichts getan, und jetzt sind die Straßen völlig marode und die Anlieger sollen bezahlen.
Uetersen	Ich unterstütze in vollem Umpfang die Argumentation der Petition. Diesbezügliche Vorfälle im Bekanntenkreis haben mir gezeigt, welche finanziellen Folgen eintreten können. Dieses gesetzlich legitimierte Verfahren stellt einen Selbstbedienungsladen für die Kommune dar, und muss dringend abgeschafft werden.
Uetersen	Wir wurden schon vor 2 Jahren aufgefordert eine Summe von ca. 35.000 € zu zahlen, da wir eine kleine Zufahrt hatten. Diese haben wir vor Jahren von der Stadt gekauft, um auf unserem hinteren Grundstück zu bauen. Was hier aber in Uetersen nicht gewollt ist. Danach haben wir dieses kleine Grundstück verkauft, da wir im nächsten Jahr wieder mit der Straßensanierung heran gezogen werden. Wir hätten

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	also 2 x 35.000 € zahlen müssen. So verbleibt also im nächsten Jahr eine Forderung in Höhe von 35.000 €. Wir sind für die wiederkehrenden Beiträge bzw. für die völlige Streichung der Straßenausbaubeiträge.
Uetersen	Voraussichtlich im Jahr 2017/18 werden viele Hauseigentümer zu anteiligen Gebühren für die Straßenerneuerung in Höhe von herangezogen. Meistens in 5stelliger Höhe. In Uetersen wird dieses Gesetz seit mehreren Jahren durchgesetzt. Rentner und ältere Arbeitslose, die endlich Ihr Haus über Jahrzehnte abbezahlt haben, kommen dadurch in erhebliche Geldprobleme die die Stadt in keiner Weise interessieren.
Uetersen	Die Entscheidung, welche Straße zu sanieren ist wird an den Anwohnern vorbei nach billigem Ermessen getroffen. Bei mir bleibt der schale Beigeschmack, dass nach für die Stadt nahezu kostenneutralen Aufträgen für die Bauindustrie gesucht wird.
Uetersen	Es ist völliger Unsinn, dass Anlieger von Ausbaumaßnahmen einen größeren Vorteil haben, als der Rest der Bürger. Dieses Gesetz entlarvt lediglich die Angst der Politiker, den Bürgern (Wählern) die anfallenden Kosten "aufs Auge zu drücken."
Uetersen	Dies ist gerade in der Hochfeldstrasse in Uetersen passiert, wo viele ältere Bürger (im oder kurz vor dem Rentenalter) wohnen, die von der Stadt Uetersen zur Kasse gebeten wurden. Das Kuriose dabei ist, dass die Gebühren en für die Sanierung nicht nach der an die Straße angrenzenden Grundstücksbreite SONDERN NACH DER Länge.
Uetersen	Alle Verkehrsteilnehmer benutzen und zerfahren unsere Straße vor unserem Grundstück, ich sehe es nicht ein das wir als Anlieger für die Kosten herangezogen werden. Unsere Straße ist keine Anliegerstraße mehr sondern eine Durchgangsstraße geworden. Durch das Neubaugebiet Erlengrund und der neue AWO-Kindergarten mit ca. 40-50 Kindergartenplätzen haben wir ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. Außerdem wurde die Einbahnstraße am Seeth aufgehoben und für den Durchgangsverkehr geöffnet, viele fahren vom Tornescher Weg bei uns vorbei.
Uetersen	Der Bürger zahlt schon genug Steuern. Man sollte da mehr auf Steuerverschwendung achten. Dann könnte man auch Straßen der Anlieger sanieren.
Uetersen	Es ist ungerecht, wenn in einigen Bundesländer diese Kosten nicht umgelegt werden. Außerdem werden die Straßen nicht nur von den Anliegern befahren sondern von dem normalen Lieferungs- und Durchganzverkehr zu neuen Baugebieten.
Uetersen	Weil es nicht sein kann das man für öffentlich genutzte Straßen als Burger bezahlen muss! Das gibt es nirgendwo in Europa...!
Uetersen	Beschämend !
Uetersen	Die Politik saugt seine Bürger aus, das einem schwindlig wird
Uetersen	ich zahle bereits mehr als genug Steuern, da muß die Erneuerung des Straßenbelages mit drin sein!
Uetersen	Betroffen
Uetersen	wegen bereits erhobener Straßenausbaubeiträge in 2014
Uetersen	Betrifft mich selber
Uetersen	Wir zahlen genug Steuern an die Stadt. die Kosten müssen von der Stadt getragen werden.
Uetersen	Weil mich das persönlich treffen könnte und wir dann ein grosses Problem als Eigentümer hätten.
Uetersen	es geht mir um Gerechtigkeit. alles was ich habe wurde mir nicht geschenkt,ich musste schwer dafür arbeiten bezahle immer mer steuern und muss trotzdem noch

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	draufzahlen. ich möchte das sich unsere Bürgervertreter auch um belange der Bürger kümmern und sie nicht in die pleite treiben denn es geht hier nicht um Pienats
Uphusum	Straßenunterhaltung und -erneuerung sind aus Steuermitteln zu bezahlen, da Straßen von der Allgemeinheit genutzt werden. Hausbesitzer werden in den letzten Jahren mit immer neuen Auflagen überzogen, Es wird von der Politik anscheinend unterstellt, dass der Besitz eines Hauses gleichbedeutend mit Besitz von Geld ist. Das ist eine völlige Verkennung der Realität.
Waabs	Weil Deutschland wie auch das Land so viel Geld für Mist ausgiebt und sie lieber ein mal die kommunalen Straßen machen sollten und den Bürgern dort kräftig unter die Arme greifen sollten!
Waabs	Auch meine Frau und ich wären bei Kostenbeteiligung an unserer Strasse von Armut oder Altersarmut betroffen, in 3 Jahren gehe ich in Rente, schon jetzt reicht das Einkommen so gerade eben. Nur weil der Bund / Länder und Komunen jahrzehnte lang nicht investiert haben, muss nun der kleine Bürger dran glauben, das Gesetz gehört abgeschafft, wir zahlen schon genug Steuern, diese müssten nur richtig verteilt werden.
Waabs	Weil ich befürchte, durch diese Beiträge wirtschaftlich ruiniert zu werden. Das Land stiehlt sich aus der Verantwortung
Waabs	Weil hier die Bürger in einer unverschämten Art und Weise ungerecht belastet werden. Straßenbaumaßnahmen müssen aus Steuergeldern finanziert werden!
Waabs	Die Straßenbaubeteiligungspflicht kann Menschen, die Jahrzehnte lang Steuern für die Kommune gezahlt haben die Existenz kosten. Insbesondere Familien sind betroffen.
Wahlstedt	Ich vermäge nicht einzusehen, weshalb die jeweiligen Anlieger für die Sanierung von Straßen zur Kasse gebeten werden.Es handelt sich hierbei nicht um Privatstrasen, sodern um öffentlich genutzte Verkehrswege, die zum grössten Teil durch Unmengen von LKW beansprucht werden.
Wahlstedt	Da es bundesweit ausreichend Kommunen gibt, in den die Gebühren nicht auf die Anlieger abgewälzt werden, sollten auch in Schleswig-Holstein diese Regeln gelten. Würde der Staat die KFZ-Steuer für den Straßenbau bzw. die Instandhaltung nutzen, hätten wir "goldene und beheizte" Straßen.
Wahlstedt	Es ruiniert die Bürger nur weil der Staat die Strassen verkommen lassen hat!
Wahlstedt	Weil wir direkt davon betroffen sind...
Wahlstedt	Weil wir genug Steuern bezahlen. .und beim Kauf des Grundstücks schob einmal die Kosten für die Straße und alles was dazu gehört. .geleistet haben
Wahlstedt	Es ist nicht zu fassen das die Bürger zahlen müssen..Was ist mit den älernen Bürgern die eigentlich schon ihr Haus bezahlt haben woher sollen die noch Gelder bekommen? Im hohen Alter bekommt man doch nichts mehr von der Bank .Und das alles nur weil die Städte kein Geld mehr haben müssen wir bluten ...
Wahlstedt	Gegen eine Beteiligung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Doch die Regelungen verführen dazu, fällige Reparaturen solange aufzusparen, bis man sich das Geld bei den Anliegern holen kann. Weiterhin sind regelmäßig die aufgerufenen Summen so hoch, dass Existenzen von Privatpersonen oder auch Gewerbebetrieben bedroht werden. Das ist inakzeptabel und nicht zielführend.
Wahlstedt	Sollte dies auch in der Skandinavienstr geschehen do bin ich weder in der Lage einen Kredit aufzunehmen noch sonst irgendwie zu zahlen Nicht jeder Hauseigentümer ist in der finanziellen Lage so einen Riesen Betrag zahlen zu können. Auch wenn ein Haus da ist, kann kein Kredit aufgenommen werden wenn Hartz IV empfangen wird. In diesem Falle wird auch das Haus als Sicherheit nicht akzeptiert

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wahlstedt	ganz einfach, weil einen perfiden Machtmißbrauch der "Obrigkeit darstellt
Wahlstedt	Hoffe das es klappt
Wahlstedt	Geld sparen
Wahlstedt	Weil ich bereits verdammt viel Geld für unsere Straße bezahlen durfte.
Wahlstedt	Weil unsere Straße gerade zu überhöhten Preisen saniert wurde und wir Anwohner nun vor dem finanziellen Ruin stehen. Die Stadt entscheidet und der Anwohner muss sehen, wie er es bezahlen kann oder im schlimmsten Falle sogar sein Haus verkaufen muss. Ich finde, dass geht gar nicht. :(Dank unserer Hausbank müssen wir nicht verkaufen, aber bei meinen Nachbarn sieht es nicht so gut aus. Wünsche euch viel Erfolg. ...
Wahlstedt	Öffentilich genutzte Strassen gehören durch die Stadt/Kreis instandgehalten zu werden
Wahlstedt	Es wäre genug Geld, wenn die Gelder zweckentfremdet ausgegeben werden.
Wahlstedt	Es ist für mich wichtig, dass öffentliche Strassen auch von öffentlichen Geldern (Steuern) die wir zu genüge zahlen, frühzeitig saniert werden und nicht die Anlieger in ein finanzielles Disaster gestürzt werden.
Wahlstedt	Mühsam angespartes Geld, das eigentlich für dringend notwendige Renovierungen angespart wurde, muss nun aufgrund Entscheidung von außen verwendet werden, z. T. noch für Sanierungen, die jahrelang "verschleppt" wurden. Zudem werden die Straßen von allen genutzt. Fehlt das Geld, muss es aufgenommen werden - andere Ausgaben würde man verschieben können, hier hat man keine Wahl.
Wahlstedt	Straßenausbau kommt allen zu Gute, nicht nur wenigen
Wahlstedt	Die Kommunen lassen die Infrastruktur verkommen und bedienen sich am Geld der Anwohner. Höchst ungerecht, weil nur direkte Anlieger zahlen, nicht alle Nutzer.
Wahlstedt	Für mich und meinen Betrieb könnte die Sanierung der Straße die hauptsächlich Landwirtschaftlich genutzt und belastet wird zu einer existenzbedrohenden Situation führen.
Wahlstedt	Unglaublich wir zahlen mit unserer Klinik monatlich horrenden Summen an Stadt und Staat aber die finden immer neue Möglichkeiten einem das Geld aus der Tasche zu ziehen gefühlt bezahlen wir eh schon 5 Staatsbedienste und jetzt sollen wir auch noch die seit Jahren kaputte und nicht renovierte Strasse bezahlen
Wahlstedt	Es ist meiner Meinung nach unzumutbar, dass Hauseigentümer am Straßenbau beteiligt werden. Wofür zahlen wir bitte Steuern? Steuern werden sehr oft für Zwecke eingesetzt, die für den Normalbürger mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar sind. Das Geld wird oftmals "zum Fenster hinausgeworfen". Wir zahlen Grundstückssteuern, der Staat ist zu 78 % an der Mineralölsteuer beteiligt, Kfz.-Steuern werden fällig usw. usw.. Das alles hat mit Straßenbenutzung zu tun. Ferner benutzen alle Bürger die Straße und nicht nur die Anlieger! Die meisten Hauseigentümer sind überhaupt nicht in der Lage, soviel Geld aufzubringen und müssen sich dadurch hoch verschulden. Ist das bitte sozial und gerecht?
Wahlstedt	Ich finde die Art, wie hier mit dem Geld der Bürger umgegangen wird, nicht in Ordnung. In vielen Fällen sind die Anwohner nicht für die schlechte Straßenqualität verantwortlich, weil dort auch Schwerlastverkehr die Straßen frequentiert. Hier ist dringend Änderungsbedarf notwendig!
Wahlstedt	Wir haben das Glück an einer neu fertiggestellten Straße gebaut zu haben. Aber auch diese wird irgendwann saniert werden müssen, wahrscheinlich wenn wir Rentner sind und dann gegebenenfalls auch weniger Geld zur Verfügung haben. Wir möchten dann nicht das Haus verkaufen müssen, weil wir diesen Anteil dann nicht mehr zahlen können. Unser Haus soll ja gerade unsere Altersvorsorge sein. In unserer Nachbarschaft wurde gerade eine Straße saniert und nun stehen viele Häuser zum Verkauf, weil die älteren Personen, die dort leben, die

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	Straßenbaubeiträge nicht mehr bezahlen können. Geld leihen geht auch nicht, das sie zumeist auch aufgrund ihres Alters kreditunwürdig sind.
Wahlstedt	Oft sind Sanierungen gar nicht notwendig. Mein Haus ist meine größte Altersabsicherung, sollte ich zu Sanierungsbeiträgen herangezogen werden, wäre es mein wirtschaftlicher Ruin. Die besch...eidene Zinspolitik der EZB reicht doch schon für die kleinen Leute Alfred Kzionska
Wahlstedt	Strassen werde nicht nur vom Anwohner benutzt, sondern von der Allgemeinheit. Somit soll auch die Allgemeinheit zur Kasse gebeten werden.
Wahlstedt	In unbestimmter Zeit wird meine Mutter und ich das Haus meiner Großeltern übernehmen. Noch ist unsere Straße in Ordnung. Es weiß keiner, wann sich diesen Zustand ändert. Früher oder später wird unsere Straße, wie vielen anderen auch Sanierungsbedürftig sein. Ein Haus alleine ist teuer genug. Eine teure Rechnung, um die Straße zu sanieren, würde uns das Genick brechen. So würde es nicht nur uns, sondern auch vielen anderen ergehen. Dafür zahlen wir schon KFZ- und Mineralölsteuer und je nachdem auch Maut. Dafür sollte eigentlich die Steuern zur Finanzierung der Sanierungen für die Straßen hinfließen. Ich kann es nicht verstehen, warum die ganzen Einwohner zusätzlich zur Kasse gebeten werden.
Wahlstedt	Die Autos und die Lkw machen die Straßen defekt
Wahlstedt	Weil Hauseigentümer diverse Kosten haben und die zusätzlichen Kosten zu denen sie herangezogen werden nicht tragbar sind.
Wahlstedt	Die Straßen wurden Jahrzehnte lang nicht vernünftig instand gesetzt mit schlimmen Folgen!nun versucht man versäumtes auf die Bürger abzuwälzen!
Wahlstedt	Es ruiniert die Bürger nur weil der Staat die Strassen verkommen lassen hat!
Wahlstedt	Die Kronsheider Strasse wurde durch schwer LKW zerstört und soll jetzt saniert werden. Die Schwer LKW fahren täglich nach Grundfoss, Glaswerke, ARKO, Und PELZ. Warum werden die Betriebe nicht dazu aufgefordert die Strasse zu sanieren, statt dessen Betriebe sollen nichts bezahlen, und die armen menschen die an der Strasse wohnen, sollen es tragen. Das ist eine Schande für Stadt Wahlstedt und Landesregierung Schleswig Holstein.!!!
Wahlstedt	Die Überschrift sagt schon den wesentlichen Teil aus. Keine staatlich angeordnete Existenzgefährdung...!!!
Wahlstedt	Dafür zahlen wir genug Steuern!
Wahlstedt	Volksvertreter? Schande, einfach nur eine Schande.
Wahlstedt	Weil es nicht sein kann, dass man als Bürger (mit Eckgrundstück) doppelt zur Kasse gebeten wird und es nur Anlieger an der entsprechenden Straße betrifft, obwohl jeder die Straße genauso benutzt. Man fühlt sich durch die Stadt benachteiligt.
Wahlstedt	Existenbedrohende Ausgaben für die Bürger
Wahlstedt	Weil der kleine Mann wegen dieser nachlässigkeit mehr oder weniger ruiniert ist
Wahlstedt	Sanieren vor Neubau , nicht solange warten, bis der Bürger zahlt. Die Vertreter der Gemeinden können dafür sorgen. Im Ausschuß muß nur dafür ein Beschluß gefaßt werden. Die Aussrede, das eine Zuschußgemeinde ene Ausbausatzung machen muß, ist falsch, "weil vorher saniert werden kann" und die Gemeinde muß das dann ja auch aus eigenen Mittel mache ! Eine Gemeinde, die die Finanzierung über Ihre Bürger macht, sollte man abwählen !
Wahlstedt	Weil es ungerecht ist
Wahlstedt	weil ich im nächsten wahrscheinlich auch betroffen bin.
Wahlstedt	Es kann doch nicht sein, dass in jedem Bundesland andere Vorschriften bzw. Gesetze gelten.
Wakendorf	Da wir selbst Hauseigentümer sind und unsere angrenzende Straße demnächst saniert werden soll.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wakendorf	...weil der Straßenbau in SH seit langer Zeit total vernachlässigt wurde und ich es als ungerecht empfinde, dass einzelne Grundeigentümer, die eben ungünstige Grundstücke haben, jetzt den Schaden haben. Außerdem werden die Strassen von ALLEN Bürgern genutzt und somit ist das eine Gemeinschaftsaufgabe, die daher aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren ist.
Wakendorf	Selbst betroffen
Wakendorf	Damit endlich der Straßenbau aus Steuermitteln finanziert wird.
Wakendorf	Existenznot durch neue Straße - nein danke!
Wakendorf	Überlastung der Bürger mit Abgaben aller Art abwälzen des Versagens der Politik
Wallsbüll	Es kann nicht sein, daß Anwohner für die von zu schweren LKW & Monstertrecker zertrümmerte Dorfstraße zahlen müssen !
Wanderup	..., weil der Straßenbau wie andere Angelegenheiten Sache der Allgemeinheit - sprich des Staates - ist - so wie alle BürgerInnen die Straßen nutzen können. Daher müssen die notwendigen Mittel aus dem Steueraufkommen genommen werden. Die Belastung der Grundeigentümer ist in höchsten Maße unbillig, da diese in der Regel nicht die Schäden verursachen, für deren Beiseitigung sie nach bestehendem Recht finanziell unverhältnismäßig stark belastet werden.
Wankendorf	Weil für Sanierungsmaßnahmen Steuergelder zur Verdopplung stehen, die addiert sowieso schon 70% des Einkommens verschlingen. Lohnsteuerkarte, Mehrwertsteuer, KFZ- und Mineralölsteuer sind nur einige Beispiele.
Wankendorf	Weil die Straßenausbaubeiträge in vielen Fällen Menschen in den Ruin treiben. Wir bezahlen Kfz-Steuer, Grundsteuer etc. Was wird mit unseren Steuern gemacht?
Wankendorf	Weil durch horende Ausbaubeiträge Existenzen gefährdet werden. Die systematische Zerstörung durch Nichtstun des Ortswegenetzes weit verbreitet ist. Und weil die ausbaukosten oft unangebracht hoch sind weil nicht mit Sachverstand geplant wird und mit dem Geld anderer Leute um sich geworfen wird.
Wankendorf	Weil ich es ungerecht finde, dass Anwohner auch zahlen sollen und Diejenigen die die Straßen auch nutzen, nur einen Minimalbeitrag in Form der allgemeinen Steuern. Ein Rentner ohne Auto mit einer langen Straßenfront zahlt für die Autofahrer. Wie kann das gerecht sein. Außerdem handelt es sich in der Regel um ältere Mitbürger, die meisten Neubaugebiete haben 1. (nicht so große Grundstücke und 2. kaum durchgangsstraßen.
Wankendorf	Es ist mehr als ungerecht.
Warringholz	Ich bin Hauseigentümer und beschwere mich schon seit Jahren im Gemeinderat.
Wasbek	Unkontrolliert Kosten in solcher Höhe sind oft nicht tragbar.
Wattenbek	Steuern werden seit Jahren verschwendet und jetzt sollen wir trotz Steuerpflicht an jeder Ecke bezahlen Das kann uns alle treffen und daher sollten wir alle die Petition unterstützen. Viel Erfolg!!!
Wattenbek	Ich zahle Grundsteuer, KFZ-Steuer und Mineralölsteuer. Das sollte ausreichen, um unser Straßennetz in Stand zu halten.
Wattenbek	ich bin selbst Hauseigentümer und im Falle einer Straßensanierung selbst betroffen.
Wattenbek	Strassenausbaubeiträge belasten einseitig Grundstückseigentümer unabhängig davon, ob der betroffene Anlieger überhaupt ein ein Auto besitzt oder nicht. Ausgebaute Strassen ziehen darüber hinaus oftmals zusätzlich Verkehr an, was eine zusätzliche Belastung der Anlieger bedeutet. Die Kategorisierung der betroffenen Strassen ist oft willkürlich und wird häufig so angepaßt, das möglichst hohe Ausbaubeiträge anfallen. Verursacht worden ist der schlechte Zustand der betroffenen Strassen in der Regel durch mangelhafte bzw. fehlende Wartung bzw. durch schwerste Fahrzeuge, die nicht die Anlieger nutzen sondern der Durchgangsverkehr.
Wattenbek	Strassenausbeiträge sind unsozial und von der Allgemeinheit zu tragen.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Weddingstedt	Öffentliche Straßen werden von allen genutzt
Weddingstedt	1. Weil nicht nur ich, als direkter Anlieger, die betroffene Straße befahre, sondern 100derte nicht Anlieger auch, am Tag, 2. Wo versickern meine gezahlten Steuern? Kfz.-Steuern u.a. mehr?
Weddingstedt	Öffentliche Straßen sind für alle da.
Weddingstedt	Bei regelmäßiger Sortierung und Behebung von Schäden fallen keine größeren Reparaturarbeiten an. Genügend Steuern werden gezahlt. Wenn man ein Haus besitzt, renoviert man auch Stück für Stück für den Erhalt und baut nicht alle Jahre neu! Ausserdem wird die strassenausbaugenühren von allen genutzt und nicht nur von den Hauseigentümer! Die strassenausbaugenühren wäre dann nicht so belastet, dass sie zu erneuern wäre.
Weddingstedt	Meiner Meinung nach müsste die Kraftfahrzeugsteuer, wenn sie Zweckgebunden wäre, für den Erhalt der Straßen genügen, doch leider ist dies nicht der Fall und somit sehe ich nicht ein das die Grundstückseigentümer für den Erhalt der Straßen bezahlen sollen und das Geld der KFZsteuer für andere Zwecke benutzt wird.
Wedel	Über vorhandene Steuern wäre schon jetzt ein gleichmäßiger Mittelzufluss für den Erhalt der Straßen gewährleistet.
Wedel	Die verbesserte Straße nutzen ja oft nicht nur die Grundstücksbesitzer sondern auch durchfahrende Personen oder die Mieter von Wohnungen und Gebäuden. Ebenso die Kunden von Geschäften. Im Proinzip also die Allgemeinheit. Ich weiß nicht, ob man die Kosten dann auf die Mieter umlegen dürfte, denn es entsteht ja eine Verbesserung des Mietgegenstandes.
Wedel	Wg. der Ungerechtigkeit bei der Aufteilung der Ausbaubeiträge. Hinzu kommt, dass die Kommunen oftmals durch mangelnde Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen Schäden an den Straßen verursachen. Ich habe den Eindruck, dass das durchaus mit System so gemacht wird, um Reparaturkosten durch Straßenausbaubeiträge finanziert zu bekommen. Auch den Ansatz, dass es unfair ist, Straßenbau nur über die Grundstückseigentümer zu finanzieren, kann ich nur unterstützen.
Wedel	1. Das eigene Haus ist für viele die Altersvorsorge und sie stecken den letzten Cent hinein. Bei der aktuellen Rentenperspektive muss dies weiter attraktiv bleiben. 2. Warum müssen Häuslebauer die Kosten für den Durchfahrtsverkehr tragen!
Wees	Kein Kommentar. Das reicht eigentlich!
Weesby	Die zu Zahlenden Beiträge sind Gefährden in der Existenz und sehr heufig ungerechtfertigt da ein Nutzen der Maßnahmen durch den Zahlungspflichtigen oft garnicht vorliegt (andere Zuwegungen zu Beispiel). Unterhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt wurden. Oder das Verursacherprinzip in keinen Verhältniss zur Nutzung (LKW Durchgangsverkehr) steht.
Weesby	Bin der Meinung, dass ich genug Steuern zahle. Was wird z.B. mit der Mineralölsteuer, die doch beachtlich ist, gemacht? Wird diese auch zweckentfremdet und nicht für die Erhaltung der Straßen eingesetzt?
Weingarten	Die Bürger werden ungerecht behandelt
Welmbüttel	Ich selber bin der Meinung, das wir schon sehr viel Steuern zahlen (z.B: Einheitswert des Hauses und Grundstückes), Grundsteuern Soli und die kalte Fusion usw.. Ich erhalte nur eine Erwerbsminderungsrente und könnte so eine Zahlung überhaupt nicht bewältigen. Die Straße wird von den Kindergarteneltern, die unseren Spielplatz als Waldkindergarten nutzen, den Besuchern Gesundheitszentrum die dort zur Wellness oder Sauna und Schwimmen gehen und den Besuchern unseres Waldes mehr genutzt als von mir. Ich denke die Sanierung ist Aufgabe unseres Staates, der Städte und den Gemeinden. Dafür zahlen wir ja unsere Steuern . Alleine wenn ich sehe für welchen Irrsinn Steuergelder verschwendet werden, für Brücken die im nirgendwo landen, für Windmühlen wo noch gar keine Trassen liegen usw.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wentorf	Das passiert, wenn Politiker unersättlich werden.
Wentorf	Weil die Daseinsvorsorge und Erhaltungsmaßnahmen durch bereits gezahlte Steuern zu finanzieren ist
Wensin	Ungerechtigkeit bei Straßenausbauten können in den Ruin treiben. Jahrelang vernachlässigt wird teuer.
Wentorf	Die meisten Straßen sind öffentlich von jedem Verkehrsteilnehmer befahrbar. Deshalb müssen Kosten auf alle umgelegt werden. Damit ist es Sache aller Steuerzahler!
Wentorf	Abschaffung der Ungleichbehandlung.
Wentorf	verfolge das als Lokalpolitiker seit fast 10 Jahren
Wentorf	Der Staat nimmt Steuern und Abgaben ein und verwendet diese für Aufwendungen. Dazu zählen u.a. KFZ Steuer, Mineralöl Steuer, MwSt auf Benzin, Diesel und viele Abgaben mehr. Insgesamt behält der Staat deutlich über 65% des erarbeiteten Einkommens. Infrastrukturkosten sind genau aus diesen Mitteln zu begleichen und nicht über willkürliche Beteiligungen an Infrastrukturkosten. Für Misswirtschaft des Staates ist nicht der Straßenanwohner als Einzelperson verantwortlich zu machen.
Wentorf bei Hamburg	Weil es sozial ungerecht ist. In S-H leben mehr als die Hälfte in Eigentum. Besonders betroffen davon sind auch Rentner und junge Familien.
Wesselburen	Jeder Mensch und Tier benützt Straßen. Nicht nur angrenzende Grundstückseigentümer die so wie so schon die Pflege übernehmen. Und das ohne Aufwand und Kosten dafür und umlegen zu können.
Wesselburen	Die Heranziehung der Anwohner halte ich in dem Falle für ungerecht, wenn die Straße von vielen Anderen, von der Allgemeinheit, genutzt wird. Es gibt auch Anwohner (alte Leute), die gar kein Auto haben. Unsere Straße wird z.B. gerne als Abkürzung zwischen zwei Ortsteilen genutzt, auch von LKW, die eigentlich gar nicht durchfahren dürften.
Wesselburen	Die aktuellen gesetzlichen Regelungen entsprechen nicht der rechtlichen Gleichbehandlung aller Mitbürger und -nutzer.
Wesseln	Ich habe auch bereits beobachtet, dass Reparaturen aus Geldmangel verschoben werden, bis die Schäden so groß sind, dass eine große Instandsetzung fällig wird, und somit die Kosten stark ansteigen.
Wesseln	die zufällige Verteilung der Straßenausbaukosten ist ungerecht.
Wesseln	Weil die Gebühren nicht dem Grundbesitzer auferlegt werden könne, der die Straße am wenigsten nutzt.
Wesseln	Weil wir schon viel zu viele Steuern zahlen !!!
Wesseln	Die derzeitige Rechtslage ist ungerecht. Die Petition soll die Verantwortlichen aufrütteln, zum Nachdenken veranlassen und dazu beitragen, dass die angestrebte Änderung vorgenommen wird.
Wesseln	ich bin dagegen, dass die eigentümer die hohen Kosten der Sanierung bezahlen müssen, da es öffentliche Straßen sind und von allen Verkehrsteilnehmern benutzt werden. Darum sollen Straßensanierungen vom Staat bezahlt werden, denn da zahle ich ja regelmäßig Steuern und Gebühren.
Wesseln	Hauseigentümer in einer (ehemaligen) Siedlungsstrasse. seit Jahren durch Umleitungen zur Durchgangsstrasse umfunktioniert bei geringer Strassen- und Bürgersteigbreite und ! Ungenügendem Ausbau ! hohe Beteiligung zu befürchten, da Strasse ca. 50 Jahre alt.
Wesseln	Ich halte dies neuere Praxis für ungerecht. In der Regel haben die Anlieger die Herstellung der Anliegerstraßen bis zu 90 % selber bezahlt. Die Gemeinde übernehmen sie dann in eigener Regie für die Allgemeinheit. Nach dem Straßen-und Wegegesetz SH sind die Gemeinden zur Unterhaltung selber verpflichtet. Dafür nehmen sie ja auch Steuern ein. Dies wurde jedoch in vielen Fällen Jahr für Jahr

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



	vernachlässigt. Erst dadurch bzw. nur dadurch entsteht ein größerer Sanierungsbedarf. Weil die Gemeinden ihre Unterhaltungspflicht wissentlich vernachlässigen, sollen die Anlieger nun ein zweites Mal bezahlen. Dies halte ich für ungerecht.
Westensee	Weil es auch mich als Hausbesitzerin treffen könnte.
Westerhorn	Diese Petition ist mir wichtig, da ich nicht wüßte, wie ich als Rentner das Geld aufbringen soll. Ich müßte mich evtl von meinem Haus trennen.
Westerhorn	Weil ich selbst Wohneigentum besitze und in S/H wohne.
Westerhorn	Als Eigentümer persönlich betroffen.
Westerland	Mehr Gerechtigkeit !!
Westerland	Um mein Eigentum zu schützen.
Wester-Ohrstedt	Zahlen schon genug Steuern
Wewelsfleth	Besonders absurd wäre diese Abgabe im ländlichen Raum, wo durch immer schwerere landwirtschaftliche Gespanne und Windmühlentransporte (Generatoren wiegen 100e Tonnen) die Straßen in abenteuerlichem Tempo ruiniert werden. Es braucht 60.000 PKW -Fahrten, um denselben Schaden anzurichten wie eine LKW-Fahrt.
Wielen	Für Gemeinden ist die Forderung nach der Abschaffung der Beiträge ein zweischneidiges Schwert, da dadurch die finanzielle Ausstattung noch schlechter würde. Andererseits werden der Mittelstand und die Rentner am stärksten getroffen, abgesehen von der Tatsache, dass die nicht umlagefähigen Ausbaubeiträge Mieter ausschließen und somit das staatliche Ziel nach mehr Immobilienbesitz und weniger Mieter konterkariert wird. Wir sind für eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden, aber nicht zu Lasten einiger weniger Bevölkerungsgruppen.
Wielen	Jede(r) Bürger(in) hat das Recht das Staatsgebiet zu nutzen und verursacht dadurch auch enorme Schäden an den Straßen (LKW)! Gesetzgeber und Behörden schaffen Bauvorschriften die unverhältnismäßig und unsinnig (Rückbau) sind. Ich habe kein individuelles, auf meinen Wohnbereich bezogenes Mitspracherecht einer vernünftigen, kostengünstigen Gestaltung. Es sind immer andere Personen, die sich zwar nach Vorschriften (es fehlen immer dynamische Anpassungen) richten müssen, aber letztendlich viel zu leicht mit dem Geld anderer umgehen, die dieses Geld nicht mal haben. Selbst in den Kommunen ist das der Fall. Fazit: Die Infrastruktur dient dem ganzen Volk und muß generell die Aufgabe der Länder sowie des Staates sein und ist aus deren Etats zu leisten.
Wielen	Die Ungerechtigkeit der bisherigen Ordnung ist mir schon länger unangenehm aufgefallen. Danke, dass Sie diesen Mißstand thematisieren.
Wielen	ich sehe nicht ein, dass wir als Bürger zusätzlich zu den bereits von uns zu zahlenden Abgaben für den Straßenausbau mit Gebühren belastet werden.
Windeby	Weil wir diese Art und Weise für ungerecht halten.
Windeby	Die Ungerechtigkeit beenden.
Winseldorf	Endlich der Versuch die wahren Nutzer, oder die Verursacher von Straßenschäden, zur Kasse zu bitten.
Wittbek	Wir leiden selbst unter den entstehenden Kosten des Straßenbaus
Wittenborn	Es ist nicht einzusehen, warum sich Anlieger über ihren Steuerbeitrag hinaus an Straßenbaukosten für Straßen beteiligen sollen, die von ALLEN genutzt werden können.
Wittenborn	Es ist ungerecht und fordert leider zu viele Existenzen.
Wittmoldt	Wozu bezahlen wir überhaupt Grunderwerbssteuer?
Witzwort	Straßenbau ist zum Vorteil aller Bürger, deshalb sollen alle Straßennutzer/-fahrer herangezogen werden, nicht nur die Anlieger oder Grundeigentümer.

Abschaffung Straßenbaubeiträge in Schleswig-Holstein



Wohltorf	Die Unterhaltung von Straßen als wesentlicher Teil der öffentlichen Infrastruktur ist ureigenste Aufgabe eines Staates und daher aus Steuermitteln zu finanzieren.
Wohltorf	Anlieger haben i.d.R. keinen Einfluss auf das Ob und Wie von Ausbaumaßnahmen und erst recht nicht auf den Ausschreibungsprozess. Sie werden zudem durch den Umlageschlüssel gegenüber den übrigen Nutzern der Straße häufig - und mitunter stark - benachteiligt. Die Bereitstellung von Infrastruktur ist zudem eine öffentliche Aufgabe, die aus Steuermitteln zu finanzieren ist. Ggfs. ist die Grundsteuer entsprechend zu erhöhen.
Wöhrden	Es ist nicht einzusehen, dass einige wenige die Instandsetzung von Straßen herangezogen werden obgleich viele diese Straße nutzen. Sackgassenanlieger sind hierbei übervorteilt
Wöhrden	Häuser in Einzelbebauung sind nicht unbedingt Luxus. Bei uns in ländlichen Gegenden ist die Bebauung traditionell sehr aufgelockert und dadurch haben die Grundstücke oft sehr lange Straßenfronten. Grundsaniert wurden und werden die Straßen meistens nicht. Sollte dies einmal nötig sein und die Anwohner zu Straßenausbaubeiträgen herangezogen, so würde das für viele eine nicht tragbare Belastung darstellen. Es würde sicherlich auch viele junge Familien davon abhalten, sich in ländlichen Gebieten anzusiedeln. Das fördert zusätzlich das Ausbluten des ländlichen Raumes.
Wolmersdorf	solidarität, auch ich kann davon eines Tages betroffen sein !
Wyk	Einem Hausbesitzer ohne Kfz kann der Zustand der Fahrbahn vor seinem Haus (eigentlich) egal sein. Je schlechter der Zustand, um so geringer Durchgangsverkehr. Nicht die Anlieger, sonder die Nutzer (KFZ-Besitzer) sollten, wenn überhaupt, die Kosten tragen. Noch eine neue "Steuer, Umlage . . .", um durch die Hintertür, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen.
Wyk auf Föhr	Wer die Diskussion über Straßenbaubeitragssatzungen etwas länger verfolgt hat, weiß, dass es hier häufig zu ruinösen Beiträgen für Hausbesitzer im 5-stelligen Bereich, bisweilen sogar im 6-stelligen Bereich kommt. Dies kann beispielsweise für junge Familien, die sich gerade ein Haus gekauft haben und nun die Finanzierung sicherstellen müssen, oder auch für Rentner und Alleinstehende existenzvernichtend sein! Erst kürzlich hat ein Bericht im NDR 3 hier am Beispiel Stade aufgezeigt, welche irrwitzigen Auswüchse dies annehmen kann.